

# Kürbiskern

B 20094 F

Günter Kunert: Yannis Ritsos nicht zu vergessen

Amnesty International: Die Lage in Griechenland

Ulf Miehe: Ostern 68

Kurt Bartsch: Gedichte

Fritz Rudolf Fries: Zwei Geschichten

Fritz Martin Sandmann: Gedichte

Hannes Stütz: Anhand von 209 Gedichten

Volker Braun: Künftige Bezirke des Sozialismus

Bernt Richter: Noch jemand nicht enteignet?

Hans Heinz Holz: Kritik der kritischen Kritik

Erich Fried: Zum KPD-Programm-Entwurf

Jakob Mader: Aktion und politische Strategie

Ingrid Schuster: Augen rechts! in den Betrieben

Harald Hartung: Unter der Treppe gesprochen

E. J. Hobsbawm: Der Kulturkongress von Havanna

Protokoll: Régis Debray vor Gericht

Hartmut Lück: Wo uns der Marxpelz juckt

# kürbiskern

Literatur und Kritik

Herausgegeben von Christian Geissler, Friedrich Hitzer,  
Yaak Karsunke, Hannes Stütz, Manfred Vosz

Damnitz Verlag München

Günter Kunert  
Yannis Ritsos nicht zu vergessen

1

Einmal sprachen wir miteinander,  
Symmetrie von Schnurrbärten und Gedanken,  
durch einen einzigen Mund: Privateigentum  
dolmetschenden Schattens, vom Schicksal  
der Schatten ereilt: zu verschwinden.

Einmal miteinander in einer Stadt  
namens Berlin, der Vergessen geschieht,  
reißend und haltlos, sprachen wir  
deutsch und griechisch und radegebrochen,  
und unser Sprechen zog uns (und dem Dritten)  
das rotierende Magnetband von den Lippen,  
bis sich Knäule von Gesprochenem bildeten:  
fort, ich weiß nicht wohin, lange schon,  
denn der Tartaros  
ist kein hellenisches Vorrecht.

2

Einmal sprachen wir miteinander  
hoffnungsgebläht,  
wovon Narren immer sprechen:  
der wachsenden Macht der Vernunft; sprachen  
nichtsahnend, indes  
unter seinen Sohlen etwas zunahm, anstieg und,  
unsichtbar für blinde Gesprächspartner,  
die Knöchel eisern umschlang.

Einmal sprachen wir miteinander  
Anno Domini Eintausendneinhundertzwoundsechzig,  
damals in jenem Jahrhundert, überstrahlt  
vom täglichem Selbstruhm und alltäglichen Bränden  
zerschossener Ortschaften,  
zurückgelehnt in verschlissene Polstersessel  
auf der feilen Krümmung des Planeten:  
mit Wörtern über Worte.

Einmal sprachen wir miteinander,  
ehe er endgültig an den Felsen von Jaros  
geschmiedet ward, ausgeliefert  
den Adlern, patriotischen Galgenvögeln,  
gewiß einen Funken Hoffnung nährend, daß  
auch diesmal Herakles auftritt und ihn losmacht —  
erleuchtet von einem Funken Furcht, daß  
der vielseitige Kraftprotz diesmal  
im Dienst der herrschenden Kerberosmeute wirke  
und würge.

Ohne davon zu reden, daß die Kunst  
rasch verfliegt, wo die Freiheit erstickt,  
denn die eine ist nichts als der Atem  
der anderen,  
sprachen wir miteinander  
einmal.

Die Lage in Griechenland  
Bericht von Amnesty International

1.

Amnesty International (das den Konsultation Status Kategorie I beim Europarat hat) schickte am 30. Dezember 1967 eine Delegation nach Griechenland, um

- a) das Ausmaß und die Erfüllung des am 22. Dezember 1967 angekündigten Amnestieverfahrens für politische Gefangene zu untersuchen und
- b) um Informationen über die wirtschaftlichen und sonstigen Lebensbedingungen der Familienangehörigen der nicht unter Amnestie entlassenen politischen Gefangenen zu erhalten.

Mr. Anthony Marreco, ein Mitglied der englischen Anwaltschaft und Mr. James Becket, ein Mitglied der amerikanischen Anwaltskammer blieben bis zum 26. Januar 1968 in Griechenland.

2.

Die Delegation überreichte dem Außenministerium eine Auftragsvollmacht und bat um folgende Erleichterungen:

1. Eine Liste der in Haft befindlichen politischen Gefangenen und kurzen Angaben über die Anklagepunkte, die gegen sie vorgebracht werden sollten,
2. die Erlaubnis als Beobachter teilzunehmen und über die Verhandlungen des Rechtskomitees zu berichten die, wie vom Justizminister angekündigt, die Fälle aller politischen Gefangenen überprüfen sollten;
3. die Erlaubnis, den Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes zu den Gefängniseinrichtungen der Inseln Leros und Jaros zu begleiten;
4. das Zusammentreffen mit offiziellen Vertretern der Ministerien der Justiz und der Öffentlichen Ordnung falls erforderlich.

Begegnungen fanden am 2., 4., 10. und 24. Januar 1968 statt. Die Beamten im Außenministerium waren zwar höflich, aber keine der genannten Erleichterungen wurde bisher gewährt.

3.

Die Delegation verbrachte vier Wochen damit, Aussagen von Gefangenen zu Protokoll zu nehmen, die entlassen worden waren und von Verwandten von solchen Gefangenen, die noch in Haft waren. Über das Ergebnis der vierwöchigen Untersuchung berichtet die Delegation folgendes:

a) Das Justizministerium hat angekündigt, daß 284 Gefangene nach dem Artikel Nr. 228 vom Dezember 1967 entlassen worden sind (Weihnachtsamnestie). Einige von diesen wurden in Wirklichkeit nicht entlassen, sondern einfach nach Gesetz Nr. 509 zu den Inseln überführt. Die erklärte Amnestie bezog sich sowieso nicht auf diejenigen, gegen die noch keine Anklage wegen eines Verbrechens erhoben worden war. Die ungefähren Zahlen der Gefangenen, die ohne Gerichtsverhandlung von der griechischen Regierung Ende Januar in Haft gehalten werden, sind folgende:

auf Leros Laki	1475 Gefangene
Partheni	500 Gefangene
Yaros	802 Gefangene (darunter 240 Frauen)
	2777 Gefangene

Zusätzlich werden zahlreiche Gefangene ohne Gerichtsverhandlung in Gefängnissen und Polizeistationen überall in Griechenland festgehalten. Man nimmt an, daß von den Verhafteten über 500 aktive oder potentiell aktive Kommunisten gewesen sein können. Der Rest kann nicht als „Kommunisten“ in dem üblichen europäischen Sinn des Wortes bezeichnet werden.

Eine große Anzahl von ihnen ist alt und gebrechlich. Diese sind verhaftet worden aufgrund von schwarzen Listen, die in vielen Fällen vor zwanzig Jahren angelegt wurden. Es scheint ein Grundsatz des gegenwärtigen Regimes zu sein, daß die Regierung solche Personen als entbehrliche Ausgestoßene behandelt, denen man alle politischen Rechte vorenthalten muß.

Die Delegation hat die Namen, Adressen und näheren Angaben von etwa acht-hundert dieser Verhafteten auf Leros und Yaros gesammelt. Die Gefangenen kommen aus allen Schichten und umfassen Parlamentarier, Akademiker und Künstler. Viele bleiben nur deshalb im Gefängnis, weil sie sich weigerten, die Loyalitätserklärung zu unterzeichnen.

b) Die Delegation fand heraus, daß die Verwandten der Gefangenen der Verfolgung der Regierung ausgesetzt sind. Kinder von Gefangenen werden von der Zulassung zum Universitätsstudium ausgeschlossen. Freunde der Gefangenen sind verhaftet worden, weil sie bedürftigen Familien Geld gaben. Verwandte haben ihren Arbeitsplatz verloren. Die Polizei macht den Familien der Gefangenen zu allen Stunden bei Tag und bei Nacht Besuche, die ständige Unruhe auslösen.

4.

Die Delegation untersuchte Aussagen, nach denen das Regime als Hilfe bei den Verhören die Zufügung von Schmerz praktizierte.

Trotz der Atmosphäre von Furcht, besonders unter denen, die entlassen wurden und berichten können, wie sie gefoltert worden sind, und trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten und der Zeit, die notwendig war, um Kontakte herzustellen, bezeugten 16 Menschen der Delegation, daß sie gefoltert worden sind. Die Delegation prüfte die Namen von 32 anderen Personen, die sich im Gefängnis befinden und von denen behauptet wird, daß sie gefoltert wurden.

Aufgrund von Zeugenaussagen aus erster Hand und mündlichen Aussagen, aufgrund von Narben am Körper der Gefolterten und aufgrund des Zeugnisses von Akademikern und ihrer Verwandten kann die Delegation objektiv feststellen, daß Folterung bewußt und offiziell angewendet wird. Sie ist davon überzeugt, daß die Anwendung der Folter eine weitverbreitete Praktik gegen griechische Bürger ist, die man aktiver Opposition gegen die Regierung verdächtigt. Die Delegation war während ihrer einen Monat dauernden Untersuchung nur imstande, die Lage in der Gegend von Athen zu untersuchen. Für einen Griechen ist außerhalb der Hauptstadt der Kontakt mit einem Ausländer ein zu gefährliches Risiko. Obwohl die Delegation Berichte über Folterung und unwürdige Behandlung in den Provinzen hörte, waren dies doch Zeugenaussagen aus zweiter Hand. Deshalb beruht nichts in diesem Bericht auf derartigen Aussagen. Es gibt jedoch keinen Zweifel, daß dann, wenn die griechische Regierung die Sicherheit der Zeugen garantiert, vorschriftsmäßige (formgerechte) Zeugenaussagen beschafft werden können.

#### *Folter*

Der folgende Rechenschaftsbericht bietet in summarischer Form das Beweismaterial, das die Delegation von Amnesty International von 16 Menschen, mit denen sie sprach, bekam. Diese berichten, daß sie gefoltert worden sind. Außerdem erhielt sie Beweismaterial von den 32 noch im Gefängnis befindlichen Menschen, über deren Fälle sie Aussagen aus privater Hand erhielten, die sie überzeugend fanden, weil sie in vielen Fällen bestätigt wurden.

#### *Organisationen, Orte und Personen, die an Folterungen beteiligt sind*

Folterung als bewußte Praktik wird ausgeführt durch die Sicherheitspolizei (Asphalia) und die Militärpolizei (Ethniki Stratiotiki Astinomia). Die Delegation hörte Zeugenaussagen aus erster Hand, daß auch die Armee und die Gen-

därmerie Folterungen ausführten. Aber es war schwierig festzustellen, ob es sich hier um Einzelfälle oder um Routine handelte.

Diejenigen, deren Namen am häufigsten im Zusammenhang mit der Leitung und Ausführung von Folter erwähnt werden, sind Inspektor Lambrou, Direktor des Hauptquartiers der Sicherheitspolizei in Athen in der Bouboulinas-Straße und folgende Offiziere:

Malhios, Babalis, Karapanayotis, Kravaritis, Spanos, Yannicopoulos, alle vom gleichen Büro. Major Theophiloyainakos von der Militärpolizei, stationiert im Dionysos-Lager außerhalb von Athen. Andere, die häufig erwähnt wurden, waren Zagouras in Dionysos, Lt. Kapaglou, Direktor der Sicherheitspolizei in Aigelev von der Sicherheitspolizei in Piräus.

Die Orte der schwersten Folterungen sind Berichten zufolge im Athener-Gebiet die Sicherheitspolizei in der Bouboulinas-Straße, das Militärhospital 401 und das Dionysos-Lager.

#### *Techniken der Folter*

##### *A. Physische Folter*

1. Die anfängliche Routinefolterung, die von jeder Asphalia-Station berichtet wird, ist die sogenannte *falanga*. Der Gefangene wird an eine Bank gebunden und seine Fußsohlen werden mit einem Stock oder Rohr geschlagen. Zwischen den Schlägen wird der Gefangene gewöhnlich gezwungen unter schwerem Schlaghagel um die Bank herumzulaufen. Wir sahen uns die Füße einer Person an, die vor vier Monaten diese Behandlung zu ertragen hatte. Die Fußsohle war mit dickem Narbengewebe bedeckt. Einem Gefangenen, der sich jetzt im Averoff-Gefängnis befindet, wurde bei dieser Folter der Fuß gebrochen. Da er nicht ärztlich behandelt wurde, wuchsen die Knochen nicht richtig an, und er ist verkrüppelt. Der nächste Schritt dieser Methode ist es, den Gefangenen auf das Brustbein zu schlagen. Gefangene, die Blut aus den Lungen erbrechen, haben im allgemeinen diese Behandlung erlitten. Neben der Falanga werden dem Gefangenen fast immer auch in anderer Weise Schmerzen zugefügt. Im allgemeinen sind fünf oder sechs Männer an der Folterung eines Gefangenen beteiligt. Übliche Methoden, die die *Falanga* begleiten, sind folgende: Wasser wird in Mund und Nase geschüttet, während der Gefangene vor Schmerz schreit, „Tide“-Seife wird in Augen, Mund und Nase getan, der Kopf wird auf eine Bank oder auf den Fußboden geschlagen, andere Körperteile werden geschlagen usw.

2. Über zahlreiche Folter an den Geschlechtsteilen wurde berichtet. Bei Frauen führten die Folterer so viele Finger wie möglich oder einen Gegenstand in die Vagina ein und drehten und rissen in brutaler Weise. Das gleiche wird auch

am After ausgeführt. Ein Schlauch wird in den After geführt und Wasser wird unter sehr hohem Druck in den Gefangenen gepresst. Im Fall von Männern ist häufig von Schlägen mit langen dünnen Sandsäcken auf die Genitalien berichtet worden. Ein Gewerkschaftler wurde so stark geschlagen, daß eine Hode in seinem Leib hinaufgetrieben wurde.

3. Von Techniken der Knebelung wird häufig berichtet. Die Kehle wird so gefaßt, daß die Luftröhre abgeschnitten ist, oder ein schmutziges Tuch (oft naß von Urin) wird in die Kehle hinabgepreßt. Erstickung wird nur im letzten Augenblick verhindert.
4. Schläge auf den Kopf mit Sandsäcken oder schlagen des Kopfes gegen die Wand oder auf den Fußboden gehören zur Routineprozedur. Über die Fälle von Gehirnerschütterung wird berichtet.
5. Schlagen auf das nackte Fleisch.
6. Gefangene werden über lange Zeit aufgehängt. Gewöhnlich werden die Handgelenke hinter dem Rücken zusammengebunden und der Gefangene wird an den Handgelenken aufgehängt.
7. Herumspringen auf dem Bauch.
8. Haarausreißen vom Kopf und aus der Schamgegend.
9. Einreibung von Pfeffer an empfindlichen Körperteilen wie Genitalien, Unterarme, Augen, Nase usw.
10. Ausreißen von Zehen- und Fingernägeln.
11. Verschiedene Methoden Verbrennungen zuzufügen, einschließlich dem Ausdrücken von Zigaretten auf Teilen des Körpers.
12. Anwendung von elektrischen Schocks. Dies geschieht im Militärhospital 401. Unbestätigte Berichte sprechen davon, daß dies auch in der Asphalia-Station in der Bouboulinas-Straße geschieht. Physisches Schlagen durch Armee und Polizei als Methode der Einschüchterung und des Verhörs ist allgemein üblich. Das Schlagen kann als Folter klassifiziert werden, wenn es systematisch betrieben wird. Ein Mann über 60, mit dem die Delegation Kontakt aufnahm, wurde in regelmäßigen Abständen mehr als 12 Stunden lang geschlagen. Er litt unter Rippenbrüchen, berichtete aber, daß junge Leute bis zu fünf Tagen ohne Unterbrechung geschlagen wurden. Gewöhnlich schlagen vier bis sechs Männer einen Gefangenen mit den Fäusten, treten ihn mit den Füßen oder benutzen Instrumente wie Holzplatten, Rohre, Stöcke usw. Im Dionysos-Lager, wo Griechenlands Elitesoldaten untergebracht sind, müssen die Gefangenen Spießruten laufen. Ein verlässlicher Bericht aus guter Hand aus diesem Lager besagt, daß einem Mann buchstäblich ein Auge aus dem Kopf geschlagen wurde. Die Delegation von Amnesty International sprach mit anderen, die gebrochene Rippen, Nasen und zerrissenes Trommelfell usw. hatten.

## B Nicht-physische Folter

Viele Informanten, die gefoltert wurden, halten die nichtphysischen Foltermethoden für noch unerträglicher.

1. Bestimmte Gefangene werden absichtlich in Zellen in Hörweite von anderen Gefangenen verlegt, die unter Gewaltanwendung verhört werden. Dies hat eine Anzahl von Nervenzusammenbrüchen verursacht. Ein Informant sagte, es sei furchtbarer, die Schreie der anderen anhören zu müssen, als selbst gefoltert zu werden. Einer wollte hineinlaufen und lieber geschlagen werden als das Leiden eines anderen mit anhören. Es wird berichtet, daß der Komponist Mikis Theodorakis, der niemals physisch gefoltert wurde, durch diese Methode einen Nervenzusammenbruch erlitt.
2. Die Haftbedingungen sind an einigen Stellen besonders schlecht. Eine Technik besteht darin, den Gefangenen einige Tage in einer kleinen dunklen Zelle zu lassen ohne Verpflegung, Wasser oder Decken. Die Zellen in Dionysos, die sichtlich in den Berg Pendelli eingeschnitten sind, haben einen dauernden Wasserstand von 10 cm. Da die festgehaltenen Gefangenen die Zelle nicht verlassen dürfen, füllt sich das Wasser mit ihren eigenen Exkrementen. Die Zellen im Kellergeschoß in der Bouboulinas-Straße, die für die Einzelhaft benutzt werden, sind voll von Erbrochenem.
3. Drohungen zu töten, zu verstümmeln, zu vergewaltigen. Personen, die gefoltert worden waren, wurde oft gesagt, die Folter würde zu einer bestimmten Stunde in der Nacht wiederholt werden. Sie wurden in dauernder Angst gehalten durch Drohungen, sie würden wieder das mitmachen müssen, was sie gerade erlebt hatten.
4. Die Gefangenen nackt ausziehen ist besonders wirkungsvoll in Griechenland, wo die Gedankenverbindung von Nacktheit und Schamgefühl in der Kultur sehr stark ist.
5. Von Scheinexekutionen wurde häufig berichtet. Der Gefangene steht einem Erschießungskommando gegenüber, seine Augen werden verbunden und die Gewehre werden abgeschossen. Einige Gefangene haben dies mehr als einmal erlebt. Es geschieht oft in Kasernen, wo während des Krieges Exekutionen stattfanden.
6. Die Unterzeichnung von Erklärungen wird von vielen als die unmenschlichste Technik des Regimes angesehen. Der Zwang, etwas zu unterzeichnen, was die Eltern, die Frau oder politische Überzeugungen verleugnet, übt eine besondere Wirkung aus auf einen Menschen, der ein hochentwickeltes Gewissen und Ideale hat. Dies wird systematisch getan, um den Gefangenen innerlich zu brechen. Der Experte auf diesem Gebiet ist Herr Tournas, der von dem Regime zum Direktor der griechischen Gefängnisse befördert wurde. Er beginnt damit, daß er den Gefangenen irgend etwas Harmloses unterschreiben

läßt, zerrißt dann das Papier und veranlaßt den Gefangenen immer mehr Dinge, die ihm heilig sind, zu verleugnen. Die Delegation sprach mit Menschen, die unter diesem Druck unterschrieben hatten, und alle waren irgendwie gebrochene Menschen. Ein besonders bewegender Fall war der eines Mannes, der unterschrieben hatte, um frei zu sein und seine im Sterben liegende krebskranke Tochter zu besuchen. Sie starb vor seiner Entlassung, er erlitt einen Nervenzusammenbruch.

Die Sicherheitspolizei und die Militärpolizei üben heute in Griechenland eine unbeschränkte Herrschaft aus. Da nach den Worten von Pattakos „die Gesetze schlafen“, kann die Polizei jeden an jedem Ort zu jeder Zeit verhaften ohne die Verpflichtung, eine Anklage gegen ihn erheben oder jemanden über seine Verhaftung informieren zu müssen. Da sie glauben, ihre eigene Position werde durch Opposition gefährdet, haben sie brutal denen gegenüber reagiert, die Opposition treiben. Die, die besonders in den Händen der Sicherheitspolizei gelitten haben, sind die jungen Leute, diejenigen, die im Ausland nicht bekannt sind und diejenigen, von denen man annimmt, sie gehören zur Linken.

Ulf Miehe  
Ostern 68

Ein deutscher Feiertag

„Das Gesetz ist das Eigentum einer unbedeutenden Klasse von Vornehmen und Gelehrten, die sich durch ihr eigenes Machwerk die Herrschaft zuspricht. Diese Gerechtigkeit ist nur ein Mittel, euch in Ordnung zu halten, damit man euch bequemer, schinde; sie spricht nach Gesetzen, die ihr nicht versteht, nach Grundsätzen, von denen ihr nichts wißt, Urteile, von denen ihr nichts begreift.“

Georg Büchner

Was sagst du da frag ich sag das noch mal

BILD HAT MITGESCHOSSEN

Doch sagt er es stimmt

BZ INS KLOSETT

Eben vor einer Stunde

WER HAT UNS VERRATEN: SOZIALDEMOKRATEN

Und überall unterwegs

gingen Fenster auf und die Leute

guckten heraus und sahen zu

BÜRGER LASST DAS GLOTZEN SEIN KOMMT

HERUNTER REIHT EUCH EIN

Einige standen vorsichtshalber hinter den Gardinen, andere lehnten sich weit aus dem Fenster, einige mit ausdruckslosen Gesichtern, andere starren haßerfüllt oder auch hilflos auf die fast unübersehbare Masse, die sich da heranwälzte, ohne Gleichschritt, doch mit Fahnen, Transparenten und Spruchbändern, die meisten Leute sahen stumm zu, andere riefen, schrien,

sorgen muß man dafür, daß sie ihre

tägliche Haßpostille morgens einfach

nicht mehr kriegen, sagt einer.

Die Verhinderung der Auslieferung der Haßpostillen wurde vom Vorsitzenden oder Präsidenten oder Aufsichtsratsmitglied einer Vereinigung von Publizisten oder einem Verein von Zeitungsbesitzern oder einer Interessengruppe von Publizisten oder

BEHINDERUNG DER PRESSEFREIHEIT

genannt.

Während

die Masse sich immer weiter vorwärts bewegte, ein einziges Mal habe ich gesehen, daß ein alter Mann im achten Stock eines Hauses, er stand auf dem Balkon, einen roten Pullover schwenkte, hunderte von Fäusten reckten sich empor, rhythmisches Händeklatschen ertönte, die Nachbarn des Mannes blickten zu ihm, nicht empört oder aufgebracht, eher verständnislos, ratlos, eher

WENN DIE ROTEN ROT SEHN SEHN SIE ROT

Und weiter ging der Zug

2 000 sagte der SENDER FREIES BERLIN

15 000 sagte RADIO DDR

Und angekommen auf dem Platz

den sie nach einem amerikanischen Präsidenten benannt haben, während auf der Renommierstraße Flugblätter verteilt wurden, die aufriefen zur Solidarisierung mit BLACK POWER

schob der Meisengeiger einen Baukarren

auf die Straße und verunzierte damit

das Bild der Stadt.

Während ein Sight Seeing Bus vorüberfuhr und neben mir einer sagte

Die kommen gerade richtig

Während

während der ganzen Zeit in einem weißen, sauberen Bett lag der Ideologe, Räderführer, Anführer, Führer, Berufsrevolutionär und künstlich ernährt wurde

Während

unter demselben Dach lag der ebengenannten erschießen wollte weil

Während gegen uns vorrückten, denen nicht gelungen war, den

Schießer zu erschießen

Während Bernd sagte

Wir haben die ganze Nacht lang Zettel angeklebt

Da

hatten sie den Platz, den sie nach einem amerikanischen Präsidenten benannt haben schon vollständig abgeriegelt und da stand die Obrigkeit

auf der Empore und

sah zu

Und

Rudolf Lorenzen rief: Was ist mit dem Jungen,

Als einer abgeführt wurde

Während

sie mit den Mitteln der Obrigkeit

und der Macht

und das sind  
unterschiedlich eingestellte Wasser-  
werfer und Hartgummiknöpfe und wenn es  
unbedingt sein muß auch  
auf uns losgingen

Während

überall in den großen Städten die  
Straßen stärker bevölkert waren als üblich  
Und viele Leute böse waren  
weil sie Kuchen und Schlagsahne  
nicht kaufen konnten

#### IMMERHIN WAR JA FEIERTAG

Weil nämlich die Hersteller von Kuchen  
weil nämlich die ihre Läden abge-  
schlossen hatten

WOMÖGLICH KOMMEN DIE NOCH HIER REIN WENN SIE ABGE-  
DRÄNGT WERDEN

Da

riefen die  
DIE MACH HABEN

über ihre Macht ausübenden Organe aus:

ENTWÜRDIGEN SIE DOCH NICHT DEN  
FEIERTAG UND DAS BILD DIESER STADT

Da

hatte einer der Bürgermeister dieser  
Stadt vor vielen Jahren gesagt

SCHAUT AUF DIESE STADT

und der Bürgermeister, der dem gefolgt war, der gutwillig war, falsch informiert  
also seiner Aufgabe nicht gewachsen, hatte auch gesagt

SCHAUT AUF DIESE STADT

Und während

der Sight Seeing Bus auf der rechten  
Fahrbahnseite an uns vorüberfuhr  
wie wir alle wissen hat die Renommier-  
straße zwei Fahrspuren

Da haben auch wir ausgerufen:

SCHAUT AUF DIESE STADT

Und weil der Bürgermeister gelegentlich Sätze spricht, die am nächsten Tag in  
der Zeitung stehen auch

SEHT EUCH DIESE TYPEN AN

„Hat unser Regierender Bürgermeister nicht seinen Parteifreunden zugerufen:

„Seht euch diese Typen an“, und damit ein Schmähbild an die Wand gemalt, ...“  
Tagesspiegel, 14. 4. 1968.

„Es ist Ostermontag 1968. Die Sonne scheint. Und in den Straßen beginnt wieder der Marsch mit den roten Fahnen und mit den Brandflaschen ... Unsere Zeitungsfahrer setzen sich Schutzhelme auf. Denn es werden wieder Steine fliegen. Und wieder diese verdammten Flaschen ... Es rollt ab nach Plan ... Kommunistische Maßarbeit ... Unsere Zeitungsfahrer grinsen grimmig. Das letzte Mal sind wir auch durchgebrochen. Im Konvoi. Wasserwerfer voran. Das war Karfreitag. Und da hatten wir noch keine Helme! Jetzt haben sie welche. Na denn. Gute Fahrt ...“

Bild, 16. 4. 1968.

Unterdessen

werden die täglichen Haßpostillen  
weiter geliefert

Unterdessen

hat sich der ehemalige Bürgermeister  
an die Brust geschlagen und bestätigt,  
daß kein freier Mann ist, wer zu den  
Jobinhabern zählt

Unterdessen

haben uns die offiziellen Informationszen-  
tralen tagelang mit Falschmeldungen  
versorgt über den Zustand des Opfers des  
Attentats

ER FLUCHT SCHON WIEDER

Bild am Sonntag

Unterdessen

hat der Bundeskanzler in einer Ansprache an  
sein Volk den Blick freigegeben in jenen  
Morast, der  
sich hierzulande demokratisches Be-  
wußtsein und Regierungsverantwortung nennt.

Unterdessen

haben die Haßpostillen neue Munition be-  
kommen durch den Tod des Pressefotografen  
Frings, der einen Steinwurf nicht überlebt  
hat

Unterdessen

ist in München ein Student gestorben namens  
Schreck, dessen Todesursache ungeklärt ist

Unterdessen

murmelt der Außenminister  
AUCH DU MEIN SOHN...  
in der Wacht am Rhein etwas von  
Recht und Gesetz

Unterdessen

glätten sich die Wogen  
geht alles wieder seinen normalen  
beruhigen sich die  
ist die Ruhe wieder die erste  
wächst die Empörung unter der  
kocht Ulbricht sein Süppchen auf

Unterdessen

ist es nicht mehr genug  
Lieder zu singen  
Fahnen zu schwingen  
Sprüche zu sprechen

Unterdessen

arbeiten die Genossen in den  
Basisgruppen

Unterdessen

IST NICHT MEHR AUFZUHALTEN WAS IN BEWEGUNG GEKOM-  
MEN IST

Unterdessen

wurde dieser Text gelesen in der  
„Schöneberger Weltlaterne“ am 18. 4. 68.  
„... Meinung steht gegen Meinung. ... stellt sie nebeneinander, enthält sich jeden direkten Kommentars, ... Zeitkritik aus zweiter Hand ... Das ist ein Versprechen ... erst die nächsten Jahre ... er es einlöst.“  
G. H. Die Welt, 20. 4. 68.

„Meine Meinung ist die: Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Gewalt. Wir wissen, was wir von unseren Fürsten zu erwarten haben. Alles, was sie bewilligten, wurde ihnen durch die Notwendigkeit abgezwungen... Man wirft den jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt vor. Sind wir denn aber nicht in einem ewigen Gewaltzustand?“

Georg Büchner

das zweite ich

wer ist es, der in meiner küche  
mir gegenüber zwiebeln häutet —  
als gäbe es nicht leid genug  
und anlaß für so falsche tränen.

wer, frage ich, wer sieht ihn sitzen  
(so unrasiert, nicht anzusehn)  
der muß bis zwei, auch ihn mitzählen —  
die spiegel zögern, fragen: wen?

geheimnis herrscht; die fotografen  
entwickeln einen leeren stuhl,  
entfernen sich und lächeln böse:  
sie glaubten nicht an das motiv.

wer, frage ich, wer sieht ihn sitzen  
in meiner jacke (paßt sie ihm?)  
so eng, so modisch, zugeknöpft,  
der muß bis zwei, auch mich mitzählen.

wer ist es, der in meiner küche  
(ein böser koch?) mein ich zerteilte;  
nun sitze ich und löffle artig  
was er mir kochte (wer nur?) aus.

porträt H. N.

friseure nicht, die diesen engel  
mit kamm und schere, einem schnittmuster  
in gottes ebenbild verwandeln.

schwarz seine spuren und das wort  
nach freiheit roch es und nach pisse,  
weil er es unterm leinenhemd verbarg.

verschrien der engel, keine fahne zählt  
in seiner hand mehr als fünf finger,  
mit denen er sich morgens flüchtig kämmt.

märkische kleinstadt

dein herz schlägt acht, nun alle augen auf  
und zusehn wo man bleibt in diesem nest:  
kartoffeln wachsen hier und welche jahre.

das kriegerdenkmal staub; hier warten tauben  
vergebens auf die putzfrau die sie scheucht;  
sie sitzen grau und brüten friedens aus.

vorbei an stille, laut ein transparent  
verkündet zukunft, die im sommer bleicht;  
doch überm scheunendach bekennt sie farbe.

malt rot den sommer an, zerfallne zäune  
die bissig sind; als wäre preußen  
privatbesitz. komm. laß uns unkraut stehln.

der wald  
(märkisch buchholz)

sand im getriebe der kiefern,  
die drehen die hälse, zerknirscht,  
im wind aus wechselnder richtung.

papier weht; die unterstände  
fangen die nachrichten ab:  
eine zerknitterte zeitung.

hier war es. hier, sagt der lehrer  
und deutet im kreis: das nutzholz,  
die kiefern brachen ins knei.

aber die kinder umstehen  
gelassen die bunker und zählen  
mit fingern die einschüsse ab.

der lehrer sagt: wiederholen,  
das einmal eins, bis es klappt. —  
die luft ist schon voller ferien.

die kleinen dinge

die sonne übersteigt die möglichkeiten  
des himmels über meinem hut.  
behütet bin ich, wer weiß beßre zeiten?  
die uhr? — hat noch bedenkzeit. — gut.

bevor die sonne, die zu kopf geht, mir  
den eignen schatten vorwirft (große sprünge  
kann ich mir nicht erlauben, mal ein bier)  
versuche ich mein Glück: die kleinen dinge.

ich ziehe uhren auf: nun wird es zeit.  
mein atem, kurz, füllt gläser, leere tüten.  
mein schatten übersteigt die möglichkeit  
der dächer: er will tauben hüten.

aus:

zeichnungen für meine freunde

die köchin

mein bleistift zeichnet eine köchin  
die zwiebeln häutet und sich heimlich  
mit tränen für ein kleines leid versorgt:

die köchin träumt von sieben häuten,  
von sieben köchen, die auf einen streich  
um ihre restaurierte hand anhalten.

der garten

mein bleistift zeichnet einen garten  
aus dem der sommer fortging: blatt um blatt  
das laub, auch den kalender abriß.

nun gehn die uhren auf den winter zu,  
begegnen einem handschuh, der im schnee  
die amseln an drei fingern abzählt.

der clown

mein bleistift zeichnet einen clown  
der traurig ist: er steht auf einem bein  
und weiß nicht, wo das andere verblieb.

er knöpft den mantel auf und findet es:  
im großen mantel findet er sein bein  
und läuft davon vor unserem gelächter.

aus:

meine puppe

zerstreuung

meine puppe ist unbekümmert,  
sie glaubt an nichts böses.  
„wenn glatteis ist“, sagt sie,  
„gehe ich mich zerstreuen.“  
der leib meiner puppe  
ist voller sägespäne.

die falle

am nachmittag, als wir uns langweilten,  
legte meine puppe weißes papier aus.  
nun sitzen wir, den bleistift im anschlag,  
und warten auf einen einfall.

trost

wenn ich nicht einschlafen kann,  
die angst vor dem nächsten krieg  
oder dem nächsten zahnarzt mich wachhält,  
stellt meine puppe die uhren vor,  
sagt: nun dauert es nicht mehr so lange.

der vater

der vater, barrikadenklein,  
ein klotz, sein wort ein grober keil,  
haut auf den putz, nun bröckelt putz  
von eigenheim und eigennutz.

er führt uns an der schlossernas,  
die tochter, sohn, die mutter mein,  
im garten, seinem kreis herum,  
er lacht, steht kopf, die welt kippt um.

er heißt die fahne rosenrot  
im schnee, im wind, der wechselt wie  
die hemden sonntags; windzerzaust —  
steht da und raucht eine zigarre.

die mutter

die hände sauer, schwer wie teig,  
knöpft sie des sohnes hosenlitz,  
trinkt flaschenbier und lacht dabei,  
tanzt auf dem tisch, springt ihn entzwei.

sie rupft die gans, mischt mandelklei  
und karten, kichert, ist verhext;  
da sie den stühlen beine macht;  
sie reitet auf dem besen, lacht.

bevor sie schwarz wird, falten schlägt,  
am eisern herd zur ruhe sitzt,  
hängt sie den himmel, alt und grau,  
in ihre küche hin zum trocknen.

Fritz Rudolf Fries  
Zwei Geschichten

DER FERNSEHKRIEG

*Fernsehen*

fördert nur selten die Geselligkeit. Es sei denn, Sie veranstalten eine richtige Fernseh-Party. Mit Krimi, Fernseh-Häppchen und Fernseh-Schweigen.

petras Feste-ABC

Eine Tante schließt jeden Protest aus.

Witold Gombrowicz

Nach dem Großen Krieg zogen alle meine Tanten in andere Länder, um endlich und für den Rest ihres Lebens und überhaupt für immer in Frieden und Wohlstand ihr Auskommen zu finden. Da ging es ihnen zunächst schlecht, dann besser und dann noch viel besser, und endlich hatten sie Auto, Kühlschrank und Waschmaschine, die weißeste Wäsche, die spitzesten Absätze, die wärmste Wolle. Und sie schrieben es heim nach Gera und Grimma, und wir in Vogelsdorf und Mahlsdorf und Eggersdorf sammelten die Briefe und verglichen den Text, um durch Analogie herauszufinden, wer nun den Vogel abgeschossen, will sagen, es am besten getroffen hatte von ihnen allen. Sie waren ihrer vier, die nun verheiratet, entheiratet und wieder verheiratet mit Kindern, Hausrat, Fernsehapparaten und Ferienerinnerungen an Biarritz, Honolulu, Capri und der Isle of Man reich gesegnet waren. Dann kamen die Fotos, farbig und auch sonst aufschlußreich, und saßen da Hunde zwischen den Polstern wurde deren Geschichte, darauf konnte man sicher sein, in einem der Briefe mitgeliefert. Der Hund von Tante Ida aber hatte diese Welt bald verlassen nach arger doch geduldig ertragener Hundekrankheit; nun lag er im Garten begraben, hätte aber doch lieber, hieß es, seinen Platz in der von vornherein fertig bestellten und bezahlten Familiengruft finden sollen am Rande der Stadt Madrid. Der Hund Tante Sabines war ein Pudel und ganz westlich angezogen, wenn er über den Kurfürstendamm spazierte auf einer Fotografie zu der Zeit, da man über die Ruine der Gedächtniskirche schon diese Bienenwabe gestülpt hatte, daß man nicht sicher sein konnte, was da nun dahinter getrieben wurde. Auch in Paris gab es einen Hund vor dem Eiffelturm, doch als dann de Gaulle kam, wäre meine Tante Isolde doch lieber nach England

gegangen, und es war ja auch nur wegen des französischen Offiziers, daß sie in Paris blieb, wo es doch seit ihrer Kindheit, wie alle erinnerten, England hatte sein sollen. Meine Tante Isolde hatte schon immer einen demokratischen Einschlag gehabt. Einen so kleinen Hund schließlich konnte man in New York sich nicht gut vorstellen, da war es denn ein Hühnerhund, der vor Wolkenkratzern aufrecht saß, braungelockt, und mit ihm Tante Helene, die nun Helen hieß, ohne e. Mir persönlich hat ja schon immer imponiert, wie diese Amerikaner ihre Namen zusammenstreichen, abwerfen, was unnütz, zu lang in Europa oder sonstwo geraten war. Nun hatte meine Tante Helen in zweiter Ehe einen Beamten aus dem Beschaffungsamt geheiratet und war im Begriff, nach Washington umziehen zu müssen. Dieser Mann hieß Honk; ich bin nicht sicher, ob er nicht einst Hong geheißen und dazu noch Kua oder Yen. Verdächtig erscheint uns in Gera und Vogelsdorf, daß er seinen Blick immer hinter rauchigen Gläsern versteckt. Dieser Mr. Honk neben Tante Helen und dem Hühnerhund steht groß vor Wolkenkratzern und Hängebrücken, die nur von Europa aus wie Spielzeug aussehen. In Wirklichkeit, lesen wir aus New York, fahren da Züge im Inneren des Brückenweges und darüber noch eine Schicht Fahrzeuge und Fußgänger, und die Pylone, zwischen denen eine Brücke aufgehängt ist, ragen weit in den Himmel und von ihrem höchsten Punkt, vermutlich, signalisieren die Brückenmeister (die mit einem Aufzug durch die Pylone fahren können, man bedenke) den Flugzeugen die Richtung. Mein Sohn Robert findet das eine Klasse für sich. Die Wohnung der Honks am Zentralpark ist geräumig, so wenigstens in der Perspektive der Fotografien. Die Sessel zeigen aufgedruckte Blumenmuster und Schonerbezüge über den Armstützen, auf denen irgendwie aufmontiert Aschenbecher stehen. Vor den Sesseln gibt es Taburets, auf die man die Beine betten kann, wenn man television sieht. Der televisionset steht auf einem kleinen Tisch, einem Fernsehtisch; dieser Tisch hat fast zu ebener Erde eine zweite Etage für Flaschen und Programmzeitungen. Auf dem Fernsehgerät steht die Figur einer rosaweißen Tänzerin, die in stupider Gleichgültigkeit eine Pirouette dreht bis an ihr Lebensende. Das Drehen hat man ihr in Meißen in den Leib geschnitten. Mit Hilfe einer Lupe erkennt man, daß in television das Programm läuft (grau auf dem Farbfoto). Ein Herr, der aussieht wie der Kardinal Spellman, hat etwas in der Hand, die Hand ist ausgestreckt, tiefer als zur Verteilung von Segenswünschen üblich. Ich habe darauf in alten Zeitungen geblättert, und es ist richtig der Kardinal Spellman, den meine Tante Helen sich ansieht, und er hält seine Hand so tief, um Herrn Diem aus Vietnam einen Scheck zu überreichen. Man erfährt gleich mehr über diesen Diem, wenn der Bischof von New York, Herr Flannery, ihn in der St. Patricks-Kathedrale einen gottesfürchtigen Antikommunisten nennt und einen hervorragenden Staatsmann und im Ergebnis einen Erretter Vietnams. Bürgermeister Wagner läßt ihn in seiner Begrüßungsansprache ins unsterbliche Kabinett der großen Figuren der Weltgeschichte eingehen und ein paar Wochen später sieht man in television, das ja immer und überall dabei ist,

wie Polizeimänner aus der Polizeischule der Michigan State University nach Saigon fahren. Saigon ist nicht so schön wie New York, das erkennt meine Tante Helen auf den ersten Blick, auch nicht so sauber und geordnet. Und meine Tante Helen ist, wie sie stets versichert, der geordneten Verhältnisse wegen in den Westen gegangen. Man sieht es. Ich meine, man sieht es an den Fotos, daß es ihr gut und geordnet geht. Die Polizei in Saigon, lachende großporige Gesichter direkt vor der Kamera, ganz nah ans Objektiv halten sie ihre Köpfe in der Art von Landleuten, die beim Telefonieren überlaut in die Muschel sprechen, die Polizei sagt, was sie da macht. Sie baut dem Herrn Diem eine Palastwache auf. Die Palastwache bekommt grüne Mützen, wie der Reporter weiß, darauf steht DE OPRESSO LIBER. Da nicht alle Vietnamesen Latein können, müssen sie wohl diesen Spruch feindlich deuten und Staatsmann Diem hat es schwer mit der Aufklärung. Er muß einen Kreuzzug starten, in welchem vor allem seine Bevölkerung geschützt werden soll. Und die Kamera sieht es für alle, wie Häuser in den Grund gebrannt, Herden auseinander getrieben werden, die Bevölkerung in andere Gegenden kommt, wo es sicherer ist, nämlich in sogenannte Wehrdörfer. Dort lassen Soldaten sie früh aus zur Feldarbeit und begleiten sie mit ihren Hunden, die erst zu bellen aufhören (und nicht anders die Hunde meiner Tanten vor den Fernsehschirmen), bis alle wieder abends hinter ihre Palisaden einmarschieren, die Tore verschlossen werden, Wassergräben, Stacheldraht und Wachtürme den inneren Frieden garantieren. Die Hunde übrigens sind ein Geschenk des amerikanischen Hundezüchterverbands.

Dann vergeht Zeit, aber das Fernsehen zeichnet diese auf. Eines Abends steht im Zimmer am Zentralpark das Gesicht Diems, das sagt, man könne das Genfer Abkommen von 1957 über Wahlen in Vietnam nun doch nicht einhalten, leider, denn wer solle da zur Wahlurne gehen, wenn nicht die rund 7 Millionen aus den Wehrdörfern. Doch könnten die noch nicht einmal das Mützenschild seiner Palastwache lesen, geschweige, daß sie wüßten, was Freiheit bedeutet, für die Herr Diem einstweilen einsteht. Da muß man wieder alles den Fachmännern überlassen. Der Mr. Honk meiner Tante Helen ist einer. Er schreibt für die Öffentlichkeit einen Kommentar und television zitiert daraus. Noch nie waren so viele militärische Fachmänner an einem Krieg beteiligt, ohne daß die Öffentlichkeit darüber informiert worden wäre. Es ist ein Krieg ohne offizielle Bekanntgabe der Anzahl der eingesetzten Truppen und der Menge der Ausrüstung und des investierten Geldes.

Tante Helen vernimmt verwundert, wovon zu Hause nicht gesprochen wird: daß nun wieder Krieg sein soll, wenn auch da unten. Zum Fernsehen gibt es bei Honks, schreibt uns Tante Helen, Erdnüsse aus Sumatra, Ginger Ale und schwedisches Knäckebrot mit Languste. Die amerikanische Küche ist ja bekannt für ihre gräßliche Kombinationskunst.

1960 wird ein neues Foto aufgenommen. Der Hühnerhund liegt auf einer Matte neben dem Fernsehtisch. Er ist gleich fertig dressiert gekauft worden, er kann

seine Schnauze in die Flaschenbatterie stecken und die Programmzeitung hervorziehen, auf Wunsch. Wieder läuft auf dem Foto *television*, doch bleibt das Bild für uns unklar. Graue Flecken wie von Urwald zeichnen die Mattscheibe. Natürlich ist das Urwald, sagt mein Sohn Robert und holt die Zeitungen aus dem Keller. Wir sehen die Nummern aus dem Jahre 1960 durch. Die Nationale Befreiungsfront wird in diesem Jahr gebildet. Die Bevölkerung schlägt sich auf ihre Seite. Wir sehen Fotografien von Frauen und Kindern mit schönen großen Augen. Robert buchstabiert langsam die fremden Namen. Er will die Kinder zu seinem 8. Geburtstag einladen. Aus der Regierungsarmee, schreibt die Zeitung, desertieren monatlich Tausende von Soldaten. In einer späteren Nummer lesen wir, daß Amerika zwischen 1955 und 1962 2,6 Milliarden Dollar für eine Bodenreform über Vietnam ausgestreut hat. Das Geld aber macht fett: die Generäle, die Armee, kleine und große Händler, die Schieber auf dem Schwarzen Markt.

Das sieht freilich schon auf dem Fernsehschirm wie lauter Unordnung aus. Von Unordnung hat Tante Helen, bekanntlich, genug, seitdem sie aus Europa weg ist, und in Vietnam (man sieht es ja in *television*) ist es noch viel ärger. Amerika greift durch und schickt Soldaten, damit die armen Leute da unten aus dem Schlamassel herauskommen.

*Hanoi/Saigon (ADN/ND).* Die USA-Aggressoren weiten in zunehmendem Maße den Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung Nordvietnams aus. In einem Protestschreiben an die internationale Kontrollkommission für Vietnam wird festgestellt, daß allein am 4. November in der Nähe von Cà Mau über 100 Menschen getötet oder verwundet wurden... die amerikanischen Piloten hatten ihre Bomben mutwillig über einem Arbeiterbezirk mit großer Bevölkerungsdichte abgeworfen: Cam Lo. Die einzigen Ziele, die sie erreichten, waren eine Poliklinik, Häuser voller Kinder, die kaum aus dem Schlaf erwacht waren, eine Ziegelei. Während die Freiwilligen und die Sanitäter die Verwundeten sachhaft hob ich neben der Leiche eines kleinen Jungen eine seiner rotlackierten Pantinen auf, die eine gemalte Blume schmückte, Pantinen, in denen die vietnamesischen Kinder mit nackten Füßen herumzulaufen pflegen.

Krieg in Vietnam. Schon wieder Krieg. Aus Madrid schreibt Tante Ida an die Familie, wie glücklich sie ist, in einem Land zu leben, das seit mehr als 20 Jahren auf Frieden hält. Und geschossen wird ja nur bei Hinrichtungen. Sie fährt einen Simca, nachdem sie den Fiat an das Dienstmädchen verkauft hat, das einen berühmten Stierkämpfer zum Bruder hat. Das Dienstmädchen kommt nun in dem Fiat zum Nachmittagskaffee, bleibt bis in den frühen Abend. Am späten Abend kommt der Hausfreund meiner Tante Ida und zu dritt, ihr Mann ist der Dritte, spielt man Bridge. Meine Tante Ida verliert immer beim Bridge. Der Fernsehapparat steht bei ihr auf einem dieser kleinen Fernsehtische, darunter gibt es

auf einem Extrafach Flaschen und Gläser, dickbauchig steht hervor (auf dem Foto) die grüne Siphonflasche, aus der der Wein gespritzt wird. Auf dem Apparat die Figur einer rosaweißen Tänzerin, die in stupider Gleichgültigkeit ihre Pirouette dreht bis an ihr Lebensende. Das Drehen hat man ihr in Meißen in den Leib geschnitten. Zum Fernsehen gibt es Erdnüsse, süße Kastanien, Ananasscheiben mit einer Maraschinokirsche obenauf, dazu Portwein. Die spanische *televisión* (auf der Fotografie in Form eines Kreuzes oder Flugzeuges vertreten) zeigt, wie wir aus einer Programmzeitung entnehmen, in der ein Pfund süßer Kastanien für Robert eingewickelt kamen, Landemanöver der amerikanischen Armee in Vietnam, Hubschrauber insektengleich über Urwaldgebiet, Paraden, die Ankunft MacNamara in Saigon. Diktator Ky, hier der Caudillo Ky genannt, nimmt die Parade ab in der üblichen militärischen Haltung; dann folgt ein allgemeines Präsentierdasgewehr, anschließend werden Gefangene abtransportiert. Zum Schluß noch diese Szene. Ein Lastwagen, auf dem, umringt von den viel kleineren Vietnamesen, die sich sehr freuen, ein amerikanischer Flieger steht. Dieser Flieger sagt der Sprecher, geht seinem ungewissen Schicksal entgegen. Und so jung, sagt meine Tante Ida, die jüngste der Schwestern. Sie kann das Gesicht des Fliegers nicht vergessen. Auch das Dienstmädchen, das jetzt reich ist und am Tische ihrer einstigen Herrschaft den süßen Portwein trinkt und die Erdnüsse aus ihrer rauen fasrigen Schale befreit mit rosalackierten Fingernägeln, hat Mitleid mit diesem jungen Mann. Wieder ein Bild: ein madrider Kleriker hält eine Ansprache über Sinn und Zweck des antikommunistischen Feldzuges. Tante Ida fröstelt und holt sich mal eben schnell eine Mantille aus dem Nebenzimmer gegen den Wind von der Sierra, von dem es heißt, er vermöchte keine Kerze zu löschen, aber einen Menschen umzubringen. Das Dienstmädchen spuckt einen Rest Erdnußschale, der ihr zwischen die Perlenzähne geriet, unter den Fernsehtisch. Der Hund, der in diesem Jahr schon krank ist, knurrt. Dann hebt der Caudillo, diesmal der landeseigene, zu einer Ansprache an, doch meine Tante Ida, zurückgekehrt, schaltet ab, weil Politik nicht so interessant ist. Überdies erwartet Encarna, das Dienstmädchen, ein Baby. Und neue Fotos aus New York und Paris sind mit der Post gekommen, die muß man sich noch anschauen.

Die Fotos aus Paris sind schwarzweiß. Es ist deshalb ganz leicht, diese Fotos aus dem Stapel der anderen herauszufinden, die, wenn sie uns erreichen (nachdem sie, wie gesagt, in Gera und Grimma, Mahlsdorf und Eggersdorf die Runde gemacht haben), von mir und meiner Frau und von Robert besehen, verschieden kommentiert, in Kuverts wandern, in Kartons, schubweise auf Bücherreihen gelegt, zwischen Bücherrücken geklemmt werden. Und ist man sie schließlich los, beginnt meine Frau mit dem Haushalt und zieht sie alle wieder hervor aus Ritzen und Ablagen, und ich muß sie noch einmal wegtun. Tante Isoldes pariser Fotos aber heb ich mir gesondert auf. Sie ist eine intelligente Frau, ich mag sie. Sie liest Literatur, sie schickt mir die Neuerscheinungen des pariser Literaturbetriebes. Über den nouveau roman sind wir einer Meinung. Neulich hat sie

Robbe-Grillet oder war es Michel Butor oder Robert Pinget in der Metro gesehen. Die Herren trugen helle Regenmäntel. Paris ist Paris, das bleibt gewiß, auch wenn der 14. Juli dort inzwischen so begangen wird wie die Schrebergartensfeste in Grimma und Gera. Ein bißchen Seineatmosphäre, das versteht sich, liegt über den Fotos, silbern und flirrend. Der Fernsehapparat steht auch hier auf einem Fernsehtisch; auf dem Flaschenfach besonders viele Flaschen. Tante Isolde trinkt viel, wenn sie liest, bis die Lektüre dann übergeht in die Träume meiner Tante Isolde, über die einmal an anderer Stelle geschrieben werden sollte. Sie ist ja auch nicht ganz glücklich verheiratet. Man weiß ja, es sollte England sein. Auf dem Fernsehapparat eine Figur, eine Plastik, über die Robert und ich oft geteilter Meinung sind. Das ist eine Wurzelknorre, sagt Robert in seiner unausgebildeten Sprache. Das ist eine moderne Plastik, mein Lieber, sage ich, ich will hoffen, man bringt dir auf deiner Schule noch bei, was eine moderne Plastik ist. Machen wir, sagt Robert, aber auf den Arm nehmen lasse ich mich von dir nicht. Zwei Tage später bringt er mir, was sie in der Schule gezeichnet haben: schwarze Schemen, die an pilzförmigen Gebilden hängen, purzeln durch einen grauen Himmel.

Wir haben gemalt, sagt er. Das Thema hieß „Soldaten der sozialistischen Länder schützen den Frieden“.

Schön, sage ich, Fallschirmjäger?

Ja, sagt Robert. Aber ich mach's nochmal. Farbig. Bunt wird es ihnen besser gefallen.

Wem? sage ich.

Wir schicken es Schulkindern nach Vietnam.

Das ist eine gute Idee, sage ich. Da bist du schon ein richtiger Maler, wie die am Alex. Die stellen ihre Malereien aus und die Leute kaufen es für Geld, und das Geld spenden die Maler für das Solidaritätskonto. Für das Geld werden dann Medikamente gekauft und andere Dinge, die man in Vietnam dringend braucht. Robert nickt. Ich weiß, sagt er. Wir helfen einander.

Wir werden unterbrochen. Das Telefon läutet: es ist meine Freundin Isabel, die Grafikerin. Sie lädt uns zu ihrer Ausstellung ein, sie hat Themen aus dem vietnamesischen Freiheitskampf dargestellt. Siehst du, sagt Robert, als ich ihm davon erzähle. Das ist doch besser als deine Wurzelknorre.

Eins zu null für dich, sage ich.

Zum Fernsehen gibt es bei Tante Isolde Whisky mit Eis, Courvoisier oder neuerdings sowjetischen Wodka. Wer Hunger hat, geht in die Küche und holt sich was aus dem frigidaire. Ohnehin ist sie meist allein zu Hause und hat keinen Hunger. Die Kinder studieren in Cambridge, ihr Mann kommt oft spät heim aus seinem Marineministerium, seitdem de Gaulle Frankreich auch auf dem Seeweg voranbringen will. So sitzt sie allein vor ihrem Apparat, den Hund zu Füßen, und trinkt all das scharfe Zeug in sich hinein, sitzt da in ihrem grauen Kostüm. Sie ist auch zu Hause eine vorbildlich angezogene Frau, sicher hat sie Rouge aufgelegt.

Man kann es auf dem Schwarzweißfoto nicht erkennen. Das Programm läuft, *la télévision* zeigt einen Mann in weißem Hemd und Krawatte; wir vermuten einen Kommentator. Man schreibt das Jahr 1965. Robert bringt mir die betreffenden Zeitungen und wir lesen, was schwarz auf weiß an Anschlagsäulen stehen sollte.

4 300 tote und 26 000 verwundete amerikanische Soldaten haben der amerikanischen Industrie Rekordgewinne eingebracht. In den letzten Jahren produzierte Amerikas Chemieindustrie 250 Millionen Napalmbomben. Ein Teil davon kam im Krieg im Kongo und Angola zur Anwendung. Der Rest — der Kommentator des französischen Fernsehens würde sagen: *der Rest* wird täglich über Vietnam abgeworfen. Wer mit Napalm in Berührung kommt, brennt wie eine Fackel. Die angewandten Giftstoffe töten keimende Pflanzen, Kinder, Alte und Kranke und den Embryo im Schoß der Mutter. Wälder verlieren ihr Laub, Pflanzungen verdorren, sind fruchtlos für die kommende Generation. Seit 1965 benutzen die amerikanischen Truppen Tränen- und Brechgase bei ihren Kämpfen. Die amerikanischen Produzenten bieten neue Maschinen an zur wirksameren Gasauschleuderung. 638 000 Tonnen Explosivbomben sind vom amerikanischen Kriegsministerium für 1965 vorgesehen.

New York (ADN/ND). Über die direkte Teilnahme des Bonner Botschafters in Saigon, Dr. Kopf, an Einsätzen der amerikanischen Truppen berichtet am Freitag die „New York Herald Tribune“. Der Zeitung zufolge überflog der ehemalige Nazidiplomat in der vergangenen Woche gemeinsam mit dem Kommandeur der I. USA-Infanteriedivision, Generalmajor Depuy, das Kampfgebiet in der sogenannten Kriegszone C. Offensichtlich wollte der Botschafter weitere Möglichkeiten zur Unterstützung des verbrecherischen Krieges erkunden. Bonn stellte Saigon bisher 252 Millionen Kriegskredite sowie Lieferungen rüstungswirtschaftlicher Waren im Werte von 533 Millionen Mark zur Verfügung.

Tante Isolde schreibt nichts über Vietnam in ihren Briefen. Da ich sie schätze, stelle ich mir vor, wie die Fakten, die ihr *la télévision* nennt, trocken, freundlich, Frankreich ist gegen den Krieg in Vietnam, nachdem es seinen Krieg in Vietnam verlor, wie diese Daten, Zahlen sie quälen. Sie gibt Geld für Vietnam, sie unterschreibt Solidaritätsappelle auf ihren Spaziergängen durch den milden pariser Herbst. Sie fühlt sich hoffnungslos dabei, all diese Reden gegen den Krieg, alle schreiben sie gegen den Krieg. Der Krieg geht weiter.

In einer Broschüre finden Robert und ich den Abdruck eines Flugblattes einer amerikanischen Studentenorganisation, die den offenen Protest gegen den Krieg in die Reihen der Soldaten tragen will. Wer ist der Feind? Die Sprecher der amerikanischen Streitkräfte sagen immer wieder: ihre größte Schwierigkeit liege darin, den Feind aufzuspüren. Der Feind, so sagen sie, ist überall. Die alte Frau, die ihre Hühner füttert, hat vielleicht einen Stapel Handgranaten in ihrer Hütte versteckt. Der kleine Junge, der untertags hinter den amerikanischen Soldaten

herläuft, stiehlt sich, wenn es dunkel wird, zu den Guerillas davon und bringt ihnen die neuesten Informationen mit. Die Waschfrau, die für die amerikanische Luftwaffenbasis arbeitet, kommt jeden Tag mit einer Wurf bombe in der Handtasche an. Die Militärs sagen: Es ist unmöglich, Zivilisten von Vietcongs zu unterscheiden.

Saigon (ADN/ND). Kämpfer der südvietnamesischen Befreiungsfront sprengten am Dienstag das Hauptquartier des Befehlshabers der 60 000 Mann starken USA-Marinekorps in Da Nang in die Luft. Das Gebäude, in dem sich die Stromanlage befand und in dem auch Sprengstoffe und leichte Waffen lagerten, wurde völlig zerstört. Die benachbarten Gebäude, darunter auch das Haus Generals Watts, wurden schwer beschädigt. Dieser kühne Handstreich löste im USA-Hauptquartier in Saigon höchste Verwirrung aus. Man macht darauf aufmerksam, daß Da Nang bisher als stärkste und gesichertste USA-Basis in Südvietnam galt.

Wir sehen uns Fotografien in den Zeitungen an. An den Händen gefesselte Männer, in zerfetzten Hemden, barfuß, an einen Strick gebunden der sie alle hält, geführt von einem GI. Verhöre: ein an Händen und Füßen gefesselter Soldat liegt im Sand, er wird getreten von einem dicksohligen Schuh mit Wickelgamasche. Bei Verhören wird von Spezialisten eine Nadel ins Nagelbett getrieben. Das objektive Westfernsehen zeigt auch diese Bilder. Sie stehen dann bei meiner Tante Sabine in Spandau in der Wohnung. Die Gefesselten bewegen sich, aber man hört keinen Laut. Der Sprecher legt seine Stimme darüber. Nur Explosionen werden zur vollen Entladung gebracht, da spritzen Steine und Dreck akustisch an die Zimmerdecke, Urwaldbäume knicken zur Seite, Motoren jaulen auf, Maschinengewehre ticken; dieser Krieg steht leibhaftig im Zimmer mit den Möbeln und Teppichen auf Ratenzahlung, Bildern aus der Bilderabteilung bei Neckermann, den Lampen, Anrichten, dem Fernsehtisch mit Flaschen und Programmzeitungen. Auf dem Apparat die Tänzerin, die ihre weißrosa Gleichgültigkeit bis an ihr Lebensende dreht. Zum Vietnamkrieg, der abends um acht gezeigt wird, zur Stunde des Abendbrots, gibt es Sanella auf schwedischem Knäckebrot, Käse und Mettwurst, Tee und feinen Speisequark, danach Ginger Ale wie in Amerika, an manchen Abenden Languste wie bei Tante Helen(e). Tante Sabine ist die Älteste der vier Geschwister. Ihre Kinder haben sich irgendwohin ins Bundesgebiet verheiratet. Ihr Mann, der oft Spät Dienst bei der BVG hat, kann hier weggelassen werden. Dann holt sich Tante Sabine ihre Freundinnen aus der Nachbarschaft, die sich mit ihr den Bissen in den Mund schieben und sagen: Nun stell doch mal den gräßlichen Krieg ab, Sabine, ist ja gräßlich, die armen Menschen da unten. Aber die Reportagen sind immer nur ganz kurz, reichen pro Bild kaum für Abbeißen und Kauen. Zwischen Käse und Ginger Ale hat man das Argste bereits hinter sich. Nur der Sprecher schiebt noch ein: General Ky, in einem Interview befragt, wer sein Vorbild sei, sagte den Reportern: Ich werde

immer gefragt, wer meine Vorbilder sind. Ich habe nur ein Vorbild: Adolf Hitler. Ich bewundere Hitler. Er hat sein Land auf Vordermann gebracht, als es bedroht war.

Na ja, sagte Tante Sabine oder die Nachbarin, und man darf annehmen, daß in diesem na ja noch ihr latenter Rest Demokratismus steckt. Weiter geht es zum Tage, Unglücksfälle, Abstürze, Ereignisse. Der Kanzler will abtreten. Soll er mal ruhig, sagt Tante Sabine. Na, der nächste ist auch nicht viel besser, sagen die Freundinnen. Is ja doch nur alles Politik.

Nach dem Abendbrot macht man es sich bequem mit Salzstangen und was zu trinken, und die Nachbarinnen, die zum ersten Mal kommen, bewundern ein wenig die rosaweiße Tänzerin. Aber die Umschau am Abend entläßt noch immer nicht ins Abendprogramm: die fantastisch utopische Weltraumserie. Noch schnell zur Parteiversammlung der NPD, und der Parteisprecher sagt es allen: Dieses Land, meine Damen und Herren, liebe Brüder und Schwestern, das muß endlich einmal gesagt werden, muß wieder auf Vordermann gebracht werden! Dann wird abgeblendet.

(Anmerkung: Zitate und Tatsachen zum Verlauf des Vietnam-Krieges wurden entnommen aus: Neues Deutschland; dem Vietnam-Report von Peter Weiss; Madeleine Riffaud, 2000 km durch die Eskalation; dem Kursbuch Nr. 6, 1966)

#### BESCHREIBUNG MEINER FREUNDE

Meine Freunde wohnen in der Stadt. Es sind ihrer drei. Richard ist der Älteste, so um die dreißig, Regine ist fünf Jahre jünger, am jüngsten ist Sabine, ihre Tochter. Die ist noch so klein, daß alle in die Knie gehen, wenn sie mit ihr sprechen wollen. Nur Richard bückt sich steifbeinig zu ihr hinunter. Sein linkes Bein steckt in einer Gelenkstütze, die ein Mechanismus immerhin so beweglich macht, daß er sich hinsetzen kann, mit klickendem Geräusch schaltet sich das Bein, sitzt er, in eine rechtwinklige Lage. Richard lehnt es ab, in der Wohnung einen Stock zu benutzen, aber er braucht fest ruhende Gegenstände in seiner Nähe, Stühle, Tische, das Bord einer Kommode, um sich fortzubewegen. Seine Hände sind stark, groß. Sein Oberkörper ruht als zu breiter, zu schwerer Torso auf den überlasteten Beinen. Die Augen sind ganz klar und ganz hell, wie bei Sabine. Vater und Tochter verständigen sich durch Blicke. Regines Augen dagegen sind ganz dunkel, beinahe schwarz. Waren Richards Blicke für Sabine allzu streng, genügt es, Regine anzusehen, um getröstet zu werden. Seitdem Sabine viele andere Kinder kennengelernt hat, braucht sie weniger Trost. Auch kann sie jetzt viel mehr Lieder als früher. Früher, das war, als sie ganz klein war und man noch unwahre Geschichten über sie erzählen konnte. Früher, als Richard und Regine noch studierten. Sie haben Medizin studiert an der Karl-Marx-Universität und einander durchs Examen geholfen. Regine, heißt es, hatte es dabei oft

leichter. Ihrer Augen wegen. Es kommt vor, daß ich mich auf ein paar Tage bei ihnen einquartiere. Seit einem Jahr haben sie eine Wohnung in einem Vorort, der um 1911 von einigen wenigen Spekulanten mit Häuserzügen vollgestellt wurde für eine große Anzahl Menschen, die wenig Geld aufbringen konnten. So sind die Wohnungen klein ausgefallen, dunkel nach vorn wegen der überall versperrten Sicht, dunkel nach hinten wegen der Innenhöfe, die schachtartig sich hochziehen, sieht man von der Küche im vierten Stock auf Teppichstangen und Mülltonnen. Die Höfe sind mit bräunlichem Ziegelstein ausgelegt, auf dem die Schmutzspuren von Mopeds und Motorrädern lange Schleifen gezogen haben. Ich habe eine Postkarte geschickt, zur Anmeldung, klinge und lese mechanisch Richards Doktortitel und Nachnamen vom Messingschild. Dunkler Bohnerglanz, hier oben blander als im ersten Stock, schimmert vom Grunde auf. Es ist niemand zu Hause. Für solche Fälle haben wir vereinbart, daß der Wohnungsschlüssel unter der Fußmatte liegt. Ich bücke mich und taste nach dem Schlüssel. Schließlich bin ich ein alter Freund des Hauses, ich genieße das Vertrauen seiner drei Bewohner. So öffne ich selbst die Tür, hänge meinen Mantel an den Garderobenhaken. Im Flur riecht es wie in den Wohnungen unserer Kindheit, nach Bohnerwachs und Kunsthonig. Ich gehe in die Küche, wo die Möbel stehen, die Regine von ihren Eltern geerbt hat. Gerade hier ist der Kunsthonigeruch besonders stark, aber das ist ein spukhafter Geruch der Erinnerung an die vierziger Jahre, als wir, Regine und ich, so alt wie jetzt Sabine, ein wenig älter vielleicht, auf diesen Küchenstühlen saßen und zwischen zwei Luftlagemeldungen die Welt auf ihre Süße erprobten. Kunsthonig. Es steht aber ein Glas Bienenhonig auf dem Küchentisch. Dazu ein paar unausgewaschene Teetassen. Ich schaue in den Kühlenschrank, um die Kindheit zu vergessen und ziehe mir eine Flasche Adlershofer Wodka aus dem Fach. Gläser gibt es in der Stube. Hier kenne ich mich aus. Auf dem Flur bleibe ich wie immer vor einem van Gogh des VEB Seemannverlages stehen. Um endlich in die Stube zu kommen, räume ich einen Teddybär zur Seite, der den Eingang versperrt. Dann besinne ich mich, hebe ihn auf und setze ihn aufs Sofa, einen Riegel Schokolade im Arm, den ich aus der Jackentasche hole. Der Adlershofer ist kalt genug und schmeckt deshalb wie der Sowjetische, oder fast so gut wie dieser, den ich als Geschenk in der Tasche habe. Jetzt bin ich zu Hause, rauche, drücke auf die Radiotaste, suche nach einer Platte im Schrank. Sie haben alles durcheinander eingekauft, Bartok und Ray Charles und den Fliegenden Holländer. Mediziner sind ein bildungsbeflissenes Volk, denke ich und entscheide mich für Ray Charles. Die Wohnung ist so, daß ihre Mieter den besten Gebrauch von ihr machen können. Nur ein Bad fehlt und die Toilette ist auf halber Treppe. 1911, eine verklemmte Zeit.

Ich sehe aus dem Fenster. Es regnet, Novemberwetter, die Häuserfront gegenüber täuscht die Symmetrie des goldenen Schnitts vor mit ihren Fensterfassaden, die Stuckornamente einrahmen. An der Ecke ein Sarggeschäft. Das hatte ich nicht erwartet, aber das letzte Mal, als ich hier war, stand ein grüner Baum davor.

Richards Schreibtisch ist so wie der Arbeitstisch eines Mannes, der hier nur Rechnungen zwecks neuer Anschaffungen anstellt, mal einen Brief schreibt (nicht an mich, übrigens), Unterschriften unter Zeugnisse setzen wird, die ihm seine Tochter in ein paar Jahren nach Hause bringt, mit dem Blick die Augen Regines suchend, je nachdem. Ich vergesse die Rezepte, die er hier seinen Freunden aussellt, Vitaminpräparate, Kopfschmerztabletten.

Über das Ölgemälde an der Wand muß ich in mich hineinlachen, das zweite Glas Adlershofer in der Hand. Ich lache, weil das Bild von mir ist, und ich weiß eigentlich gar nicht, was es da zu lachen gibt. So trinke ich ein drittes Glas und überhöre das Schluesselgeräusch an der Tür. Richard ist gekommen, ich höre, wie er den Stock an die Spiegelwand der Garderobe lehnt. Er kommt herein, sein blauer Mantel glänzt vom Regen, er gibt mir eine regennasse Hand und seine Augen sind auch in dem halbdunklen Zimmer erkennbar. Er macht Licht und sieht auf die Flasche. Ich biete ihm einen Schluck an und das Eis ist gebrochen. Denn beinah kam ich mir unter seinem Blick wie ein Eindringling vor. Aber dieser Blick gehört zu Richards beruflicher Tätigkeit und ist mir gerade deshalb unangenehm. Ich bin schließlich gesund, sag ich mir, rauche noch eine Zigarette und sehe mein Olbild jetzt hell angestrahlt. So gut ist es gar nicht mehr. Richard bleibt lange in der Küche oder im Schlafzimmer, um die Krawatte abzulegen, eine Strickjacke überzuziehen. Oder auch nur deshalb, um mir Zeit zu lassen, mich an seine Anwesenheit zu gewöhnen. Er ist ein ungeheurer Psychologe. Daß er sich mehr mit Herz und Nieren seiner Kranken abgeben will, hat mich immer erstaunt.

Er ist noch nicht zurück, als eine Kinderstimme plötzlich alle Gegenstände im Zimmer ganz gegenwärtig macht (oder ist es nur, daß ich aus meinen adlershofer Abschweifungen in die Wirklichkeit zurückgerufen werde). Sabine jedenfalls kommt durch die Stubentür, da sie meinen Mantel erkannt hat. Zaghast erst, wir haben uns lange nicht gesehen, vielleicht bin ich inzwischen nicht mehr der, den sie meint: man muß nachsehen, was der für ein Gesicht heute hat. Schokolade hält der Bär im Arm, das sieht sie mit einem Seitenblick. Ich mache ein ganz freundliches Gesicht und sie zieht sich beruhigt in den Korridor zurück, wo Regine wartet, um ihr aus Schuhen und Mantel zu helfen. Regines Stimme ist so dunkel und sanft wie ihre Augen; nur daß Sabine da ist und laut etwas sagt, läßt auf ihre Anwesenheit schließen. Ich lasse ihnen Zeit, ich habe mich hier hineingedrängt, mit Anmeldung zwar, aber gerade diese abendliche Zeremonie des Wiedersehens, Wiederfindens, nachdem jeder von ihnen seinen Tag woanders und mit verschiedenen Beschäftigungen verbracht hat, darf nicht gestört werden.

Aha, sagte Regine, als wir uns durch die Tür die Hand reichen. Aha: das heißt: schon da, gut daß du da bist, du bist ja schon da, du hast schon getrunken, gefällt es dir bei uns, warte bis du dran bist, du siehst ja wir sind eine Familie. Aha: die Sorgen hast du nicht, oder welche hast du etwa?

Wir verstehen uns ganz gut auch ohne Worte, seitdem wir Kunsthonig aßen in

der Küche ihrer Mutter, vor oder nach einer Luftlagemeldung. Sabine schaut noch einmal durch die Tür nach mir und geht dann, um Richard meine Anwesenheit mitzuteilen.

Regine kommt ins Zimmer, sieht die Plattenhülle an wie zum ersten Mal, und ist müde. Richard kommt und setzt sich an den Tisch und wir warten alle auf das Klicken seiner orthopädischen Stütze, aber es bleibt aus, er legt sein kraftloses Bein mit den Händen auf einen Stuhl. Wir sitzen zu dritt unter der viel zu hellen Lampe, während Sabine ihre Schokolade auspackt. Ich nippe an meinem Adlershofer, Richard gießt sich ein Glas voll, Regine lehnt ab. Langsam nimmt das Zimmer sie auf als etwas Dazugehöriges. Sie sitzen wie an vielen Abenden zuvor in ihren Sesseln, erkennen mich wieder als ihren Besuch, auf meine Gesundheit braucht es ihnen wenigstens für heute abend nicht anzukommen. Und für heute haben sie, jeder auf seiner Station in verschiedenen Krankenhäusern der Stadt getan, was sie zu tun hatten und ein wenig mehr dazu. Es wird sich morgen herausstellen, ob die angewiesenen Medikamente ihre Diagnose bestätigen, oder nicht. Über Nacht, während sie in ihren Ehebetten schlafen, Sabine in ihrem Gitterbett unter den 10 kleinen Negerlein, ich auf der Couch, auf der ich neben Sabine sitze und rauche, arbeiten die Mittel in den Blutbahnen ihrer Patienten, versagen oder setzen sich durch, finden unsichtbare Kämpfe statt, die sie am Tag neu zu bestimmen haben, neue Schlachtordnungen aufstellend. Ich sehe sie an, ihre aufmerksame Müdigkeit. Regine ist Assistenzärztin in einer Lungenheilanstalt am anderen Ende der Stadt. Sie kennt dort die Verhältnisse, sie selbst hat ein Jahr in einem Bett der Anstalt gelegen. Jeder Arzt sollte die Krankheit seines Patienten gehabt haben. Richard hatte Kinderlähmung als Zwölfjähriger.

Ich bin ausgeruhter als sie, also erzähle ich, was es so zu erzählen gibt. Jeder hat schließlich seine kleinen Schwierigkeiten mit der Wirklichkeit, auch ich. Aus dem Gedächtnis habe ich ein Portrait Sabines angefertigt, das mehr werden sollte als nur eine Kopie dieses Gesichts mit der kaum merklichen Nase, den hellen Augen und Haaren, mehr: ein Kind, das gehalten wird von der allgemeinen Fürsorge, der seiner Eltern, seiner Kindergärtnerin, künftiger Lehrer und derer, die Häuser projektierten nach anderen Gesichtspunkten als 1911. Das Bild ist angenommen worden. Es wird zusammen mit anderen Bildern in einem großen Saal ausgehängt.

Wir ziehen schon noch mal um, sagte Regine, aber schließlich: uns gefällt es auch hier und die Leute im Haus wissen, wo sie nachts klingeln können, wenn sie Bauchschmerzen haben.

Richard geht an den Schrank, die Hand auf der Stuhllehne, und zeigt mir die neuen Plattenwerbungen: Bartok, den Fliegenden Holländer, Ray Charles liegt auf dem Plattenteller.

Alles für Gäste, sagte Regine und macht sich auf, in die Küche. Richard lässt den Ray Charles laufen, Sabine geht hinter Regine her, Händewaschen. Sie muß als

erste ins Bett und bekommt ihr Essen in der Küche. Im Bett singt sie ihr neues Lied, laut, daß wir es auch in der Stube hören können. Richard sieht auf die Uhr und geht zu ihr, um sie nach der letzten Strophe mit einem Blick zum Schlafen zu ermahnen. Ich gehe mit und bekomme einen Gutenachtkuß. Im Flur bleiben wir vor dem van Gogh stehen und ich erzähle von einem Kollegen, der das Original im Museum zu Amsterdam gesehen hat. Aus der Küche sagt Regine ihr Aha dazu, während sie das Omelett in der Pfanne auf den Rücken dreht. Wir bekommen Teller und Besteck in die Hand und tragen es hinüber auf den Essplatz. Das Geschirr ist ganz neu erworben, ich muß es auf Farbmuster und Stilart begutachten.

Wir sitzen und essen. Hinter den Fensterscheiben fällt unsichtbar Novemberregen. Wir trinken Tee und ich lobe den kinderleicht zu öffnenden Verschluß des sowjetischen Wodkas. Regine muß jetzt unbedingt den Bartok hören, und ich frage mich, wann und ob und wie sie eine glückliche Frau ist. Ich glaube, sie ist es zu dieser Abendstunde, wenn der Tag überschaubar wird (während Richard noch immer über ein Krankheitsbild nachzudenken scheint, das aufgrund neuer Symptome unklar geworden ist). Wäre ich krank, was ich ja beiße nicht bin, ließe ich mich lieber von Richard behandeln als von Regine, die ich doch soviel länger kenne. Richard ist Arzt aus Passion, heißt es überall, man kann ihm eine große Laufbahn prophezeien. Regine dagegen, in ihrem Park sitzend, in ihrer Lungenanstalt, hat zuviel Zeit, meine ich. Die Geschichten ihrer Patienten beschäftigen sie ebenso und mehr als deren Krankheitsbild. Gerade die Moribunden, erzählt sie, haben einen Lebensoptimismus, der alle Hausordnungen über den Haufen wirft. Wenn sie Nachtdienst hat, versammelt sie die Schlaflosen um sich, trinkt Tee mit ihnen und läßt sich die mannigfachen Verwicklungen ihres Lebens vortragen, ab und zu mit kleinen, leise gesprochenen Fragen unterbrechend. Es ist freilich ein Irrtum zu meinen, nur Lungenkranke hätten merkwürdige Schicksale. Nur eben daß sie so lange horizontal liegen müssen, läßt sie glauben, ihr vertikal geführtes Leben sei sonderbarer als das der andern gewesen. Wunderbar für Regine ist es, auf zwei Beinen zu gehen und zu leben, zu arbeiten und in Straßenbahnen durch eine sich wandelnde Stadt zu fahren, in den Läden zu stehen und auszuwählen, Kinder zu haben und einen Hausstand und einen Plattenschrank und Wodka im Kühlenschrank für einen Besuch am Abend. Hier unter der Lampe, am Abend, glaubt sie, ein einmaliges schönes glückliches Leben zu haben. Nur: am anderen Morgen sieht man, was alles nötig ist, dieses Leben zu erhalten, und auch für dieses abendliche Gefühl, für ihr eigenes Glücklichsein, glaube ich, verteilt sie am Tage die Medikamente, gibt Injektionen, tut ihr Äußerstes, telefoniert in den Pausen mit Richard, um seine Stimme aus dem anderen Ende der Stadt zu hören und ihn zu bitten, Sabine vom Kindergarten abzuholen, die Milch im Konsum nicht zu vergessen und das Weißbrot: sie kommt doch später als angenommen.

Um zehn gehen wir schlafen. Das Sofa wird blank überzogen, Richard löscht das

große Licht und öffnet das Fenster. Unten schwimmt trüb eine Laterne. Regine trägt den überhäuteten Aschenbecher in die Küche.  
Wir wünschen uns eine gute Nacht.

Der Wecker klingelt um sechs. Ich höre es durch die Tür. Auf der Straße fahren Motorräder. Bald darauf brummt Richards Rasierapparat aus der Küche. Sabine weint, weil sie aufstehen muß. Regine schaltet den Gaskocher an. Sie sammelt, was zum Frühstück nötig ist, auf ein Tablett und bringt es ins Zimmer. Ich kann liegen bleiben, die Couch steht so, daß ich mich halb aufgerichtet vom Tisch bedienen kann. Ohnehin stehe ich nicht gern um sechs auf. Regine schaltet das große Licht ein und ich sehe sie aus zusammengekniffenen Augen an. Die ihren sind groß, dunkel, unverändert. Sie ist fertig angezogen, ein Geruch nach Seife und kaltem Wasser geht von ihren Händen aus, die Tassen und Teller verteilen. Bittschön der Herr: sagt sie und stellt mir den Tee hin.

Wir vereinbaren, was ich einkaufen werde und wo ich den Laden dazu finde. In meinem Kopf streitet noch der Adlershofer mit dem Sowjetischen. Auch Richard kommt fertig angezogen, weißes Hemd, Krawatte, ins Zimmer, eine Hand am Manschettenknopf, und mir ist, als sollte ein Fest begangen werden, zu dem ich unverständlichlicherweise unrasiert und im Schlafanzug erscheine. Sabine ist belustigt, mich im Bett zu finden. Sie gibt mir ihren Bären, weil der noch müde ist. Ich lege ihn aufs Kopfkissen und erzähle, was ich ihm zum Mittagessen geben werde. Milch, bestimmt Sabine.

Richard streicht für Sabine und Regine Butterbrote. Sabine trinkt Milch mit Honig, gegen den Schnupfen.

Na wie hast du geschlafen, erkundigt sich Richard.

Ich weiß es nicht genau.

Du solltest heiraten, sagt Regine, dann wüßtest du es besser.

Ich nicke und sehe sie an. Der Tee scheidet die in meinem Kopf streitenden Geister.

Um sieben gehen sie aus dem Haus, Sabine in Stiefelchen und Kapuzenmantel, Regine in hellem Trenchcoat, Richard in seinem blauen Mantel. Ich gebe ihnen, aufgestützt, die Hand. Die Wohnungstür fällt ins Schloß.

Richard bringt Sabine in den Kindergarten. Sein Weg zur Klinik ist kürzer als der Regines, die mit Straßenbahnen verschiedener Linien fahren muß, eine Stunde durch die Stadt, in ihre Station unter den kahlen Parkbäumen. Die Straßenbahnen dieser Stunde sind voller regennasser Menschen, die ihrer Vorstellung vom Leben gerecht werdend, das Ihre tun an diesem Tag und ein wenig dazu. Nicht mehr sehe ich Sabines Gesicht, neben anderen Kindergesichtern, die sich aus Kapuzenmänteln schälen. Nicht mehr Regines Gesicht, verstellt von Röntgenbildern, nicht mehr das Richards, doch seine Augen, die den ersten Patienten der Sprechstunde empfangen. Gegen zehn rufe ich Regine an. Sie läßt gerade die Entlassungspapiere für einen Patienten schreiben. Die Tuberkulose ist eine Krankheit, sagt sie, die sich besiegen läßt.

#### Psychoanalyse

Ich falle  
über den erstbesten Stein  
Leute die  
vorbei gehen  
schaun mich an  
was  
soll das

Ich rufe  
mitten im Zugabteil  
nach dem Taxi  
Das ist doch  
nicht mehr in Ordnung

Mein Gesicht  
am helllichten Tag  
drückt Angst aus  
Dieser Mensch  
sollte endlich  
zum Arzt gehen

Das Radio spricht  
von zwei dritteln der Menschheit  
Wo sind nur  
frag ich  
all die Schreie  
der Hungernden  
(Bin ich  
verrückt geworden?)

Ich werde zum Arzt gehen  
Das alles muß bald  
ein Ende haben

Streitfrage

Man kann sich überlegen  
soll man  
das eine tun oder das andere  
oder beides zusammen oder  
zuerst das eine  
dann erst das andere

Man kann sich überlegen  
soll man einem der hungert  
zu essen geben  
oder ihn sterben lassen  
oder dem Sterbenden zu essen geben  
oder ihn zuerst sterben lassen  
ihm dann erst zu essen geben

Schulgang

Begleite mich also  
auf dieser alltäglichen Wanderung  
Nenne den Tag und die Stunde  
einen Tag und eine Stunde  
Sage mit Gewißheit  
wie es gewesen ist  
Zeig mir den Weg

Gehe diese Stufen hinauf  
erkenne den Stein als einen Stein  
und diesen Balken als einen Balken  
und diesen Tisch als einen Tisch  
gehe vorbei und sage  
auch hier habe ich gewohnt

Dort stehen die Baracken  
Dort war die Rampe  
Dort wurde das Gas eingefüllt

Bericht aus Berlin

Die Studenten stürzten mit Messern und  
Steinen bewaffnet auf die  
völlig unvorbereiteten Polizisten los.  
Es gab eine Reihe  
von Verwundeten und einen Toten,  
der Rest der Studenten  
ist noch einmal  
davongekommen

Votum 1967

Einer bringt einen anderen um  
Einer überlebt; und einer, der überleben wollte  
und ein anderer, der ein Krüppel geworden ist  
und die einen, die überlebt haben und auch die,  
welche nicht überlebt haben  
und die, welche nichts dafür können  
und ich und mein Bruder  
und ein ganz fremder Mensch  
und auch die, welche vielleicht  
etwas dafür können, wir alle:  
sind eine Familie, bestehend  
aus Menschen: wir also  
sehen, daß einer einen, der nicht sterben will,  
tötet, wir sehen es: aber  
wir halten die Kugel nicht auf, die den Tod bringt!  
Wir sehen es; aber  
wir haben Angst, furchtsam zu scheinen!  
Wir sehen es: aber  
wir schreien, um nicht sprechen zu müssen, im Chor  
die Lösung des Siegers:  
Sieg! wo es heißen soll Mord!  
Mord! wo es heißen soll Hoffnung.

Ausgelacht werden soll ...

Ausgelacht werden soll  
der ein x aus einem u erzeugt  
und der überzeugt x für u erklärt wie auch umgekehrt  
der erklärt, x sei von u bestochen  
der x für gefährlich anmaßend dumm hält und das ist  
nicht alles  
der x vorwirft, nicht y zu sein  
(und der von sich behauptet, er sei y  
keinesfalls x; x sei nämlich u)  
der x für einen Kleinbürger ausgibt, der manchmal  
z heißt  
der x schon im nächsten Augenblick für einen Wolf hält  
der sagt, daß er x nicht kennt, aber  
x gar nicht erst kennen will  
der x kennt und sagt, daß er x  
nicht mehr kennt  
Außerdem soll ganz im allgemeinen ausgelacht werden  
der den Frieden wahrt  
wie der, der den Frieden nicht wahrt  
der über sich selber nicht lachen kann  
der Karl Marx für eine Stadt in Deutschland hält  
der das Maul hält  
der, ja was?

Stedkbrief, einen Hahn betreffend

Aufzufinden sofort und als  
Verräter am Sozialismus zu behandeln  
ist nicht näher bezeichneter  
Hahn, der sich mit Vorliebe  
auf dem Dach des Sozialismus aufhält:  
in Anbetracht dessen  
daß weder bei Marx noch Lenin  
ein Hinweis zu finden ist, daß  
der Sozialismus ein Misthaufen  
oder ein Kirchturm oder eine Kirche sei  
infolgedessen der Sozialismus wohl kaum  
beim Dorf etwas zu suchen hat.

Im Laufe der letzten drei Monate sind uns 241 Gedichte zugeschickt worden, ein Viertel davon aus Orten mit vierstelliger Postleitzahl, jeweils ein starkes Drittel aus Großstädten und Städten mit zwei- oder dreistelliger Postleitzahl. 90 Prozent der Verfasser gehören zu Kriegs- und Nachkriegsjahrgängen. Wo Berufe angegeben werden, sind es: Verlagsangestellte, Oberschüler, Studenten, vor allem der philosophischen Fakultät, aber auch Juristen und Naturwissenschaftler. Wo solche Angaben fehlen, lassen die Texte ähnliche Ausbildungswege vermuten: sicher hat jeder der Autoren Abitur gemacht oder ist auf dem Wege dazu, wahrscheinlich besucht er eine Hochschule oder hat das Studium abgeschlossen. Das erlaubt ungefähre Rückschlüsse auf soziale Herkunft — entsprechend dem Besetzungsverhältnis der Oberklassen der höheren Schulen und der Hochschulen — aus dem traditionellen Mittelstand: kleinere Unternehmer, Gewerbetreibende, Handwerker, mittlere und höhere Beamte, Pfarrer, Ärzte und andere freie Berufe.

Das Kleinbürgertum wird seit mehr als hundert Jahren ausgiebig beschrieben, seine Psychologie aufgespürt, seine ökonomische Lage so definiert, daß es über die Hauptproduktionsmittel weder verfügt noch an ihnen arbeitet, seine historische Perspektive deshalb für Null befunden. Das Gewicht, über das es trotzdem verfügt, hat es bis jetzt immer in die Waagschale des Kapitals eingebracht. Der Hauptgrund dafür wird in der Fehleinschätzung der eigenen gesellschaftlichen Position zu suchen sein, in der Identifizierung mit der Staatsmacht, ohne mehr als ein Zipfelchen dieser Macht zu besitzen. Das Selbstverständnis des Mittelstandes geht noch immer dahin, in den besonderen Bedingungen seines Überlebens die allgemeinen für die Befreiung der Gesellschaft zu sehen. Unter diesem Vorzeichen rekrutierte der deutsche Faschismus seine Kerntruppe aus dem Kleinbürgertum, diesen Irrtum päßelt die CDU/CSU mit einer schäbigen Mittelstandsideologie. Die wirtschaftliche Entwicklung legt die Bauernfängerei dieser „Ideologie“ bloß. Ihren Zweck hat sie allerdings inzwischen erfüllt: den nach 1945 kurz aus dem Tritt geratenen Kapitalismus zu stabilisieren. Heute, da der Mittelstand seine Existenz gefährdet sieht, antwortet er wieder mit seinen eigenen Ordnungsvorstellungen, die zwar streckenweise anti-großkapitalistische Züge tragen, in der Praxis aber diesen Kapitalismus garantieren werden. „Der in Aktion versetzte soziale Widerspruch“ neigt zum Pakt mit der Klasse, die ihn

notwendig vernichten muß. Die Kluft zwischen Selbsteinschätzung und realer gesellschaftlicher Position wird dem Mittelstand auch in Zukunft den Weg zu progressiven Bewegungen nicht einfacher machen. Es sei denn, eine neue Generation geht ans Entrümpeln.

241 Gedichte — nach Abzug der älteren Jahrgänge und einiger Strickmuster verbleiben 209 Versuche, mit sich und der Welt ins Unreine zu kommen. Von den ästhetischen Theorien der 50er und frühen 60er Jahre wie: Gedichte seien „sprachliche Einstellung auf den lyrischen Augenblick“ (W. Höllerer „Nach der Menschheitsdämmerung“, Aufsatz 1956), seien „Momentaufnahmen“ (ds.) ist wenig übriggeblieben. Wo Momentaufnahmen geliefert werden, stehen sie für deutlich angesprochene Zusammenhänge meistens gesellschaftlicher, immer materieller Art. Wie wenn das nie anders gewesen wäre, wird zur eigenen Existenz auch und vor allem die Umwelt befragt. Das „lyrische Subjekt“, also der Gedichtemacher, verselbständigt sich an keinem Punkt, die Welt ist ihm nicht Vorwand für Verse, ihr gelten sie. Was vor zehn Jahren noch zum Unvergänglichen Erbe germanistischer Seminare zu gehören schien — etwa Eliots Satz „der Gegenstand ist für das Gedicht da, nicht das Gedicht für den Gegenstand“ — wird hier schon von der Fragestellung her abgewiesen. Weder ist das Gedicht für den Gegenstand da, noch der Gegenstand für das Gedicht. Die 209 Gedichte zeigen den Prozeß der Aneignung der gegenständlichen Welt, sie werden dabei selbst zum Gegenstand. Welcher jetzt für welchen da ist, sei den Kultusministern als Reifeprüfungsthema empfohlen.

Was auffällt, ist der resignierende Grundton:

„Hier / aber lebe ich im Brenn- / punkt meiner Furcht / und mit dem Rücken / zur Wand.“ (J. P. S.)

„am horizont ein / silberstreif // noch bevor ich / den bunker erreiche / klinkt unter den flügeln / endlösung aus.“ (M. B.)

„bevor ich überhaupt etwas sagen kann / haben sie schon alles gesagt.“ (W. G.)

„Hier / sage ich / bin ich fremd.“ (K. K.)

„eine schnake // will wieder heraus / aber sie kann nicht / denn meine lampe / ist bast.“ (W. G.)

„augen rechts / maul zu / waffen blank // helm ab / grube zu / schwamm drüber.“ (M. B.)

„die Wahl fällt mir schwer / wie sichs leichter stirbt / in diesem Land / zwischen E 605 / und / Ave Maria.“ (G. S.)

Der literarische Flirt mit dem Sterben kehrt an verschiedenen Stellen wieder. Man mag darin nur die Pose sehen — bei der sonst vorherrschenden Sachlichkeit zeigt sie, wie existenziell die Fragen stehen.

„Warst Du denn blind, als Rauch zum Himmel quoll? / Rochst Du nicht den Gestank von garem Fleisch?“

„aus dem Blutsee, auf den Aschebergen / eine neue Generation / läßt sie nicht fallen.“

„Deutschland, deine Öfen rauchen / immerfort.“ (W. N.)

„seine elf Märfeldtürme / sind gesprengt / und aus der Zeppelinfeldtribüne // hört keiner mehr / das Gras seiner Stimme wachsen / so zogen sie / Schlußstrich unter Schlußstrich / den Balken in unserem Aug / zog uns keiner.“ (G. S.)

Dem Thema ‚Drittes Reich‘ hängt etwas Spukhaftes an, es wird schwer realisiert und gerät leicht ins Legendäre. Poetische Glasur soll Unmittelbarkeitersetzen, wie das Beispiel ‚gares Fleisch‘ verrät. Verbranntes Fleisch war dem Autor vermutlich zu gewöhnlich, er kam auf das kulinarische ‚gar‘ und versprach sich davon noch einen Effekt, der aber nicht schmeckt. Der etwas hilflose Umgang mit der brutalsten Form des Kapitalismus ist wohl auf die nur moralischen Kategorien zurückzuführen, mit denen ‚bewältigt‘ wurde. Wie bruchlos der Übergang zur Bundesrepublik war, ist nicht ins Bewußtsein gedrungen, was blieb, war allenfalls das Gefühl einer Erbsünde, mit der diese Gesellschaft behaftet ist. Das daraus resultierende ‚Unbehagen‘ konnte leicht zu irgendwelchen Zivilisationsscheinungen umgedeutet werden. Man kreierte denn auch schnell eine ‚skeptische Generation‘, deren Skepsis allerdings so bemessen war, daß sie nie an die Grenzen des Systems stieß und daß sie sich noch nutzbar machen ließ, etwa auf der Basis des jungen EWG-Europäers. Als der US-Feldzug gegen Vietnam und seine Unterstützung durch unsere Regierung das ‚Unbehagen‘ zum Protest ausweiteten, konnte man nicht länger an der ‚skeptischen Generation‘ häkeln. An ihre Stelle trat von da an ein ‚Generationskonflikt‘, für den sich unter 209 Gedichten ganze 2 Belegstellen finden ließen:

„immerzu lachen / sagen die alten / sei ein zeichen von dummheit / ob sie es waren / die dafür / gesorgt haben daß / wir nichts / zu lachen / haben?“ (M. B.) Und einer der jüngsten Einsender schreibt:

„ich möchte singen / von den taten der alten / aber die sonne / ... läßt es nicht zu.“ (W. G.)

Seit der Protest zur Aktion geschritten ist, haben wir es mit einem ‚verschärften Generationenkonflikt‘ und einer ‚unruhigen‘, ja sogar schon mit einer ‚unverständigen Generation‘ zu tun, jetzt bereits mit kommunistischen Hintermännern, Drahtziehern, Rädelsführern versehen. Sollte die Biologie als Stein des Anstoßes ausgedient haben, ist Vorsicht geboten.

Die versuchte Exekution Vietnams war nicht zu überhören. Dazu waren die schallschluckenden Wände der Bundesrepublik doch nicht dick genug gepolstert. Der lautlosen Brutalität der Wohlstandsgesellschaft gilt die erste Empörung:

„Wunschzettel . / Lieber Osterhase // die Welt ist ausgefragt // und Günter Grass hat gesagt / wir können uns Napalm vorstellen / nur hat er beim wir mich vergessen / ich kann mir trotz G. G. // kein Bild machen von Napalm // und Vater der es wissen müßte / erinnert sich nicht mehr / deshalb lieber Osterhase // leite einen amerikanischen Bomber um / es ist nicht weit.“ (G. S.)

„Mit einem Bombenteppich belegt wird der Boden / auch mir / unter den Füßen zu heiß.“ (J. P. S.)

„Wir steigen in den Wagen. Ich / starte. Meine Frau zündet die / Flammenwerfer.“

„Wie wärs mit einem Napalmfick?“ (U. A.)

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser Gesellschaft hat das erträgliche Maß überschritten. Die Erfinder des Generationenkonflikts nennen das ‚Vertrauenslücke‘:

„und am Himmel / erschien ein gülden bild: / töte töte töte.“ (W. G.)

„Ungläubig / werde ich zum Gläubiger / des Unglaublichen.“ (P. S.)

„an der Ecke / verkauft Pilatus / Wasser.“ (G. S.)

„freunde warum habt ihr die meinungsforscher beschwindelt und sagt / das weißeste weiß eures lebens gefunden zu haben?“ (W. G.)

„Unzufrieden / mit dem Frieden / in meinen vier Wänden / beunruhigt mich // der Blick auf die Tür / meine weiße Weste.“ (J. P. S.)

Was da nicht mehr geglaubt werden kann, bezieht sich nicht auf Außerlichkeiten, es trifft den sorgsam gepflegten Anspruch der neuen alten Welt auf Verkörperung der humanistischen Traditionen, auf Präsenz von Freiheit und Demokratie. Der Zweifel wächst, ob ‚das Unglaubliche‘ ein reparabler Defekt ist oder nicht vielmehr identisch mit den Grundlagen der vorgefundenen Ordnung. Er äußert sich zunächst in einem etwas umflorenen Kulturpessimismus: zerbröckelnde Kathedralen, schweigende Priester, Beton zerfällt zu Staub.

„Mehrmals hoben wir auf, worunter nichts war.“ (G. G.)

Die abendländische Ahnengalerie wird kräftig durchgeschüttelt: Karl der Große, Friedrich der Hitler, Meister Proper, Schlapphut à la Johann Wolfgang, und die Bibel hat doch recht. Das Wort zum Sonntag entfällt, hinter der Hecke stößt der Prinz Dornröschen. Die Lust an der literarischen Schändung von Kultur- und Geschichtsgötzen, die eine im Kern kulturfeindliche und geschichtslose Ordnung drapieren, ist beträchtlich. Jedoch auch sie reagiert mehr, als daß sie angreift.

Der Völkermord in Vietnam treibt aber das Bewußtsein über ‚Unbehagen‘ und ‚Kulturekel‘ hinaus. Die Vergegenwärtigung: Benzin an der Autobahntankstelle — Benzin als Rohstoff zur Napalmproduktion, der Tagesschau-Hubschrauber, der eine Kirche mit dem zentnerschweren Zeichen des Erlösers krönt — derselbe Hubschrauber als Erlöser eines Volkes von seinem Hochmut, Chemikalien als Insektenvertilgungsmittel — als Ernte- und Völkervernichtungsmittel, geliefert von denselben Firmen, die Vergegenwärtigung dieser Seiten einer Medaille lenkt das moralische Entsetzen zunehmend auf gesellschaftliche Fragen. Ein Begriff wie, Imperialismus‘, vor nicht allzu langer Zeit noch zum Pflichtarsenal kommunistischer Deklarationen gerechnet, wird plötzlich aktuell. Abstoßende Verbrechen, die isoliert betrachtet nur dazu angetan sind, den Kreisel von Entrüstung-Verzweiflung-Resignation in Gang zu setzen, werden in Zusammenhängen gesehen und erklärbar. Die Entdeckung objektiver Ursachen zieht das Bewußtsein der Veränderbarkeit und dieses Verantwortung nach sich.

Die Trennscheibe zwischen verzweifelndem Zuschauer und den Geschehnissen ist an einer Stelle zerbrochen. Ein Teil der Autoren bezieht Positionen, die in Widerspruch zur herrschenden Ordnung führen und zur Entdeckung von Macht und Herrschaft überhaupt. Das gesuchte Selbstverständnis bildet sich in rollenden Angriffen gegen das ‚establishment‘.

Der Qualität der Gedichte kommt das neue gesellschaftliche Bewußtsein allerdings noch nicht zugute, die äußerlich engagiertesten gehören zu den schlechtesten Beiträgen. Meistens referieren sie nur die frischgewonnenen Erkenntnisse mit prophetischem Unterton, die fertige These ersetzt die Entwicklung eines Gedankens. Sie wird beliebig in Zeilen und Strophen zerlegt, muß aufgrund ihrer Abstraktion auf Motive und gegenständlich festgelegte Bilder verzichten; sucht man die Fabel, stößt man wieder auf die These:

„sie (die Amerikaner) wollen der Welt einreden / daß China der Feind ist / obwohl / die Vietcong selbständig sind.“

„sie wollen der Welt einreden / daß Kommunisten / gleich Kommunisten sind / obwohl / Revolutionen aufgrund der / Bedingungen / an Ort und Stelle / geschehen.“

„Das wollen sie alles / geschichtlich begründen.“

„Sie irren sich.“ (H. K.)

„Alle revolutionären Völker / werden lernen, einen Volkskrieg // zu führen.“ (U. A.) (= Lin Biao ‚Die Lehren der chinesischen Revolution für die Weltrevolution‘, Peking Rundschau Nr. 37, 1965)

Die gerade eroberte Realität erstarrt zu Formeln. Das letzte Zitat stammt aus einem 21seitigen Vietnamgedicht, in dem Fabel und These unvermittelt wechseln. Die Fabel: Wochenendausflug mit Wagen und Frau nach V. Thema: Die Gleichzeitigkeit von Konsumwelt und Schlachtfeld. Die Fabel wimmelt von falschen Bildern und unkontrollierten Assoziationsketten. Herbstatem, Geräuschkristalle, Ockerhelle, grünbesonnene Vögel, hellblau fixierte Bäume, meergrün lodert in den Buchten Blüteneis — Pudding. Dazwischen, sehr vorteilhaft, Lin. Die Flucht aus dem Chaos in die Formel ist exemplarisch. Der Besitz der Formel erlaubt souveränen Umgang mit flachköpfigen Nicht-Besitzern:

„Der Tankwart / füllt Benzin. Meine Frau richtet / die Flammenwerfer. Gerechtes / Benzin! Aufstöbernd zerfranst das / Feuer des Ignoranten Gesicht.“ Der Kleinbürger, der seinen Assoziationsbrei wahrscheinlich erst seit kurzem mit Lin Biao würzt, reinigt in gerechtem Zorn den Tempel — ausgerechnet vom Tankwart.

In seiner Kraßheit ist dieses Beispiel ein Einzelfall. Durchgehend festzustellen ist aber bei den engagiertesten Einsendungen, daß der endlich ausgemachte Gegner ebenso undifferenziert bleibt wie die Bedingungen seiner Bekämpfung. Die aufgespürten Gegensätze stehen sich unvermittelt gegenüber, die Wechselbeziehungen aller Klassen einer Gesellschaft, die Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften finden nicht statt, eine einzelne Etappe im Er-

kenntnisprozeß droht zu verselbständigen. Dabei ist die Existenz von Klassen und ihr Kampf teilweise noch gar nicht realisiert. Nicht die Frage, wer in wessen Interesse gegen wen Macht ausübt, erregt die Gemüter, sondern daß überhaupt Macht ausgeübt wird. Die moralische Grundlage des Engagements ist trotz marxistischer Zutaten ungebrochen. Die Welt zerfällt in Gut und Böse, der moralische Treibsatz läßt Überlegungen von Zweckmäßigkeit weit hinter sich, Teilnahme ist wichtiger als Sieg, der Kreuzzug gegen die etablierte Ordnung ist eröffnet. Dabei ist die Nähe der desorientierten Resignation noch deutlich, die Erbitterung über die jahrelange Nasführungs durch Schule, Kirche, Staat, Familie, verleiht dem Engagement den Charakter eines antiautoritären Rachefeldzuges. Die Rache soll süß sein — sie setzt genau an dem Punkt an, der in der persönlichen Vergangenheit das Chloroform geliefert hat: privates Eigentum an Produktionsmitteln = Pluralismus, Partnerschaft, demokratisches Spiel der Kräfte = Freiheit, Humanismus, Fortschritt.

Den Witz dieser Gleichungen zu beweisen, ist jetzt Punkt 1 der Tagesordnung. Wie beweist man am einfachsten, daß ein Tiger, der beharrlich von sich behauptet, ein nützliches Pferd zu sein, doch ein Tiger ist? — Man reitet ihn. Die demokratisch aufgeputzte Staatsgewalt, die sich die Hermann Josef Abse nach dem letzten Krieg zulegen mußten, knüppelt beginnende Enteignungsaktionen auch prompt nieder. Der Reiter sieht sich bestätigt, der Tiger ist entlarvt. Allerdings nicht für den, der ihn im Tank hat. Hier liegt der Haken der Entlarvung durch Provokation, den sie auch als ausgebaute Theorie nicht verliert. Eine Bevölkerung, aufgewachsen mit der Gewalt, gegen sie ausgeübt von Eltern, Lehrern, Pfarrern, Dienstherrn, Polizei, Militär und inzwischen für so etwas wie ‚Ordnung‘ gehalten, vollgepumpt mit billigstem Antikommunismus — dem ja auch die Antiautoritären nicht immer entgehen — seit 35 Jahren auf demokratischer Isolierstation, die die Wiederaufrüstung, wenn auch widerwillig, schlucken mußte, die das Verbot und die erneute Verfolgung ihrer Kommunisten hinnehmen mußte, die als Summe all dessen in der Mehrheit ihren Protest bis heute nach rechts formuliert — dieser Bevölkerung sollen plötzlich die Augen aufgehen angesichts knüppelnder Polizisten? — Nein. Bei der Bewältigung der hier zu leistenden revolutionären Arbeit gibt es keinen Trick 17 und es helfen auch keine unfrommen Wünsche wie:

„Ketten sollten eigentlich viel lauter rasseln.“

„Elend sollte Allgemeingut sein.“ (D. D.)

Kann sich der Hintergrund eines Systems schlagender offenbaren als durch die jüngsten Wahlerfolge der Reservepartei des Großkapitals? Für die Leser dieser Zeitschrift, für einige Millionen (?) Bürger, für große Teile des umliegenden Auslands vermutlich nicht. Diesen Grad der Entlarvung hat auch die provokanteste Aktion nicht erreicht. Ist damit irgend jemandem in diesem Land gedient? Wird das politische Bewußtsein wachsen? Wenn ja, welche Mehrheit braucht die NPD im Parlament, die einfache oder die absolute, damit die autori-

täre Struktur dieses Staates vor seinen Bürgern entlarvt ist? ‚Allgemeingütiger‘ als durch eine solche Mehrheit könnte ‚das Elend‘ nicht werden. Wer leichtfertig rechnet, dadurch würden die Fronten geklärt und der Kampf erleichtert, sei daran erinnert, daß diese Rechnung schon vor 1933 von manchen aufgestellt wurde. Einsichtnahme in die Quittung empfiehlt sich.

Wir werden nicht umhin können, uns mit der Bevölkerung unseres Landes, ihren Lebensbedingungen und -gewohnheiten, ihrer Biographie und ihrer Denkweise genauestens zu beschäftigen. Schnellgefundene Pauschalurteile über den Grad der Integration, etwa der Arbeiterklasse, werden dabei nicht zählen. Solange wir über diese Arbeiterklasse ungefähr so detaillierte Vorstellungen haben wie die Amerikaner von den vietnamesischen Bauern, können wir uns die Revolution an den Hut stecken. Wenn es aus der Geschichte etwas zu lernen gibt, dann dies: Eine revolutionäre Partei oder Bewegung kann in sich noch so geschlossen und von einer auch zahlenmäßig beachtlichen Stärke sein, sie wird ihren eigentlichen Auftrag nicht erfüllen können, solange sie sich nicht einer Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verständlich macht und deren Sympathie oder aktive Unterstützung erarbeitet. Wer vor dieser Arbeit verzweifelt oder sie geringsschätzt, läßt sich am besten schon heute eine Bescheinigung über revolutionäre Gesinnung ausstellen, damit ihm später die Enkel auch glauben, was für ein ganz Wilder er einmal war. „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. (...). Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheuere Überbau langsamer oder rascher um.“ Es lohnt sich, nachzurechnen, wie viele Jahrzehnte vergingen, nachdem Marx im Vorwort zur ‚Kritik der politischen Ökonomie‘ diesen Vorgang formulierte, bis sich der ‚Überbauteil‘ des Arbeiterbewußtseins dahin änderte, daß die Unvereinbarkeit des bestehenden Systems mit den Interessen der Arbeiterklasse von deren fortschrittlichstem Teil erkannt wurde. Wer die Materialien der deutschen Kommunisten von Karl Liebknecht bis Max Reimann studiert, wird feststellen, daß sie größtenteils recht hatten. Das hat aber 1918/19 nicht genügt, um die sozialistische Revolution zum Erfolg zu führen, das hat nicht einmal genügt, 1933 die Konterrevolution und 1945 die Restauration zu stoppen, obwohl es sich bei der KPD weder um ein zimmerliches Mädchenpensionat noch um eine isolierte Minderheit gehandelt hat. Das ist nicht zur Verbreitung von Mutlosigkeit gesagt, sondern um die Wut, die sich in den vorliegenden Gedichten ausdrückt, vor Blindheit zu warnen. Das Herumschlagen mit einer institutionalisierten Umwelt darf nicht in Maschinengräber enden. Unser Hauptfeind ist nicht der Apparat als solcher, sondern die, die ihn bedienen und zur Unterdrückung benutzen. Unsere Macht liegt bei denen, die von den Bediensteten in Abhängigkeit gehalten werden und früher oder später, bei Strafe des eigenen Untergangs, deren Macht brechen müssen. Punkt 2 der Tagesordnung müßte deshalb sein, den Menschen als Subjekt seiner Geschichte zu entdecken.

In 209 Gedichten kommt Bevölkerung kaum vor, geschweige denn ihre Arbeitsbedingungen oder Zusammenhänge zwischen Produktionsweise und gesellschaftlichen Reaktionen. Das ist verständlich bei den Autoren, die erst um ein elementares Selbstverständnis gegen eine scheinbar mechanisierte Umwelt kämpfen. Beängstigend werden die entvölkerten Verse bei den politisch Bewußteren. Meine Frau, der Tankwart, die Alten, ein Priester, Fromme, die Meinungsforscher, Mutter, Vater, Bruder, Schwester, der Schäfer, Astronauten, ein Bauer, der Mesner, ein Polizist, der Kirchenchor, der Pförtner, ein Kolumnist, mein Freund, ein Krankenwagenfahrer, jugendliche Demonstranten, mein Psychiater, Kinder, ein Zöllner — das sind so ziemlich alle Zeugnisse für die Existenz einer Bevölkerung, noch dazu konzentriert auf wenige Gedichte. Der Produktionssektor ist vollständig ausgeklammert. (Ein einziges Mal backt ein Bäcker Kuchen.) Die Mauer, die das Privateigentum an Produktionsmitteln um ‚seine‘ Fabriken gezogen hat und hinter der Tag für Tag 20 Millionen Menschen zu geheimnisvollem Tun verschwinden, ist zu hoch. Die erste Hürde — die eigenen Probleme nicht zu verinnerlichen, sondern ihre Klärung in der Umwelt zu suchen, ist genommen, die zweite noch nicht angegangen — jene 20 Millionen Arbeiter und Angestellte als die einzige möglichen Träger einer menschenwürdigen Zukunft zu erkennen.

Volker Braun

Künftige Bezirke des Sozialismus

Notiz nach der Ostermarsch-Deutschland-Tournee 1968

1

Dies nahe Land, das wir kaum kennen, hat sich entwickelt. Ich habe es mit Heiterkeit betrachtet, als würde unsre Kolonne ein Terrain abfahren, das damit dem Volk zufällt. Ich sah die großen bald volkseigenen Betriebe, die Wälder, die künftigen Gewerkschafts-Heime. Es ist hier gut vorgearbeitet worden. Die hellen Dörfer und hohen Städte entsprechen äußerlich durchaus meinen niedrigsten Vorstellungen von sozialistischer Landschaft. Der Kapitalismus ist die beste Ordnung, die wir uns als Vorläufer der unsren wünschen können. In seinem Schoß wächst riesig der Embryo des Sozialismus heran, Produktivkräfte, die gewaltig zur Integration neigen, die sich vergesellschaften — in bald unhaltbarem Widerspruch zu den Besitzverhältnissen. Denn die Fülle enormer Details macht keine Harmonie. Die Dörfer sind bedroht und die Städte mit sich zerfallen. Die Betriebe wachsen nicht schön zusammen: sie verschlingen einander. Der schöne Besitz trennt die Leute, in kämpfende Klassen. In den Wäldern wohnen die Armen.

Noch mehr als die Landschaft sind die Leute verändert. Fast allen geht es gut, und viele haben sich gewöhnt, das schon gut zu finden. Die sind eingemeindet in die fremden Betriebe mit allen Gedanken. Die wollen diese Lage nicht ändern. Die bringen es fertig und streiken *für* die Beibehaltung des sozialen Status. Die holen rote Fahnen von den Neubauten und verprügeln Demonstranten. Es ist hier zurückgearbeitet worden zum Niveau der Zwergschulen. Der Kapitalismus ist die schlimmste Ordnung, die vor unsrer herrschen konnte. Andere Leute, die noch denken können mit all dem Zeitungspapier im Kopf, Gewerkschafter und besonders Studenten, die ja nichts zu verlieren haben als ihre beschränkten Professoren, laufen herum mit Kenntnissen und Plakaten und betrachten finster die Welt. Die besten von ihnen geben sich nicht zufrieden mit Betrachtung, sie

drängen zur Aktion und lassen nur gelten, was zur Aktion drängt. Sie laufen nicht ins Abseits, sie pfeifen das ruhige Spiel aus. Das sind keine Scharlatane, gleich wie sie sich gebärden. Die Jakobinermütze war auch kein Salonhut. Kurze Haare garantieren nicht lange Gedanken. Es ist ein Unsinn, diese Genossen als „links von uns“ abzuweisen, die doch nur mit vielen Mitteln versuchen, aus der Anstalt, die sie establishment nennen, auszubrechen — mit den Mitteln, die ihnen die Außenwelt reicht und die sie nicht geruhsam sondieren können. Es ist töricht, sie, nur weil sie (wie wir!) auch mit unsern Errungenschaften nicht zufrieden sind und weil sie unsere Strategie für so wenig absolut nehmen wie die ihre, nicht als Verbündete zu sehen. Wenn wir sie wegen ihres andern Blickfelds aus unserm verbannen, zeigt das nur die Begrenztheit unsres Blickfelds.

Es ist ein Unsinn aber auch, sich links von uns zu fühlen, wenn man selber erst nur im *Denken* links ist. Manche der Warmblütigsten wollen nicht den besonderen Status wahrnehmen, in den wir geraten sind, weil hier die Ideen zur Praxis wurden und sich Verhältnisse aus Sand, Stahl, Beton und Fleisch nicht schnell bewegen lassen wie Ideen. Gegen eine taktische, vorsichtige Politik läßt sich vom Standpunkt Ziel immer viel sagen. Die ins Handeln verwickelt sind werden alsbald auf einige harte Notwendigkeiten stoßen mit ihren schnellen Köpfen. Wir warten nicht auf Verständnis, wir versuchen mehr zu verstehen. Wir haben nichts gegen Korrekturen, wir korrigieren uns selbst unablässig: auch die Schnelligkeit des Korrigierens. Wir holen allmählich eine Zeit her, in der wir nicht mehr mit den Aufgaben kämpfen, sondern sie beherrschen. Diese Überlegenheit ist nicht im Kopf zu erreichen, sie ist eine völlig praktische Frage. Und sie kann nicht von wenigen erreicht werden sondern nur in der eingreifenden Tätigkeit der Massen. Das ist unsre politische Aufgabe, eine linkere gibt es nicht.

Und es ist auch töricht, uns nicht als Verbündete haben zu wollen in der weltweiten und noch fragmentarischen Revolution. Wenn der Bach zum Meer will, muß er in den Fluß gehn. Das Land ist zu weit für Alleingänge. Deutschland hat zuviel Sand in seiner Niederung. Ich sage Fluß, und nicht: altes Urstromtal; an dessen Versteinerungen setzen wir die Bagger.

Vieles trennt die vielen linken Bewegungen. Aber kritisieren wir nicht nur das Denken, kritisieren wir die Umstände, durch die es verwirrt wird. Kritisieren wir den Alleingang und das Alleinlassen der Bewegungen. Es ist eine Illusion, eine Einheit (die „Reinheit“) des Denkens aufklärerisch erreichen zu wollen; vereinigen (koordinieren) wir unsere Handlungen. Die Junghegelianer liegen auf den Friedhöfen, hängen wir uns nicht ihre Grabsteine um den Hals. Das Bewußtsein der richtigen Strategie läßt sich nur praktisch erfahren: und von so vielen, wie in die Praxis einbezogen sind. Deshalb muß unsre Praxis auf alle revolutionären Bewegungen gerichtet sein.

Diese künftigen Bezirke des Denkens sah ich vor mir. Durch das nahe Land, das wir kaum kennen, das von Widersprüchen vibriert, fuhren wir heiter, redend mit vielen Freunden. Und die konnte ich sehr, schon, als unsre künftigen Genossen.

Bei den ersten, kurzen Lesungen während der Ostermarsch-Deutschland-Tournee 1968, zu der ich eingeladen war, machte ich womöglich den Eindruck, ein hergeschickter Kritiker der bundesdeutschen Notstände zu sein und nichts weiter. Ich wollte, wie ich es gewohnt bin, Gedichte lesen, die am Platz sind. Das engagierte und auf wenige Schlußlinien eingerichtete Programm des Ensembles schien meinem Vorsatz rechtzugeben, und gegen ihn wäre nichts zu sagen, wenn nicht die Zuschauer von mir anderes erwarteten. (Bei andern Zuschauern hätte es Spaß gemacht, die Erwartung gründlich zu enttäuschen:) diese aber waren in ihrer Mehrheit Linke, was nicht sogleich zu begreifen war, wenn sie zischten bei Sätzen wie: In Hessen rede ich über Hessen. Sie erwarteten mehr, und ich war für sie mehr als der beliebige Schreiber: ich war Bürger der DDR. Einer, der was zu sagen hat nicht nur über ihren Staat sondern über seinen Staat, weil er in ihm was zu sagen haben müßte. Als dieses Sagen ausblieb, entlud sich auf mich einiges vom Ressentiment gegen diesen Staat. Jene Texte, die am Platz waren, schienen eine ungenügende Stellungnahme, die aussieht, als hätte die DDR keine Probleme. Und da sie ungenügend schien denen, für die gelesen wurde, hatten diese Leute wirklich recht. (Als ich bei weiteren Lesungen zuerst ein Gedicht brachte, das ich in der DDR lese, waren sie „aufgeschlossen“ und nahmen nachher die Warnung vor den Entwicklungen in ihrem Staat als das, was sie sein soll: Unterstützung ihrer Arbeit, Handreichung.)

Aber jedes Ding hat einige andere Seiten; auch den Hut, den man sich aufsetzt, kann man umstülpen. Etwa so: es ist noch eine, begreifliche, Borniertheit, einen Mann nur als Bürger eines Staates zu nehmen, daß er also von diesem Staat zu sagen und zu singen hat. Ich könnte erwarten, z. B. als Deutscher genommen zu werden, der von zwei Staaten spricht; aber auch damit wäre ich nicht zufrieden: da wär mehr Leder, aber noch immer kein Schuh. Als was könnten Kommunisten stehn auf gleich welchem Boden, wenn nicht als Internationalisten? Wovon könnten sie reden zu gleich welchen Leuten, wenn nicht von den Aufgaben dieser Leute? Es geht uns wie Antaius: ihm gibt jeder Boden Kraft, zu arbeiten an Ort und Stelle.

Bernt Richter:  
Noch jemand nicht enteignet?

Die Partei der Eigentümer, Rudolf Augstein und die neue Opposition<sup>1</sup>

*Einigkeit rechts, links etwas frei*

Seitdem die SPD der bestehenden Ordnung im Godesberger Programm ausdrücklich ihre Dienste anbot, ist in der Bundesrepublik die Stelle der Opposition vakant.

Seitdem die SPD in der großen Koalition als dienender Partner an der CDU-Herrschaft teilnimmt, seitdem also die einheitliche Festlegung der drei traditionellen Bundestagsparteien auf das von der Rechten kontrollierte Establishment vervollständigt ist, kann die Bundesrepublik das Fehlen der Opposition nicht mehr verschleieren.

Seitdem der Shah-Besuch in der Bundesrepublik Proteste hervorrief, die — bestärkt durch die massiven Gegenaktionen der Polizei — nicht nur gegen das Regime des persischen Potentaten, sondern zugleich gegen die Machtausübung der bundesdeutschen Shah-Gastgeber und Shah-Verbündeten Einspruch erhoben, ist klar, daß die Bundesrepublik wieder eine Opposition hat: die Kooperative der demokratischen Minderheit liberaler und sozialistischer Studenten, junger Gewerkschafter und Schüler.

Die Haltung der Betroffenen und Beteiligten zur neuen Opposition manifestierte sogleich, wer demokratische Opposition fürchtet und wer sie fördert. Die Repräsentanten staatlicher Exekutivgewalt, die öffentlich Meinung prägenden Bediensteten des Verlagshauses Axel Springer, die Exponenten professoraler und bürokratischer Hochschulbrigaden bewiesen sogleich ihre Feindseligkeit. Einzelne Politiker, Wissenschaftler, Journalisten, Künstler, einzelne Verbände bewiesen Solidarität.

Eine Macht in der deutschen Öffentlichkeit und der prominenteste Exponent dieser Macht reagierten mit Rückversicherungen, mit honoratiorenhafter Herablassung und dem Rückgriff auf zensurierende Autorität: „Der Spiegel“ und sein Verleger Rudolf Augstein.

Das deutsche Nachrichtenmagazin und sein Chef, seit etwa einem Jahrzehnt im In- und Ausland wieder und wieder als einzige Opposition in der Bundesrepu-

blik gewertet, bewiesen erneut, was sie für „Unabhängigkeit“ halten. Sie enttäuschten damit Zehntausende von „Spiegel“-Lesern — die entschiedenes Eintreten für die neue, die außerparlamentarische Opposition erwartet hatten. Die enttäuschten Leser und Anhänger des „Spiegel“ hätten es besser wissen können; das hat Erich Kuby aus fundierter Kenntnis nachgewiesen.

*Die Abhängigkeit der „Unabhängigen“*

In der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen „Faksimile-Querschnitt durch den ‚Spiegel‘“, der im Herbst 1967 bei Scherz erschien, analysierte Erich Kuby die publizistische Funktion, die „Der Spiegel“ heute ausübt. Kuby geht von der allgemein vorherrschenden Einschätzung aus, „Der Spiegel“ sei ein Ersatz für fehlende Opposition, und konstatiert, die Zeitschrift sei vor allem durch ihr Enthüllungs-Prestige für Freunde und Feinde „zum Sinnbild der Opposition“ (S. 4) geworden.

„Zwanzig Jahre nach Gründung des ‚Spiegel‘, fünf Jahre nach dem Gewaltstreich der Regierung gegen das Nachrichten-Magazin, das mit seinen Enthüllungen geringer technischer Effektivität von Staatsmechanismen und mit seiner Gesinnungskritik an staatlichem Führungspersonal der etablierten Ordnung den Spiegel ihres Ungenügens vorgehalten hatte, ist zu registrieren, daß ‚Der Spiegel‘ sich in Aufmachung, Stoffzusammensetzung und Stoffdarbietung dem politischen und gesellschaftlichen Status quo der Bundesrepublik angepaßt hat. Das entscheidende Stadium dieser Harmonisierung mit der Umwelt war erreicht, als ‚Der Spiegel‘ die seinen Bestand bedrohende Regierungsaktion im Herbst 1962 überlebt hatte und als die Auflage von etwa 600 000 bis an die Millionen-Grenze hochzuschnellen begann. . . . Auf diesem Umweg hat die etablierte Macht ihr Ziel, sich unbequeme Kritik vom Halse zu schaffen, doch noch erreicht. Am Ende . . . steht der Rückzug Rudolf Augsteins aus der aktiven . . . Blattgestaltung. Er zeichnet weiterhin als Herausgeber des ‚Spiegel‘, der ihm mit einem Anteil von 75 Prozent am Kapital gehört. . . . Wir halten jenen ‚Spiegel‘, der Rudolf Augstein seinen Rang verdankte und für den ein ansehnlicher Teil der Jugend dieses Landes auf die Straße gegangen ist . . . wenn nicht für tot, so doch für im Sterben begriffen. Wir schreiben in memoriam.“

Zum Ergebnis dieser Wandlung, die in Selbstaufgabe mündet, gehört, daß „Der Spiegel“ sich 1967 nicht mit jenem „ansehnlichen Teil der Jugend dieses Landes“ solidarisiert, der 1962 für den Bestand dieser Zeitschrift, für den Bestand der Pressefreiheit auf die Straße ging. 1967 geht diese Jugend ja nicht nur auf die Straße, um für die Untertanen Reza Pahlawis Freiheit von Angst und Hunger, das Recht auf Bildung und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu fordern — sondern sie geht zugleich auf die Straße, um die Bedrohung des Rechts auf Bildung, um die Bedrohung der Lehr- und Lernfreiheit, um

<sup>1</sup> Für diese Arbeit wurden die „Spiegel“-Nummern von Anfang Juni 1967 bis Ende Februar 1968 benutzt.

die Bedrohung der freien Meinungsäußerung in diesem Lande kenntlich zu machen und zu bekämpfen.

Die politische Aktivität des „ansehnlichen Teils der Jugend“ in der Bundesrepublik hat ihren demokratischen Willen, ihr Demokratie-Verlangen nicht aufgegeben, sondern erweitert und verstärkt. Doch die Prämissen von 1967 sind andere als die von 1962. Heute ist nicht mehr „Der Spiegel“ bedroht, und dadurch auch die Freiheit der Presse, die Freiheit der Meinungsäußerung. Heute sind diese beiden Freiheiten zwar viel stärker bedroht — von Notstandsgesetzgebung, vom Springer-Konzern, von einer Volksbildungskatastrophe und vom Interesse des Krisen-ängstlich gewordenen Establishment an Kritik-unfähigen, politisch unaufgeklärten und folglich manipulierbaren Massen. Doch von all dem ist „Der Spiegel“ 1967 nicht mehr mitbedroht. Denn er gehört inzwischen in dem Maße zum Establishment, daß er keine der vielfältigen Einschränkungen und Aushöhlungen der Demokratie, wie sie von den Herrschenden betrieben werden, mehr als Bedrohung des „Spiegel“ verstehen muß. Im Gegenteil: jedes Demokratie-Verlangen kann auch ihm mit Grund als Bedrohung erscheinen.

#### *Opposition der Etablierten?*

Liegt hier einfach Verrat vor, den die korrumpernde Kraft des Erfolgs produzierte? Oder wurde diese Wandlung dadurch verursacht, daß die „Spiegel“-Macher ihren Nonkonformismus mit einer Position außerhalb des Systems verwechselten und an diesem irrgen Selbstverständnis noch ein Jahrzehnt länger festhielten, auch dann noch, als die Auflage der halben Million entgegenstewoll? Kann, wie Kuby meint, erst die nach der Regierungsaktion aufkommende Solidaritätswelle für den „Spiegel“ und die folgende Popularitätswelle für Rudolf Augstein die leitenden Männer des „Spiegel“ plötzlich mit der — nun unausweichlichen — Erkenntnis konfrontiert haben: daß sie einen den Mechanismen der Adenauer und Strauß ebenbürtigen Apparat verwalteten und daß sie folglich zu den Herrschenden der etablierten Ordnung gehören? Konnte erst der negative Personenkult der Kampagnen gegen einzelne führende Politiker einen dialektischen Prozeß einleiten, der Rudolf Augstein selber zur Kultperson, zum Prominenten, zur führenden Figur mache? Mußte zugleich seine Haus-Macht in Partnerschaft mit den Herrschenden ihren Anteil an der Manipulation der Beherrschten übernehmen?

Im „Spiegel“-Verlag ist heute nur noch wenig Neigung zu spüren, auf das Oppositiions-Image der fünfziger Jahre zurückzukommen. Vielmehr wird neuerdings das Bestreben deutlich, Oppositiions-Qualitäten des „Spiegel“, gewollte oder ungewollte, wirkliche oder geglaubte, loszuwerden und anachronistische Fehleinschätzungen offen zu korrigieren.

#### *Integration als Plattform*

Seit der Auflagenexpansion, die dem Angriff der Staatsgewalt folgte, hat „Der Spiegel“ den Zustand erreicht, der förmliche und offenkundige Eingliederung ins Konzert der etablierten Mächte als konsequente Wahrnehmung eines erworbenen, erdienten, erlittenen Interessen-Anteils erscheinen ließ.

Präambel dieser Eingliederung war das huldigende Sonderheft zum politischen Ausscheiden des Staatspatriarchen Adenauer nach vierzehnjähriger Herrschaft („Der Spiegel“ 41/1963). Den Epilog dazu lieferte der „Spiegel“-Verleger in der posthum protokollierten Versöhnungsplauderei mit dem Staatspensionär, veröffentlicht bei seinem physischen Ausscheiden („Der Spiegel“ 17/1967).

Den Rahmen des neuen „Spiegel“-Status fixierten Bündnisse:

1. Das Bündnis mit der Regierung der großen Koalition, die Conrad Ahlers aus der „Spiegel“-Redaktion in regierungsbürokratischen Dienst übernahm, wo er sich als Apologet der Macht und Reglementierer liberaler Presse alsbald beflossen bewährte. Doch es blieb nicht bei dieser dem Personalisierungsstil des „Spiegel“ so angemessenen Übereignung einer Gallionsfigur, die nebenher dem ehemaligen Arbeitgeber die Möglichkeit gab, durch Sticheleien gegen den stellvertretenden Bundespressechef das „Spiegel“-Image schonungsloser Rundum-Kritik ohne Ansehen von Person und früheren Verdiensten zu renovieren und den tatsächlichen Interessenverbund zu verschleiern.

Erst zwei andere Demonstrationen mit kontinuierlichen praktischen Konsequenzen begründeten Einvernehmen und Zusammenarbeit zwischen dem Kabinett Kiesinger/Brandt und dem „Spiegel“.

Vorleistung: „Der Spiegel“ bescheinigte dem neuen Regierungschef die subalterne Belanglosigkeit seiner vormaligen Tätigkeit als national-sozialistischer Rundfunk-Amtswalter. Ein Auszug aus der Personalakte Kiesingers, kundig und zielsicher arrangiert („Der Spiegel“ 49/1966), tat die gewünschte Wirkung<sup>1</sup>.

Hauptleistung: der „Spiegel“-Verleger selbst kam nach Bonn zum „Spiegel“-Gespräch mit dem vormaligen Haus-Feind Nummer Eins, mit Franz Joseph Strauß, der als Finanzminister der großen Koalition wieder zu Kabinettsrang aufgestiegen war („Der Spiegel“ 1-2/1967).

2. Das Bündnis mit dem großen Konkurrenten und Kollegen Axel Springer: Am 25. November 1965 wurde von der Rudolf Augstein GmbH und dem Axel Springer Verlag ein Vertrag unterzeichnet, der den „Spiegel“-Druck ab 1. April 1967 für 10 Jahre den hochleistungsfähigen Anlagen des BILD- und Hör-Zu-Verlegers übertrug — Rudolf Augsteins Beitrag zu einer Nutzung dieser Anlagen, die für Springer Gewinn abwirft. Um diesen Mehrwert für den Markt-

<sup>1</sup> Man darf annehmen, daß der so entlastete derzeitige Bundeskanzler diese Gunst zu schätzen weiß — sieht er doch an dem Skandal um Heinrich Lübkes Anteil am Bau von KZ-Baracken, in welchem Ausmaß eine weniger dekorative, weniger eloquente, weniger geschickte öffentliche Figur benachteiligt sein kann.

beherrschenden Konzern an der Stelle einzutreiben, die bei kapitalistischer Lohnverteilung dafür vorgesehen ist, wurde der „Spiegel“-Preis bei Beginn des Drucks auf Springer-Maschinen um 25 Prozent erhöht, von DM 1,20 auf DM 1,50.

Hatte „Das deutsche Nachrichtenmagazin“ seine Leser 14 Monate nach Abschluß des Kooperationsvertrages mit dem Springer-Konzern die „Spiegel“-Leser über diesen Sachverhalt informiert („Der Spiegel“ 5/1967), so teilte es ihnen die Preiserhöhung immerhin 6 Tage vor Inkrafttreten mit („Der Spiegel“ 14/1967). Das darf man als eine Probe der Wirtschafts- und Informationsdemokratie werten, wie sie „Der Spiegel“ in eigener Sache praktiziert. Da Rudolf Augsteins Haus auch die finanziellen Interna gern verschleiert, scheint es angebracht, die Informationen aus anderen Quellen beizubringen:

#### *Einige Zahlen aus dem „Spiegel“-Verlag*

Erich Kuby beziffert die Redaktionskosten einer „Spiegel“-Seite, einschließlich der Abbildungen, auf 4 500 DM, die Redaktionskosten eines „Spiegel“-Heftes je nach Umfang auf 200 000 bis 300 000 DM, die Herstellungs- und Vertriebskosten auf 350 000 bis 1 200 000 DM pro Heft. Demnach hat der „Spiegel“ pro Heft Gesamtausgaben zwischen 550 000 und 1 500 000 DM zu verbuchen. Bei den Einnahmen bringen die Anzeigen den Hauptanteil, nämlich mehr als 60 Prozent des Gesamtertrages. Der Listenpreis für eine Anzeigenseite in Schwarz-Weiß-Ausführung beträgt 17 000 DM, für eine Anzeigenseite in vierfarbiger Ausführung: 30 000 DM. Nach Abzug von Rabatten und Agentur-Ermäßigungen können 65 bis 75 Prozent der Listenpreis-Summe als Realeinnahme des „Spiegel“-Verlages aus dem Anzeigeteil angesetzt werden.

„konkret“ 11/1967 machte eine andere Vergleichsrechnung auf, die vom „Spiegel“ bis heute öffentlich nicht angefochten wurde:

„Stellt man die Redaktionskosten von 4 500 DM pro Seite dem Mindestdurchschnitt von 20 000 DM Einnahmen pro Anzeigenseite gegenüber, geht man von einem empirisch feststellbaren Durchschnitts-Verhältnis von maximal 45 Prozent Textmenge zu minimal 55 Prozent Anzeigenmenge pro Heft aus und setzt man — relativ ungünstig — 148 Seiten als Durchschnitts-Quantität eines „Spiegel“ an, so ergibt sich ein Durchschnitts-Saldo von annähernd 270 000 DM Redaktionskosten pro Heft und von annähernd 1 630 000 DM Anzeigen-Einnahmen pro Heft. Auf der Ausgaben-Seite sind den Redaktionskosten noch die Herstellungs- und Vertriebskosten in Höhe von durchschnittlich etwa 1 000 000 DM hinzuzurechnen, auf der Einnahmen-Seite den Anzeigen-Erträgen durchschnittlich etwa 300 000 DM pro Heft als Verlagsanteil am Verkaufsertrag. Alle diese Angaben beziehen sich auf das Jahr 1967.“

Kritische Information und suggestive Anpreisung haben demnach für den

„Spiegel“ ein materielles Wertverhältnis von 270 000 DM zu 1 600 000 DM pro Heft. Wie alle anderen Zeitungs- und Zeitschriften-Verlage wird auch „Der Spiegel“ jeden — zumindest jeden direkten — Einfluß dieser finanziellen Gewichtsverteilung auf die redaktionelle Arbeit und ihre Ergebnisse bestreiten. Doch wer die interne Marktstruktur privatwirtschaftlicher Produktionsunternehmen kennt, weiß, daß die indirekten Einflüsse stark genug sind, die Erzeugnisse solcher Unternehmen konstitutiv zu verändern.

In welchem Maße der Druckvertrag der Rudolf Augstein GmbH mit dem Axel Springer Verlag und die zugleich mit diesem Vertrag in Kraft gesetzte Erhöhung des „Spiegel“-Preises auf den finanziellen Status des Deutschen Nachrichten-Magazins veränderte, ist bis heute allenfalls zu schätzen. Denn der „Spiegel“-Verlag hat Informationen darüber bisher nicht vorgelegt; er war nur zu verschleiernden Dementis bereit, um Berechnungen von Außenstehenden — besonders im Hinblick auf Umsatz, Zuwachsrate, Reingewinn — als Überschätzung und Übertreibung zurückzuweisen.

Den von „Capital“ (8/1966) veröffentlichten Zahlen:

Auflage im I. Quartal 1966: 776 923 (verkauft 685 926)

Auflagenzuwachs 1962 bis 1964: jeweils 12 Prozent

Auflagenzuwachs 1965 (Wahljahr): 15 Prozent

Redaktionskosten 1965: 13 750 000 DM

Jahresumsatz 1965: 62 000 000 DM

Reingewinn 1965: 8 500 000 DM

trat „Der Spiegel“ mit einem Dementi („Capital“ 9/1966) entgegen, das die von „Capital“ genannten Zahlen für den Jahresumsatz und den Reingewinn 1965 sowie für die Gehälter des Verlagsdirektors Becker und der Chefredakteure Engel und Jacobi ohne Gegenangabe als unrichtig bezeichnete.

#### *Selbstentlarvung einer Pseudo-Opposition*

Sehr viel weniger zurückhaltend zeigten sich „Der Spiegel“ und sein Verleger, als der politische Protest der Studenten, jungen Gewerkschaftler und Schüler nach dem 2. Juni 1967 anhaltende Publizität gewann, als diese Protestbewegung in Organisation und Aktivität die Form einer fortdauernden und anwachsenden Kooperative wirklicher Opposition annahm.

Augstein und sein Nachrichtenmagazin versuchten diese neue und schwer einzuschätzende politische Kraft publizistisch zu manipulieren und einzuspannen in das „Spiegel“-Konzept, den Mächten der etablierten Ordnung zwecks verlässlicher und bequemer Selbsterhaltung flexible mobile Taktik anzuraten.

Nach dem erprobten Verfahrensmuster kompensierender Parität begann man, dem neuen Partner objektiv und subjektiv mit mehr Grund als zuvor (mit

mehr Interessen-Identität und mit mehr Anspruch auf Autorität) die Leviten zu lesen:

Da wurde Axel Springer von Verleger zu Verleger ermahnt, seine Expansionsabsichten ins Fernsehbereich nicht allzu plump und monopolistisch zu verfolgen, nicht allzu billige Ausflucht im Charisma des naiven Wohlmeinenden zu suchen („Edle Einfalt, schiere Größe“ „Der Spiegel“ 35/1967).

Da wurden ihm mit kollegial gemilderter Strenge die gar zu deutlich feudalistischen Führungsansprüche und Gefolgschaftsvorstellungen verwiesen, die Springer seinem Gebrauch publizistischer Macht ideologisch assoziiert.

Da wurde ihm redaktionell seine Arning-Schwinkowski-Trampeltour vorgehalten („Der Spiegel“ 33, 43, 45, 47/1967).

Da bewies man magazinierte Unabhängigkeit vom Inhaber der Druckerei, der den „Spiegel“ technisch produziert, und gab ihm bittere Wahrheiten über seine Verleger-Karriere, die Organisation seiner Hausmacht und die Kruditäten ihres allzu primitiven, allzu ungebrochenen publizistischen Machtgebrauchs zu schmecken — eine dankenswerte Anleihe aus „Spiegel“-fremder Feder in „Spiegel“-Nummern (Geschichte und Analyse des Springer-Konzers“ von Hans-Dieter Müller, „Der Spiegel“ 2-8/1968). Einer unbelehrten Kumpanei so angelegentlich die Pfuscher-Resultate ihrer klobig-klotzigen Holzhacker-Methoden vorzuhalten — das war und blieb für die „Spiegel“-Redaktion maßgebendes taktisches Modell.

Diesem Konzept gemäß suchte „Der Spiegel“ den etablierten Mächten geschmeidiges Reagieren, elastisches Manövriren gegenüber der außerparlamentarischen Opposition anzuraten. Unverkennbares Ziel dieser Alternativ-Taktik: Neutralisierung, Entschärfung, Assimilation, Eingliederung der systemfremden neuen Gruppierung. Da das Gros der etablierten Mächte sich unfähig zeigt, das Verfahren scheinbar nachgiebigen Einwickelns anzuwenden, das „Der Spiegel“ in der Projektion seiner Berichterstattung anvisierte und in der Tendenz seiner Informationsauswahl praktizierte, wurde die Folge der „Spiegel“-Beiträge zu stattgefundenen Konfrontationen zu einer Chronik autoritärer Angstkompenstationen und zweckmäßigen Gebrauchs von Ordnungsgewalt: Das begann mit den „Straße frei!“-Aktionen massierter Polizeigewalt beim Schah-Besuch in West-Berlin und in der Bundesrepublik Anfang Juni 1967. („Berliner Polizei“: „Knüppel frei“, „Sehr heiß“, „Nicht zu fett“, „Der Spiegel“ 25, 28, 30/1967.)

Es folgten die mäkelnden Berichte über die uneffektiven Ermittlungen der West-Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Schläger und Treter unter den Säuberungskommandos der Schutzpolizei: „Polizei, Knüppel frei“ („Der Spiegel“ 25/1967) und „Still miteinander“ („Der Spiegel“ 8/1968).

Zu erneuter Ostentation solchen Besserwissens gaben Anlaß der Kurras-Prozeß, die rechtlich ungenügend begründete Untersuchungshaft Fritz Teufels, die Demonstrationen dagegen: „Bitte, bitte, nicht schießen“ von Gerhard Mauz, „Der

Spiegel“ 46/1967, „Kurras-Urteil im Zwielicht“, „Der Spiegel“ 49/1967, „Studenten unterm Schreibtisch“, „Hausmitteilung“ und „Justiz. Teufel. 7 x 2 bis 3“, „Der Spiegel“ 50/1967.

Die skandalösen Mißerfolge des Bundesamts für Verfassungsschutz bei dem Versuch, in die SDS-Gruppen an den Universitäten Gießen und Göttingen V-Männer — möglichst billig — zu installieren, waren gleichfalls nicht geeignet, dem „Spiegel“ Anzeichen von Einverständnis zu entlocken: „Verfassungsschutz. Unlucky strike“, „Der Spiegel“ 50/1967, „M 3951 Kn“, „Der Spiegel“ 4/1968. Nicht anders stand es mit Prof. Helmut Thielikes ängstlicher Anforderung von Bundeswehr-Saalschutz für eine der hanseatisch repräsentativen Turnus-Predigten in Hamburgs St. Michaelis Kirche, als eine SDS-Mitteilung Diskussion verlangte: „Kirche. Thielicke. Mookt wi“, „Der Spiegel“ 4/1968, „Kirche. Hamburg. Platte abgelaufen“, „Der Spiegel“ 8/1968.

Die Knüppel-Rekorde der Bremer Polizei gegen die Schüler- und Studentendemonstrationen für gleichbleibende Fahrpreise in den städtischen Verkehrsmitteln konnten „Spiegel“-Beifall nicht erzielen: „Bremen. Wie man meistert“, „Der Spiegel“ 5/1968. Auch die von Klaus Schütz und Kurt Neubauers Keulenriege geschürte Westberliner Pogromstimmung gegen die nicht bloß formale Opposition und das mit arbeitsfreiem Nachmittag verstärkte Teilnehmeraufgebot zur Senatskundgebung gegen Demonstrationsfreiheit für die Opposition fand beim „Spiegel“ wegen der triebhaft plumpen Motivation und der Prügelszenen bei der Veranstaltung wenig Anklang. „Berlin. Demonstration. Sei es mit Gewalt“, „Der Spiegel“ 9/1968. Wo die Obrigkeit und etablierte Konformität dosierter und geschickter reagierten oder ein solches Verhalten auch nur in Erwägung zogen, da vermerkte es „Der Spiegel“ beifällig und ausgiebig, so z. B. als ein Oberkommissar der West-Berliner Schutzpolizei die Vietnam-Demonstration der außerparlamentarischen Opposition auf dem West-Berliner Kurfürstendamm Ende Oktober 1967 mit neckischen Kalauern eskortierte und — nach „Spiegel“-Lesart infolgedessen — die Demonstration ohne Zwischenfälle beendet wurde: „Polizei, Witz im Sitz. Oberkommissar Werner Textor. Lachkanone“, „Der Spiegel“ 45/1967.

„Spiegel“-Lob empfingen auch Innensenator und Polizeipräsident Hamburgs, als dort die Polizei eine Demonstration von Studenten gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam trotz Abweichung von vorgesehenen Lokalitäten der Veranstaltung sorgfältig isolierte und gegen den von Demonstranten behinderten Verkehr abschirmte: „Hamburg. Nett zueinander“, „Der Spiegel“ 8/1967.

Als der Bremer Bürgermeister Koschnik zu erkennen gab, daß er massive Gewalt gegen Demonstranten nicht als das klügste und geschickteste Verfahren zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung ansche, gab „Das deutsche Nachrichtenmagazin“ dieser Erleuchtung gebührenden Raum: „Ein passendes Wort. Die Polizei muß psychologisch umrüsten. Interview mit dem Bremer Bürgermeister Hans Koschnik“, „Der Spiegel“ 5/1968.

### Guter Rat für die bestehende Ordnung

Diese auf Sublimierung des staatlichen Gewaltgebrauchs abzielende Taktik übernahm fürs erste und zum Teil auch der Spiegel-Verleger in seine Kolumnen. Zum Establishment gewandt, gibt er guten Rat:

Unter der Überschrift „Warum sie demonstrieren“ („Der Spiegel“ 26/1967) sucht er der Unwissenheit des politisch herrschenden Personals abzuhelfen, Impulse, Ziele, Motive des Studenten-Protests zu verdolmetschen:

„Die Herausforderung, die in der ungemein schwierigen deutschen Situation liegt, ist von den Politikern insgesamt nicht beantwortet worden, jedenfalls nicht so, daß ein intelligenter Student an die größere gedankliche Kraft der Verantwortlichen glauben könnte. Er muß im Gegenteil fürchten, im Verstand korrumptiert zu werden, wenn er sich ihnen anschließt.“

Und: „Eine Regierung, die den Iran für ein Bollwerk des freien Westens erklärt, die DDR aber für den Hort östlicher Unfreiheit, kommt vielen Studenten komisch vor. Eine Regierung, die mit der SED-Regierung ‚menschliche Erleichterung‘ verabreden will, ohne diese SED-Regierung als solche anzuerkennen, erscheint ihnen lächerlich.“

Demnach bestimmen enttäuschte Autoritätsverlangen, Empörung gegen Heuchelei und Korruption die öffentlichen Proteste der neuen Linken. Derlei will Rudolf Augstein als verständlich, begründbar, wenn nicht sogar als gerechtfertigt gelten lassen.

Doch zugleich legt er mit dem Autoritätsanspruch des Teilhabers bestehender Herrschaft die Bedingungen fest, denen sich Demonstranten und Polizeigewalt („Spiegel“-Parität!) zu fügen haben, besonders dann, wenn der Staatsmann, gegen dessen Regime protestiert wird, so guten Glaubens ist, wie Rudolf Augstein als gegeben unterstellt:

„... warum soll der Schah nicht im Ausland daran erinnert werden, daß er zu Hause Konzentrationslager hat. Er weiß es, das ist das Traurige, vielleicht wirklich nicht. Er glaubt vielleicht selbst, daß er ein Landreformer ist?“

Es ist nicht zu leugnen — hier wird eine bewährte Schablone reproduziert, die vom armen Führer, dem die Mißstände in seinem Staat ganz sicher verborgen geblieben sind. Und das ist das Fazit, das Augstein aus seiner Fiktion ableitet: Ein Potentat, der so unwissend und wohlmeinend ist, verdient Schutz vor Beschmutzung durch verdorbene Pflanzen- und Tierprodukte:

„Tomaten soll er nicht an den Kopf bekommen, und wer ihn mit Tomaten bewirft, soll mit dem Wasserwerfer rechnen, auch Frauen.“ Doch: „Eine Polizei, die Frauen zusammenschlägt, ich weiß es nicht anders, ist eine entmenschte Bande.“

Seid nett zu Reza Pahlawi, aber schlägt demonstrierenden Frauen nicht zusammen — das ist mehr als eine Devise, es ist unkontrollierter Ausdruck einer formalen und unaufgeklärten Toleranz, einer Pseudohumanität, die mancher oben An-

gekommenen gelassen nach unten gelten läßt, zur Straße hin, wo Demonstranten der ihnen zukommende Platz in der bestehenden Ordnung mit Wasserwerfern, Gummiknöpfen, Tränengas und gegebenenfalls mit Schußwaffen zugewiesen wird.

Der Anwalt solcher Art von Toleranz darf sich das Recht nehmen, den Ordnungsgewalten der etablierten Macht zweckmäßiges Handeln anzuraten. Und er tut es.

In der Kolumne „Tatverdacht nun doch anfaßbar“ („Der Spiegel“ 33/1967) plädiert er für baldige Entlassung Fritz Teufels aus der Untersuchungshaft, deren mangelhafte Rechtsgrundlage gar zu kraß ins Auge sticht und die West-Berliner Justiz öffentlich als das manifestieren könnte, was sie ist — ein Machtinstrument der Herrschenden.

Diese Beratung einer verwirrten Obrigkeit, die Chancen eigenen Vorteils nicht mehr wahrnimmt, stattet der „Spiegel“-Verleger bisweilen mit starken Worten gegen diejenigen aus, die sich fortgesetzt unfähig erweisen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und zum Nutzen dieser Interessen zu handeln.

Unter der Überschrift „Schaut auf diese Stadt“ („Der Spiegel“ 41/1967), schreibt der ungehörte Mahner und Warner: „Was Wehner und Brandt angerichtet haben, wird jetzt offenbar: sie haben die Bundesrepublik um die Chance gebracht, sich in einem demokratischen Prozeß mit Rede und Gegenrede von der Vergangenheit zu lösen und die Zukunft zu erkämpfen. Berlin gibt die Antwort“ . . . „Den Studenten, die in West-Berlin keine staatliche Autorität mehr anerkennen, müßte man in der Tat eine Zauberbrille aufsetzen, sonst können sie auch bei energischer Anspannung ihres Gewissens keine Autorität entdecken.“

Wer nicht einmal das Minimum formaldemokratischer Diskussion zustandekommt, wer nicht einmal nach 20 Jahren fortlaufende und auffällige Kompromittierung seines repräsentativen Personals durch braune Vergangenheit hat vermeiden können, der verdient solchen Tadel.

Wer gegen diesen Staat und die Mächte, die ihn beherrschen, unrituell und wirksam opponiert, der hat anderes zu gewärtigen.

Ihm wird man beispielsweise die Glaubwürdigkeit absprechen. Eben das versucht Rudolf Augstein gegen die nicht bloß formale bundesdeutsche Opposition, von der er beharrlich nur den Studenten-Anteil vermerkt. Allerdings ist er dabei nicht sonderlich geschickt und gibt unfreiwillig zu erkennen, was nicht geeignet ist, ihn selber glaubwürdig erscheinen zu lassen.

Unter dem Titel „Weltfeind USA“ („Der Spiegel“ 9/1968) verlangt er von den Studenten, „die nicht allein den abscheulichen Vietnamkrieg der USA, sondern deren ganzes System in Grund und Boden verdammten“, den Beweis für die Stichhaltigkeit ihres Arguments, daß die USA durch ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung dazu gezwungen seien, immer wieder neue militärische Konflikte herbeizuführen.

Mit der Pose eines deutschen Strafrichters, der über Kollegen-Delikte zu befinden hat, verlangt Augstein Beweise, die nicht da sind — noch nicht da sind. Erst wenn sie vorgelegt werden, erst wenn die USA auch in Zukunft wieder militärische Gewalt anwenden, will er sich von der neuen Opposition überzeugen lassen. Er vergißt zu fragen, ob die ihn noch überzeugen will. Gerade das aber ist nicht wahrscheinlich, zum Beispiel deshalb, weil Augstein in der eben genannten Kolumne denjenigen akademische Abstraktion und Neigung zu weltfremden Verabsolutierungen ankreidet, die — ganz im Gegensatz zum Verleger des Deutschen Nachrichtenmagazins — zur Kenntnis nehmen und in ihr politisches Urteil aufnehmen, was auch „Der Spiegel“ im Laufe der Jahre über den US-Imperialismus und seine Bereitschaft zu militärischer Gewaltanwendung zu berichten wußte: über den Putsch der United Fruit-Protegés gegen die gewählte demokratische Regierung in Guatemala 1954, über die Landung amerikanischer Truppen im Libanon zur Unterstützung einer Amerika ergebenen Regierung gegen den Aufstand arabischer Nationalisten 1958, über das Schweinebucht-Unternehmen des CIA in Cuba 1961, über die Ledernacken-Intervention gegen die liberale Regierung des Juan Bosch in der Dominikanischen Republik 1965 und über den Krieg gegen Vietnam, den die USA nun seit mehr als fünf Jahren ebenso massiv wie stupide und rücksichtslos führen.

Augstein sieht in alldem keinen überzeugenden Beweis dafür, daß militärische Aktionen gegen kleinere Staaten, die ihre Politik gegen den Willen der USA selber bestimmen wollen, zum System der amerikanischen Außenpolitik gehören. Für Augstein ist es klar, wer Realitäten nicht sehen will:

„Das Leidige an so manchen politischen Äußerungen der studentischen Wofführer ist ihre Absolutheit, ihre Losgelöstheit von allem, was um uns herum war und ist. Da wird uns denn aus voller Brust geraten, die Bundesrepublik solle die NATO im nächsten Jahr verlassen, damit sie nicht Gefahr laufe, die Bundeswehr in Griechenland oder irgendeinem anderen von den USA beherrschten Areal einsetzen zu müssen. Wie sieht die Welt eines 27jährigen Primus der Soziologie aus, der solche Vorstellungen hegt und pflegt? Wie will man mit ihm auf Diskussionsfuß kommen?“

Zwar ist die Drohung, die der letzte Satz des zitierten Textes enthält, kaum zu erkennen und eines Bundesinnenministers würdig. Doch auch Augsteins Ausweichen vor Argumenten, seine Selbstabschirmung gegen eine argumentierende Opposition bedarf der Analyse: das Verlangen nach Loslösung der Bundesrepublik aus der NATO möchte Augstein nicht diskutieren. Eine politische Argumentation, die in der NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik die Gefahr sieht, dieser folgsame und gleitfähige Staat könne sich von den USA in einen lokalen Konflikt hineinziehen lassen, nimmt Augstein zum Anlaß, die so Argumentierenden ohne Argument als weltfremde Wirrköpfe hinzustellen. So sieht es in Augsteins Werkstatt aus.

### Personalisierung

Doch in seiner Meinungsfabrik und vom Apparat der „Spiegel“-Redaktion wird gegen die neue Opposition auch ein erprobtes publizistisches Verfahren eingeübt und angewandt: das Allzweckvehikel Personalisierung. Der unbequemen, nicht manipulierbaren Gruppierung wird eine Führer-Figur abgewonnen oder doch wenigstens ein Repräsentant, der den Veranstaltern dieser Publizistik für ihre Zwecke geeignet erscheint.

Vom Funk, vom Fernsehen und weithin auch von der Presse zum bevorzugten Schau- und Scheu-Objekt gemacht, wurde Rudi Dutschke auch in den Spalten des „Spiegel“ verwendet, zitiert, nach ältester „Spiegel“-Manier möglichst abstoßend fotografiert, mit einem „Spiegel“-Gespräch beehrt („Der Spiegel“ 29/1967) und zur Titelgeschichte verarbeitet („Der Spiegel“ 51/1967). So aufgebaut und nach bewährter „Spiegel“-Methode als personalisierte Studenten-Rebellion eingeführt, war er mit den nötigen Qualitäten ausgestattet, dem „Spiegel“-Verleger als Objekt der Polemik zu dienen.

Unter der Überschrift „Die Revolution und ihr ABC“ („Der Spiegel“ 32/1967) wird ihm formales intellektuelles Können (Geschultheit und Denkdisziplin) bescheinigt, doch seine Vorstellungsinhalte „von der künftigen Gesellschaft“ werden mit der Note „unklar bis wirr“ bewertet. Er wird mit Autoritäten von Mao bis Marcuse, von Sartre bis Enzensberger umstellt; dann wird ihm auferlegt, eine Partei zu gründen; diesem Unternehmen wird geweissagt, daß es die 5 Prozent-Hürde nicht überwinden würde; und damit erscheint dem Chefzensor der neuen Opposition erwiesen, daß ihr Ansatz zur Änderung von Staat und Gesellschaft keine Verwirklichungschance hat.

Viereinhalb Monate später hat die Opposition, die „Der Spiegel“ und sein Verleger zum Dutschkismus stempeln möchten, noch immer zunehmende Quantität der Mitarbeiter und zunehmende Qualität der Arbeit in Aktion und Agitation aufzuweisen. Nun findet es Augstein angebracht, sich stärker ins Zeug zu legen.

In der Kolumne „Herrn Rudi Dutschkes Umwälzung der Wissenschaft“ („Der Spiegel“ 51/1967) offenbart er seinen Reichtum an politischen und formalen Klischees, aber auch seine Geübtheit in Rabulistik: das zeigt die Titel-Paraphrase auf Friedrich Engels' Streitschrift gegen Eugen Dührings popularisierende und Ideologie-haltige Verfälschung materialistischer Ökonomie- und Wissenschaftskritik. Der Kolumnist sucht unter dem abgewandelten Engels-Titel die Bemühung junger Sozialisten (wie Dutschke) um eine weiterführende Anwendung materialistischer Gesellschafts- und Ideologie-Kritik als utopische Spinnerei wild theoretisierender Soziologie-Studenten zu denunzieren. Im übrigen stellt Augsteins Argumentation gegen Dutschke eine Vielzahl mechanistischer und undialektischer Vereinfachungen zur Schau — ein anachronistisches, doch systemangepaßtes intellektuelles Instrumentar. Platte Einzwängungen politischen Han-

deins in den Schematismen von Mittel und Zweck, Programm-Fixierung und Programm-Realisierung wird kombiniert mit pauschaler Leugnung von Spontaneität. Augstein beweist nach Kräften, daß er nichts begriffen hat von einem dialektischen Prozeß, der auf fortgesetzter wechselseitiger Beeinflussung und Neukonstruierung von Aktionen und Entwürfen neuer Aktionssituationen beruht. Er beweist, daß er nichts versteht von den Grundbedingungen und den progressiven Möglichkeiten einer Oppositionstätigkeit, die aufklärend und die Anwendung unterdrückender Gewalt provozierend, doch zugleich erschwerend, gegen das Establishment und die von ihm genehmigte Formaldemokratie Zug um Zug reale und radikale Demokratisierung zu erkämpfen hat. Augsteins allzu durchsichtiger und allzu unreflektierter Versuch, die analytischen Konzeptionen und die Aktionsansätze der neuen Linken als globalen und verblasenen Utopismus zu diskreditieren, bringt als Ersatz für Alternativ-Aspekte einen rabulistischen Trick hervor. Augstein behauptet, die neue Opposition erhalte das, was sie angeblich ablösen wolle: „Die Revolte gegen alles und jedes kommt den Verfassungen der Universitäten zugute, soviel steht fest. Eine andere Frage ist, ob gerade die Wortführer der Studenten dies bescheidene, aber nennenswerte Ergebnis gewollt haben. Kann schon von einer Umwälzung der Universitäten nicht die Rede sein, so ist die direkte Einwirkung auf die politischen Systeme gleich Null.“

Hier gibt der „Spiegel“-Verleger seine Wunschvorstellungen für den Wirkungsrahmen der außerparlamentarischen Opposition preis: Punktuelle Beiträge zu einer modifizierenden Universitätsreform sind genehmigt.

#### Nivellieren mit Komfort

Wenn der „Spiegel“-Verleger scheinbar diagnostisch und tatsächlich polemisch-programmatisch das Wirkungsfeld für die neue Opposition absteckt, liefert die „Spiegel“-Redaktion das dazu passende repressive Bild von Herkunft, Zusammensetzung, Lebens- und Aktionsformen dieser Gruppierung.

Zunächst suchte man den Krawall-Klamauk-Krakeel-Aspekt zu forcieren, indem man politische Aktionen und Aspekte der neuen Linken mit Klatsch und Sex-Sensatiorchen aus der Kommune I möglichst eng kombinierte.

Als „Konkret“ 11/1967 dies Verfahren an fünf „Spiegel“-Heften für einen Zeitabschnitt von fünfzehn Wochen nachwies („Der Spiegel“ 24/1967, S. 46 ff, 55; 27/1967, S. 32, 33; 29/1967, S. 26, 27, 29 ff; 31/1967, S. 36, 37; 39/1967, S. 82), gab die „Spiegel“-Redaktion diese allzu plumpe Manipulation auf und ging zu sublimeren Aufbereitungsmethoden über.

Promiskuität und fehlende Arbeitsverhältnisse waren inzwischen so oft ins Blickfeld gerückt worden, daß das gegen die Judenheit erprobte Klischee vom Parasi-

ten und exzessiven Lüstling nun auch der neuen Fremdkörper-Minderheit nachhaltig genug aufmontiert war.

Jetzt wurde etwas unauffälliger gearbeitet: als politische Plots wurden Vorfälle herausgestellt, die genug Klamauk-Aspekt hergaben. Dergleichen hatte man bei Gelegenheit schon vorher, auch als Solo, aufgegriffen, so z. B. das Diskussionsverlangen von SDS-Mitgliedern in Theodor W. Adornos Festvortrag über die Klassizität von Goethes „Iphigenie“ und brachiale Gegenargumente von Saalordner-Germanisten („Intelligentsia. Berlin. Macht des Negativen“, „Der Spiegel“ 30/1967).

Dies Ganze wird nun zielstrebig ausgebaut:

Turbulenter Budenzauber bei der Rektoratsübergabe in München („Aufgeblickt, himmlische Heerscharen. Peter Brügge bei der Rektoratsübergabe an der Münchner Universität“, „Der Spiegel“ 50/1967);

Fritz Teufel im Prozeß als kauziger Bürgerschreck und irritierendes Boheme-Original, das Geduld und Korrektheit des Gerichts arg strapaziert („Fürs Vaterland eingesetzt. „Spiegel“-Reporter Gerhard Mauz im Prozeß gegen Fritz Teufel“, „Der Spiegel“ 50/1967);

Vorlesungskritik mit Feuerwerk und massivem Meinungsstreit in der Vorlesung des Hamburger Pädagogik-Professors Wenke („Hamburger Universität. Irre geworden“, „Der Spiegel“ 52/1967);

Stockschläge eines Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchgängers gegen Rudi Dutschke, der am Weihnachtsabend in der west-berliner Repräsentationskirche diskutieren will („Kirche. Sache der Elenden“, „Der Spiegel“ 1/1968);

Ein SDS-fremder Student, der bei einem Tanzabend des SDS in Freiburg (Breisg.) die SDS-eigene Forderung nach Diskussion stellt und damit angeblich den SDS auf „Toleranz testet“ („Studenten. Freiburg. Mal sehen ob“, „Der Spiegel“ 5/1968);

Diskussionfordernde Studenten, die der im Dekanat tagenden Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin mit Zerschlagen einer verschlossenen Tür zu Leibe rücken („Berlin. Licht aus“, „Der Spiegel“ 6/1968).

Eine andere Methode der Image-nivellierenden Integration, die scheinbar sachlich fundierte, pseudodokumentarische Masche verwendete „Der Spiegel“ in seinen beiden Titelgeschichten: „Die aufsässigen Studenten von Berlin“ („Der Spiegel“ 24/1967) und „Was denken die Studenten“ („Der Spiegel“ 26/1967). Beide Arrangements von Fakten, Meinungen, Interpretationen bieten eine integrierende Retouchierung der Gruppierung, die angeblich informativ dargestellt werden soll.

Das Round up über die west-berliner Studenten sucht diese Opposition im Werden als reaktives Produkt einer von unterdrückten Ängsten und nicht ausgetragenen Konflikten zerrütteten isolierten Stadt hinzustellen.

Die im Titel auf Motivforschung fixierte allgemeine Studenten-Story folgt einem ähnlichen Modell der Image-Integration: hier werden die Studenten der

Bundesrepublik als etwas über dem Landesdurchschnitt informierte und aufgeklärte, jedoch vom Landesstandard noch durchaus geprägte und keineswegs von ihm emanzipierte Zunft deklariert.

Einen ergänzenden Aspekt für diese willkürliche Interpretation liefern „Spiegel“-Redaktionen und -Verleger anlässlich der Ausbreitung oppositioneller Demonstrationen Jugendlicher in der Bundesrepublik.

Ein redaktioneller Beitrag sucht die Demonstrationen, die nun schon in Provinzstädten wie Kiel und Osnabrück tagelang anhalten, als unartikulierten Ausdruck einer Jugend zu neutralisieren, die, vom reduzierten Parlamentarismus und von stagnierender Gesellschaft angeekelt, anarchisch spektakelt („Jugend. Unruhen. Gebrochenes Rückgrat“, „Der Spiegel“ 7/1967).

Und der Verleger des „Deutschen Nachrichten-Magazins“ warnt unter der Überschrift „Zahltag“ („Der Spiegel“ 7/1968) die etablierten Gewalten vor einer Panik, die ein paar reaktive Exzesse einiger tausend junger Leute als staatsbedrohenden Terror aufbläst. Im übrigen offeriert er wieder einmal sein Konzept einer vorsichtig dosierten Gewaltanwendung, denn: „Daß die Studenten der Mehrheit keine Politik aufzwingen können, von der sie selbst gar nicht wissen, wie sie aussehen soll, versteht sich am Rande. Zwar, das öffentliche Eindrücken von Türen und das heimliche Einschmeißen von Schaufelstern muß nicht gleich Terror sein. Aber es kann, nach dem geltenden Recht, abgeurteilt werden, innerhalb der Universitäten auch nach Disziplinarrecht“ . . . „Wasserwerfer sind ungefährlicher und meistens wirksamer als Gummiknüppel. Mit Studenten, die Gewalt anwenden, um eine Diskussion zu erzwingen, muß niemand, auch kein Rektor oder Professor, diskutieren.“

Dem taktischen Rezept für die wirksame Anwendung etablierter Gewalt lässt Augstein die erforderliche Ideologie folgen: Wenn die Machtkonzentration der Rechten weiter zunimmt, dann sind daran die Linken schuld: „Zahltag in Demokratien sind nicht nur die Wahlstage. Für die Studenten hingegen wird bei den nächsten Bundestagswahlen Zahltag sein, wenn CDU, CSU und NPD ernsten, wo eine politisch undisziplinierte Studentenschaft gesät.“

Schuld daran, daß man sie — Rudolf Augsteins klüglich dosierten Disziplinierungsvorschlägen zuwider — undosiert mit Gewalt traktieren wird, sind nach seiner Diagnose die voraussichtlichen Opfer dieser entfesselten etablierten, repressiven Gewalt. Rudolf Augstein hat es dann schon vorher gewußt. Und das kann ihm genügen.

Warum es ihm genügen kann, hat er selber dargelegt in einer Kolumne mit dem Titel „Enteignen?“ („Der Spiegel“ 40/1967).

### Eigentümlichkeiten

In dieser Äußerung zur Frage des Eigentums an Produktionsmitteln befürwortet Augstein eine Reduktion des Springer-Konzerns auf einen Bestand von Tageszeitungen und Wochenzeitungen, der einen 20 Prozent-Anteil der Gesamtauflage aller in der Bundesrepublik erscheinenden Tages- und Wochenzeitungen bzw. Publikumszeitschriften nicht überschreitet. Denn:

„Angesichts des, man darf wohl mittlerweile sagen, verhängnisvollen Einflusses, den Springer in West-Berlin und in zwei drei anderen Bundesländern ausübt, ist deutlich geworden, daß die objektive Grenze strikter gezogen werden muß.“

Doch ein Gesetz, das der Springer-Expansion diese „objektive Grenze“ von 20 Prozent der BRD-Gesamtauflage „strikter“ setzt, hält Rudolf Augstein nicht für möglich, denn:

„Daß die Parteien nicht dies Gesetz und auch kein anderes, etwa bei 30 Prozent, beschließen wollen, ist offenkundig. Aber dann müssen sie sich sichtbar und immer wieder für inkompetent erklären, müssen ständig unter Beweis stellen, daß sie nicht frei sind, sich Handlungsfreiheit gegen einen einzelnen Mann zu schaffen — auf die Dauer ein mühseliges Geschäft. Man kann es ihnen mit Gründen sauer machen.“

Was Rudolf Augstein hier „unter Beweis stellt“ — „wie man in Deutschland seit 1933 für ‚beweisen‘ sagt“ (Thomas Mann) — das ist eben die liberale Halbhheit und Unentschiedenheit, die ihm Rudi Dutschke in seiner „Antwort“ („konkret“ 9/1967) vorgehalten hat. Die politisch unerhebliche, weil wirkungslose Haltung Augsteins erschöpft sich im Nebeneinander von scheinbar freier Kritik an bedrohlicher Machtkonzentration (die als System-bedingt erkannt wird) und System-gläubigem Abwarten, daß den Abgeordneten des Deutschen Bundestags die gesetzgeberische Untätigkeit gegen die Expansion des Springer-Konzerns „auf die Dauer ein mühseliges Geschäft“ sein werde. Die Unterlassung gesetzlicher Beschränkung der publizistischen Großmacht Springers, die Augstein als „Geschäft“, d. h. als gewinnbringendes Gewerbe deklariert, soll den Parlamentariern in Bonn „sauer gemacht“ werden. Von wem? Von den Springer-kritischen Teilen der bundesrepublikanischen Presse, die mit wachsender Expansion des Springer-Konzerns ja nicht gerade stärker werden? Von Zeitungen und Zeitungsmachern, die bisher — was? — gegen Springers Expansion erreicht haben?

Das ist Rudolf Augsteins Rezept zur Bekämpfung der zielstrebig vermehrten Macht Springers und der Seinen? Das wäre alles?

Nein, das ist noch nicht alles.

Denn so, als hätte er es nötig, noch deutlicher darzutun, daß er nicht daran denkt, auf andere Weise als mit gelegentlichen Beanstandungen von Machtmitteln und Machtproportionen (mit Symptomkritik also) gegen Springer und seine Hausmacht aufzutreten, distanziert sich Augstein mit einem vielfach erprobtem

Verfahren von denjenigen, die öffentlich erklären, daß sie tatenloses Räsonnieren gegen den Springer-Konzern für ungenügend, unerheblich, nutzlos halten: In seinem Editorial „Enteignen“, schreibt der „Spiegel“-Verleger:

„Wer dagegen ‚Enteignet Springer!‘ schreit, bewirkt außer dem Krawall nur das Gegenteil. Die ‚Enteignet Springer!'-Plakette ist das abstruse Gegenstück zu Springers ‚Macht das Tor auf'-Miniatür.“

In keiner kapitalistischen, in keiner pluralistischen Gesellschaft kann ein Konzern seinem Eigner in Bausch und Bogen weggenommen werden . . .

Wer Springer enteignen will, um eine Bresche für andere Enteignungen zu schlagen, wird die Eigentumsvergötzung nur festigen und Springer aus der Gefahrenzone herauslavieren.“

Hier zeigt einer, daß er gelernt hat, im geeigneten Moment „Haltet den Dieb!“ zu rufen. Er gleicht sich denjenigen an, die, um eigenen Machtmißbrauch zu rechtfertigen, eine oppositionelle Minderheit beschuldigen, sie habe Notwehr, Strafe als angemessene Antwort auf ihre Umtriebe herbeigezwungen.

Die so Beschuldigten suchen — das ist kein Zufall — gegen den Machtmißbrauch der Herrschenden ohne Spiegelfechterei Widerstand zu leisten — direkt, offen, tätig, und das heißt auch: mit direkten Aktionen. Ob IG Metall, einzelne Intellektuelle oder Gruppen, die außerhalb eines zur Kontrolle der Herrschenden untauglichen Parlaments ihren Protest aktiv manifestieren — diese Opposition hat, vom Machtapparat der Herrschenden am härtesten bedrängt, keine andere Möglichkeit als einen Widerstand, der wirken will. Eben dadurch aber exponiert sie sich, eben dadurch ist sie für alle, die Alibis suchen, besonders geeignet, als Alibi herzuhalten — Freiwild, außerhalb des Geheges, das vom Establishment für Pseudoopposition bereitgestellt wird.

Augsteins Behauptung, die „Enteignet Springer!“-Plakette sei ein „abstruses Gegenstück zu Springers ‚Macht das Tor auf'-Miniatür“, fordert zwei Fragen heraus:

Weshalb verwendet Augstein die formal-ästhetische Bezeichnung „Miniatür“ für die Hunderttausende von Plakaten und Millionen von Anstecknadeln, die Springer verteilen ließ — Aushängeschilder einer Politik, die, solange das Tor mitten in Berlin offen war, „Macht das Tor auf!“ forderte und erst von dieser Kampagne abließ, als das Tor verschlossen war?

Und: Was am Verlangen nach Enteignung Springers ist das Gegenstück, die Parallele zu dem widersinnigen Propaganda-Appell, das offene Brandenburger Tor zu öffnen? Die Forderung, Springer den ökonomischen Zugang zur uferlosen Betätigung und Ausdehnung seiner Macht zu verschließen, ihm das Eigentum an einem monopol-ähnlichen Riesenapparat von Publikationsmitteln zu nehmen? Wer das verlangt, wer Springers Macht nicht nur quantitativ — durch Auflagen-Begrenzung — einschränken, sondern ihn an der Basis dieser Macht, am Eigentum, entmachten will, der weckt Rudolf Augsteins Verdacht, „eine Bresche für andere Enteignungen zu schlagen“.

### Ein Alternativ-Aspekt

Welchen Anlaß mag Augstein zu dieser Schlußfolgerung haben? Sind politische Gruppierungen denkbar, die nicht nur Anlaß, sondern Gründe haben, nicht nur eine „Bresche für andere Enteignungen zu schlagen“, sondern durch diese Bresche dann auch voranzugehen?

Könnte es geschehen, daß der „Spiegel“-Verleger beim Wort genommen wird, der in DIE ZEIT vom 5. April 1968 einrücken ließ: „Ich bin nicht zweifelsfrei überzeugt, daß unsere Arbeit sinnlos ist. Aber man muß zugeben, daß wir, die Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften, wenig anzubieten haben, wenn die jungen Leute uns fragen, ob das Argument noch zählt . . . Das politische Argument wird auf Inseln . . . begossen und gepflegt, aber die Auflage, das Geschäft, die Konzentration, das sind die wahren Vorgänge. Der Inhalt schrumpft bis zur Unsichtbarkeit, die Verpackung ist alles. Nicht der Leser, aber der Inserent will Farbe, darum her mit neuen Maschinen, die zu weiterer Konzentration zwingen.“ Nicht den Lesern also, sondern den ökonomisch und politisch mächtigeren Geschäftspartnern, den Anzeigen-Gebern, dient diese Presse. Von dem, was sie sonst bewirkt, wird diskret nicht weiter gesprochen, denn auch das Zurückhalten von Informationen hat ja Wirkung, dient den Herrschenden, wie es den Beherrschten schadet.

Und wen wohl meint das Grundgesetz im Artikel 14, Absatz 2 und 3, wenn es „die Allgemeinheit“ und ihr Wohl gleich zweifach als Maßstab zugrunde legt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig . . . Sind die Herrschenden, ihre Zuträger und Nutznießer die Allgemeinheit? Dient Augsteins Gebrauch seines Eigentums an publizistischen Produktionsmitteln der Allgemeinheit?

Wär nötig, wär möglich,  
AUGSTEIN ZU ENTEIGNEN?

„Aus methodischen Motiven hat sich das ‚Deutsche Nachrichten-Magazin‘ für das Establishment, für den Erfolg, für das Massenhafte, also auch für die Massierung der Gewalt, entschieden. Es hat sich gegen die Zukunft entschieden, soweit sie nicht systemtreue Fortentwicklung der Gegenwart ist; gegen die Opposition; gegen die Minoritäten; gegen die Schwachen und Kleinen; gegen den menschlichen Geist und seine Hervorbringung, soweit sie nicht oder nicht rasch in materielle Erscheinungen umzuwandeln sind. Was nicht die Macht oder das Massenhafte für sich hat, wird im ‚Deutschen Nachrichten-Magazin‘ allenfalls vermerkt werden, wenn ihm der Anstrich des Kuriosen gegeben werden kann.“

Erich Kuby

Hans Heinz Holz  
Kritik der kritischen Kritik  
*oder Die Irrtümer Herbert Marcuses*

1.

Nicht häufig ist die Agglomeration von Philosophie und politischer Praxis. Wenn die Eule der Minerva erst in der Abenddämmerung zu fliegen beginnt, dann ist die politische Tat schon längst geleistet, das revolutionäre Rot der aufgehenden Sonne schon lange verblaßt. So verspätet, wie sein berühmtes Diktum glauben machen will, war allerdings auch Hegels Philosophie keineswegs; sie hat eine ebenso revolutionierende wie konservative Perspektive. Ungeachtet dessen steht sie nicht auf der Stufe Robespierres und St. Justs, sondern begrüßt Napoleon als den Testamentsvollstrecker der Revolution. Die Jakobiner hatten keine Theorie, obschon eine Ideologie.

Heute ist nun immerhin Unruhe im Lande, und nicht nur in diesem, sondern — wie wir gesehen haben — allenthalben in der Welt. Die Unruhe hat ihre Gründe, und die Unruhigen suchen ihr Selbstverständnis. Something is rotten in the state of Denmark — und dieses Dänemark ist überall, wo falsche Herren mit Böllerschüssen der Lustbarkeit, mit lügnerischem Wort und mit bewaffneten Häschern das Volk stillzuhalten suchen. Den Jungen rumort es im Gemüt, und darum rumoren sie im Staate. Aber das Postulat der Einheit von Theorie und Praxis ist unvergessen; das Gemüt allein reicht nicht, sie wollen wissen, was sie tun müssen, wohin der Weg sie führt.

Quis, quid, cur, contra, simile et paradigmata, testes schärft der Merkvers der Rhetorik ein. Wer ist das Subjekt des historischen Fortschritts? Was ist zu tun und warum? Was spricht dagegen? Welche Analogien und Beispiele gibt es? Wer zeugt dafür?

Theorie, die in Praxis umschlagen will, muß Antwort auf diese Fragen geben. Doch sie kann auch nur Antwort geben, wenn sie zugleich aus der Praxis herauswächst. Die Rebellen suchen den Denker, der ihnen verbunden ist. Sie fanden ihn in Herbert Marcuse.

Es mag Zufall sein, daß dessen gesellschaftskritisches Werk „Der eindimensionale Mensch“<sup>1</sup> gerade in dem Augenblick in Deutschland erschien, als die Studenten zu

<sup>1</sup> Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, deutsch Neuwied 1967 (englische Originalausgabe Boston/Mass. 1964).

revoltieren anfingen. Dann aber erfüllte es die Funktion, der theoretischen Selbstverständigung zu dienen.

Marcuses Kritik an der herrschenden Ordnung ist total. Hegels Gleichung von Vernunft und Wirklichkeit galt nie weniger denn heute; es sei denn, die Faktizität dieser Welt wäre schlechthin ontologische Unwirklichkeit. Mephistopheles variierend bleibt nur das Verdikt: denn alles, was besteht, ist wert, daß es zu grunde geht. Eine Lösung, gerade recht für zorniges Aufbegehren. Die Herrschaftsordnung kracht in den Fugen, also stürzen wir sie!

So ungemach aber schreitet die Weltgeschichte nicht fort. Revolutionen brauchen ein historisches Subjekt, das sie vorantreibt. Wo die Erwartungen zu nah oder zu hoch gespannt sind, wohnt dicht dabei die Verzweiflung. Oder der Trotz: aber Märtyrertum ist keine Alternative zur Resignation; Thomas Münzer wollte zuviel verändern und veränderte darum nichts, so blieb er der Theologe der Revolution. Kaum anders als theologisch klingt auch Marcuses Werk aus mit einem Zitat Walter Benjamins: „Nur um der Hoffnungslosen willen ist uns die Hoffnung gegeben“<sup>2</sup>. Was Benjamin aber konkret aktivistisch meinte als Mobilisierung gegen den Nationalsozialismus von außen, da denen drinnen im Kerker keine Hoffnung gegeben sei — das wird hier auf das System des Bestehenden insgesamt übertragen und damit geschichts- und gesellschaftstranszendent: „Die kritische Theorie der Gesellschaft besitzt keine Begriffe, die die Kluft zwischen dem Gegenwärtigen und seiner Zukunft überbrücken könnten; indem sie nichts verspricht und keinen Erfolg zeigt, bleibt sie negativ. Damit will sie jenen die Treue halten, die ohne Hoffnung ihr Leben der Großen Weigerung hingegeben haben und hingeben“<sup>3</sup>. Trotz und Resignation liegen also in der Tat dicht beieinander. Es sind einige falsche Voraussetzungen in die Theorie Marcuses eingegangen, die diese um ihre Wirkung bringen. Darum bedarf es einer Kritik der kritischen Kritik, die deren Sackgasse durchbricht und die die Theorie wieder auf den Stand eines positiven Verhältnisses zur Praxis hebt<sup>4</sup>.

2.

Verstehen wir uns recht: Kritik an Marcuse ist nicht eine Absage an Marcuse; sie ist eine Auseinandersetzung unter Freunden, selbst wenn sie, um der Klärung der strittigen Punkte willen, vor allem die Differenzen hervorhebt. Marcuse ist einer der bedeutendsten Denker unserer Epoche. Sein Buch „Triebstruktur und Gesellschaft“<sup>4</sup> hat zuerst gezeigt, welchen neuen Inhalt die klassenlose Gesell-

<sup>2</sup> Ebd., S. 268.

<sup>3</sup> In der hier gebotenen Kürze kann ich allerdings nur zusammenfassend auf einige grundlegende Irrtümer Marcuses eingehen. Ausführlicher habe ich das in einem in Kürze erscheinenden kleinen Buche „Utopie und Anarchismus, Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses“ (Pahl-Rugenstein-Verlag) getan, aus dem ein Auszug im Januarheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ erschienen ist: „Der Irrtum der Großen Weigerung, zu Herbert Marcuses kritischer Theorie der Industriegesellschaft“, a.A.O. S. 46 ff. Für alle weiterführenden Zusammenhänge muß auf diese Darstellung verwiesen werden.

<sup>4</sup> Herbert Marcuse, Triebstruktur und Gesellschaft, deutsch Bibliothek Suhrkamp, Band 158; zuvor als Eros und Kultur, Stuttgart 1957 (englische Originalausgabe Boston 1955).

schaft dem individuellen Menschsein geben könnte. Er hat die Marxsche Vision des freien, zu sich selbst gekommenen Menschen mit einer aus der Psychologie Freuds entwickelten Anthropologie verknüpft und so der Utopie des Glücks den konkreten Inhalt einer zu schöpferischer Lust befreiten Triebstruktur gegeben; die klassenlose Gesellschaft wird die uralte Teilung von Arbeit und Genuss, von Leistung und Lust aufheben und in einer nichtrepressiven Kultur den Menschen ganz er selbst sein lassen können. Was Marcuse für den Ansatz einer marxistischen Anthropologie und Kulturtheorie getan, verdient höchsten Respekt.

## 3.

In notwendigerweise vereinfachender Abbreviatur seien hier die Hauptthesen wiedergegeben, die die Grundzüge von Marcuses Theorie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft ausmachen.

Entgegen den Erwartungen der marxistischen Lehre ist es, so meint Marcuse, der kapitalistischen Gesellschaft gelungen, sich unter den Bedingungen fortschreitender technischer Perfektion weitgehend zu stabilisieren. Sie vermag bei Fortdauer und sogar Verschärfung der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse dem größten Teil der Bevölkerung einen Wohlstand zu garantieren, der kein Bedürfnis nach einer Änderung der bestehenden Ordnung aufkommen lässt und die Identifizierung des zwar ausgebeuteten und beherrschten, aber reichhaltig konsumierenden und versorgten Bürgers mit dem System fördert und befestigt. Ja, dieser Konformismus wird notwendig durch den technisch-ökonomischen Prozeß der Bedürfnissesteigerung und ihrer Befriedigung mit produziert, weil jeder Versuch einer Änderung des Systems die Drohung einer, wenigstens zeitweiligen, Minderung des Lebensstandards nach sich ziehen würde. „Die Differenz zwischen gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen verschwindet, denn die Individuen haben als ihre eigenen Bedürfnisse und deren Befriedigung genau diejenigen Bedürfnisse und deren Befriedigung, welche die Gesellschaft haben muß, um sich als Gesellschaft der Unfreiheit zu reproduzieren. In dieser Gesellschaft kommt ein Menschentyp auf, der nicht mehr nein sagen kann, zumindest nicht mehr nein sagen will. Diese geschlossene Gesellschaft ist zugleich eine totale Gesellschaft; Fortschritt, Wachstum und Reichtum reproduzieren die Abhängigkeit des Menschen vom Apparat. Die technologische Rationalität wird zum Mittel der Herrschaft, das heißt zum Mittel, bestehende, aber veraltete Existenzformen aufrechtzuerhalten. Die steigende Produktivität, deren die Gesellschaft fähig ist, wird nicht zur Befriedung des Kampfes ums Dasein verwendet, sondern zu dessen Intensivierung und Perpetuierung“<sup>5</sup>. Die These setzt voraus, daß es dem Mechanismus des interdependenten Weltmarkts gelingen kann, jede Krise, das heißt jede Wachstumsstörung der Produktivität, aufzufangen; wobei es im Zeit-

<sup>5</sup> Herbert Marcuse im Nachstudio von Radio Salzburg, zitiert nach Europäische Perspektiven, Hauszeitschrift des Europa-Verlags, Herbst 1965.

alter der totalen Vernichtungswaffen und der durch sie erzwungenen Koexistenz sogar im Selbsterhaltungsinteresse der konkurrierenden sowjetischen Gesellschaft liegen muß, die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Welt soweit zu erhalten, daß diese nicht zum letzten Ausweg eines großen Krieges zu greifen braucht. Andererseits zwingt der Wettstreit der gegensätzlichen Gesellschaftsformen den Kapitalismus, die Ausbeutung durch steigendes Konsumangebot (das auch im eigenen Umsatzinteresse liegt) so zu kaschieren, daß keine materielle Vereindung der Massen eintritt. „Die Koexistenz ist zum Beispiel ein Motor der wachsenden Produktivität, sie fördert die Stabilisierung des Kapitalismus und damit die soziale Integration innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft... Ich glaube, daß die Koexistenz von Kapitalismus und Kommunismus zum großen Teil sowohl die Deformation des Sozialismus als auch die Transformation des Kapitalismus erklärt... Es ist also keine außenpolitische Dimension, die hier zu einem bestimmenden Faktor gemacht wird, vielmehr ist die Koexistenz ein Faktor, der die gesellschaftliche Struktur des Kapitalismus selbst bestimmt“<sup>6</sup>. Die Stabilität des Kapitalismus wird also von außen durch das Zusammenwirken der koexistierenden Gegner, von innen durch die „Angleichung der gesellschaftlichen Klassen in der Konsumphäre“<sup>7</sup> gewährleistet.

Wirtschaftswachstum, also auch Verbraucherzuwachs, ist innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nur mit zunehmender Machtkonzentration, also mit verstärkter Herrschaftsausübung und sich ausbreitender, schließlich universell werdender Repression zu erreichen. Die Form der Bewußtseinsbildung in der Massengesellschaft durch Presse, Rundfunk, Fernsehen, Reklame, Mode, Gruppen und Nachbarschaftsinduktion usw. erlaubt eine Manipulation nicht nur der Meinungen und Bedürfnisse, sondern auch der inneren Antriebe und unbewußten Reaktionen. Herrschaft ist vollkommen verschleiert, aber um so wirkungsvoller; sie hat die Methoden ihrer Selbsterhaltung derart verfeinert, daß sie unangreifbar geworden ist. Es gibt keine Kritik und folglich keine wirkliche Opposition mehr. Pluralismus ist bereits im System eingeplant. „Die Differenz zwischen Oben und Unten, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Herrschaft und Dienst ist heute vielleicht größer als in früheren Perioden, und die Entscheidungen über Tod und Leben, nicht nur des Individuums, sondern der Nation selbst, werden von oben getroffen und bleiben dem Widerstand gegenüber immun. Es ist eine Gesellschaft totaler Abhängigkeit von einem Produktions- und Distributionsapparat, der die Bedürfnisse der Individuen auf erweiterter Stufenleiter entwickelt und befriedigt, dabei aber den Existenzkampf im Angesicht seiner möglichen Abschaffung intensiviert. Ein Apparat, der auch — und das ist das Wesentliche — selbst die instinktiven Bedürfnisse, die eigenen Aspirationen der Individuen bestimmt und formt, der die Differenz zwischen Arbeits-

<sup>6</sup> Herbert Marcuse, Perspektiven des Sozialismus in der industriell entwickelten Gesellschaft, neue kritik, 31. August 1965, S. 11.

<sup>7</sup> Ebd., S. 12

zeit und Freizeit einebnen und die Menschen so früh, so total, so vollkommen sich anformt, daß Begriffe wie Entfremdung und Verdinglichung selbst fragwürdig werden<sup>8</sup>. Von innen heraus ist dieses System darum nicht zu verändern.

Damit entfällt nach Marcuse eine weitere Erwartung des klassischen Marxismus: die revolutionäre Kraft des Proletariats. Dem Arbeiter ist der Stachel genommen, gegen den er sich empörte. Die Teilhabe am steigenden Konsum verschleiert ihm die Tatsache, daß er partielle Befriedigungen, gar die Befriedigung künstlich stimulierter Bedürfnisse, mit dem Verzicht auf seine Freiheit und Menschlichkeit erkaufen muß. Der Mechanismus der Wohlstandsgarantien setzt unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise immer neue Restriktionen der Persönlichkeit, immer weiter reichende, schließlich universell wendende Repressionen in Kraft. Die Herrschaft wird total, der instrumentalisierte Mensch verkümmert, ohne es zu bemerken. Das System, das nach dialektischem Gesetz seine Negation aus sich hervorbringen sollte, integriert diese in einen konformen Pluralismus. „Bei Marx wird die Arbeiterklasse zum geschichtlichen Subjekt der Revolution gerade deshalb, weil sie die absolute Negation des Bestehenden darstellt. Wenn sie dies nicht mehr ist, dann ist die qualitative Differenz zwischen ihr und den anderen Klassen, damit aber auch ihre Fähigkeit verschwunden, eine qualitativ andere Gesellschaft zu schaffen“<sup>9</sup>. Wäre dem so, dann bestünde allerdings keine Hoffnung; selbst für einen Exodus bliebe in dieser Einen Welt kein Raum mehr, es sei denn in den neuen Untergrund von Katakomben und Waldenser-Einöden, der heute in Nachasylen und in den Schluchten der Slums lokalisiert sein mag.

## 4.

Sind Marcuses Voraussetzungen wirklich schlüssig? Sie sind jedenfalls interdependent: die universelle Manipulation, die die Repression nicht spürbar werden läßt, kann nur gelingen, wenn die Aufrechterhaltung des Wohlstands dem Existenzkampf den Anschein des Erfolgs verleiht und das Bewußtsein der Klassenlage einschläft; andererseits wird das Klassenbewußtsein nur dann verlorengehen, wenn die Manipulation auf der Basis des Wohlstands funktioniert; der Wohlstand bleibt schließlich jedoch nur erhalten, wenn die Manipulation der Bedürfnisse eine ständig steigende Konsumnachfrage erzeugt und keine Klassenkämpfe die Produktion erschüttern. Man sieht, daß die Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft sich schon einer systeminternen Betrachtung als ein höchst prekäres Gleichgewicht erweist, das auch durch geringfügige Veränderungen der Umstände ins Wanken gebracht werden könnte.

In der Tat führt der lückenlose Kreislauf von Bedürfniserzeugung, Konsum und

<sup>8</sup> Ebd., S. 12

<sup>9</sup> Ebd., S. 14

Produktion in einer kapitalistischen, also auf Gewinnzuwachs berechneten ökonomischen Ordnung zu einer konstanten Überproduktion, die nur durch eine expansive Wirtschaftspolitik abgesetzt werden kann. Eine hochindustrialisierte kapitalistische Gesellschaft braucht ständig neue Märkte — sie befindet sich in einem permanenten Prozeß der Ausdehnung, dem jedoch natürliche Grenzen gesetzt sind. Sobald diese erreicht werden, ergeben sich Konfliktsituationen: erstens müssen Abhängigkeiten geschaffen und erhalten werden, die doch gerade im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung aufgehoben werden müßten, wenn man dem Gang der Dinge freien Lauf ließe; neokolonialistische Praktiken und entsprechende Reaktionen der abhängig gehaltenen Nationen sind die Folge. Zweitens entstehen Konkurrenzkämpfe zwischen annähernd gleichstarken Wirtschaftsgruppen, die sich gegenseitig von den Märkten verdrängen müssen; der Unterliegende hat an der Stabilität nicht länger teil; notfalls werden nationalstaatliche Hilfsmittel in Anspruch genommen, es entstehen Widersprüche innerhalb des Systems, die dessen Zerfall beschleunigen. Drittens wird eine universale Verschleißwirtschaft betrieben, die sich in der Rüstungsproduktion und in deren Anwendung während bewaffneter Konflikte ihr Ventil schafft; erhöhte Rüstungsausgaben und Kriegseinsatz führen aber ökonomisch zu Belastungen, die auf die Allgemeinheit verteilt werden müssen und bringen persönliche Opfer an Leib und Leben mit sich, die den immer größer werdenden Kreis der Betroffenen die Krise des Systems unmittelbar erfahren lassen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Krisenerscheinungen deutlich werden — hinwegmanipuliert werden können sie auf die Dauer nicht, weil ja auch die Manipulation davon abhängt, daß die Unlusterlebnisse der einzelnen sich nicht akkumulieren dürfen.

Für alle drei kritischen Aspekte der kapitalistischen Gesellschaft treten die Belege offen zutage. Auf das problematische Verhältnis der Industriestaaten zu den Ländern der Dritten Welt, auf die Zerfallserscheinungen in EWG und NATO als Folge der französischen Wirtschaftspolitik und schließlich auf die Konsequenzen des Vietnamkriegs für die USA und die Westmächte insgesamt sei hier summarisch hingewiesen. Ein deutliches Krisenzeichen waren in jüngster Zeit der Run auf das Gold und die Spaltung des Goldmarktes. Die Kur am Symptom hat, wie die Wirtschaftsfachleute übereinstimmend schrieben, nichts an den fort dauernden Ursachen geändert.

Marcuse formulierte seine Stabilitätsthese wie folgt: „Der organisierte Kapitalismus stellt eine Gesellschaft dar, in der immer mehr Güter und immer mehr Dienste produziert und von den Eingeordneten konsumiert werden, in der für breitere Schichten die Arbeit körperlich leichter und das Leben komfortabler wird, in der ein Pluralismus von Organisationen, Meinungen, Abweichungen erlaubt ist und praktiziert wird und in der eine gewisse, oft sehr überschätzte Assimilierung der gesellschaftlichen Klassen in der Konsumosphäre stattfindet... Meine Hypothese ist, daß die Stabilisierungs- und Integrierungstendenzen von der Basis des Systems ausgehen, nicht nur ideologische oder Randphänomene

sind“<sup>10</sup>. Demgegenüber ist festzuhalten: die geschilderten kontradiktionsen Tendenzen im Kapitalismus treiben automatisch zu Konstellationen, in denen der Mißbrauch des Menschen im Dienste der Kapitalakkumulation nicht nur theoretisch erkennbar, sondern auch praktisch spürbar wird und mithin Widerstände gegen das System provoziert. Das prekäre Gleichgewicht wird zerstört, die Krise bereitet sich vor. Marcuses Stabilitätsthese hält einer Struktur- und Tendenzanalyse des Systems nicht stand, dieses besitzt kein Instrumentarium, seinen eigenen inneren Antagonismus aufzuheben oder auf unabsehbare Zeit zu stornieren; einmal muß er, trotz aller Manipulation, durchbrechen.

Daß auch die Manipulationsthese nicht stichhaltig ist, geht aus dem Begriff der Manipulation selbst hervor. Diese besteht in einer dauernden Repression, zu der das Einverständnis der Unterdrückten erschlichen wird. Das bedeutet, daß die Unterdrückung als Selbstkontrolle und mithin auf dem Wege von Verdrängungen, Tabus, Entäußerungen realisiert wird. Weit verbreitete neurotische Desintegrationen und eine allgemeine aufgestaute Aggressivität sind die Konsequenzen — also eine Bewußtseinslage, die in Widerspruch zu dem System im ganzen geraten muß.

Natürlich besteht die Gefahr, daß solche Aggressivität in faschistische Formen abgeleitet wird. Marcuse weist darauf hin: „Für die Vorbereitung, für die Eventualität einer solchen Krise kann und wird vielleicht auch die Arbeiterklasse politisch radikalisiert werden. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß in dieser Situation die Frage noch völlig offen ist: politisch radikalisierten nach links oder nach rechts? Die akute Gefahr des Faschismus oder des Neofaschismus — und der Faschismus ist immer seinem Wesen nach eine Bewegung der Rechten — diese akute Gefahr ist noch in keiner Weise überwunden“<sup>11</sup>. Eine solche Gefahr ist jedoch um so größer, je allgemeiner und unverbindlicher die Ablehnung der Gesellschaft und die damit verbundene Äußerung der Unlust ist. Nicht die Große Weigerung, das totale und wirkungslose Nein ist darum die revolutionäre Antwort auf die schlechte Wirklichkeit, sondern der konkrete Kampf um Abbau von Herrschaftspositionen und Ausgangsstellungen für einen gesellschaftlichen Kampf um weitergesteckte Ziele.

Nehmen wir noch einmal ein Beispiel aus der politischen Alltagspraxis: sicher ist das Mitbestimmungsprogramm des DGB kein Programm für eine sozialistische Gesellschaft; es hält sich im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems, ohne Herrschafts- und Besitzverhältnisse umstürzen zu wollen. Es würde aber eine wesentliche Einschränkung der politischen Macht der Oligopole, eine Demokratisierung der wirtschaftlichen Basis und damit des gesamten gesellschaftlichen Lebens, eine Voraussetzung für die Weiterentwicklung praktischen politischen Bewußtseins und Verhaltens in der Arbeiterschaft, also eine Reakti-

<sup>10</sup> Ebd., S. 12

<sup>11</sup> Herbert Marcuse, Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition, *Das Argument*, 9. Jahrg., Heft 5/6, Dezember 1967, S. 398 ff.

vierung des Klassenbewußtseins bedeuten — oder doch eine reale Chance dafür bieten. An solchen Fronten vollzieht sich der gesellschaftliche Fortschritt, hier ist der dialektische Geschichtsprozeß in Gang, hier ist Engagement angebracht. Marcuses Stabilitäts- und Manipulationsthese muß indessen lähmend wirken. Wenn man dem etablierten System die Kraft zugesteht, jede Opposition zu integrieren und damit demokratische Bewegung unmöglich zu machen, wenn man die Steuerung der Meinungen und Verhaltensweisen für fast unüberwindlich hält: dann bleibt allerdings nur noch Hoffnung auf die dünne Schicht der Intellektuellen, die das Spiel wissend, aber ohnmächtig durchschauen. Statt die Intelligenz, sozusagen als Reflexionsebene, in eine schrittweise zu entwickelnde Massenbewegung einzugliedern, wo sie im engen Kontakt mit der allgemeinen Praxis theoriebildend zu wirken und damit auch auf die Weiterentwicklung der Praxis einzuwirken hätte, wird sie als vorpreschende Avantgarde, als Janitscharentruppe des Fortschritts, schließlich gar als Führungselite hochstilisiert. Korrelat dieser irren Einschätzung von den Bedingungen historischer Veränderungen ist eine politische Praxis, die Happenings veranstaltet, um die Mauer des Schweigens und der Manipulation zu durchbrechen.

Wir müssen gerecht sein. Zwar sind es die verzweifelte Negation der Gesellschaft, der Maximalismus der Großen Weigerung, der ausbrechende Anarchismus der einzelnen, die Marcuses Wirkung auf eine „freischwebende Intelligenz“, auf eine „heimatlose Linke“ ausmachen. Die Analysen in „Der eindimensionale Mensch“ sind einseitig auf diesen Aspekt zugeschnitten, so richtig und wichtig die Entlarvung der Manipulation und des Konformitätsmechanismus auch sein mögen. Sie verleihen einem noch ungerichteten, der konkret-politischen Zielsetzung ermangelnden Unbehagen Ausdruck, dessen Klassenbasis eher kleinfürgerlich als proletarisch ist. Auf dieser Stufe vermag die kritische Theorie den Protest zwar zu formulieren, aber nicht, ihn politisch wirksam zu artikulieren. Statt sich der Ausarbeitung konkreter und erreichbarer Ziele zu widmen, die zu weiteren Veränderungen der Gesellschaft hin vermitteln könnten, verschanzt sie sich in der Igelstellung eines nicht vollstreckbaren Radikalismus. Gewiß tut allgemeine Bewußtseinsbildung not; aber als praktische muß sie bezogen bleiben auf den besonderen Zweck, an dem schrittweise die Theorie und das aus ihr entspringende Verhalten weiterentwickelt werden kann. Ein Beispiel: wenn junge Rebellen uns verkünden, daß spätestens in drei Jahren eine revolutionäre Situation geschaffen sein werde und wenn bei dieser Gelegenheit über die Abschaffung von Herrschaft überhaupt geredet, aber dem Widerstand gegen Notstands-Diktaturgesetze kein Wort gewidmet wird — dann ist das politische Bewußtsein auf ein durchaus utopisches, nämlich nirgendwo bestimmtes Feld geraten. Nichts sei gegen utopische Horizonte gesagt; ohne sie entbehrt der politische Impuls seines Leitsterns. Was aber soll Aufklärung, auch über fernhin Erstrebtes, wenn sie nicht bei den Erfahrungen anfängt, die heute schon von den Massen gemacht und verarbeitet werden können? Der Über-

schwang des Verändernwollens darf den demokratischen Prozeß der Entwicklung politischer Einstellungen in der Masse nicht überspringen wollen, sonst verdammt er sich zu sektiererischer Isolation.

Zwar, sagte ich, ist die Wirkung Marcuses vor allem in dieser Selbstüber-schätzung einer progressiven Minderheit von hohem intellektuellem Niveau zu sehen. Seine Resignation gegenüber der Arbeiterklasse führt notwendig in diese Sackgasse, die nach der Euphorie demonstrativer *Selbstbestätigung* bei der *Selbstbeschränkung* auf bloße Theorie und die ihr entsprechenden anarchischen Aktionen endet. „Es gibt keine revolutionäre Massenbewegung und es wird auch in den überentwickelten Ländern keine revolutionäre Massenbewegung in der absehbaren Zukunft geben... In dieser Situation wird die Kraft des Negativen als Arbeit für die Befreiung des Bewußtseins und des Wissens zu einer Hauptaufgabe... In dem Maß, wie das Klassenbewußtsein in dem allgemein verwalteten Bewußtsein zu einer repressiven Produktivkraft im Reproduktionsprozeß des Bestehenden wird, wird die Arbeit an der Befreiung des Bewußtseins eine *materielle* Grundbedingung für die Umwälzung des Bestehenden. Ich wiederhole: das ist keine revolutionäre Aktion, gewiß nicht, es ist im Augenblick eine hilflose, vielleicht sogar für lange Zeit hoffnungslose Opposition“<sup>12</sup>.

Aber die Position der Jahre 1960/66 ist nicht Marcuses letztes Wort. Der Berliner Vortrag Marcuses vom Juli 1967 deutet andere Perspektiven an, die den wolkenverhangenen Horizont aufreissen, mit dem sich die kritische Theorie in „Der eindimensionale Mensch“ umgibt. Da heißt es ganz unzweideutig — und das ist eine Revision oder doch Uminterpretation früherer Thesen: „Zunächst einmal darf ich noch einmal das Mißverständnis beseitigen, als ob ich geglaubt hätte, daß die intellektuelle Opposition an sich schon eine revolutionäre Kraft wäre, oder daß ich in den Hippies das Erbe des Proletariats gesehen hätte. Selbst in den nationalen Befreiungsfronten der Entwicklungsländer können wir, glaube ich, bis heute noch keine effektive revolutionäre Bedrohung des Systems des Spätkapitalismus sehen. Alle Oppositionskräfte wirken heute zur Vorbereitung und nur zur Vorbereitung, aber auch zur notwendigen Vorbereitung für eine mögliche Krise des Systems. Und zu dieser Krise tragen gerade die nationalen Befreiungsfronten bei, nicht nur als militärische Gegner, sondern auch durch die Reduktion des ökonomischen und politischen Spielraums des Systems. Für die Vorbereitung, für die Eventualität einer solchen Krise kann und wird vielleicht auch die Arbeiterklasse politisch radikalisiert werden“<sup>13</sup>. Hier klingt die Besinnung auf die Arbeiterklasse als das mögliche historische Subjekt des Fortschritts zu einer von Ausbeutung freien Gesellschaft an, und vorher schon wird der verzagte Zweifel an der Mobilisierbarkeit der Arbeiterschaft auf die spezifische Situation der USA relativiert: „Was wir von der Arbeiterklasse in

<sup>12</sup> Herbert Marcuse, Vietnam — Analyse eines Exempels, neue kritik 36/37, Juni/August 1966, S. 37.

<sup>13</sup> Herbert Marcuse, Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition, a.a.O. Seite 406.

Amerika sagen können, daß sie in ihrer großen Majorität in das System integriert ist und nicht das Bedürfnis nach einer radikalen Umwandlung hat, können wir wahrscheinlich von der europäischen Arbeiterklasse nicht mehr oder noch nicht sagen“<sup>14</sup>. Das klingt anders als im Mai 1966, damals insistierte Marcuse gegen André Gorz und Serge Mallet noch auf der Unvermeidbarkeit des „American way“: „Kann die Gesellschaft in den Vereinigten Staaten als Modell gelten für das, was in den kapitalistischen Ländern Westeuropas zu erwarten ist? Ich glaube, daß sich die amerikanischen Tendenzen früher oder später durchsetzen werden“<sup>15</sup>.

Die Varianten sind noch gering, aber spürbar genug, um zu erkennen, daß Marcuse sich in einem Entwicklungsprozeß befindet, der es verbietet, ihn auf die Position der Jahre 1960-66 endgültig festzulegen. Seine Theorie der hochindustrialisierten Gesellschaft ist nicht abgeschlossen, ihre diagnostische Kraft bewährt sie da, wo sie Querschnitte durch eine Situation legt. Sie verfehlt ihre Möglichkeiten, wo sie prognostische, bzw. antiprognostische Feststellungen trifft. Die Kritik an ihren Fehlern ist darum vor allem eine Kritik im Hinblick auf ihre Wirkungen, mögen diese gelegentlich auch aus Mißverständnissen erwachsen sein. Walter Benjamin hat zu Recht darauf hingewiesen, daß zum integralen Bestand eines Werkes dessen Rezeptionsgeschichte gehört. Was Benjamin auf lange historische Abläufe bezog, mag in besonderem Maße auch für die zeitgenössische Aufnahme gelten: zum „Werther“ gehören auch die Suicid-Serien, die er auslöste. So ist es legitim, Marcuses Werk nicht abgetrennt von der Bewegung zu betrachten, mit der es sich verbindet. Und sektiererische wie anarchistische Züge, die eher einer kleinbürgerlichen Klassenbasis als einem revolutionären Bewußtsein entspringen, sind gewiß in den Konsequenzen einer Theorie angelegt, die — wenn auch nur aus Verzweiflung — sich elitär gibt und mit der Idee des Opfers arbeitet. Gelingt es der Theorie nicht, die Praxis der Massen zu bestimmen, so ist das nicht der Fehler der Massen. „Und selbst wenn wir nicht sehen, daß die Opposition hilft, müssen wir weitermachen; müssen wir weitermachen, wenn wir noch als Menschen arbeiten und glücklich sein wollen“, lautet Marcuses Resümé<sup>16</sup>. Anders klingt es im klassischen Manifest der Revolutionäre: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen“. C'est le ton, qui fait la musique!

<sup>14</sup> Ebd., S. 400.

<sup>15</sup> Marcuse, neue kritik 36/37, a.a.O., S. 36.

<sup>16</sup> Herbert Marcuse, Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition, a.a.O., S. 408.

## Erich Fried

### Zum KPD-Programm-Entwurf

Es gibt eine Reihe von Gründen, aus denen auch einer, der wie ich nicht auf deutschem Boden lebt und nicht deutscher Staatsbürger ist, den Programmentwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands begrüßen kann. Daß eine solche Begrüßung keine unerlaubte Einmischung ist, dafür könnte ich das Wort des großen englischen Barockdichters John Donne zitieren „Kein Mensch ist eine Insel für sich allein . . . Eines jeden Menschen Tod vermindert mich, denn ich bin verwickelt in die Menschheit; und darum laß nie nachfragen, für wen die Glocke läutet: sie läutet für dich.“

Diese Worte waren für mich schon immer die Verkündung nicht nur unseres Rechtes auf Einmischung, sondern unserer Pflicht, aus der Erkenntnis, daß Menschen sich ihr Schicksal gegenseitig bereiten, die Konsequenz zu ziehen, auch über Landesgrenzen hinweg. Dazu kommt, daß ich in deutscher Sprache schreibe und dichte, und daß es mich ohne Hitler kaum nach England verschlagen hätte. Dazu kommt aber auch, daß sich unter dem Schlagwort *Nichteinmischung* schon zur Zeit des Spanienkrieges reaktionäre Machenschaften breitmachten, ebenso wie heute Bundeskanzler Dr. Kiesinger mit seinem bescheiden klingenden Hinweis darauf, daß gerade die Deutschen die letzten sein müßten, die die Vereinigten Staaten wegen ihres Vietnamkrieges kritisieren, mit solcher reuigen Bescheidenheit, die zur Nichteinmischung in Amerikas Vietnamkrieg (in Wirklichkeit natürlich zu seiner Unterstützung) führt, genau die falsche Lehre aus seiner eigenen politischen Vergangenheit gezogen hat, was er in letzter Zeit auch sonst mehrfach tat.

Deshalb soll mich mein Wohnort London und die Tatsache, daß ich nicht deutscher Staatsangehöriger bin, von der Begrüßung dieses Programmentwurfes der KPD nicht abhalten, zumal eine gesunde Entwicklung der KPD auch dazu beitragen könnte, die Bundesrepublik nach Westen und Osten, nach Norden und Süden zu einem besseren Nachbarn zu machen.

Ein so kräftiges Lebenszeichen der seit mehr als 10 Jahren in die Illegalität getriebenen KPD ist um so erfreulicher, weil das Verbot der KPD ein Unrecht war, ermöglicht nur durch das Zusammenwirken des Kalten Krieges mit dem Erbe der Hitlerei auf deutschem Boden. Sehr bald hatten alte Nazis und deren Mitläufer herausgefunden, daß in den Augen tonangebender Kreise in führenden westlichen Ländern ein rasanter Antikommunismus das beste Mittel war, Westdeutschland wieder Stimme und Rat in der sogenannten „freien Welt“ zu verschaffen. So drängte sich die Bundesrepublik, bzw. ihre Führung, von Anfang

an in die Rolle eines „Bollwerks gegen den Bolschewismus“. Darin fanden viele Millionen verbohrter oder irregeleiteter Deutscher die ersehnte „historische Kontinuität“. Die Rolle als Verteidiger des Abendlandes hatte sich seit Hitlers Tagen in diesem Punkt nicht geändert, und es ist weiter kein Wunder, daß mit der Zeit Persönlichkeiten, die sich diese Aufgabe schon zu Hitlers Zeiten gesetzt hatten oder gefallen ließen, zu wohlbestallten Weiterführern oder Spielern dieser Rolle wurden, ja, daß auch die Methoden des Vorgehens gegen „subversive Elemente“ ebenso wie der Wortschatz, mit dem diese Rolle gespielt wird, an die Hitlerjahre erinnern. Als die KPD verboten wurde, wagten sich diese Erscheinungen noch nicht so deutlich ans Tageslicht wie heute. Das Verbot der Kommunistischen Partei war ein wichtiger Schritt zu diesem Heute. Die damals von Kommunisten ausgesprochenen Prophezeiungen über die Entwicklung der herrschenden Klasse in Westdeutschland haben sich ebenso bewahrheitet wie jene Vorhersage, daß gerade Kommunisten eines Tages das Grundgesetz der Bundesrepublik verteidigen würden. Sie tun es in diesem Programmentwurf.

Ich begrüße den Programmentwurf der KPD nicht nur als Zeugnis, daß sich in Deutschland ebenso wie in Spanien, Portugal und Griechenland, den einzigen anderen Ländern Europas, deren Kommunistische Parteien ebenfalls verboten sind (entlarvende Nachbarschaft!), überzeugte Antifaschisten einem ungerechten Verbot nicht fügen, sondern auch als wichtigen Schritt im Kampf gegen die furchtbare Entwicklung, die die heute in Westdeutschland Herrschenden ihrem Land bewußt oder unbewußt bereiten zu wollen scheinen. Denn dieser Programmentwurf der KPD zeigt nicht nur Absatz um Absatz, daß seine Gedanken mit dem Grundgesetz durchaus übereinstimmen und von einem Geist viel echterer Demokratie erfüllt sind als die kaum noch formaldemokratischen Argumente der in der Bundesrepublik herrschenden Kommunistengegner; er entlarvt auch in vielen Hinweisen und Argumenten die bedrohliche Wirklichkeit der heutigen Bundesrepublik und macht ernstzunehmende Besserungsvorschläge<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> In der westdeutschen Presse wurde über mich die Behauptung verbreitet, nach meiner Meinung sei die Lage in der Bundesrepublik heute schlimmer als zur Zeit Hitlers, mein Urteilsvermögen sei durch meine „emotionelle Reaktion auf den Krieg in Vietnam getrübt“. Diese Behauptungen, die zur Unterminierung meiner Glaubhaftigkeit dienen könnten und in der Folge tatsächlich zu diesem Zweck benutzt wurden, sind von Richard O'Rorke, Leiter des Deutschen Dienstes der BBC, in die Welt gesetzt worden. Ich erwiederte darauf in *The Listener* (Textzeitschrift der BBC, 8. 2. 1968) unter anderem folgendes: „Richard O'Rorke (*Listener*, 1. Februar) berichtet von einem Gespräch (nicht am Mikrophon, scheinbar privat, daher auch nicht protokolliert), in dem ich ihm zu erklären versuchte, warum ich an seinem deutschsprachigen „Programm für die Sowjetzone“ nicht mehr mitarbeiten will. Die mir von Mr. O'Rorke zugeschriebene Meinung, die Lage in der Bundesrepublik sei heute ärger als unter Hitler, habe ich nie gehegt und nie geäußert. In Wirklichkeit zitierte ich Dr. Martin Niemöller, bekannte Warnung vor verderblichen Bewußtseinszuständen, die sich heute in der Bundesrepublik vorbereiten und wohl noch ärger werden können als unter Hitler. Dr. Niemöller meinte damit meinen Wissens, daß die neue Bewußtseinsformierung (durch Antikommunismus usw.) weniger offensichtlich irrsinnig, gleichzeitig gründlicher und feiner verzahnt und deshalb erfolgreicher sei als die Lehrmeinung, die Hitler zu verbreiten versudite.“

Im nächsten *Listener* (15. 2. 1968) nahm dann O'Rorke seine unsinnigen Behauptungen teilweise zurück, aber nur unvollständig. Zum Beispiel legt er die Behauptung die Lage in Westdeutschland sei jetzt schlimmer als zur Zeit Hitlers, nun nicht mehr mir, sondern — ebenso falschlich — Dr. Niemöller zur Last. Auch sein Versprechen im *Listener* (Ich werde natürlich dafür sorgen, daß eine gebührende Richtigstellung in unseren Sendungen nach Ostdeutschland gebracht wird) hat O'Rorke trotz meiner Aufruforderungen nur höchst unzulänglich erfüllt. Dies alles erwähne ich hier, weil weder der KPD, noch irgendeiner anderen Sache in der Bundesrepublik durch die Zustimmung eines Menschen gedient wäre, der auf Glaubwürdigkeit so wenig Anspruch hätte, wie ich hätte, wenn O'Rorokes Behauptungen nicht falsch wären.

Der neue Programmentwurf der KPD ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen das ungerechte und für das politische Klima der Bundesrepublik verhängnisvolle Verbot der Kommunistischen Partei. Zugleich wirkt er aber auch dem Vergiftungsprozeß entgegen, der sich durch das KPD-Verbot in konzentrischen Kreisen über die ganze Bundesrepublik ausbreitete und eine Reihe von Haltungen der außerparlamentarischen Opposition, der Kriegsdienstverweigerer, der Gegnerschaft gegen den Kalten Krieg, der vernünftigen Forderung nach Anerkennung der DDR und des Kampfes gegen faschistische Restaurationstendenzen in den Geruch der Illegalität und des Hochverrats brachte. Da der neue Programmentwurf überaus deutlich zeigt, daß die KPD auf dem Boden des Grundgesetzes steht (weit mehr als die Spitzenpolitiker der Großen Koalition, die das Grundgesetz verderben wollen!), daß daher das Verbot der KPD *auch nach der Verfassung* einen Rechtsbruch darstellt, hilft schon dieser Nachweis bei der Bekämpfung des Verleumdungs- und Einschüchterungsklimas, das im Gefolge des KPD-Verbots entstanden ist, aber keineswegs nur Kommunisten betroffen hat. Besonders kann die KPD durch den Kampf gegen dieses Verleumdungs- und Einschüchterungsklima der gesamten außerparlamentarischen Opposition helfen, ungeachtet aller einzelnen ideologischen Meinungsverschiedenheiten. Eine solche Hilfe finde ich dringend nötig, und sie ist ein weiterer Grund, den Programmentwurf lebhaft zu begrüßen. Denn auch die Hetze gegen die außerparlamentarische Opposition konnte in der Bundesrepublik ihr derzeitiges Ausmaß nur dadurch erreichen, daß die Herrschenden sich — bewußt oder unbewußt — das Erbe der Hitlerzeit zunutze machen. Auch in bürgerlichen Demokratien imperialistischer Länder wie England oder Amerika, deren demokratische Traditionen (und Traditionen der Arbeiterbewegung) aber trotz aller Korrumperung doch nie so brutal unterbrochen wurden wie auf deutschem Boden durch die Hitlerei, gibt es eine außerparlamentarische Opposition. So wenig die, gegen welche diese Opposition sich jeweils richtet, über Bestehen und Aktionen einer solchen Opposition erfreut sind, so können sie es doch nicht annähernd in dem Maß wie in der Bundesrepublik wagen, die außerparlamentarische Opposition etwa als ‚Verbrecher‘ zu bezeichnen, wie es im Bundestag geschehen ist, und Notstandsgesetze gegen sie einzubringen.

Die Unterbrechung der demokratischen Traditionen und der Traditionen der Arbeiterbewegung durch die Hitlerei und die darauf folgende Kombination von Kaltem Krieg und *scheinbar* dauerhafter Aufbaukonjunktur machte es aber nicht nur Reaktionären möglich, zu tun, als seien Petitionen, Demonstrationen, politische Streiks und Aktionsgemeinschaften der Linken undemokatisch oder verfassungswidrig (wobei sich die Demokratieauffassung der Herrschenden von der bürgerlichen Demokratiedefinition eines Abraham Lincoln *government of the people, by the people, for the people* bis zur Unkenntlichkeit entfernt hat, so daß heute offenbar vor allem die entschiedene Linke zu Erben dieser Definition geworden ist!). Nein, die Unterbrechung der fortschrittlichen Traditionen und

Kampferfahrungen wirkt leider auch innerhalb der ehrlichen, tapferen aber besonders in praktischen Dingen oft unerfahrenen Linken in der heutigen Bundesrepublik nach, wenn etwa aufgrund sekterierischer, puristischer oder elitärer Gedankengänge linke Studenten oder Schüler zuweilen glauben, auf Bündnispartner oder auf innerhalb der bestehenden Verhältnisse erreichbare Plattformen verzichten zu müssen, um nicht in Reformismus zu verfallen und integriert zu werden. Natürlich darf man sich weder integrieren lassen noch in Reformismus verfallen, aber auch hier ist sowohl der Programmentwurf wie die Haltung der KPD potentiell von großer Bedeutung, weil gerade die KPD in langer Erfahrung sich mit dem Ineinander und Füreinander parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeitsmethoden und Aktionsmethoden bei gleichzeitigem Kampf gegen Reformismus befaßt hat. Es wird wichtig sein, die antikommunistische Verhetzung nicht nur unter den „unpolitischen“ manipulierten Konsumenten und „Gemäßigten“ zu bekämpfen, sondern auch auf der Linken; dort, wo sie oft sogar nicht bewußt wird, sich aber in allzu raschem Naserümpfen und in verallgemeinerndem Abtun äußert. Auch hierzu leistet der neue Programmentwurf inhaltliche Beiträge, obwohl ich der Meinung bin, daß gerade hier Raum für genaueres Eingehen auf Einzelheiten, besonders auf sogenannte heikle Fragen, wäre.

Da die Fehler und Deformationen der Stalinzeit auch heute noch, trotz vielfältiger Entwicklungen, die seither zu verzeihen sind, zum wichtigsten Propagandamaterial des Antikommunismus zählen, glaube ich, daß eine genauere Auseinandersetzung mit diesen Fragen im neuen Programmentwurf, der ja zum Teil historische Rückblicke und Hinweise auf die Sowjetunion enthält, sowohl inhaltlich wie auch propagandistisch nützlich sein könnte.

Ebenso glaube ich, daß eine etwas eingehendere Auseinandersetzung mit den Problemen von Studenten und Schülern, sowie mit heute weitverbreiteten Irrtümern und Fehleinstellungen in Teilen der Bevölkerung, die aufgrund ihrer Klasseninteressen keineswegs Reserven der Reaktion sein müßten, nur von Nutzen sein könnte.

Schließlich meine ich auch, daß in Anbetracht der weitverbreiteten Unkenntnis im neuen Programm der KPD Raum für eine Darstellung der Parteistatuten und der Parteistruktur gefunden werden könnte.

Derartige Einwände oder Vorschläge sollen aber meine Begrüßung des Programmentwurfs der KPD im wesentlichen keineswegs mindern. Ich bin mir auch bewußt, daß es für einen, der aus dem Ausland schreibt und selbst keiner Partei angehört, nicht immer möglich ist, alle Formulierungen und das, was zu ihnen geführt hat, nicht nur qualitativ sondern auch quantitativ richtig zu beurteilen. Ich hätte deshalb zu diesen Fragen nicht öffentlich Stellung genommen, wenn ich nicht dazu aufgefordert worden wäre. Dieser Aufforderung freilich komme ich um so lieber nach, weil ich glaube, daß es bei solcher Stellungnahme, wie ich sie hier zu formulieren versucht habe, nicht auf die Festlegung der geringfügigsten

Einzelheiten ankommt. Eine Kommunistische Partei ist, wie der große englische Kommunist William Gallacher gesagt hat „no a monument but a movement“, kein Denkmal sondern eine Bewegung! In keiner Bewegung kann alles vollkommen und vollendet sein, aber wer sich dadurch von aller Zustimmung, von jeder Solidaritätsäußerung abhalten läßt, der huldigt einem falschen Perfektionismus und leistet unter Umständen einer gefährlichen politischen Sterilität Vorschub oder rechtfertigt das Nichtstun. Um sich mit einer Entwicklung solidarisch zu fühlen und sie zu begrüßen, muß man nicht zuerst jede letzte Einzelheit ausformuliert haben, sondern vor allem die Maxime des Wollens und das Wesentliche der vorgeschlagenen Maßnahmen bejahen. In diesem Sinn begrüße ich den neuen Programmentwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Jakob Mader  
Aktion und politische Strategie

I.

Die gegenwärtigen politischen Bewegungen machen uns zu Zeugen weitreichender historischer Entscheidungen. Gesetze der historischen Dialektik sind gleichsam aufgedeckt und greifbar geworden. Die Generationen des 21. Jahrhunderts werden es in der Beurteilung der gegenwärtigen Prozesse einfacher haben als wir. Ihnen wird das ganze Material unserer Zeit zur Verfügung stehen, von dem wir nur ein Teil sind. Sie werden genauer erkennen, was von unseren Entscheidungen richtig oder falsch, notwendig oder vermeidbar war. Wir können uns lediglich an der Theorie und Praxis messen, die sich heute bewährt und das Morgen ermöglicht.

Wir wissen zwar, daß die sozialistische Weltbewegung die bestimmende Kraft der Geschichte unseres Jahrhunderts ist. Wir können auch beweisen, daß die Welt objektiv reif ist für eine sozialistische Weltgesellschaft, weil die sozialistischen Länder der historischen Entwicklung das entscheidende Gewicht geben, in den Ländern des Imperialismus die objektiven, materiellen Bedingungen für den Sozialismus herangereift sind und die Länder der dritten Welt für das Wohl und die Befreiung ihrer Völker den Sozialismus, nicht aber den Kapitalismus wählen müssen. Wir können aber nicht übersehen, daß die sozialistische Veränderung mit verschiedenartigen subjektiven Widerständen zu rechnen und die organisierte, internationale Reaktion zu überwinden hat. Die internationale Konterrevolution, bis an die Zähne bewaffnet und zu jeglicher Barbarei bereit, wird weder freiwillig abtreten noch durch überstürzte Aktionsprogramme revolutionär gesinner Minderheiten zu verjagen sein.

Die globalen Auseinandersetzungen mit den ökonomischen, politischen und militärischen Manövern des Imperialismus widerspiegeln sich auch innerhalb der sozialistischen Bewegung. Hier werden erneut Fragen in der Praxis gestellt, die für viele Marxisten theoretisch und historisch als längst geklärt galten. Die historische Aufklärung allein kann die Erfahrung in der Praxis von heute nichtersetzen. Wir wären jedoch leichtfertig, wenn wir die Lehren aus Kämpfen der Vergangenheit in den Wind schlugen. Das gilt vor allem für die studentische Bewegung.

Für die sozialistische Weltbewegung ist eines gewiß: alte Auseinandersetzungen über doktrinäre und reformistische Tendenzen treten in neuen Formen auf, und es wird eine vorrangige Aufgabe der marxistischen Analyse sein, aktuelle Fehlleitungen sozialistischer Strategie und Taktik bloßzulegen. Widersprüche heute herunterzuspielen, hieße nur, daß sie morgen in potenziertter Form hochschnellen, zu schmerzlichen Korrekturen oder gar Niederlagen führen könnten.

Der spezifisch nationale Weg zum Sozialismus widerspricht nicht dem Geist des Internationalismus. Aber unter dem Anspruch des nationalen Weges zum Sozialismus können sich auch nationalistische Tendenzen verbergen. Die Sozialisten aller Länder können gar nicht umhin, den eigenen Weg der revolutionären gesellschaftlichen Veränderung zu gehen, sollten jedoch niemals die realen, nationalen und internationalen Machtverhältnisse aus dem Auge verlieren. Diese Binsenwahrheit kann nicht oft genug wiederholt werden. Was bedeutet das für uns? Wir müssen dem Anspruch eines beliebigen Landes, es demonstrieren den vorbildlichen Weg zum Sozialismus, skeptisch und kritisch begegnen. Dies gilt für vergangene, gegenwärtige und zukünftige Ansprüche. Wir erfüllen die Forderungen des Internationalismus nur dann, wenn wir die soziale Frage unserer Nation lösen. Für uns kann es nur den westdeutschen Weg zum Sozialismus geben, den wir von niemanden entlehnen und den wir auf niemanden übertragen wollen. Auch die DDR ist nicht Modell für die BRD. Allerdings ist es in Anbetracht des wachsenden Neofaschismus in Westdeutschland klarer denn je, daß der erste deutsche sozialistische Staat mit all seinen Mängeln und denkbar schwer errungenen Erfolgen für die Westdeutschen von entscheidender Bedeutung ist. Das wissen die reaktionären Kräfte der Bundesrepublik leider viel besser einzuschätzen als viele Demokraten und Sozialisten unseres Landes. Allein die ideologischen Manöver und finanziellen Kosten zur Bekämpfung der DDR sprechen dafür. Wer unter diesen Bedingungen im Kampf um Leben und Tod des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden die kritische Potenz auf dessen Probleme orientiert, in der Hoffnung, er müsse jetzt vor allem dazu beitragen, daß das Modell der DDR vor allen weiteren Diskussionen für uns akzeptabel werde und beispielsweise jetzt den Kampf gegen Bürokratismus als unsere wichtigste Aufgabe ansieht, der entfernt sich unversehens von der westdeutschen Realität. Das ist unter anderem ablesbar an konkreten Aktionen, die sich aus ultralinken Positionen mit ebensoviel revolutionärem Engagement wie Kindereien entwickelten. Freilich mag dann und wann das eine oder andere Land für die persönliche Entwicklung eines westdeutschen Sozialisten gewichtig sein, zumal das Klassenbewußtsein in der westdeutschen Arbeiterbewegung noch schwach entfaltet ist. Für Enzensberger mag deshalb die Arbeit in Cuba ein nützlicher Urlaub von der deutschen Frage gewesen sein, ebenso wie für viele Genossen des SDS die „Kulturrevolution“ in China ein Moment der Politisierung war. All dies mag für die persönliche Entwicklung zum Sozialismus eine Rolle spielen. Aber je mehr wir in Kategorien anderer Modelle denken, je mehr wir intellektuell

emigrieren, desto weniger nützen wir dem Fortschritt anderer Länder, am wenigstens denen, die unsere romantischen Sehnsüchte zu befriedigen scheinen. Denn noch beherrscht ein mächtiger Gegner des Fortschritts unser Land, ein Gegner, der zwar mit wenig intellektueller Kraft, aber mit um so mehr ideologischem Geschick die Bevölkerung unseres Landes im Griff hat. Es kann nur unsere Aufgabe sein, mit der Mehrheit der Bevölkerung die sozialen und kulturellen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu verändern, die Reaktion und den Neofaschismus ein für alle Mal zu verjagen, damit unser Land zu einem fortschritten und friedlichen Land werde.

Die Reaktion zu entlarven und zu provozieren nützt nur mit den Mitteln, die schließlich Millionen Menschen dazu bringen, den wahren Charakter der Reaktion einzusehen und sich dann für die notwendige politische Alternative einzusetzen. Und es sei nochmals gesagt, daß wir dabei aus positiven und negativen Erfahrungen aller sozialistischen Länder lernen sollen, allerdings von unserem eigenen politischen Standort aus, nicht durch die abstrakte Übertragung fremder Verhältnisse und Erfahrung auf die unseren. Das setzt eine realistische Beurteilung der Kräfte unseres Gegners und der eigenen Kräfte voraus.

## II.

Die Bundesrepublik steht an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Ihre restaurative Phase ist abgeschlossen. Jene Kräfte, die zwei Weltkriege verschuldeten, haben sich fest etabliert und bereiten sich vor, die letzten Reste der bürgerlichen Demokratie abzuschaffen. Die Tendenzen zur Großmachtpolitik mit allen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln sind unverkennbar. Die bisherigen politischen Möglichkeiten genügen der wirtschaftlichen Potenz nicht mehr: das Großkapital braucht neue Räume der Expansion. Diese Tendenzen führen notwendig zu einer offensiven imperialistischen Politik. Dies bleibt vielen Menschen noch unklar, vor allem deshalb, weil sich der westdeutsche Imperialismus durch ein pseudo-freiheitliches Vokabular tarnt. Das Bündnis mit allen reaktionären und faschistischen Regierungen der Welt, die moralische und wirtschaftliche Unterstützung des Völkermords der amerikanischen Regierung in Vietnam und der Militärdiktatur in Griechenland sind Symptome für eine Haltung, die auch vor brutalsten autoritären Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückshrecken wird. Einen kleinen Vorgeschmack bot bereits das Vorgehen der Polizeikräfte in West-Berlin und westdeutschen Städten gegen jugendliche Demonstranten. Die Etappe von der Ermordung Benno Ohnesorgs bis zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke manifestierte wesentliche Faktoren eines paramilitärischen Polizeistaates. Am Beispiel des Springerschen Pressemonopols wurde gleichzeitig das offene Bündnis der gesamten Staatsmaschine mit den Profit- und Machtinteressen der Monopole offenkundig. Wir sollten uns

jedoch nicht bei den Polizeiaktionen aufhalten, die lediglich Folgen der herrschenden Politik darstellen. Uns interessiert, wie der erfolgreiche Abschluß der restaurativen Phase überhaupt gelingen konnte. Es gilt zu untersuchen, ob dies eine notwendige historische Entwicklung darstellt.

Vor Abschluß der Großen Koalition formulierten die Presseorgane der Großbourgeoisie die Formierungsmaßnahmen der Regierung: die Konstitution der zumindest theoretisch am Grundgesetz und den Länderverfassungen orientierten Gesellschaft sollte ihren gegenwärtigen und zukünftigen Interessen angepaßt werden. Die Innen- und Außenpolitik der Adenauer-Erhard-Ära war abgewirtschaftet. Die Chance, die Macht der restaurativen Kräfte wirksam einzuschränken, war gegeben. Doch die Führer der SPD entschieden sich dafür, scheinbare Zugeständnisse für Reformen von Seiten der herrschenden Kreise für eine Remobilisierung der abgewirtschafteten Politik einzuhandeln. Die CDU/CSU war am Ende und die SPD-Führer verhalfen ihr zu einem neuen Anfang. Die SPD war damit in die dritte Phase des Reformismus eingetreten: ihre Führung überführte sie als „Volkspartei“ in das Lager des Imperialismus, und zwar vor aller Öffentlichkeit. Man denke nur an die Äußerungen führender Sozialdemokraten über das „amerikanische Engagement in Vietnam“. Beim Eintritt in die Große Koalition handelten die SPD-Führer noch nach der Devise: „Wir können keine kranke CDU/CSU gebrauchen.“ Schon nach einem Jahr war der Kranke gesund und Kiesinger ließ erkennen, daß er „keine kranke SPD gebrauchen“ könne. Denn die Maßnahmen der Großen Koalition dienten der Stabilisierung der Gewinne und Machtpositionen der Monopole und mußten notwendigerweise im Jahr einer zyklischen Krise zu Lasten der werktätigen Massen gehen — durch verschärfte Rationalisierung, Kürzung der Effektivlöhne, Kurzarbeit und Entlassungen. Die Antwort der Betroffenen kam rascher als vermutet. Die traditionellen Wähler der SPD reagierten mit der Ohnmacht jahrelang angestauter Zerknirschung und Wut: ein Jahr nach der Großen Koalition gaben sie ihre ersten Proteststimmen ab. Bei den Bremer Bürgerschaftswahlen verlor die SPD im ganzen 9,5 Prozent Stimmen — in Arbeitervierteln 30 Prozent, davon die meisten direkt an die NPD. Ähnliche Resultate zeigten sich bei den Wahlen in Hamm, Bünna und noch drastischere Resultate in Baden-Württemberg.

Der Verschleiß der SPD war selbst für die herrschenden Kräfte zu rapid. Besorgt stellte man fest, daß die SPD nicht mehr als Auffangbecken unzufriedener Arbeitersassen genügte. In der Presse der Monopole erschienen immer mehr wohlwollende Artikel über die NPD. CDU-Minister Heck sprach von „wertvollen Kräften bei der NPD“. Nach dem Attentat auf Dutschke durch einen militärischen Antikommunisten und Sonntagsmaler von Hitlerporträts warnte Kiesinger vor einer Verurteilung der NPD. Während der außerparlamentarischen Opposition drakonische Maßnahmen angekündigt wurden, lehnten Regierungssprecher ein Verbot der NPD ab, diskutierten ein Verbot des SDS und meinten, wie Innenminister Benda in einem Interview vom 11. 4. 68, gegen die

NPD helfe nur „eine klare Politik“. Diese Politik kommt offensichtlich in einer zunehmenden Anpassung an den Rechtsradikalismus zum Ausdruck. Die Tendenz für eine Koalition der CDU/CSU mit der NPD wurde erkennbar. Auch die neofaschistischen Strömungen bei der CDU/CSU traten immer deutlicher hervor: das von Adenauer getaufte und von Gerstenmaier bis heute protegierte Bündnis konservativer und faschistischer Kräfte bei der Deutschlandstiftung und die Reaktionen in CDU/CSU-Kreisen auf die Studentenunruhen an Ostern manifestieren die ganze Breite der neofaschistischen Entwicklung. Das Bestreben, den Neofaschismus von rechts zu unterlaufen, reicht bis in liberale und sozialdemokratische Kreise hinein. Der Neofaschismus gehört bereits zum Establishment. Auch die liberale bürgerliche Presse bagatellisiert den Neofaschismus. So stellte diese Presse nicht heraus, daß der Parteitag der NPD in Hannover bereits unter dem vollen Schutz der Polizei abgehalten werden konnte, und dies auf Anweisung eines sozialdemokratischen Innenministers, nachdem noch der Nürnberger Parteitag der NPD durch den öffentlichen Druck demokratischer Kräfte verhindert werden konnte. Praktisch totgeschwiegen wurden die NPD-Erfolge bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet. Es ist heute unübersehbar, daß die NPD die innen- und außenpolitischen Ziele der CDU/CSU am konsequentesten vertritt, auch wenn dies konservativen Restgruppen und dem sogenannten Arbeitnehmerflügel Katzers zuwiderläuft. Für die herrschenden Kräfte stellt die NPD die Reservepartei für unzufriedene Massen und zwar dort, wo die SPD keine Massenbasis mehr bietet oder aber der Druck innerhalb der SPD so groß wird, daß eine gemeinsame Politik mit der CDU/CSU in Frage gestellt wäre. Sowohl der sozialdemokratischen Führung als auch den oppositionellen Kräften in der SPD konnte diese Entwicklung nicht verborgen bleiben, daß nämlich die gemeinsame Politik mit der CDU/CSU gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet sein und den sozialdemagogischen Neofaschismus fördern mußte. Diese Konsequenz wurde beim Nürnberger Parteitag der SPD mitnichten diskutiert. Zwar stellte die linke Opposition bei der SPD in Nürnberg einen neuen Faktor dar, aber über ein retrospektives Unbehagen an der Großen Koalition kam sie nicht hinaus. Verbale Zugeständnisse in einigen außenpolitischen Fragen und die halbherzige Unterstützung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung können nicht darüber hinweg täuschen, daß von der linken Opposition in der SPD keine konkrete Frage nach einer zukünftigen politischen Alternative gestellt wurde. Geradezu fatal mutet die in Gesprächen geäußerte Hoffnung linker Sozialdemokraten auf eine Niederlage beim Wahlkampf 1969 an, fatal, weil diese Niederlage nur der NPD und CDU/CSU zugutekommen kann. Dem entspricht auch die angstvolle Suche nach einem Alibi bei spontanen, gegen die SPD gerichteten Aktionen jugendlicher Gruppen. So berechtigt der Einwand ist, daß die aus Ohnmacht geborenen Aktionen Jugendlicher vor der Meistersingerhalle, dem Tagungsort des SPD-Parteitags, für die fortschrittlichen Delegierten eine Belastungsprobe darstellten, so unsinnig bleibt hier die Suche nach einem

Alibi für den Mißerfolg. Dies kommt letzten Endes einer Bestätigung der eigenen Schwäche gleich. Außerdem griff keiner der linken Sozialdemokraten die Ablenkungsmanöver der Koalitionspartner nach dem SPD-Parteitag von den nun überstürzt forcierten Notstandsplänen der Regierung auf, um im Bündnis mit der ganzen Notstandsopposition die zweite Lesung dieser Gesetzesmaschine zu verhindern. Im Gegenteil: sie erwiesen sich relativ machtlos gegenüber dem massiven Druck der SPD-Führung, die Notstandsopposition zu spalten. Alles in allem kann es keinen Zweifel darüber geben, daß der Verschleiß der SPD weiterhin fortschreitet. Mit dem „grünen Licht“ für die Notstandsverfassung hat die SPD-Führung den Schritt von Noske zu Wehner verbrieft. Sie trägt damit den größten Teil der Verantwortung für eine Politik gegen die arbeitenden Massen, denn sie hätte mit dem traditionellen Reformismus wenigstens eine demokratische Alternative anbieten können. Der Eintritt in die Große Koalition stellte somit die notwendige Konsequenz vom traditionellen Reformismus zur Reformpartei der Großbourgeoisie dar.

Die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder steht damit objektiv im Widerspruch zur Politik der SPD-Führung, da jene Mitglieder nach wie vor sehr stark in der Arbeiterschaft verwurzelt sind. Der Widerspruch zur Politik der SPD-Führung wird sich vor allem in einer Verschärfung der Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften auswirken. Denn die herrschenden Kräfte müssen den Einfluß der SPD auf die Arbeiterschaft in ihr Konzept insofern noch einbeziehen, als die Gewerkschaften als ein Integrationsinstrument für die Stabilisierung der Monopolinteressen mitvorgesehen sind. Notwendigerweise ruft dies jedoch einen Bruch zwischen den auf Autonomie bedachten Gewerkschaften und der SPD-Bürokratie hervor. Die herrschenden Kräfte werden diesen Bruch zu ihren Gunsten ausnutzen. Die Antwort der außerparlamentarischen Kräfte muß die Aktionseinheit mit der Masse der enttäuschten Sozialdemokraten sein. Eine Vertiefung der SPD ist ebenso unsinnig wie die Illusion linker Sozialdemokraten, sie könnten ihre Partei allein durch Ausnutzung kommender Wahlniederlagen redemokratisieren und durch den Eintritt frischer Kräfte von links stärken.

Die Duldung und Förderung des organisierten Neofaschismus auf der einen Seite und die Benutzung der SPD als Herrschaftsinstrument auf der anderen Seite stellen die beiden Hauptkomponenten in der Strategie und Taktik der herrschenden Klasse dar. Für ihre Nahziele spielt die SPD nach wie vor eine entscheidende Rolle. Dafür sprechen die Besetzung ideologisch wichtiger Ministerien durch Sozialdemokraten, wie das Wirtschafts- und Außenministerium und das Gesamtdeutsche Ministerium. Altnazi Kiesinger ist noch geschmeidig genug, um den Ausgleich zwischen der CDU-harten und der SPD-weichen Welle in Innen- und Außenpolitik zu formulieren. Kiesingers Rede „Zur Lage der Nation“ läßt dies erkennen.

Diese Rede faßt zusammen, daß die Herrschenden nicht einem „Kartell der Angst“ gehorchen, sondern dazu entschlossen sind, ihre Herrschaft mit allen Mit-

teln zu stabilisieren. Die Rede „Zur Lage der Nation“ war der Anspruch der herrschenden Klasse auf die Nation. Nach wie vor bleibt der Anspruch auf die Alleinvertretung aller Deutschen. Das Ziel, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren, wird aufrechterhalten. Die territorialen Forderungen sind in der „neuen Ostpolitik“ verkleidet, die, von dem Sozialdemokraten Brandt vorgetragen, mit einer Politik für Kontakte ohne Anerkennung der Grenzen eine optisch günstige Wirkung erzielt. Mit der „neuen Ostpolitik“ hat man sich, im Gegensatz zu der Ostpolitik aus der Zeit des Kalten Krieges, lediglich auf längere Fristen der Grenzrevisionen eingestellt, ohne indessen einen schnellen Wechsel der Verhältnisse auszuschließen. Die verstärkte Offensive gegen die DDR stützt sich auch auf eine liberale antistalinistische Haltung und versucht kommunistische Parteien zu benutzen, die wohlwollende Ansätze gegenüber der Außenpolitik eines Sozialdemokraten zeigen.

Auch bei allem persönlich guten Willen zur Verständigung, den Willy Brandt haben mag, sind die Positionen derer, die wirklich über die wirtschaftliche und politische Macht verfügen und alle außenpolitischen Vorstöße kontrollieren, nicht zu erkennen. Die Politik der Grenzrevisionen wird getragen von einer Stärkung der wirtschaftlichen und militärischen Potenz. Die Herrschenden der Bundesrepublik nutzen den Spielraum, den die relative Schwächung der USA durch den Krieg in Vietnam, die Positionsverluste des Dollars als Leitwährung und das globale Engagement eines Weltpolizisten bewirkt. Bezeichnend ist eine taktische Annäherung an de Gaulle, wodurch die eigene militärische Potenz gestärkt und freiere Hand innerhalb der NATO erreicht werden soll. Die Grenzen dafür sind eng gesteckt und die BRD bleibt nach wie vor der engste Komplize des amerikanischen Imperialismus. Welche beherrschende Rolle die Bundesrepublik für die Machtzufluss des europäischen Faschismus einnimmt, zeigen die engen militärischen Kontakte mit Griechenland, Spanien und Portugal.

Die Perfektion machtpolitischer Techniken der deutschen Großbourgeoisie ist historisch verbürgt. Sie geht einher mit den Traditionen des strategischen Größenwahns. So hält Generalleutnant Karl-Wilhelm Thilo „einen begrenzten Krieg in Europa, in der Art wie er in Vietnam geführt wird, . . . nicht für unvorstellbar“ (SZ vom 22. 3. 68). Dem entspricht eine ideologische Strategie, die den Raum, in dem westdeutsche Machtpolitik wirken soll, näher kennzeichnet. Bertold Martin, Vorsitzender des kulturpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU, schreibt: „Den Verkehr mit den Intellektuellen unterschätzen wir keineswegs. Im Gegenteil. Alle Bewegungen im Ostblock gehen von den Intellektuellen aus, ob das der Oktober in Warschau war, ob das Prag ist — immer haben wir dasselbe Gefälle von Intellektuellen, von Professoren, Literaten, Künstlern, Museumsdirektoren abwärts. Sie sind diejenigen, welche die Entwürfe liefern, die schließlich auch zu politischen Veränderungen führen werden . . . Es geht im ganzen darum, ein vertrauensvolles Verhältnis mit unseren Nachbarn, mit denen wir lange zusammengelebt haben, wiederzufinden. Es geht um die Frage einer

Neuordnung in Europa.“ (Aus „Politik“, Vierteljahreszeitschrift des Unteilbaren Deutschland, 4/67, Neue Politische Akzente.)

Die Komponente des Größenwahns in der imperialistischen deutschen Politik — siehe F. J. Strauß’ „Entwurf für Europa“ und Guttenbergs „Wenn der Westen will“ — setzt die innere Stabilisierung des Landes voraus. Die expansive Außenpolitik erfüllt zwar auch die Funktion der nationalistischen Formierung im Inneren, aber vor allem muß jede Opposition unterdrückt werden, die jene Innen- und Außenpolitik in Frage stellt. Der Spielraum nach außen, der dem expandierenden westdeutschen Imperialismus zur Verfügung steht, ist durch die Existenz des sozialistischen Lagers begrenzt. Deshalb versucht er auch durch bilaterale Beziehungen mit einzelnen sozialistischen Ländern die DDR zu isolieren und sie sich schließlich einzuhüllen. In der gegenwärtigen Phase sind jedoch die wachsenden Widersprüche im Inneren zu regeln. Neben der Bewußtseinsmanipulation spielen dabei unmittelbare Disziplinierungsmaßnahmen — garantiert durch Notstandsgesetze — eine immer größere Rolle. Die Machtreserven der herrschenden Kräfte sind noch groß genug, um jede Hoffnung der oppositionellen Gruppen auf eine rasche Veränderung der Verhältnisse als illusorisch erscheinen zu lassen. Inwieweit innere Disziplinierungsmaßnahmen die internationale Isolierung der Bundesrepublik fördern und interne Rückwirkungen haben, kann hier nicht im einzelnen erörtert werden, weil es sich inzwischen gezeigt hat, daß es dem westdeutschen Imperialismus durch sozialdemokratische Unterhändler gelungen ist, Widersprüche innerhalb der sozialistischen Bewegung zu seinen Gunsten auszunutzen. Das verlangt verstärkte Anstrengungen der westdeutschen Opposition für die Konsolidierung des eigenen Lagers — gegen den Klassenfeind im Land.

Die Opposition sollte sorgfältig die Probleme analysieren, die den herrschenden Kräften in unserem Land selbst die größte Sorge bereiten. In der Sprache der Herrschenden heißt das: Wie verhindern wir, daß die Bundesrepublik zu einer drittrangigen Industrienation wird? Wie ist der Herausforderung des Sozialismus zu begegnen? Unter Beibehaltung der herrschenden Verhältnisse war der Tenor, den die großbürgerliche Presse in den vergangenen Monaten anschlug, folgerichtig: das Volk muß zum Opferstopp erzogen werden. „Wehe, wenn wir ein Volk von Konsumenten werden“, heißt die Parole der „Welt“. Die NPD beschreibt dies als „nationale Leistungsgemeinschaft“. Für den wissenschaftlichen und technischen Nachwuchs braucht man „Fachidioten“. Die Sorge der Herrschenden gilt aber der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Monopole, also der Profitstabilisierung um jeden Preis, nicht dem Wohl der Nation.

Die Widersprüche zwischen der technischen Weiterentwicklung der Produktionsmittel und den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen wird gerade in der Bundesrepublik zu schweren Klassenkämpfen führen. Durch die Automation werden Millionen von Arbeitskräften — bis hin zu bisher gutbezahlten Angestelltenberufen — ihren Beruf aufgeben müssen. Die Automation erfordert

jedoch eine höhere Qualifikation der Arbeitskräfte. Für diese Ausbildung ist die Bundesrepublik so gut wie gar nicht vorbereitet. Die bisherige Erfahrung lehrt, daß der Berufswechsel eine Verschlechterung des Sozialstatus mit sich bringt. 1959 gab es in der Bundesrepublik 94 Computer, im Januar 1968 waren es 3800, für das Jahr 1975 erwarten die Statistiker 11 500 Elektronengehirne. Der Konzentrationsprozeß, der damit verknüpft ist, schreitet unaufhaltsam voran. Spätestens in den nächsten zehn Jahren werden nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers André Philip 500 bis 600 internationale Großkonzerne zwei Drittel der gesamten Weltindustrieproduktion herstellen. Die von den Großkonzernen abhängigen Klein- und Mittelbetriebe werden nach und nach auf eine selbständige Investitions- und Lohnpolitik verzichten müssen, der Staat wird noch mehr als bisher die Interessen der Großkonzerne organisieren müssen — unter Zuhilfenahme von Reglementierungs- und Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber den werktätigen Massen.

### III.

Die Reaktion weiter Kreise der Bevölkerung auf die Politik der Herrschenden umfaßt Protestaktionen und Reformbewegungen in Einzelfragen bis hin zu Aktionen von Gruppen, die das System im Ganzen in Frage stellen. Jenen Gruppen kommt dabei besondere Bedeutung zu, da sich mit dem Bewußtsein der totalen Systemkritik der Anspruch auf Führung der Massen verbindet. Die größte öffentliche Resonanz erreichte die Bewegung der Studenten und Schüler, deren Motorik ohne Zweifel in der Aktivität des SDS kulminiert. Die Auseinandersetzungen innerhalb des SDS reichen in die verschiedenen Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition hinein, ein Umstand, den die Herrschenden mit Hilfe der SPD-Führung dazu benutzen, außer den Kommunisten nun auch den SDS als Sündenbock für eigene Versäumnisse abzustempeln. Die allgemeine Tendenz zu faschistischen Herrschaftsmethoden wird auch hier deutlich. Die grundsätzlich zu bejahenden Demonstrationen und Aktionen nach dem Attentat auf Dutschke gegen die Springer-Presse erfordern indessen einige Bemerkungen über die Strategie und Taktik der dominierenden Strömung im SDS. Wir können daran Stärke und Schwäche, Chancen und Gefahren der demokratischen und sozialistischen Bewegung unseres Landes ablesen. Es muß alles vermieden werden, was der Zersplitterung und Verengung der außerparlamentarischen Opposition Vorschub leistet.

Neue Methoden des politischen Kampfes — vom SDS in die außerparlamentarische Bewegung mit hineingetragen — haben ihr zweifellos Frische und Stoßkraft verliehen. Gleichzeitig ist eine Dogmatisierung solcher Methoden zu erkennen, die Sektierertum und die revolutionäre Phrase fördert. Ein warnendes Bei-

spiel dafür sind die doktrinären Auseinandersetzungen zum Thema Provokation als permanente politische Methode, zur Frage des Parlamentarismus, der Arbeiterbewegung und der politischen Rolle gesellschaftlicher Randgruppen. Dazu gehört auch die Unterscheidung zwischen „Traditionalisten“ und der „Neuen Linken“, die eine Ideologisierung von Meinungsverschiedenheiten im Bereich der politischen Analyse darstellt. All dies führt letzten Endes zur Bildung von Gruppen, die untereinander doktrinär kommunizieren, Resignation und eine Erschlaffung der Bewegung nach sich ziehen könnten. Auseinandersetzungen sind notwendig und werden nützlich sein, wenn sie eingedenk der historischen Erfahrungen dazu beitragen, für Gegenwart und Zukunft die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Wer es beispielsweise nur darauf abgesehen hat, das „Establishment“ zu provozieren, damit es sich selbst entlarve und die Massen zu spontanem Handeln ermutigte, geht der Machtfrage aus dem Weg und nützt letzten Endes den Provozierten. Denn die spontane Reaktion der Massen auf permanent eskalierte Provokationen schlägt letztlich der organisierten Reaktion zu Buche. Hier kann es auch keine leichtfertigen Experimente geben, da sie zu folgenschweren Fehlern führen. Wir befinden uns inmitten eines erbitterten Kampfes um die Macht der Mehrheit des Volkes gegen die Diktatur einer Minderheit und dieser Kampf wird über die soziale und nationale Existenz unseres Volkes bestimmen.

Abzulehnen ist der Anspruch jener Intellektueller und Studenten, die sich als außerhalb oder über den Gesetzmäßigkeiten des Systems stehend begreifen, auf die führende revolutionäre Kraft bei der gesellschaftlichen Veränderung. Ihre Rolle bei der Übermittlung von Klassenbewußtsein der werktätigen Massen ist begrenzt. Sie sind nicht die Avantgarde der Arbeiterklasse, sondern der Studentenschaft, die sie damit auf die Interessen der Arbeiterklasse hinführen und mitihelfen, daß die Arbeiterschaft sich die fortgeschrittene Wissenschaft zu eigen macht und mit ihrer Hilfe den Kampf der Arbeiterklasse leitet. Antiautoritäres Engagement mobilisiert zwar politisches Bewußtsein, aber die Unterscheidung in ein „antiautoritäres“ und „autoritäres“ Lager der Gesellschaft ist ein abstraktes Gesellschaftsmodell und vermittelt partiell falsches Bewußtsein. Genauer gesagt, sieht diese Unterscheidung davon ab, ob die Arbeiterklasse oder das Monopolkapital die Führung hat, also die notwendige historische Autorität, während autoritäres Verhalten Ausdruck der im einzelnen und allgemeinen zu bestimmenden Konfliktsituationen ist. Diese Unterscheidung beschreibt allenfalls Verhaltensweisen, nicht aber den objektiven gesellschaftlichen Inhalt. Dadurch gewinnt der Subjektivismus in der Aktion die Überhand. Ähnliches gilt für die Klassifizierung integrierter und nicht-integrierter Gruppen. Die Führungsgruppen des antiautoritären Lagers beurteilen aufgrund dieses Gesellschaftsmodells die Arbeiterbewegung als ein integriertes Element des Monopolkapitalismus. Die Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse hat heute kein revolutionäres Bewußtsein, so daß die subjektiven Bedingungen für den Sozialismus in der

Bundesrepublik nicht erfüllt sind. Sie unterliegt jedoch täglich den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, denn die objektiven Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und dem Monopolkapital bleiben bestehen, nehmen zu und bringen ständig Bewußtseinsveränderungen hervor. Demnach vermitteln die Vertreter des antiautoritären Lagers Klassenbewußtsein nicht von unten, sondern tragen ihre Anschauungen über den politischen Kampf von außen und oben in die Arbeiterschaft hinein. Dies vermag jedoch nur die Zersplitterung zu fördern und gestattet es dem Gegner, die oppositionellen Formationen voneinander zu isolieren und nacheinander zu schlagen.

Zweifellos ist die Mehrheit der Arbeiter, Bauern, Angestellten und Beamten im gegebenen System der Bundesrepublik „integriert“. Ihre Äußerungen der Unzufriedenheit, des Unbehagens und Protests bewegen sich im Rahmen des Systems. Der Charakter dieses Systems ist jedoch in seiner gegenwärtigen Phase genau zu bestimmen. Es handelt sich nicht um den Konkurrenzkapitalismus, in dem verschiedene Klassen ihre Kämpfe austragen, sondern um den Monopolkapitalismus, der mit konzentrierter Aktion, Lohnleitlinien, innerer Staatsreform, Notstandsgesetzen, Mehrheitswahlrecht usw. die Gesellschaft zu formieren versucht, damit der Reproduktionsprozeß im staatsmonopolistischen Kapitalismus „reibungslos“ funktioniere. Wer sich dagegenstellt, handelt außerhalb dieses Systems — etwa die Gewerkschaften, die sich in diese Formierung nicht einspannen lassen, obgleich zu diesem Zweck eine Handvoll sozialdemokratischer Führer in die Regierung berufen wurden. Freilich ist die Opposition der Gewerkschaften nicht homogen. Vor allem ist zu beachten, daß wir uns nicht in einer revolutionären, sondern reaktionären und konterrevolutionären Situation befinden. Die sozialistische und demokratische Opposition muß also vermeiden, abstrakt revolutionäre Positionen auf die von der Reaktion in Fesseln gehaltenen werktätigen Massen zu übertragen. Sie kann gar nicht umhin, von den subjektiv verschiedenen sozialen und politischen Positionen der Betroffenen auszugehen. Das Bewußtsein der Abhängigkeit, Manipulation und Unterdrückung der Mehrheit durch eine Minderheit muß etappenweise vermittelt werden, da die Disziplinierungsmaßnahmen der Herrschenden die Beherrschten auf verschiedene Weise und in verschiedenen Etappen erreichen. Das Bewußtsein der Betroffenen ist in ihrem Sein aufgehoben. Wer mit der Tür ins Haus fällt, wird hinausgeworfen. Revolutionäre Ungeduld treibt die Menschen der Reaktion scharenweise in die Arme. Geduldige Kleinarbeit ist erforderlich. Ohne dies kommt kein starkes Bündnis der Massen zustande. Außerdem muß die Aufklärung der Massen in unmittelbarer Verbindung mit der Erfahrung der Massen stehen. Die Versuche, die Auslieferung der Springer-Produkte zu behindern, waren ihrem Ansatz nach revolutionäre Aktionen. Die gesamte Staatsmaschine verbündete sich unverblümt mit der Springerschen Monopolpresse. Bürgerkriegähnliche Maßnahmen der herrschenden Kräfte gegen eine Minderheit wurden angeordnet, die Bevölkerung gegen die Studenten aufgehetzt. Diese Reaktionen waren zu er-

warten. Beim gegenwärtigen Bewußtseinsstand der Massen mußte man auch damit rechnen, daß sich jene provoziert fühlen mußten, was durch den tragischen Tod des Journalisten Frings und des Studenten Schreck noch verschärft wurde. Eine von den Herrschenden forcierte Kampagne zur Distanzierung von Gewalt lenkte von der Tatsache ab, daß die Politik der Herrschenden sowohl den Terror der Polizeikräfte als auch individuelle Gewaltanwendung einzelner Demonstranten hervorbrachte. Nicht zu übersehen waren hier die putschistischen Träumerien einzelner Leute, die mit individuellen Kraftakten gegen die geballte Reaktion vorgehen wollten. Derartige Tendenzen müssen auf das schärfste bekämpft werden, weil sie der Reaktion die Knüppel ins Haus liefern und ungerechtfertigte Opfer fordern. Massenverhaftungen und drakonische Abschreckungsurteile waren die Antwort der Herrschenden. Um die von der Reaktion bei der Bevölkerung betriebene Sympathiekampagne gegenüber Maßnahmen „für Ruhe und Ordnung“ zu durchbrechen, müssen an die Stelle direkter Aktionen gegenüber dem Springer-Konzern vorläufig langfristige Aufklärungskampagnen bei der Bevölkerung vorangetrieben werden.

Es ist unerlässlich, alle Aktionen danach auszurichten, ob sie die demokratische und sozialistische Bewegung verbreitern oder verengen werden. Der Slogan „Wir-sind-eine-kleine-radikale-Minderheit“ mobilisiert bestenfalls einige Tausend Studenten und Oberschüler, aber keine Massenbewegung. Für Arbeiter und andere abhängige Schichten ist ein solcher Slogan unbegreifbar und letztlich elitär.

Das von fortschrittlichen Studenten und Oberschülern angestrebte Bündnis mit der Arbeiterschaft scheiterte bisher u. a. an dem Umstand, daß diese gesellschaftliche Gruppe im ganzen in der betrieblichen Praxis auf der Seite der Unternehmer und nicht auf der Seite der Arbeiter stand. Unter anderem röhrt daher die Reaktion vieler Arbeiter, daß sie von den Studenten fordern, sie „sollen erst einmal etwas arbeiten, bevor sie auf die Straße gehen“. Für die sozialistischen Studenten stellt sich freilich die Frage der Klassenposition für die Arbeiter. Als Avantgarde der Studenten müssen sie jedoch vor allem die Interessenlage der Studentenschaft im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang herausarbeiten und die Gemeinsamkeit mit den Interessen der Arbeiter begründen, wie etwa die allgemeinen politischen Forderungen einer friedlichen Außenpolitik, der Demokratisierung der Gesellschaft im ganzen, einer Bildungsreform und der Revolutionierung der Bildungsmöglichkeiten, der Mitbestimmung in Betrieben und Universitäten als einer Kampfposition, die zur Selbstbestimmung führt. Um so mehr ist für die Studierenden, die zumeist aus bürgerlichen Familien kommen, genauso wie für die fortschrittliche Intelligenz im Bündnis mit Arbeitern ein Kriterium für die politische Glaubwürdigkeit, ob sie sich den Arbeitern verständlich machen. Die weitverbreitete Spezialsprache sozialistischer Studenten bleibt akademisches Stroh, wenn sie nicht die konkrete Situation der Arbeiter erreicht. Ein nützliches Modell für die gemeinsame politische Praxis bieten die in einigen

Städten gegründeten Aktionsräte von Arbeitern, Studenten und Schülern, in denen alle politischen Aktionen gemeinsam beraten und beschlossen werden. Die methodisch angelegten Provokationen hatten miterreicht, daß pseudoliberalen und verbaldemokratische Verhaltensweisen zur Selbstdarstellung gezwungen wurden. Wir stehen jedoch vor einer neuen Phase der Auseinandersetzungen. Die Provokation als permanente Methode wird letzten Endes nicht das Bewußtsein der Mehrheit mobilisieren, sondern dazu führen, daß es vom Neofaschismus organisiert wird. Die Mehrheit der Bevölkerung denkt in Kategorien einer politischen Alternative, die sie in der methodischen Provokation nicht erkennen kann.

Wir gehen bei diesen Überlegungen davon aus, daß im Zentrum des politischen Kampfes der demokratischen und sozialistischen Opposition das Bündnis verschiedener Gruppierungen stehen muß. Es widerspricht dem Charakter eines Bündnisses, daß die interne ideologische Problematik eines der Bündnispartner auf die Aktionsgemeinschaft übertragen wird. Dieses Bündnis kann sich nur konsolidieren, wenn einzelne Reformen der Gesellschaft angestrebt werden, nicht als Selbstzwecke, sondern als Demokratisierungsprozesse breiter Massen, die zur sozialistischen Gesellschaftsordnung führen. Seinem Wesen nach ist dieses Bündnis heute demokratisch, antimonopolistisch und antifaschistisch; weitergeführt wird es immer mehr sozialistischen Charakter mitnehmen. Die herrschenden Kräfte sind sich dessen bewußt und so benutzen sie alle Formen des Antikommunismus, um dieses Bündnis zu verhindern. Zur erfolgreichen Bekämpfung dieser Taktik müssen alle oppositionellen Kräfte die kurzfristigen Aktionen an der langfristigen Strategie orientieren und sich nicht durch die antikommunistischen Manöver des Gegners verwirren lassen.

Die Ideologie des Antikommunismus fährt heute auf zwei Gleisen: auf der einen Seite tendiert sie zum militanten Antikommunismus neofaschistischer Prägung, auf der anderen Seite manipuliert sie den „offenen Marxismus“ jener Kräfte, die, gewollt oder ungewollt, den Antikommunismus von links bedienen. Jener Antikommunismus ist subjektiv durchaus von demokratischen und sozialistischen Beweggründen getragen. Er greift die Deformationen der Stalinära auf, den Konservatismus und Bürokratismus in sozialistischen Ländern. Romantische Motive und wissenschaftliche Teilerkenntnisse vermengen sich in dieser Haltung. Die Grenzen von Opportunismus und sozialistischem Engagement sind hier schwer zu ziehen. Klar ist, daß die meinungsmachenden Apparate der herrschenden Kräfte jedoch äußerst geschickt jene antistalinistischen, antibürokratischen und humanistischen Sozialisten propagieren, die die kommunistischen Parteien von links angreifen. Man lobt hier den Sozialismus — ohne Stalinisten, ein Lob, das jeden Sozialisten nur freuen könnte, wenn sich hinter diesem Lob nicht der Wunsch verborgen hielte, den Sozialismus — ohne Sozialisten zu machen.

Zur „prosozialistischen“ Taktik der Großbourgeoisie gehört es auch, der Opposition die Führer vorzuschreiben, die subjektiv ehrlich, objektiv jedoch eine für

die Massen unverständliche Theorie verbreiten. Wenn der Attentäter Bachmann vom Klima der „Bild“-Zeitung und dem von der herrschenden Klasse verbreiteten Antikommunismus geprägt war, so ist nicht zu übersehen, daß Dutschkes Image zunächst vom „Spiegel“ aufgebaut wurde, der Plattform des westdeutschen Liberalismus, der gerade damit der antikommunistischen und neofaschistischen Massenpresse ein nützliches Zerrbild lieferte. Die Querverbindungen zwischen Liberalismus, Antikommunismus und Neofaschismus sind hier ablesbar: Rudi Dutschke wurde vom „Spiegel“ als der sozialistische „Chefideologe“ sensationell ausgeschlachtet und von „Bild“ den antikommunistisch präformierten Massen als Zielscheibe dargereicht. Zum politischen Mord wurde mehr als einer vorbereitet. Das Potential antikommunistischer Schlägertrupps muß sich nicht erst in einer neuen SA formieren: unter offizieller Anleitung haben das Polizeikräfte im ganzen Bundesgebiet vorexerziert. Der Lynchjustiz und Pogromhetze, die an den „Stürmer“ erinnert (siehe „Bild“ und Marcel Hepp im „Bayernkurier“), ist der Boden bereitet.

Es ist die vorrangige Aufgabe aller demokratischen und sozialistischen Kräfte, sich an der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik zu orientieren. Welche Faktoren sind hierbei zu beachten:

Die stärkste Machtsäule im zehnjährigen Kampf gegen die Notstandsgesetze der herrschenden Kräfte war und ist die Gewerkschaftsbewegung. Doch bereits Mitte 1966, als die Möglichkeit einer Großen Koalition konkretere Formen angenommen hatte, sind die im Kuratorium „Notstand der Demokratie“ vertretenen Gewerkschaften im Bündnis mit der außerparlamentarischen Opposition weitergegangen als andere oder der DGB im ganzen. Dadurch hatte dieses Bündnis eine relativ unentwickelte Form gemeinsamer Aktionen. Ohne Zweifel ging dies auf den Einfluß der SPD-Führung zurück. Noch beim Bundeskongress des DGB im November 1963 zeichnete sich eine faktische Gliederung in autonome und integrationsorientierte Gewerkschaften ab, vor allem in der Notstandsfrage. Doch sowohl hier als auch in der Annahme des Grundsatzprogramms konnte sich Otto Brenner, der Wortführer einer autonomen Gewerkschaftsbewegung durchsetzen. Bereits im Juli 1967 gab es jedoch einen einmütigen Antinotstandsbeschuß des DGB-Bundesvorstands, der die Problematik der Beziehungen mit der SPD-Führung auf der einen und dem faktischen Bündnis mit der außerparlamentarischen Opposition auf der anderen Seite manifestierte. Der SPD-Führung kam man dadurch entgegen, daß man strikt darauf achtete, eigene Antinotstandsveranstaltungen durchzuführen, das Bündnis mit der außerparlamentarischen Opposition blieb dadurch erhalten, daß die jeweilige Aktivität räumlich und zeitlich nicht kollidierte, und zwar deshalb, weil eine direkte Gegenveranstaltung nicht nach unten durchgedrungen und ohne Massenbeteiligung geblieben wäre. Das gilt selbst für den 11. Mai 1968, an dem der DGB seine Veranstaltung in Dortmund auf den Vormittag festsetzte und praktisch jedem Teilnehmer die Möglichkeit offen lassen mußte, die nachmittags vorgesehene Kundgebung der

Sternmarschierer in Bonn zu unterstützen. Inwieweit davon Gebrauch gemacht wurde, ist zunächst unerheblich. Wichtig ist die Tatsache, daß die ganzen taktischen Schwierigkeiten dieser Situation auf die Politik der SPD-Führung zurückgehen, die direkt oder indirekt immer noch einen großen Teil der Arbeiterklasse unter Kontrolle hält. Viele Gewerkschaftsführer können den offenen Bruch mit der SPD-Führung noch nicht vollziehen, und zwar sowohl aus personellen als auch organisatorischen Gründen. Taktische Erwägungen, kaderbedingte Verflechtungen zwischen SPD und Gewerkschaftsführern, der traditionelle Reformismus der Sozialdemokratie und das Trauma der Spaltung spielen eine ausschlaggebende Rolle. Dabei ist doch nicht zu übersehen, daß gerade die Politik der SPD-Führung die Arbeiterbewegung faktisch gespalten hat. Letzten Endes liegen diesen Faktoren ebenfalls die verschiedenen Spielarten des Antikommunismus zugrunde. Es gilt also in jedem Fall, die vorhandene Spaltung in der Arbeiterbewegung zu überwinden, die sowohl vertikal zwischen Organisationen, als auch horizontal durch die Organisationen und ihre Gliederungen geht. In einem einheitlich und geschlossen geführten Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse gilt es die Fremdkörper in der Arbeiterschaft wie Wehner, Schiller, Schmidt, Sickert, Schütz und Konsorten auszuschwitzen.

Die streikfaulen Jahre in der Hochkonjunktur, die ideologische Indoktrination und das Agententum der herrschenden Kräfte gegen die arbeitende Klasse führten zu einer relativ entpolitiserten Arbeiterschaft, so daß die progressiven Gewerkschaftsführungen, selbst wenn sie wollten, zur Verhinderung der Notstandsgesetze nicht zu einem politischen Generalstreik aufrufen können. Die Kompromißbereitschaft in der restaurativen Nachkriegsphase fordert aber zunehmend höhere Opfer in den kommenden Klassenkämpfen.

Zwei Jahrzehnte lang behielten die Gewerkschaften nach außen und innen ein Selbstbewußtsein der Stärke und verwinkelten sich dennoch in permanente Rückzugsgefechte. Eine Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung wäre die dritte Niederlage der westdeutschen Arbeiterbewegung: der Kampf gegen die Wiederbewaffnung und die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ wurde mit der SPD geführt und durch deren Abwürgtaktiken verloren, der Kampf gegen die Notstandsgesetze droht durch die direkten Manipulationen der SPD-Führung verloren zu gehen. Freilich sollte nicht übersehen werden, daß in jedem Fall der Generalstreik die Frage nach sozialistischen Veränderungen aufgeworfen und in der Zeit des Kalten Krieges mit großer Wahrscheinlichkeit die Amerikaner zum Eingreifen veranlaßt hätte. Denn es waren bekanntlich die Besatzungsmächte unter Führung der Amerikaner, die strukturelle Veränderungen der Gesellschaft blockiert hatten. Der Gedanke an das wahrscheinliche Eingreifen der Amerikaner, das bis heute für jedes NATO-Land vorgesehen ist, schreckte jeden nicht-kommunistischen Gewerkschaftler und Sozialdemokraten allein im Schlaf auf.

Mit dem Abschluß der restaurativen Phase in der Bundesrepublik ist aber auch die Arbeiterbewegung an einen Wendepunkt gelangt: das Bewußtsein der Nie-

derlagen wird um sich greifen und zu einem neuen Anfang führen müssen. Denn gerade die auf Autonomie bedachten Gewerkschafter wissen sehr wohl, daß ihre Bewegung durch Mitgliederschwund geschwächt werden wird, wenn sie nicht zunehmend die Klassenposition der Arbeiter deutlich machen — als zentrales Formierungselement gegen die Disziplinierungsmaßnahmen der herrschenden Klasse. Dieser Kampf wird an verschiedenen Fronten zu führen sein: Gegen den organisierten Neofaschismus, der sich durch „unabhängige Arbeitervereine“ tarnt, und gegen die Bewegung antiautoritärer Gruppen, die mit der alten Lösung „raus-aus-den-reaktionären-Gewerkschaften“ angeblich neu anfangen wollen. Ansätze für eine solche Bewegung unter der Arbeiterschaft sind gegeben, da der in der Arbeiterbewegung vorherrschende Reformismus notwendig zu einer Entfernung der Bürokratie von den realen Interessen der Arbeiter führen muß. Es kommt darauf an, die Gewerkschaftsorganisationen dadurch zu stärken, indem reaktionäre Gewerkschaftsführer mit konkreten Belegen entlarvt werden, um das Bewußtsein von der Basis her zu entwickeln. Die abstrakten Angriffe gegen die Apparate der Arbeiterbewegung als solche sind pseudorevolutionär und können nur der Reaktion nützen. Wer die Augen vor der Erfahrung der 20er Jahre verschließt — Erich Eisners Broschüre „Gegen die Bürger im Marxpelz“ beschreibt die entsprechenden Parallelen —, handelt in doppelter Weise verantwortungslos. Gegenüber derartigen Versuchen wird es keine Kompromisse geben dürfen. Sowohl für den Kampf um Demokratie als auch für eine sozialistische Entwicklung in der Bundesrepublik ist Rolle und Funktion der KPD von ausschlaggebender Bedeutung. Das KPD-Verbot war schließlich nur der Versuch, den Träger der Perspektive auszuschalten und einer bei verschiedenen Anlässen und in verschiedenen Lagen sich entzündenden Oppositionsbewegung den Wegweiser zu nehmen, zumindest den Widerstand, der für wirkliche Auseinandersetzungen im Sinne einer parlamentarischen Demokratie notwendig ist. Die Ausweitung des KPD-Verbots auf jegliche Opposition ist im Bereich der politischen Diffamierung offenkundig, im Bereich einer „griechischen Lösung“ der Konflikte latent vorhanden. Das kann für jeden Demokraten nur bedeuten, daß er sich die Forderung nach einer Aufhebung des KPD-Verbots zu eigen macht.

In jedem Fall wird sich die demokratische und sozialistische Opposition auf längere Fristen des Kampfes einstellen müssen, wobei die Formen des Kampfes allein nach der Zweckmäßigkeit für die politischen Ziele zu bestimmen sind. Neben dem Bündnis zwischen Arbeitern, Studenten und Schülern müssen Aktionsgemeinschaften mit allen arbeitenden Schichten erreicht werden. Selbst wenn größere Teile der Bevölkerung, von der reaktionären und neofaschistischen Presse aufgeholt und von der liberalen Presse beschwichtigt, zu partiell faschistoiden Verhaltensweisen neigen, sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bündnispolitik günstig. Denn letzten Endes werden sie alle von den Disziplinierungsmaßnahmen der herrschenden Kräfte betroffen sein. Es ist beispielsweise nicht zu übersehen, daß selbst Finanzbeamte, neben den Polizisten

traditionell die getreuesten der bürgerlichen Staatsmaschine, schon heute gegenüber ihren Ministerialbürokraten reagieren wie streikbereite Arbeiter gegenüber Unternehmern. Ganz zu schweigen von den Bauern, denen gegenüber kein Defaitismus angebracht ist, auch dann nicht, wenn sie auf Grund konservativer Traditionen auf die Demagogie der NPD hereinfallen. Im sozialen Bereich stellen die Bauern Forderungen, die sie zum Bündnispartner der demokratischen und sozialistischen Bewegung machen. Gerade bei ihnen erweisen sich die doktrinären Positionen der Antiautoritären als hilflos. Hier ist ein Maximum an taktischem Geschick und Flexibilität notwendig.

Zur Unterstützung der wachsenden außerparlamentarischen Aktionsgemeinschaften wird es notwendig sein, ein Wahlbündnis für eine parlamentarische Alternative anzustreben. Bislang beschlossene provokatorische Aktionen eines Flügels im SDS zur Entlarvung des Parlamentarismus würden von vielen, für eine parlamentarische Alternative reifen Bevölkerungsgruppen nicht begriffen werden, sind deshalb politisch wirkungslos und treiben die Zersplitterung der außerparlamentarischen Kräfte voran. Allein die Tatsache, daß Arbeiter gegen die SPD und Bauern gegen die CDU/CSU Proteststimmen für die NPD — also nicht nur gegen SPD und CDU/CSU — abgeben, zwingt zu einer parlamentarischen Alternative für 1969. Ein demokratisches und sozialistische Wahlbündnis muß von der Basis her, das heißt mit Arbeiter- und Bauernvertretern aufgebaut werden. Die fortschrittlichen Studenten und Schüler könnten bei dieser Alternative eine aktive Rolle spielen, während sie gleichzeitig in Aktionsräten die Aktivität der außerparlamentarischen Opposition stärken würden.

Der kommende Kampf wird schwer sein. Die Bewährungsproben stehen vor uns. Es ist unnütz und macht mutlos, an den „unpolitischen und von ‚Bild‘ verseuchten Massen“ zu verzweifeln ebenso wie am „Untertanengeist der Deutschen“. Die deutsche imperialistische Großbourgeoisie rüstet sich zum entscheidenden Schlag gegen das eigene Volk, auch die Mittel der faschistischen Barbarei miteinkalkulierend. Wir können die demokratischen Möglichkeiten unserer Verfassung weiterführen und zugunsten des Sozialismus entscheiden, wenn wir alle Möglichkeiten des Kampfes zur rechten Zeit und in richtiger Weise nutzen.

Ingrid Schuster  
Augen rechts! in den Betrieben

Gewerkschaftsfeindlichkeit und soziale Demagogie der NPD

Anfang der dreißiger Jahre erschien an den Litfaßsäulen in Deutschland ein Plakat, das markig verkündete: „Nationalsozialismus — der organisierte Wille der Nation“. Es dauerte nicht lange, bis sich dann herausstellte, daß der Nationalsozialismus in Wahrheit der organisierte Wille von Kräften war, die die Nation fast zugrunde richteten. Aber zuvor hatte die Hitler-Partei Millionen Wahlberechtigte dazu bringen können, ihr die Stimme zu geben<sup>1</sup>. Ein Mittel, das zu erreichen, waren falsche Versprechungen, war skrupellose Demagogie. Die Erinnerung daran ist wichtig, weil heute Leute der gleichen Couleur mit gleich gefährlichen Zielen und den gleichen Methoden wieder Einfluß auf die Gesellschaft zu nehmen versuchen. Die neonazistische NPD, die auf dem Boden der durch die CDU-Politik geprägten Verhältnisse gedeihen konnte und ihre feste Etablierung mit dem Sitz in den meisten Landtagen und zahlreichen Gemeindeparlamenten nicht zuletzt der Duldung durch Regierung und Behörden verdankt, zeigt bezeichnenderweise vor allem dort Aktivität, wo sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung Unsicherheit breitmacht: unter den Bauern, von denen jährlich etwa 25 000 ihre Höfe aufgeben müssen; im Ruhrbergbau, wo 1957 noch 496 000 Bürger beschäftigt waren, Ende 1967 infolge der Kohlenkrise aber nur noch knapp die Hälfte, nämlich 240 000; und in allen weiteren Gebieten mit Strukturschwierigkeiten, so z. B. auch dem Bayerischen Wald, der im vergangenen Jahr die extrem hohe Arbeitslosenquote von 40 Prozent aufwies. Hier versucht die NPD, Wählerscharen hinter sich zu bringen. Helfen soll dabei das Programm, in dem zu diesem Zweck eine Menge Köder ausgelegt sind. Einen finden wir in der These: „Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muß die Wirtschaft dem Volke dienen“ (IV, 1)<sup>2</sup>. Das klingt verlockend, ist unter den gegebenen monopolistischen Verhältnissen und Zuständen, wie die NPD sie anstrebt, aber völlig unreal und deshalb betrügerisch.

Schon die NSDAP wußte, daß sie Massen nur gewinnen könne, wenn sie neben antimarxistischen, antidemokratischen und antisemitischen Parolen auch Forderungen mit sozialem Charakter in ihrer Propaganda hatte. Gleiche Hinterge-

danken verfolgt die NPD. So verlangt sie, was andere auch wollen: „Regelmäßige kostenfreie Untersuchung von Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr“ (XII, 18) und „kostenfreie Untersuchungen von Männern und Frauen im Gefährdungsalter zur Früherkennung von Krebs-, Zucker- und Kreislaufkrankheiten durch Ärzte der freien Wahl“ (XII, 20). Sie erklärt mit Bravour: „Das Krankenkassensystem muß verhindern, daß der erkrankte Versicherungsnehmer zum Patienten 2. Klasse wird“ (X, 12), und sie tritt für „ausreichende familiengerechte Wohnungen zu tragbaren Mietbedingungen“ (XII, 8) sowie für die „Errichtung von Kindergärten und Kinderhorten in ausreichendem Umfang“ ein (XII, 9).

Daß es sich hierbei lediglich um demagogische Versprechungen handelt, zeigen schon die Widersprüche in der NPD-Propaganda selbst. So gibt man sich im Programm volks- und bildungsfreundlich: „Die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges zur Erreichung der Fachschul- und Hochschulreife für besonders Begabte sind auszubauen“ (III, 12). Aber aus der Parteizeitung schaut das wirkliche Gesicht: „Die Verfremdung und Vermassung unseres Volkes haben bewirkt, daß das Gefühl für Rangordnungen verlorengegangen ist ... Der modernen Demokratie fehlt das aristokratische Prinzip ... Es sollte wieder Elitegymnasien geben ... Demut und Ehrfurcht ist der Vorraum für jeden höheren Bildungswillen“<sup>3</sup>.

Im übrigen weicht die NPD der Frage aus, woher die Gelder für das alles genommen werden sollen. Den aufgeblähten Rüstungsetat will die Partei, die ja gleichzeitig immense Gebietsforderungen stellt, unter gar keinen Umständen antasten.

In seinem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Teil baut das NPD-Programm auf die vor allem durch die Springer-Blätter schon jahrelang verbreiteten Phrasen von einer „formierten Gesellschaft“ auf. So heißt es im Abschnitt VIII, 1: „Der freie Mensch und verantwortliche Staatsbürger darf kein entmündigter, Produktionsfaktor Arbeit‘ sein, sondern ist mitverantwortlicher Partner einer nationalen Leistungsgemeinschaft.“ Dabei haben gerade die letzten Monate gezeigt, wie wenig partnerschaftlich die Betriebsverhältnisse in der Praxis sind. Arbeiter und Angestellte erleben täglich die sozialfeindliche Reaktion der Unternehmer, wenn bei steigenden Gewinnen Lohnerhöhungen gefordert werden, weil den Kleinverdienern die Preise davonlaufen, wenn Mitbestimmung verlangt wird und Schutz vor den unsozialen Folgen der Rationalisierung.

Die NPD aber spricht von „Treuepflicht zwischen dem Unternehmer und dem Arbeitnehmer“ (VIII, 3) und vom „gerechten Anteil beider am Arbeitsertrag und Betriebsergebnis“ (VIII, 4). Was sich hier zeigt, ist kein Weltverbesserertum, sondern die bewußte Irreführung der Menschen, denen aufgrund der gegebenen Besitzverhältnisse der „gerechte Anteil“ am Arbeitsertrag von den ökonomisch

<sup>1</sup> Noch 1928 (acht Jahre nach ihrer Gründung) bekam die NSDAP nur etwa 800 000 Stimmen. 1930, zu Beginn der großen Wirtschaftskrise, stieg diese Zahl sprunghaft auf 6,4 Millionen, am 31. Juli 1932 sogar auf 13,7 Millionen an.

<sup>2</sup> Die Klammern geben jeweils Abschnitt und Ziffer des Programms an.

<sup>3</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 3. 11. 67

Herrschenden zugemessen wird. Außerdem ist diese Forderung inhaltlich bei der NSDAP abgeschrieben, die auch mit dem falschen Versprechen „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ auf Stimmenfang ging. In Artikel 13 ihres Programms vom 24. Februar 1920 forderte sie die „Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe“ und in Artikel 14 „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“<sup>4</sup>. Die NSDAP-Fraktion brachte am 14. Oktober 1930 im Reichstag sogar einen Antrag ein, der wörtlich lautete: „Das gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten ... ferner der seit dem 1. August 1914 durch Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinne erworbene Vermögenszuwachs wird zum Wohle der Allgemeinheit des deutschen Volkes entschädigungslos enteignet. Großbanken sind in staatlichen Besitz zu überführen.“

Als sie die Macht hatten, dachten die Nazis nicht daran, solche Versprechungen auch einzulösen. Ihr Regime erwies sich im Gegenteil als ausgesprochenes Instrument in den Händen der Großindustrie. Schon bei seinem ersten Treffen mit Hugenberg 1929 in Berlin hatte Hitler dem ehemaligen Krupp-Direktor und nunmehrigen Leiter des größten Presse-Konzerns versprochen, die Nazipropaganda gegen das Großunternehmertum einzustellen, während ihm Hugenberg die finanzielle Unterstützung der NSDAP sowie „politisch völlig freie Hand“ zusicherte<sup>5</sup>. Thyssen berichtete später, daß der Hitler-Garde in dieser Zeit etwa zwei Millionen Reichsmark jährlich von den Konzernen allein über die Fonds zuflossen, die Hugenberg verwaltet hat. Dazu kamen die direkten Gaben, deren Höhe vor allem 1932 sprunghaft anstieg<sup>6</sup>.

Die antikapitalistische Propaganda der Nazi-Partei wurde trotz Wirtschaftskrise in der Tat sofort zurückgeschraubt. Was blieb, waren unverbindliche emotionale Parolen. Formulierungen wie in dem zitierten Reichstags-Antrag bekamen Seltenheitswert und waren bald überhaupt nicht mehr zu vernehmen. Dafür verstärkten sich die Angriffe gegen das „raffende“ jüdische Kapital. Gleichzeitig wurden die Organisationen der Faschisten zu ausgesprochenen Kampfinstrumenten gegen die Links-Kräfte, vor allem gegen die Arbeiterbewegung.

Am 27. Januar 1932 dozierte Hitler im Düsseldorfer Industrieklub, „Industrie und NSDAP hätten ... gemeinsame Feinde: demokratische Gleichmacherei und Pazifismus. Die Wirtschaft brauche den Machtstaat zu ihrer Blüte“<sup>8</sup>. Vögler, Flick, Kirdorf und Thyssen — um nur einige Namen zu nennen — unterstützten den Nazismus denn auch in der Hoffnung auf eine „Politik der Lohnherabsetzung, der Forderung nach Regierungsaufträgen und des Eintretens für eine allgemeine Aufrüstung“<sup>8a</sup>. Sie installierten die faschistische Diktatur, um ihr System zu retten.

<sup>4</sup> zitiert nach W. Treue „Deutsche Programme 1861—1961“, Musterschmidt-Verlag Göttingen, Berlin, Frankfurt, 3. Auflage 1961, S. 147

<sup>5</sup> zitiert nach Paul Wandel „Der deutsche Imperialismus und seine Kriege. Das nationale Unglück Deutschlands“, Dietz-Verlag 1955, S. 121.

<sup>6</sup> George W. F. Hallgarten „Hitler, Reichswehr und Industrie“, Europäische Verlagsanstalt 1962, S. 93

<sup>7</sup> ebenda S. 97 ff.

<sup>8</sup> ebenda S. 98

<sup>9</sup> a ebenda S. 99

Noch bevor das Jahr 1932 zu Ende ging, wandten sich Schacht, Schröder, Sloemann, Kurt Woermann, Thyssen, von Oppen und von Keudell an den Reichspräsidenten Hindenburg mit einem Brief, in dem es heißt: „Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerlässliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft.“ Ziel des Schreibens war, wie wörtlich ausgeführt ist, die „Übertragung der verantwortlichen Leitung eines ... Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe“, die Machtübergabe also, die bald darauf dann ja auch erfolgt ist.

Diese Spuren schrecken uns. Doch auf ihnen bewegt sich die NPD. Und diese Kräfte haben wieder mächtige, wenn auch noch vorsichtig taktierende Verbündete. Dr. Jürgen Heinrichsbauer, verantwortlicher Redakteur des offiziellen Organs der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber, brach schon 1966 eine Lanze für die Neonazi-Partei mit einem Artikel, der demagogisch die Frage aufwarf: „Ist ‚national‘ ein Unglück?“ Es sei ja zu erwarten gewesen, daß „die nationale Frage eines Tages virulent werden würde. Nach alledem, was aus Franken, Hamburg und anderen deutschen Landen zu hören ist, scheint dieser Tag gekommen zu sein. Wir halten das nicht von vornherein für ein Unglück“<sup>10</sup>. Und die Zeitschrift „Capital“ ließ Thadden in einer Titelgeschichte über die NPD mit der Bemerkung zu Wort kommen, die Partei habe verhältnismäßig viele Freunde an der Ruhr, die sich aber erst zu erkennen geben würden, wenn die NPD auch offiziell für sie interessant würde<sup>11</sup>.

Die NPD bemüht sich nach Kräften, für diese Kreise der Industrie attraktiv zu werden. So hat sie unter anderem die Rangfolge der für sie und ihre Ziele interessanten gesellschaftspolitischen Gruppen geändert. Während in ihrem „Manifest“, das auf dem ersten Parteitag 1965 in Hannover angenommen wurde, die Bauern an erster Stelle genannt wurden, danach der Mittelstand, die Arbeiter und erst am Schluß die Unternehmer<sup>12</sup>, lautet die Folge in dem neuen, seit November 1967 geltenden Programm: kapitalstarke Industrie, Mittelstand, Bauern, Arbeiter<sup>13</sup>.

Interessenvertretung der Großindustrie — das ist ein Schwerpunkt dieses Programms. Wörtlich heißt es: „Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerlässlich“ (V, 6). Sie übernimmt deren Vorstellungen und tritt für den „Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung“, d. h. für noch stärkere Konzentration, für weitere Machtzusammenballung in den Händen weniger ein.

<sup>10</sup> zitiert nach „Hitler — Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches“ v. Robert Neumann, unter Mitarbeit v. Helga Koppel, Verlag Kurt Desch, München 1961, S. 42

<sup>11</sup> „Der Arbeitgeber“ Nr. 8/66

<sup>12</sup> „Capital“ v. 5, 5, 67

<sup>13</sup> „Politik in unserer Zeit. Das Manifest der NPD mit Erläuterungen“, DN-Verlag Hannover 1967, S. 6

<sup>14</sup> Programm der NPD, DN-Verlag Hannover, siehe die Abschnitte V, VII und IX.

War in der Nazi-Agitation seit der Harzburger Front das „jüdische Kapital“ der Sündenbock für alle Mißstände in der Wirtschaft, die nicht geleugnet werden konnten, so tritt an seine Stelle in der NPD-Propaganda das ausländische Kapital. Ihm wird fast durchweg die alleinige Schuld an allen Schwierigkeiten gegeben, gleich, ob sie den Kohlenbergbau, die Auto-Industrie oder andere Branchen betreffen. „Nationale Industrie statt amerikanische Monopole“, lautet dazu der Kommentar eines Gewerkschaftsredakteurs, der sich mit dem Problem befaßt hat, „einfacher geht es nicht, und noch größer kann man die Wirklichkeit kaum verzerren“<sup>14</sup>.

Die NPD-Demagogie verzerrt die Dinge in der Tat in einer Weise, die kaum zu überbieten ist. So liest man: „Deutsche als Arbeiter, Angestellte und Verbraucher, Amerikaner als großverdienende Unternehmer. Das ist die Kehrseite des sogenannten Wirtschaftswunders“<sup>15</sup>. Gegen einen großverdienenden Flick oder Abs haben die Propagandisten Thaddens ganz offensichtlich nichts. Obwohl Geschichte und aktuelle Politik das Gegenteil beweisen, halten bürgerliche Soziologen und Historiker an der Behauptung fest, daß der Faschismus Ausdruck des Extremismus der Mittelschichten sei. Hans Eckhardt Kannapin beispielsweise schreibt im Sinne, wenn nicht im Auftrag des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“: „Nicht die Wirtschaft hatte Hitler aufgebaut und großgemacht, sondern das Kleinbürgertum, der Mittelstand, die Millionen Arbeitslosen, die in einer politisch-explosiven Zeit Ruhe und Ordnung herbeisehnnten“<sup>16</sup>. Dieser selbstverfaßte Freispruch von Mitverantwortung, ja Mitschuld am Hitlerregime und seinen Verbrechen ist um so gefährlicher, als die ihm innewohnende Fälschung bereits auf die Gegenwart übertragen wird.

Aber der Neonazismus ist ebensowenig eine Bewegung des Kleinbürgertums, wie es der Hitlerfaschismus war. Natürlich versucht die NPD, um zum Zuge zu kommen, in den Schichten des Mittelstandes und seit den Krisenerscheinungen in der Wirtschaft ganz besonders stark auch in der Arbeiterschaft die Werbetrommel zu röhren, aber ihre wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen sind eindeutig gegen die Interessen der Mittelschichten und der Arbeitnehmer gerichtet. „Konzentration“ in der Industrie und „eine Vielzahl selbständiger und unabhängiger Existzenzen“ (V, 7 u. 14) — das geht nicht. Eines schließt das andere aus. Wer den Größten in der Wirtschaft die Stange zu halten verspricht, deren Drang nach Expansion ein Lebensgesetz des kapitalistischen Systems ist, hat damit de facto auch Ja zu den Tausenden Konkursen kleiner und mittlerer Unternehmen gesagt. Am gravierendsten ist die Arbeiterfeindlichkeit der NPD, auch wenn dies aus ZweckmäßIGkeitsgründen — um möglichst viele Arbeiter vor den Karren neonazistischer Politik zu bekommen — oft verschleiert wird. Aber diese Arbeiterfeindlichkeit ist nachzuweisen. So wird unverkennbar für die Unternehmer und

<sup>14</sup> „Leder-Echo“ Nr. 3/68

<sup>15</sup> Aus Musterreden der NPD (Rede E)

<sup>16</sup> Hans Eckhardt Kannapin „Wirtschaft unter Zwang“, Deutscher Industrie-Verlag, Köln 1966, S. 9

gegen die Arbeitnehmer Stellung bezogen, wenn es im NPD-Blatt heißt: „Entscheidend wichtig ist, daß wir die Arbeitszeit nicht mehr weiter verkürzen“<sup>17</sup>. Besonders massiv treten die Neonazis gegen die Mitbestimmung auf. Sie begründen das in ihrer Parteizeitung damit, „daß die Gewerkschaften ... die Unternehmer in eine Abhängigkeit bringen würden“<sup>18</sup>. Besser konnte auch der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Industrieller Arbeitgeber von Nordrhein-Westfalen, Zigan, die Interessen der Unternehmer nicht vertreten, als er kürzlich erklärte, die Ausweitung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung über die Montan-Industrie hinaus würde die „unternehmerische Freiheit einschränken“ und die gegebene Wirtschaftsordnung „in ihren Grundlagen verändern“<sup>19</sup>. Genau der gleichen Argumentation bedient sich im übrigen der Wirtschaftsrat der CDU, dessen Vorsitzender — Scheufelen — die Mitbestimmung ablehnt, weil sie sich angeblich auf den „Vorrang der Arbeit vor dem Besitz und sogenannten alten Privilegien“ gründet und gegen „die geltende Eigentumsordnung“ richtet<sup>20</sup>.

Um einen gewerkschaftlichen Erfolg in dieser wichtigen Frage zu verhindern, wird in konzertierter Aktion die Lüge vom „größten kapitalistischen Konsortium, das der DGB ist“<sup>21</sup>, wieder aufgetischt. Das Stichwort dafür gab der Präsident des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“, Berg, der vor der Industrie- und Handelskammer in Hagen forsch behauptete, die Gewerkschaften strebten „nach viel mehr Macht, als alle Konzerne zusammen hätten“<sup>22</sup>.

Die gleiche NPD, die angeblich für einen „gerechten Anteil“ aller am Arbeitsertrag eintritt, droht in ihrem Programm auch offen mit der Begrenzung der Tarifautonomie (VIII, 16) und verlangt für Lohnkonflikte „Schiedsgerichte unter verantwortlicher Mitwirkung des Staates“ (VIII, 18), also Zwangsschlichtung. Der Streik, so heißt es weiter, dürfe auf keinen Fall „zu politischen Zwecken mißbraucht werden“ (VIII, 17). Damit sollen die Arbeiter ganz klar ihres stärksten Kampfmittels beraubt werden, des einzigen, das unter Umständen, für die es in der Geschichte Beispiele gibt — denken wir nur an den Kapp-Putsch 1920 — Rettung der Demokratie bedeuten kann. Aber auch eine Gedankenverbindung zu den Notstandsplanern und den in zahlreichen Betrieben bereits geübten Notstandspraktiken drängt sich auf: erinnert sei hier an die Enthüllungen über die sogenannten „Selbstschutzeinheiten“. Da jeder wirtschaftliche Streik politische Züge hat, ist dies darüber hinaus ein Angriff auf das Streikrecht schlechthin.

Auch in der Praxis hat die NPD ihr wahres Gesicht gezeigt, als sie im November 1967 (nach dem Streik in einem großen Hanauer Chemiebetrieb) im hessischen Landtag einen Antrag auf staatlichen Schutz für Streikbrecher einbrachte (eine

<sup>17</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 8. 12. 67

<sup>18</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 22. 12. 67

<sup>19</sup> zitiert nach FAZ v. 12. 3. 68

<sup>20</sup> zitiert nach FAZ v. 17. 1. 68

<sup>21</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 22. 3. 68

<sup>22</sup> zitiert nach der „Welt“ v. 14. 12. 67

gleiche Initiative kam übrigens von der CDU); und kurz darauf erneut, als sie bei der Etatberatung im gleichen Parlament die Streichung des Zuschusses für die gewerkschaftliche Akademie der Arbeit verlangte, die ihren Sitz in Frankfurt am Main hat. Dieser Antrag sei ihr ein vordringliches Anliegen, versicherte sie, denn: „Wir sind nicht bereit, unsere Zustimmung zur Finanzierung einer Klassenkampf-Funktionärschule des DGB zu geben<sup>23</sup>“.

Es gibt kaum eine Ausgabe der Neonazi-Zeitung ohne Angriffe auf die „Gewerkschafts-Bosse“ — so der hier übliche Sprachgebrauch. Die Arbeitnehmerfeindlichkeit geht mit einer ausgesprochenen Diffamierung des DGB und der ihm angeschlossenen Organisationen einher, die als Kampforgane der Arbeitnehmer getroffen werden sollen, aber auch als Pfeiler der Demokratie.

Im NPD-Programm wird von den Gewerkschaften ohne Umschweife „Überparteilichkeit“ (VIII, 12) verlangt, d. h. Verzicht auf die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten. Gleichzeitig versucht man die in den Betrieben Schaffenden zu beschwatszen: „Mündige Staatsbürger brauchen keinen Verbandsfunktionär als politischen Vormund“ (VIII, 12). Der ursprüngliche Plan, in die Gewerkschaften einzudringen und sie von innen her zu zerstören, ist weitgehend an der konsequent ablehnenden Haltung des DGB gegenüber dem Neonazismus gescheitert.

Seither versucht die NPD, wenn bislang auch ohne großen Erfolg, Arbeitnehmer zum Austritt aus den Gewerkschaften zu bewegen und als Spalter in den Betrieben aufzutreten. Im Ruhrgebiet beispielsweise wird von den Thadden-Leuten viel Wirbel um einen „Unabhängigen Bergarbeiterverband e. V.“ gemacht. Die Tatsache, daß dieser Verband bei der Betriebsratswahl auf der zur Stilllegung verurteilten Zeche „Pluto“ in Wanne-Eickel Mitte März 42 Prozent der Stimmen und damit 6 von 11 Sitzen im Betriebsrat errang, verführte die „Deutschen Nachrichten“ zu wahrem Freudentaumel<sup>24</sup>. Man vergaß allerdings mitzuteilen, daß dem Neonazismus bei diesen Wahlen im Ruhrbergbau insgesamt absolut kein Einbruch in die Arbeiterschichten gelungen war (95 Prozent aller Betriebsratssitze gingen wieder an die IG Bergbau). Zu groß ist der Wunsch der NPD, als „wahre Volkspartei“<sup>25</sup> in Erscheinung zu treten — ein Aspekt, der seine Parallele ebenfalls bei der NSDAP hat.

Der Mann, der innerhalb der NPD-Führung für „Sozialpolitik und Gewerkschaften“ zuständig ist — Kurt Knüpfel — verfügt übrigens, wie die meisten Funktionäre der Partei, über einschlägige Erfahrungen. Er schloß sich bereits im Mai 1930 Hitler an. Der SA war er schon 1927 beigetreten<sup>26</sup>. Heute ist Knüpfel Mitglied des Landtages in Niedersachsen. Aus der IG Bergbau wurde er wegen neonazistischer Tätigkeit ausgeschlossen.

<sup>23</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 22. 12. 67

<sup>24</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 29. 3. 68

<sup>25</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 3. 11. 67

<sup>26</sup> Gewerkschaftspost Nr. 10/67

Unter seiner Leitung soll die Spaltertätigkeit in den Betrieben fortgesetzt werden. Bei den noch ausstehenden Wahlen zu den Arbeitnehmervertretungen will die NPD, wo sie kann, mit eigenen Listen — wo es ihr möglich gemacht wird, aber auch auf den Listen anderer gewerkschaftlicher Splittergruppen in Erscheinung treten.

Solche Bestrebungen würden zweifellos durch die von der CDU/CSU im Bundestag eingebrachte Novelle zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes Auftrieb erhalten, die das Parlament am 13. Dezember 1967 bereits in erster Lesung behandelt hat. Die Novelle verfolgt eindeutig das Ziel, Minderheitengruppen, darunter auch den Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB), gegenüber dem DGB künstlich aufzuwerten, der gegenwärtig mehr als 80 Prozent aller Betriebsratssitze innehat.

Ihre Verwirklichung würde nicht nur Einheit und Geschlossenheit der Betriebsräte gefährden, sie könnte die Arbeit dieser Organe hier und da total lahmlegen. So schlägt die CDU z. B. vor, die Wahl des Betriebsratsvorsitzenden künftig durch das Los entscheiden zu lassen, wenn aus einer Gruppe zwei Kandidaten für diese Funktion vorgeschlagen werden. Praktisch könnte auf diese Art ein dem CGB oder sogar ein der Neonazi-Partei angehörendes Betriebsratsmitglied Vorsitzender werden, selbst wenn er der einzige CGB- oder Thadden-Mann im Betriebsrat wäre. Mit vollem Recht hat deshalb die IG Metall die Unionsparteien des Schrittmacherdienstes für die NPD beschuldigt<sup>27</sup>.

Die Neonazis haben interessanterweise eine Kampagne für den CDU-Entwurf entfacht, der in einem Artikel unter der Überschrift „Schutz der Minderheit auch in den Betrieben“ offenherzig mit den Worten begrüßt wird, bei der Verabschiebung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 habe vom Gesetzgeber schließlich noch nicht vorausgesehen werden können, „daß die DGB-Gewerkschaften von der Freiheit so massiv Gebrauch machen würden“<sup>28</sup>.

Freiheit will die NPD in einem „rechten Verhältnis zu einer festen Ordnung“<sup>29</sup>, d. h. wesentlich beschnitten und nach Möglichkeit wohl ganz genommen sehen. Vergleiche zu den Zielen der Bonner Notstandsplaner drängen sich auf. Thadden nutzte im übrigen den letzten Parteitag in Hannover zu einer eigenen Definition des Begriffs Notstand, der nach ihm u. a. gegeben ist, wenn „der Klassenkampf in den Kategorien des Karl Marx wieder aufbricht“<sup>30</sup>. Die zum pluralistischen Prinzip des Grundgesetzes gehörende Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Kräfte, darunter der Lohnkampf, wird als Chaos dargestellt, aus dem man uns erlösen will: durch Besinnung auf das „Gemeinwohl“ und die Schaffung einer „nationalen Leistungsgemeinschaft“.

Diese „Leistungsgemeinschaft“ kann bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen

<sup>27</sup> „Metall“ v. 12. 12. 67

<sup>28</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 10. 11. 67

<sup>29</sup> NPD-Programm, Präambel

<sup>30</sup> Aus dem Rechenschaftsbericht

Klassenstruktur nur eine Zwangsgemeinschaft sein. Die Neonazis liebäugeln mit Syndikaten à la Franco und sogar mit einer neuen DAF.

Die NPD selbst bestätigt, daß sie das Wirtschaftsmodell des Dritten Reiches meint, wenn sie von „Arbeitsfrieden“ und „Überwindung des Klassenkampfes“ spricht. So lobt sie ausdrücklich, daß der Nationalsozialismus „den Klassenkampf überwunden“ und durch einen „Wohlstand und Berufsstolz schaffenden Arbeitsfrieden abgelöst“<sup>31</sup> habe. Kein Wort davon, daß dies ein gewaltsam herbeigeführter Arbeitsfrieden zugunsten der ökonomisch Herrschenden war! Und nicht eine Bemerkung dazu, daß Zehntausende Arbeiter in Konzentrationslager gebracht und ermordet wurden, weil sie sich dieser Gewalt nicht beugen wollten! Die Auflösung der Gewerkschaften wird ausdrücklich gutgeheißen, weil sie „im Kampf gegen das marxistische Klassendenken“<sup>32</sup> erfolgt sei.

Sind diese Äußerungen alarmierend, so sind es jene Veröffentlichungen erst recht, in denen es etwa heißt, daß die Thadden-Partei „instinkтив hinter Kurras“<sup>33</sup> steht, also hinter jenem Polizisten, der bei den Anti-Schah-Demonstrationen am 2. Juni vergangenen Jahres in West-Berlin den Studenten Benno Ohnesorg erschoß. Die Neonazis standen auch hinter den Bütteln in Bremen, als diese im Januar auf Befehl ihres Innenministers Arbeiter und Schüler jagten, weil sie gegen Preiserhöhungen und andere soziale Belastungen auf die Straße gegangen waren. „Draufhauen, draufhauen, nachsetzen!“ lautete das Kommando des Polizeipräsidenten. Die NPD aber ließ die Polizisten klagen, daß „sie nicht hart genug zupacken durften und obendrein der Kritik der linksintellektuellen Journalisten ausgesetzt“<sup>34</sup> waren.

Im In- und Ausland wird u. a. die Frage gestellt, woher diese Partei denn das viele Geld nimmt, das ihre aufwendige Propaganda zweifellos verschlingt. Während des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg wurden nach eigener Aussage 4 Millionen Propagandaschriften<sup>35</sup>, nach anderen Angaben sogar 7 Millionen<sup>36</sup> kostenlos verteilt. Eine Finanzhilfe durch Industriekreise streitet die NPD ab. Inwieweit ist das aber glaubwürdig? Auch Vögler und Flick, Hitler, Göring und Thyssen haben ihre Geschäfte miteinander damals ja nicht an die große Glocke gehängt. Und es steht fest, daß die 9 Millionen Mark, die Thadden bereits vor einiger Zeit für den Bundestagswahlkampf 1969 genannt hat<sup>37</sup> — das ist eine sechsmal so hohe Summe, wie die NPD 1965 hatte — weder aus den Beiträgen der knapp 28 000 Mitglieder noch aus Tellersammlungen bei Veranstaltungen aufgebracht werden können.

Schon vor einem Jahr hieß es in einer Buch-Veröffentlichung, daß die NPD dabei

sei, „fördernde Mitglieder aus den Kreisen derjenigen Sympathisierenden zu gewinnen, welche aus bestimmten Gründen der Partei nicht beitreten können oder möchten, aber bereit sind, finanzielle Unterstützung zu gewähren“<sup>38</sup>. In ihrem jüngsten Bericht über den Rechtsradikalismus<sup>39</sup> bestätigt die Bundesregierung die Existenz eines „Freundeskreises der NPD“. Getreu ihrer Version, daß die Partei Thaddens eine Partei des Kleinbürgertums sei, behauptet sie aber, daß Förderer nur aus Kreisen des Handels und des mittelständischen Unternehmertums kämen. Beweisbar ist das allerdings nicht. Im Bericht selbst heißt es nämlich, daß „Geldgeber, die anonym bleiben wollen, nur den Schatzmeistern und einigen wenigen Spitzenfunktionären bekannt sind“<sup>40</sup>.

Die Namen werden strikt geheimgehalten. Der „Spiegel“ aber berichtete über Zusammenkünfte führender NPD-Leute, so des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Schweimer, mit dem Konzern-Chef Rudolf-August Oetker<sup>41</sup>. Und der in Inning bei München erscheinende „Pinar-Dienst“ teilte mit, „daß von der BASF sowie aus der deutschen Groß-Shell AG sechsstellige Summen auf Umwegen in die NPD gewandert“<sup>42</sup> seien. Weiter wird hier als Finanzier der Neonazis der bayerische Panzerkettenfabrikant Diehl — ein Freund des CSU-Vorsitzenden Strauß — genannt. Obwohl die Angaben in der ganzen Bundesrepublik verbreitet wurden und den Genannten bestimmt zu Ohren kamen, ist ein Dementi niemals bekanntgeworden.

Gewarnt durch den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht bei der Installierung der Nazi-Diktatur 1933, bestanden die Väter des Grundgesetzes 1949 auf jenem Passus in Artikel 21 der Verfassung, der von den Parteien die Offenlegung ihrer Finanzierung verlangt. Zu diesem Zweck sollte im Parlament ein besonderes Gesetz geschaffen werden. Aber dieses Gesetz gibt es bis heute nicht. Denn CDU und CSU ziehen es ebenfalls vor, ihre Geldquellen im Dunkeln zu lassen.

Die NPD ist das legitime Kind der allgemeinen Restauration in der Bundesrepublik, und wer die Politik aufmerksam verfolgt, sieht, daß diese Partei ihrerseits die Entwicklung zum Reaktionären hin beschleunigt und verstärkt (das nachzuweisen ist hier leider nicht der Raum). Ob die Herrschenden sich der faschistischen Variante eines Tages wieder direkt bedienen werden, ist für sie ausschließlich eine Frage der Zweckmäßigkeit. Thadden und seine Freunde jedenfalls bereiten — wie seinerzeit die NSDAP-Führer — für diese Stunde alles vor. Ob die Chance ihnen oder den Demokraten gehört, wird nicht zuletzt davon abhängen, in welchem Maße es gelingt, die Öffentlichkeit über die heraufziehenden Gefahren aufzuklären.

<sup>31</sup> Politisches Lexikon der NPD, Stichwort Nationalsozialismus

<sup>32</sup> Politisches Lexikon, Stichwort Gewerkschaften

<sup>33</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 1. 12. 67

<sup>34</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 24. 1. 68

<sup>35</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 29. 3. 68

<sup>36</sup> „Süddeutsche Zeitung“ v. 1. 4. 68

<sup>37</sup> „Deutsche Nachrichten“ v. 15. 12. 67

<sup>38</sup> „Radikal oder national“ von Bessel-Lordk u. a., Verlag Koehler und Hase, Mainz 1967, S. 126

<sup>39</sup> Der Bundesminister des Innern: „Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1967“, Bonn, im März 1968

<sup>40</sup> ebenda S. 35

<sup>41</sup> „Der Spiegel“ v. 13. 2. 67

<sup>42</sup> „Pinar-Dienst“ Nr. 3/Mai 67

Harald Hartung  
Unter der Treppe gesprochen

I

Es gibt viele Gründe  
keinen Grund zu sehen  
nur Abgründe Jagdgründe.  
Lorbeer den Lobern  
Kapern den Köchen  
die uns zur Sülze anrichten.  
Sie ließen uns nicht im Zweifel  
und wo wir noch nicht weinten  
halfen sie nach mit Zwiebeln.  
O Lamm, wenn du verröchelst  
lächelst du blöde: du sollst  
deine Feinde ergründen.

II

Man läßt uns gewähren. Was  
haben wir falsch gemacht?  
Die Biedermänner zeigen  
ihre schönen Zähne. Nur wir  
gehn noch maskiert?  
Wir lieben eure Liebe nicht  
die Dame ohne Unterleib  
das Stück ohne Buben  
und haben genug von unserer  
dreifältigen Einfalt,  
Stadtmaus Feldmaus Wühlmaus.  
Wenn der Dschungel wächst  
muß man das Blasrohr blasen  
die stumme Musik.

III

Draußen die deutschen Märchen  
Tischlein streck dich Knüppel  
aus tausendundeiner Nacht.  
Noch ist es Zeit, alle Eulen  
nach Athen zu tragen und weiter  
wo der Adler an Johnsons Leber  
hackt und sich überfrißt.  
Der Dschungel wächst lautlos nach.  
Der Mann mit der Zunge  
nicht schön doch beweglich  
unter der Treppe geschlossenen Auges  
sieht er und hört er  
bis vor seinem Schrei  
ihm Hören und Sehen vergeht.

## E. J. Hobsbawm Der Kulturkongreß von Havanna

War es nur ein Zufall oder war es Absicht — wie es zuweilen schien —, daß der Kulturkongreß, der vom 4. bis zum 12. Januar in Havanna tagte, die Erinnerung an eine andere, tragischer anmutende Zusammenkunft von Intellektuellen wachrief, nämlich die Erinnerung an den Schriftstellerkongreß in Madrid im Jahre 1937? Gewiß, nur wenige der fünfhundert Teilnehmer des kubanischen Kongresses waren seinerzeit in Madrid gewesen: der Maler Alfaro Siqueiros, der Dichter Nicolás Guillén und eine Handvoll anderer inzwischen alter Männer, von denen die kubanischen Zeitungen eine Gruppenaufnahme brachten. Geschichte, die politischen Umstände und der bloße Ablauf der Zeit — das alles steht der Vorstellung eines kontinuierlichen Zusammenhangs zwischen den Jahren 1937 und 1968 entgegen. Und dennoch, auf eine seltsame Weise war Havanna das Symbol für die Rückkehr zu jener Atmosphäre intellektuellen Engagements, wie sie für die dreißiger Jahre typisch war, und für den Bruch mit all dem, was für die unmittelbare Nachkriegszeit und die fünfziger Jahre bestimmend war. In mehr als einer Hinsicht stellte Havanna das genaue Gegenteil des Kongresses für die Freiheit der Kultur dar.

Das soll nicht heißen, daß den Intellektuellen in Havanna die kulturelle Freiheit im Sinne der Liberalität gleichgültig gewesen wäre, etwa das Recht, nicht von Organisationen, Ministerien und Polizisten vorgeschrrieben zu bekommen, wie und was man im einzelnen zu schreiben, zu malen, zu komponieren und zum Gegenstand des Forschens zu machen habe, das Recht, jede Bevormundung selbst militanter Revolutionäre zu verhindern. „In den Tagen des harten, unerbittlichen Kampfes schweigen die Musen“, hat Mehring gesagt; diesen Satz zitierte ein peruanischer Teilnehmer, der ihm zugleich leidenschaftlich widersprach. Und ein Ägypter: „Wenn wir wissen wollen, ob es einer Revolution wirklich ernst ist, brauchen wir uns nur anzusehen, was sie mit ihren Universitäten anfängt: ob die Professoren mehr Beifall klatschen als daß sie gute Vortlesungen halten, ob sie wissenschaftliche Artikel verfassen oder vornehmlich Ergebnissadressen.“ Einer der brillantesten Kongreßteilnehmer, René Depestre aus Haiti, rühmte Kuba gerade deswegen, weil „hier Kunst und Literatur nicht auf die unmittelbare Unterstützung von Ideologie und Politik beschränkt“

sind“. Begeisterten Beifall erhielt die Rede eines Teilnehmers aus Uruguay, der den revolutionären „Intellektuellen“ gegen die exzessiven Übergriffe des „Mannes der Tat“ in Schutz nahm.

Leute, die in den fünfziger Jahren solche Ansichten vertraten, neigten in der Regel dazu, die Frage der intellektuellen Freiheit als den entscheidenden Punkt der Auseinandersetzung zu betrachten und in den kommunistischen Regimes die Hauptgegner dieser Freiheit zu sehen. Inzwischen hat man zumindest in weiten Teilen dieser Welt erkannt, daß der Widerstand gegen eine Bedrohung der intellektuellen Freiheit mit dem Kampf gegen eine andere — und zum gegenwärtigen Zeitpunkt größere — Gefahr zusammengehen kann. So wie in den dreißiger Jahren der Faschismus, so führten jetzt, in Havanna, die Vereinigten Staaten die Intellektuellen zusammen, wobei man allerdings mit Erleichterung feststellen kann, daß keiner auch nur den Versuch unternahm, zwischen beidem eine Analogie zu sehen. Havanna hat gezeigt — und das war die bei weitem interessanteste Beobachtung, die man auf dem Kongreß machen konnte —, daß heute eine große Zahl Intellektueller unterschiedlichster Herkunft und Orientierung mobilisiert werden kann, die sich einig sind in der Unterstützung des vietnamesischen Volkes, Kubas, der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und nicht zuletzt des Widerstands der amerikanischen Neger und Kriegsgegner gegen die Regierung der Vereinigten Staaten. Die Situation der fünfziger Jahre hat sich in ihr Gegenteil verkehrt.

\*

Das breite und heterogene Spektrum der im Hotel Habana Libre (vormals Habana Hilton) tagenden Versammlung wurde noch durch die offenkundige Abneigung der Kubaner gegen den Umgang mit den sozialistischen und kommunistischen Parteien alten Stils unterstrichen. Man hatte es vorgezogen, einzelne nicht-organisierte Persönlichkeiten und Anhänger der zahlreichen Spielarten der internationalen Neuen Linken einzuladen. Man hatte damit nicht in allen Fällen Erfolg, denn einige den Kubanern gewogene Regierungen übersahen die individuellen Einladungen und schickten zuverlässige Delegationen, die sich aus stellvertretenden Kultusministern und anderen Repräsentanten des kulturellen Establishments zusammensetzten, darunter, wo es angemessen schien, Prinzen aus königlichem Hause, jedoch nicht ein einziger Vertreter Chinas. Ob sich diese Delegationen in Havanna wohlfühlten oder wie die Leute aus den osteuropäischen Ländern offensichtlich nicht recht wußten, was das ganze sollte — jedenfalls waren sie nicht charakteristisch für den Kongreß. Das war eher eine Versammlung von *franc-tireurs* und *guerrilleros* der Kultur, wie es die Kubaner gern haben, als eine Parade disziplinierter Bataillone oder gar Pelotons. Es gehört zu den erstaunlichsten Phänomenen dieses Kongresses, daß nach einer Woche lebhafter Debatten, die nicht nur in ungezwungener Atmosphäre geführt wurden, sondern gelegentlich in regelrechte Anarchie auszuarten drohten, die gemeinsamen abschließenden Erklärungen friedlich und einstimmig angenommen

wurden, womit gleichzeitig der sachlichen Kompetenz und dem ausgleichenden Geschick der kubanischen *rapporeurs* und Tagungsvorsitzenden und ihren so taktvollen wie unbestechlichen Mitvorsitzenden aus Vietnam, Korea und ähnlichen Ländern die verdiente Anerkennung gezollt wurde.

Übereinstimmung und Einmütigkeit sind nicht gerade das natürliche Ergebnis von Kongressen Intellektueller, die heute gern Versammlungen streitbarer Individuen sind. Auf solchen Tagungen finden sich alle möglichen geistigen und politischen Avant-garden ein, deren Spektrum von der schlichten Verurteilung des amerikanischen Kriegs in Vietnam, die (vielleicht mit Ausnahme der Briten) den gemeinsamen Nenner aller darstellt, über relativ gemäßigte Gruppen wie die europäischen Kommunisten bis hin zu den „gedienten“ Guerilla-Kämpfern und den Möchtegern-*guerrilleros* der extremen Linken reicht. Daß es sich in Havanna um einen echten Intellektuellenkongress handelte, bewiesen die gelegentlichen Verschrobenheiten, die nun einmal zur Linken gehören. Da bezeichnete ein chilenischer Maler sein Tun als „*pataphysisch*“, ein Franzose beschwore eindringlich Wilhelm Reich und dessen Forderung nach einem vollkommenen Orgasmus, eine Stimme aus Mozambique versuchte den echten revolutionären Charakter des deutschen Dadaismus nachzuweisen — im Gegensatz zum Neo-Dadaismus — und zwei kubanische Damen ritten Attacken gegen die weibliche Keuschheit. Eine Gruppe trotzkistischer Surrealisten aus Frankreich und Südamerika schritt unter Rufen wie „Cuba si — Siqueiros no“ zur tätlichen Beleidigung des mexikanischen Malers. Derartige Erscheinungen waren ebensowenig repräsentativ für die vom Kongress vertretenen Meinungen wie die wenigen Delegationen, die stur auf ihrer Version des unerschöpflichen Themas „Der Elephant und die jüdische Frage“ herumritten, doch sie ließen die Einmütigkeit der Kongreßteilnehmer nur um so eindrucksvoller erscheinen. Angesichts eines Präsident Johnson wurde es sogar fünfzig Dichtern (nach vorsichtigen Schätzungen der kubanischen Presse waren zehn Prozent der Teilnehmer Dichter) möglich, ihren Streit zu begraben. Kuba war natürlich der ideale Ort für eine solche Tagung. Es ist nicht nur ein Land, das einen heroischen Kampf geführt hat, obwohl es in dieser Hinsicht — wie Fidel Castro selbst feststellte — erst weit hinter Vietnam rangiert, sondern auch ein bemerkenswert attraktives Land, und sei es nur deswegen, weil es zu den wenigen Ländern auf dieser Welt zählt, deren Bevölkerung ihre Regierung tatsächlich liebt und ihr vertraut. Eine blühende kulturelle Aktivität wie man sie heute dort antrifft, ein freies Erziehungswesen, bewundernswerte soziale Errungenschaften, verführerische Ausflüge in eine anti-materialistische Utopie — das alles verfehlt nicht seine Wirkung auf Intellektuelle. Das Angebot in den Schaufenstern zeigt vielleicht noch größere Lücken, dafür kostet das Telefonieren nichts. Das Benzin ist rationiert, aber der Staat (wenn Staat das richtige Wort ist für eine Einrichtung, die weder Verfassung noch Parlament noch all die anderen Dinge besitzt, nach denen ein altmodischer Professor für Staatslehre sich als erstes umsehen würde) — dieser Staat gibt seinen Liebespaaren Gelegenheit

zur Liebe, indem er ihnen *posadas* bereitstellt. Die visuellen Künste sind unerwartet hoch entwickelt für ein Land, das in dieser Beziehung ohne jede Tradition ist — witzig, unterhaltsam und vor allem öffentlich. Wem es hier nicht gefällt, der kann emigrieren. Die Propaganda in manchen Instrumenten der Massenkommunikation wird dadurch ausgeglichen, daß sie anderen völlig fehlt. „Ich habe den Rundfunk gehört“, berichtete ein Delegierter aus einem der älteren sozialistischen Länder, „man hört nur Liebeslieder. Nicht Liebe zum Vaterland und nicht Liebe zur Mutter ist gemeint, sondern die Liebe unter Verliebten.“ In solch einer Atmosphäre konnten die anwesenden Intellektuellen die Probleme Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit beträchtlich weniger inneren Vorbehalten diskutieren als sonstwo.

Worüber, außer über Vietnam, die Revolution in der Dritten Welt und die US-Politik, sprach man sonst noch? In den fünf Ausschüssen (kulturelle und nationale Unabhängigkeit, die umfassende Entfaltung des Menschen, Kultur und Massenmedien, Probleme des künstlerischen Schaffens, Wissenschaftliche und Technologische Arbeit) kam fast jedes Thema zur Sprache. Eine Reihe von Themen, die sich gewissermaßen spontan immer wieder meldeten, verdient an dieser Stelle hervorgehoben zu werden.

Am interessantesten war vielleicht die Diskussion um die Frage, ob die Entstehung einer echten autochthonen Kultur in den unterentwickelten Ländern möglich sei; interessant sowohl wegen der scharfen Analysen des Prozesses der kulturellen Durchdringung unter kolonialistischen und neokolonialistischen Verhältnissen wie auch wegen der weitverbreiteten Ablehnung einer simplen nationalistisch-ethnozentrischen Antwort auf die fremde Kultur. Der Intellektuelle der Dritten Welt sieht sich, wie es der Algerier Mammeri Mouloud formulierte, „der doppelten Notwendigkeit konfrontiert, sich in den Besitz der eigenen, ererbten Kultur zu setzen und gleichzeitig von einer fremden, angenommenen Kultur Gebrauch zu machen“, aber in keine von beiden kann man schlüpfen wie in einen Anzug von der Stange. „Die überlieferte Kultur“, die das Ergebnis einer kulturellen Tradition ist, welche weitgehend unterbrochen ist, vermag nicht die Grundlage einer neuen Kultur zu sein, soviel sich auch an Altem erhalten läßt. Entsprechende Versuche scheitern entweder, wie es in Afrika südlich der Sahara der Fall ist, oder sie bringen jene *espectáculos folklóricos* der Fremdenverkehrs-industrie hervor, wenn nicht sogar jenen noch gefährlicheren „übersteigerten Ein geborenenkult, der die Gewalttätigkeiten und Leiden vergangener Zeiten beschwört“, von denen René Depestre (Haiti) in begreiflicher Erregung sprach. Andererseits gibt es gewisse Elemente der überlieferten Volkskultur — der Marokkaner Dr. Belail Abdel Aziz verwies in diesem Zusammenhang auf eine bestimmte Vorstellung vom Gemeinwesen, wie sie im Maghreb herrscht —, die einmal wesentliche Bestandteile einer antikapitalistischen Gesellschaft sein könnten oder jeder anderen Gesellschaft, die sich nicht ausschließlich den Gesetzen der Technologie unterwerfen möchte.

Bleibt der Prozeß der Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Geistes- und Naturwissenschaftlern sich selbst überlassen, so besteht oft die Gefahr, daß die Intellektuellen — als eine privilegierte Schicht — gewissermaßen in der Weise einer inneren Immigration in eine bereits entwickelte Welt von der Wirklichkeit ihres eigenen Volks isoliert werden; was möglicherweise nicht nur für die unterentwickelten Länder zutrifft, mit denen sich die Diskussion vornehmlich beschäftigte.

Die Begeisterung für die Revolution innerhalb der Dritten Welt erklärt sich zum Teil aus dem Umstand, daß die Revolution einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu zeigen scheint. Ein interessanter und in dieser Hinsicht zuversichtlicher Beitrag von Mario de Andrade gelangte bei der Analyse der kulturellen Aspekte des Guerillakrieges in Angola zu dem Ergebnis, daß die entwickelten Intellektuellen in die neu entstehende Nation integriert werden können; gleichzeitig konnte er die Ablehnung sowohl einer kulturellen Hinwendung zu Portugal wie auf der anderen Seite auch den Verzicht auf die „Lieder der alten Negritude“ in der politischen Kampflyrik beobachten. In diesem Zusammenhang soll noch einmal René Depestre zitiert werden:

„Die Revolution schafft die Bedingungen für eine qualitative kulturelle Veränderung. Darum ist in der Dritten Welt . . . die revolutionäre Erfahrung die einzige taugliche Grundlage für das ‚cogito‘. Sie bewirkt das Zusammentreffen von Denken und gesellschaftlichem Sein. Das Machen einer Revolution ist der erste evidente historische Befund und der erste kulturelle Wert. Das führt uns zu einem neuen Ansatz im Denken: Ich mache eine Revolution, also bin ich, also sind wir . . . wir sind nicht mehr die *gombies* der Geschichte.“

Es wäre falsch, in derartigen Erkenntnissen und Empfindungen lediglich die Rhetorik der Unterdrückten zu sehen oder nur einen Ausdruck der Hoffnung, der sich auf das Überleben im Kampf gegen eine gewaltige Übermacht gründet, d. h. auf den Sieg — den Sieg Vietnams, Kubas und aller verstreuten *guerrilleros* auf der ganzen Welt. Diese Empfindungen — das haben die Gespräche in Havanna deutlich gezeigt — spiegeln vor allem die weltweite Ernüchterung nach der Entkolonialisierungspolitik der fünfziger Jahre wieder, sie reflektieren das Gefühl der Hilflosigkeit und der Furcht angesichts der „neokolonialistischen Seuche“, die nominell unabhängige Völker wieder auf den Stand größerer oder kleinerer Bananenrepubliken zurückgeworfen hat. Insofern hätte man annehmen können, daß damit nur die Intellektuellen der unterentwickelten Länder angeprochen wären, und in der Tat waren einige ihrer Sprecher — darunter auch Kubaner — nahe daran zu unterstellen, die Aufgabe der europäischen und nordamerikanischen Intellektuellen könne lediglich moralische und, falls nötig, technische Unterstützung sein. Wäre das tatsächlich der Fall, so hätte die Anwesenheit der Intellektuellen aus den entwickelten Ländern, die ein annähernd ebenso großes Kontingent stellten wie die unterentwickelten, bestenfalls den Sinn gehabt, eine Claque für ihre „trikontinentalen“ Kollegen zu stellen — eine Rolle,

auf die sich einige durchaus bereitwillig beschränkt hätten. In Wahrheit verband jedoch die beiden Gruppen vieles mehr.

So betrifft die heißumstrittene Frage des „kulturellen Imperialismus“ der Vereinigten Staaten sowohl die entwickelten wie die unterentwickelten Länder. Britische Statistiken wurden von den Referenten aus der Dritten Welt in nicht geringerem Maße herangezogen als etwa lateinamerikanisches Zahlenmaterial, wenn es darum ging, die Richtung kultureller Einflußnahme zu illustrieren, und der *Encounter* wurde in den Diskussionen genauso oft zitiert wie *Mundo Nuevo*. In seinen ganz krassen Formen spielt sich der amerikanische kulturelle Vorstoß zweifellos in den Ländern der Dritten Welt ab. Nirgends in Europa gibt es Pläne für den Aufbau ganzer Schulsysteme mit Hilfe amerikanischen Geldes und amerikanischer Berater wie in Lateinamerika. Andererseits dürfte die Denkschrift von dreizehn lateinamerikanischen Verlegern über den Aufkauf von Verlagen durch US-Amerikaner, über den subventionierten Vertrieb amerikanischer Bücher, über die politische, finanzielle und technische Beherrschung von Massenmedien durch nordamerikanische Unternehmen in Europa nicht auf taube Ohren stoßen. Die Situation der Intellektuellen als soziale Gruppe ist sich in den Ländern der Ersten und der Dritten Welt nicht unähnlich; wegen der Art der Zusammensetzung der meisten osteuropäischen Delegationen läßt es sich schwer beurteilen, ob die Lage der Intellektuellen in der Zweiten Welt vergleichbare Züge aufweist. Die entwickelten Länder verfügen über einen weit größeren Anteil an jener wissenschaftlichen und technischen Intelligenz, die in Havanna nur unzulänglich repräsentiert war (wenn man von den Anthropologen und einer Anzahl streitbarer französischer und das State Department durch ihre Teilnahme bewußt herausfordernder amerikanischer Naturwissenschaftler absieht), und so schienen auch die europäischen und nordamerikanischen Intellektuellen weit weniger bereit, diesen Teil der Intelligenz als korrumptierte Technokratie abzuschreiben. In beiden Welten befindet sich heute ein großer Prozentsatz der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz im Zustand des Unbefriedigtseins und der Entfremdung und fühlt sich in Opposition zu Regierung und Gesellschaft und damit letzten Endes in Opposition zur amerikanischen Regierung und zu jener Art von Gesellschaft, für die die Vereinigten Staaten als typisch gelten.

Zugegeben, der Appell, sich den Guerillas anzuschließen, mag in Kolumbien sinnvoller sein als in Schweden, die Gespräche in Havanna ließen jedoch in aller Deutlichkeit erkennen, daß auch in den Anden die gesellschaftliche Aktivität der Intellektuellen sich nicht darauf beschränken darf, sich Maschinengewehre umzuhängen. Die Debatten haben im Gegenteil gezeigt, daß sowohl in einer revolutionären wie in einer nichtrevolutionären Situation die spezifischen Merkmale der Tätigkeit des Intellektuellen — die künstlerische Schöpfung wie das wissenschaftliche Denken — ein gemeinsames Gespräch ermöglichen. (Ein Mitglied der zum größten Teil aus ehemaligen Partisanen bestehenden jugoslawischen Delegation machte im übrigen auf den in Vergessenheit geratenen Umstand auf-

merksam, daß auch den europäischen Intellektuellen das Geschäft des Guerilla-Kriegers nicht ganz unbekannt sei.) Hans Magnus Enzensberger, Ernst Fischer und Luca Pavolini wiesen darauf hin, daß die Rolle der Intellektuellen in den entwickelten und in den unterentwickelten Ländern einander komplementär sei. Die einen könnten mehr bieten als nur Kundgebungen ihrer Solidarität mit der Befreiungsbewegung in der Dritten Welt, während die anderen durch die aktive Entlarvung der Ungerechtigkeiten, der Heuchelei und Labilität der „westlichen“ Gesellschaft zur revolutionären Bewußtseinsbildung innerhalb der Ersten Welt beitragen könnten.

Der Gesamteindruck, den der Kongreß von Havanna vermittelte, beruht nicht so sehr auf den einzelnen Beiträgen und Debatten, ist aber dennoch recht aufschlußreich. In den letzten fünfzehn Jahren hat sich eine bemerkenswerte Umkehrung in der politischen Haltung der Intellektuellen vollzogen, eine Entwicklung, die in mancherlei Hinsicht überraschender ist als die Mobilisierung der Intelligenz in den dreißiger Jahren. Diese fand seinerzeit statt vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und des aggressiven Faschismus, heute dagegen im Angesicht technologischer Triumphe und wirtschaftlichen Fortschritts, der, wenn auch in überaus unzulänglicher Form, selbst in den meisten Ländern der Dritten Welt zu beobachten ist. Der Protest von Havanna richtete sich nicht nur gegen die Gewalttätigkeit und aggressive Politik der Vereinigten Staaten, nicht bloß gegen die Unfähigkeit der Überflußgesellschaft in der entwickelten Welt die Probleme des größten Teils der Menschheit zu lösen, es war auch ein Protest gegen ihre Erfolge und zugleich ein Votum für die kubanische Mischung aus Humanität, Begeisterung und Fröhlichkeit inmitten von Austerity und damit gegen das Mahagonny-Miami jenseits der Floridastraße. Denn diese Art von Zukunft hatten die meisten Kongreßteilnehmer mit eigenen Augen gesehen und sie hatten ihre Zweifel, ob sie sich durchzusetzen vermag. Gefallen hat sie keinem von ihnen, das sprachen sie deutlich durch ihre Anwesenheit in Kuba aus.

Protokoll

Régis Debray vor Gericht

Aussage vor dem Kriegsgericht in Camiri, Bolivien

Als Antwort auf das Schriftstück, das Sie, Euer Ehren, gerade verlesen haben, kann ich nur sagen, daß es gerade der „dem Gesetz und den Behörden zustehende Respekt“ ist, der mich zwingt, Ihnen gegenüber aufrichtig zu sein. Der jedermann — Zivilisten und Militärs, Richtern und Beklagten und dem Staatsanwalt — zustehende Respekt kann nicht von der Wahrheit getrennt werden. So ist der beste Beweis, den ich Ihnen, meine Herren, für meinen Respekt geben kann, der, Ihnen von Angesicht zu Angesicht und an diesem Ort ohne Vorbehalte die Wahrheit zu sagen, die Wahrheit über ungenau dargestellte Tatsachen, die Wahrheit über das, was ich von dieser Verhandlung halte. Es ist besser, daß das vor Ihrem Urteilsspruch geschieht und nicht auf heimliche oder unaufrechte Weise hinter Ihrem Rücken. Anders wäre es kein Respekt, sondern Servilität und Opportunismus. Lassen Sie mich noch etwas hinzufügen: wenn ich zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt werde, wie der Staatsanwalt gefordert hat, glaube ich, daß es nicht ein Zeichen von „Arroganz“ — eine hier mehrmals gegen mich erhobene Beschuldigung — ist, wenn ich das Militärgericht bitte, mich wenigstens einmal 30 Minuten lang anzuhören. Zunächst möchte ich meine Überraschung über die gestrige Intervention oder Unterbrechung durch den Rechtsoffizier bekunden. Er unterbrach gestern den Verteidiger, weil dieser angeblich vom Thema der Anklage abgekommen war, obwohl mir scheint, daß er sich nicht in den Bereich der Politik begeben hatte. Ich fragte damals nicht, warum der Richter nicht die erste Rede des Staatsanwaltes in der ersten Verhandlung unterbrochen hatte, als dieser noch vor der Erledigung der Formalitäten einen kongreßpolitischen Diskurs verlas, dessen Inhalt vorgeblich ideologisch war und der den sogenannten „roten Imperialismus“ (ein Ausdruck, der im Strafgesetzbuch nicht erscheint) und Fidel Castro (dessen Name nicht *einmal* in der Anklageschrift erscheint) angriff und die „Politik des Friedens und des Fortschritts“ der gegenwärtigen Regierung hervorhob (in der Anklage mit vollem Recht nicht erwähnt). Er richtete auch einen scharfen verbalen Angriff gegen mich ohne sich an die Tatsachen zu halten — die Tatsachen, auf die ich mich beschränken soll — indem er mich einen Mörder, einen gemieteten Banditen, einen von Cuba bezahlten Söldner, usw. nannte . . . und erzählen Sie mir nicht, der Staatsanwalt repräsentiere den Staat und das herrschende Gesetz

und er habe nur seine Pflicht erfüllt, alles Unrechtmäßige zu mißbilligen. Denn es ist eine Sache, den Staat zu repräsentieren und eine andere, eine Politik anzupreisen; es ist eine Sache, das Gesetz zu verteidigen und eine andere, eine politische und gesellschaftliche Herrschaftsform wie den Sozialismus anzugreifen. Überdies ist es eine Sache, ein Verbrechen zu mißbilligen und eine andere, ein Individuum zu beleidigen. Aber dem Staatsanwalt soll kein Vorwurf gemacht werden. Er handelt völlig richtig, wenn er die Dinge von Anfang an in die richtige Kategorie einordnete: in den Kampf der Klassen, Ideen und Interessen. Mit anderen Worten, den Kampf zwischen zwei Arten von Gewalt: zwischen der reaktionären Gewalt und der revolutionären Gewalt. Und das ist sicher der Grund dafür, denn wir sollten ihn nicht für parteilich oder mitschuldig halten, daß der Rechtsoffizier den Staatsanwalt nicht unterbrach und auch mich nicht unterbrechen wird. Mein Verteidiger hat auf diese Angriffe aus beruflicher Integrität und weil er an einem legalen Verfahren festhalten wollte, nicht reagiert, und er hat richtig gehandelt. Er hat sich darauf beschränkt, die Anklagepunkte Stück für Stück zu widerlegen, und er hat seine Aufgabe vollkommen erfüllt. Aber wenn jemand betroffen ist, hat er gewöhnlich das Recht auf eine Antwort. Und ein noch größeres Recht hat er, wenn er beleidigt worden ist, und das mehr als einmal. Ich verlangte und verlange vom Gericht keine Nachsicht, sondern Unparteilichkeit. Und das Gericht selbst muß entscheiden, ob dieser Prozeß in Camiri unparteilich sein soll oder nicht.

Doch ich habe nicht die geringste Absicht, Beleidigung mit Beleidigung, Rhetorik mit Rhetorik, Ausflucht mit Ausflucht zu vergelten; ich werde mit einer klaren und einfachen Darlegung der Tatsachen antworten. Wie kann ein Mann nicht wünschen, seine Empörung hinauszuschreien, wenn er mehr als einen Monat lang sitzend und schweigend, genau als wäre er bei der Debatte nicht anwesend, sich eine sorgfältig koordinierte Flut von Verleumdungen, versteckten Andeutungen und Lügen anhören mußte! Ich will gar nicht reden von dem, was ich an diesen Schmähsschriften lesen mußte, die — man wundert sich warum — Zeitungen genannt werden! Aber hier will ich versuchen, all diese Empörung, all diese angestaute Bitterkeit zum Schweigen zu bringen und mich ruhig an die Tatsachen halten.

Deshalb „erachte ich es meiner Verteidigung förderlich“, dem Gericht zu helfen, eine klare und präzise Vorstellung davon zu entwickeln, worauf die Guerillatätigkeit an den — den Militäraktionen, die zu diesem Prozeß hinführten, entsprechenden — Daten hinausliefen.

„Ich erachte es zweitens meiner Verteidigung förderlich“, dem Gericht, obwohl es sich für all die vor oder während dieses Prozesses begangenen Rechtsverstöße nicht verantwortlich fühlt, zu helfen, einer Machenschaft voll gewahr zu werden, die, selbst wenn sie seine Entscheidung nicht ändern wird, in der Tat die Akte geändert und einen Einfluß auf die Debatten gehabt hat. Ich meine den heimlichen und publicity-suchenden Anschlag, der seit den ersten Tagen meiner

Verhaftung von CIA der Vereinigten Staaten von Amerika gegen mich ausgeübt wurde.

„Ich erachte es ebenfalls meiner Verteidigung förderlich“, Stück für Stück die in diesem Prozeß angehäuften Beweise zu untersuchen, da es wirklich der Mühe wert ist. Nach der Rede meines Verteidigers werde ich nur noch einige Details hinzufügen und einige Bemerkungen über die Methoden der Anklage machen. Und all dieses ruhig. Denn wir sind an einem Punkt angelangt, an dem diese Guerillaaktion oder besser, dieser durch Ché gekennzeichnete erste Abschnitt der bolivianischen Guerillarevolution, schon Geschichte geworden ist; an einem Punkt, an dem vom Anfang bis zum Ende fast alles aufgeklärt werden kann, ohne daß wir uns mit der Frage beschäftigen, ob dieses oder jenes Tatbestandsmerkmal ein Verbrechen darstellt oder nicht, ob es die Anklage erhärtet oder nicht (glücklicherweise hat die Geschichte andere Kriterien als Strafgesetzbücher, nach denen sie entscheidet, was rechtsmäßig ist und was nicht). Indem wir dieses voraussetzen und nicht, um die Bürden loszuwerden, die die Leichtgläubigkeit belasten, sondern um eine historische Wahrheit klarzustellen, die hier verzerrt worden war, riefen wir zwei Zeugen, im Protokoll aufgeführt als Zeugen für die Verteidigung, obwohl uns dieser Aspekt ihrer Aussage nicht interessierte. Wir wollten nur, daß sie sagten, was sie wußten. Und da diese Geschichte an Ort und Stelle sowohl von den Guerillas als auch von der regulären Armee geschrieben wurde, haben wir „Camba“ gerufen, den einzigen von der Armee bisher gefangenen Guerilla, der dieser Bezeichnung wert ist, ein Kamerad in den Idealen, auch wenn er als Gefangener noch nicht gemerkt hat, was hier geschieht und schon geschehen ist. Der Rest der Zeugen, die Guerillas gewesen waren, sind im wesentlichen Deserteure, gewöhnliche Deserteure, von denen einige nicht einmal an diesen Sitzungen teilnahmen, da sie sich bereits in der Armee befinden. ... Und wir haben einen Gegner der Guerillas gerufen, einen ehrlichen, tapferen Mann, ehrlich und tapfer genug, um die Ehrlichkeit und Tapferkeit der Guerillas anzuerkennen: den Major der Armee Sánchez. Offensichtlich ist es noch zu früh, als daß die Wahrheit unverfälscht zum Vorschein kommen könnte. Es gibt immer noch Pressionen, Leidenschaften, Behinderungen, Kompromisse. Ich hätte es zum Beispiel gern gesehen, daß Major Sánchez erklärt hätte, ob er den Hinterhalt für einen Mord oder für eine Kriegshandlung hält; wie viele Hinterhalte er den Guerillas bereitete; wer die Ausländer waren, die an dem Verhör der Guerillagefangenen — besonders dem von Vázquez, Bustos und mir — teilnahmen und woher sie kamen; womit sich jenes Verhör beschäftigte, usw. ... Aber es war nicht möglich. Und, ich wiederhole, all dieses nicht, um mich für Vorkommnisse, um die dieser Prozeß sich dreht, zu entschuldigen, sondern um sie ehrlich zu rekonstruieren. Und indem wir das tun, zeigen wir auch unseren Respekt für die erhabene Erinnerung Ché—Che, der niemals die Wahrheit der Bequemlichkeit oder persönlichem Nutzen zum Opfer brachte. Che, der vergeblich und bei verschiede-

nen Gelegenheiten versuchte, dem bolivianischen Volk und anderen die Guerillazeitungen zu bringen. Zuerst enthielt die Zeitung nur Berichte über den Krieg, höchst detaillierte Berichte über alles, was geschah, gute und schlechte, über die genauen Verluste auf beiden Seiten, über Siege und Rückschläge, ohne etwas zu verändern. Und diese Berichte trugen den folgenden Titel: „Revolutionäre Wahrheit steht gegen reaktionären Betrug“. Diese Zeitungen wurden uns überbracht: jeweils zwei an Roth, Bustos und mich, bevor wir nach Muyupampa aufbrachen, und sie wurden dort bei uns konfisziert, oder genauer, bei Roth, dem wir unsere vier Zeitungen gegeben hatten und der sie in der Tasche trug; mir wurden sie nicht weggenommen, wie ein Zeuge, Lt. Ruiz, irrtümlich ausgesagt hat. Aber da dieser gesamte Prozeß anscheinend gegen mich persönlich gerichtet ist, ist es kein Wunder, daß die Zeugenaussage so viele Unrichtigkeiten enthält. Diese Einzelheiten sind nicht sehr wichtig. Was an diesem Fall wichtig ist, was von größter Wichtigkeit ist, ist das Folgende: die Tatsache, daß man hier nicht einmal einen Bruchteil der Dokumente vorgelegt hat, die in Nancahuazú erbeutet wurden dank des Verrats eines Ex-Guerillas namens „Chingolo“, der von Ramón am 27. März aus den Guerillastreitkräften ausgestoßen wurde und heute in der Armee dient. Diese Dokumente müßten unter anderem einschließen: ein Dutzend Feldtagebücher der Guerillas, eine Mannschaftsliste, Notizbücher, Bücher, Pässe, Dutzende von Filmrollen und ein Manuskript Ches über politische Ökonomie und Lateinamerika — sein letztes vollständiges Werk. All dieses wurde nach Washington gebracht, damit Herr Dean Rusk Einsicht nehmen konnte, aber es wurde nicht hierher zu Ihrer Einsichtnahme gebracht. Aber das Schmerhafteste ist, daß bisher Ches Tagebuch diesem Gericht vorenthalten worden ist.

Aber das ist natürlich kein Grund, dieses historische, bewegende und exemplarische Dokument auf die einfache Rolle eines Beweisstückes in so unwichtigen Vorgängen wie diesen hier zu reduzieren. Aber immerhin finden wir eher dort als in irgendeinem anderen Dokument die gesamte Geschichte der Guerillas vom Anfang bis zum Ende aufgeschrieben. Es ist die einzige Stelle, wo Sie die Wahrheit über all das finden werden, was hier Gegenstand ausgedehnter Diskussionen war — ob wir Kombattanten oder Zuschauer waren, ob ich ein Spion, ein Verbindungsmann, ein Lieferant von Karten, ein Politischer Kommissar war oder nicht. Dort werden Sie die Rolle eines jeden von uns, unsere persönliche Beteiligung, finden. Es ist schrecklich, daran zu denken, daß das Gericht über all das entscheiden wird, ein Urteil sprechen wird, ohne Einblick in dieses Dokument verlangt zu haben, das alle seine Zweifel ohne Ausnahme und wahrscheinlich noch andere Dinge aufklären würde. Aber genau hier liegt die Schwierigkeit, der Grund, warum es nicht gelesen werden konnte. Alles würde geklärt worden sein; die Anklage wäre völlig niedergeschlagen worden. Die genaue Bedeutung eines jeden Einzelnen von uns würde sich gezeigt haben. In meinem Fall wäre klar geworden, daß ich nicht 10 Prozent

oder auch nur 1 Prozent der Bedeutung besaß, die man mir offiziell aus nationalen und internationalen politischen Beweggründen beilegen wollte. Überdies würde dieses Dokument alle gegen mich angewandten Mechanismen der Publizität und Propaganda zerstört haben. Es würde z. B. offenbart haben, daß Che in einem Zeitraum von 11 Monaten noch nicht zweimal auf „Revolution in der Revolution?“ Bezug genommen hatte, was für die „Aufstellung und Organisation der Guerillas“ sehr wenig ist aber dem wahren Wert dieses Pamphlets entsprechend häufig genug, denn es war für Che nur *ein* Buch unter den hunderten von Büchern, die er im Lager hatte. Das Gericht würde entdeckt haben, daß meine zwei früheren Reisen nach Bolivien mit dem Ausbruch der Guerillakämpfe in diesem Jahr nicht in Verbindung standen. Aber die übliche Methode wurde angewandt, das übliche Gift. Große „Offenbarungen“ sind angekündigt worden, die sich alle ausschließlich auf Debray bezogen; eine oder zwei Lügen wurden in die Presse „lanciert“; eine Atmosphäre der Erwartung ist geschaffen worden; die Maschinerie der Täuschung tritt automatisch in Aktion. Und was ist dabei herausgekommen? Nichts. Doch das hat einen zivilen Rechtsanwalt nicht daran gehindert, mit unerschütterlicher Ruhe als erwiesen anzunehmen, daß ich bei meiner Ankunft in seinem Lager Che Guevara Geld überbracht habe. Der Beweis dafür ist, sagt dieser Herr, daß es in der Presse gestanden hat. Auf diese Weise wird in Bolivien täglich bewiesen, daß die Sonne sich um die Erde dreht. Es gibt da nur ein kleines Detail, ein Detail, das diesen Herrn nicht sehr interessieren würde: und das ist die Tatsache, daß diese Behauptung falsch ist. Ich habe Che, der nicht der Mann ist, der Namen verwechselt, niemals Geld überbracht. Der Staatsanwalt nannte einen anderen Satz des Tagebuchs in Verbindung mit meiner angeblichen Mission, im Auftrage Fidel Castros mit der Kommunistischen Partei Boliviens Kontakt aufzunehmen. Obwohl kein Beweis vorgelegt wurde, kam das gelegen. Ich kann Ihnen sagen, daß ich einer solchen Aufzeichnung sehr mißtrauisch gegenüberstehe, besonders wenn sie in dieser Weise geschrieben ist. Denn selbst wenn ich gute Freunde in der KPB habe, traf ich mich nie mit irgendwelchen Führern der KPB in Bolivien, um irgendein politisches Problem zu diskutieren, weil ich einfach in keiner Weise autorisiert bin, gegenüber einer politischen Partei irgend jemanden als mich selbst zu vertreten. Diejenigen, die mit solchen Methoden die öffentliche Meinung verwirren und die Tatsachen verdrehen wollen, machen einen Fehler. Sie machen einen Fehler, weil Dokumente existieren müssen, die den Ursprung, den Beginn der bolivianischen Guerillakämpfe mit Daten, Fakten und Namen beschreiben — Dokumente, die niemand konfiszieren kann und die ohne Zweifel zu einem geeigneten Zeitpunkt veröffentlicht werden.

Es kümmert mich nicht, ob das rechtskräftige Urteil dem Staatsanwalt gefallen wird; es kümmert mich, ob das Urteil sich auf die Wahrheit gründet, auf das was ich bin und was ich getan habe und nicht auf verstümmelte Dokumente, meineidige Zeugen (es gibt hier fünf davon, Euer Ehren — drei Soldaten und

zwei Ex-Guerillas) oder auf Taschenspielertricks wie die bisher vorgelegten Beweise. Und ich fordere mit noch größerem Nachdruck, daß die Armee und die Regierung alle Mittel in ihrem Besitz haben sollen, um die simple Wahrheit bekanntzumachen. Ich fordere in meiner Eigenschaft als Schriftsteller, als Intellektueller keine irgendwie geartete Immunität, noch habe ich sie jemals gefordert, wie der Staatsanwalt behauptet hat. Ich protestiere nicht dagegen, zur Maximalstrafe verurteilt zu werden, selbst wenn es eine Frage der Todesstrafe wäre. Ich protestiere gegen die Begründungen für ein solches Urteil. Der Kern der Sache ist nicht das zu sprechende Urteil, das unwichtig ist, sondern die Begründungen. In dem Kampf auf Leben und Tod, der vom US-Imperialismus und seinen Mietlingen gegen Sozialismus und Revolution geführt wird, ist, wie ein Anwalt hier in unser Gedächtnis zurückrief, die Tatsache allgemein anerkannt, daß diejenigen, die den Weg der Revolution gewählt haben, früher oder später Gefahr laufen, ins Gefängnis zu kommen oder eines gewaltsamen Todes zu sterben. Ich sehe darin nichts Ungewöhnliches, keinen Grund sich zu wundern. Der Staatsanwalt wiederholte mehrmals, daß es besser ist, 30 Jahre im Gefängnis zu sitzen als im Kampf zu sterben. Ich empfinde gerade das Gegenteil. Aber ich kann jedenfalls nicht erlauben, daß ein politisches Urteil über ein ideologisches Verbrechen ausgegeben wird als ein Urteil über ein gewöhnliches Verbrechen. Ich kann Ihnen nicht erlauben, mir eine Rolle in einer Guerillaorganisation beizulegen, die ich nie gespielt habe, daß ich als Mörder, als Dieb abgeurteilt werde; das jedenfalls sagt die Anklage. Ich kann Ihnen nicht erlauben, eine Erklärung politischer und moralischer Mitverantwortung mit einem Schuldbekenntnis gleichzusetzen. Schuldig wessen? Und auf welcher Grundlage? Auf politischer? Zugegeben. Auf krimineller? Nicht statthaft. Sie können mir sagen: „Wir verurteilen Sie, weil Sie ein Marxist-Leninist sind, weil Sie ‚Revolution in der Revolution?‘ geschrieben haben, ein Buch, das in Ihrer Abwesenheit einmal einigen Guerillas vorgelesen wurde; wir verurteilen Sie, weil Sie ein offener Bewunderer Fidel Castros sind und weil Sie hierherkamen, um mit Che zu sprechen, ohne vorher die Erlaubnis der Behörden einzuholen, weil Sie uns nicht vorher Bescheid gaben, weil die Guerillas Ihnen den Spitznamen „Danton“ gaben und weil Sie genau wie jeder andere Besucher zwei- oder dreimal im Lager der Guerillas den Wachdienst verrichteten.“ Das ist in Ordnung; ich habe nichts dazu zu sagen. Ich weiß sehr gut, daß es immer noch einen Klassenkampf gibt, ich weiß sehr gut, daß es Yankee-Gesandtschaften und ihre Bataillone von Agenten und Propagandisten gibt, ich weiß sehr gut, daß die Revolution noch gemacht werden muß. Aber wenn man mir sagt: „Wir verurteilen Sie, weil Sie zweimal als Spion in dieses Land kamen, weil Sie Che Karten und Geld überbrachten, weil Sie zum allgemeinen Stab der Guerillas gehörten, weil Sie die militärischen Operationen planten, weil Sie den Guerillas Unterricht erteilten, weil Sie ein Politischer Kommissar, ein Genie der Subversion waren und an Angriffen aus dem Hinterhalt teilnahmen“, dann sage ich nein; ich protestiere; weil all dieses

eine Reihe von Geschichten, von völlig unbewiesenen Lügen ist, die niemals zu beweisen sein werden. Ich werde unaufhörlich und auf jede mögliche Weise gegen meine Verhaftung protestieren. Meine Haltung sollte Sie nicht überraschen. Selbst wenn ich tausendmal erkläre, daß ich es bedaure, nicht in der vom Staatsanwalt gewünschten Weise schuldig zu sein, daß ich bedaure, nicht an der Seite Ches gefallen zu sein, so gibt Ihnen das kein legales Recht mich zu verurteilen, denn Strafen werden für Taten verhängt, nicht für Absichten. Die Verleumdungskampagne, die die gesamte lateinamerikanische Reaktion von General Stroessner bis zu Lieras Camargo, Luis Conte Agüero und die Publizisten in La Paz eingeschlossen, gegen mich vom Stapel gelassen hat, umfaßte einige sehr scharfsinnige Taktiken, eine zeitlang scharfsinnige legalpolitische Taktiken. Wenn ich sage: „Zufällig habe ich weder direkt noch indirekt eines der Verbrechen begangen, deren ich angeklagt bin; ich bin an den mir hier zur Last gelegten Verbrechen absolut unschuldig“, dann ist dieses die Antwort, die ich bekommen werde: „Dann leugnen Sie Ihre politischen Ideen ab, sind unfähig, sie aufrechtzuhalten, und Sie lehnen die Verantwortung für das durch Ihr Buch verursachte Blutvergießen ab.“

Und wenn ich sage: „Ich bejahe meine politische und moralische Mitverantwortung für die Aktionen meiner Kameraden, die der Grund für diesen Prozeß sind“, dann höre ich ein beglücktes Geschrei von der Boulevardpresse: „Endlich gibt der Bandit seine Schuld zu . . .!“ Aber ich frage nochmals: schuldig wessen? Es scheint, daß diese Herren niemals völlig zufrieden sein werden, niemals aufhören werden zu bellen und Gift zu spucken, bis sie mich bekennen hören, daß ich in der Guerillaführung war, daß ich das Operationsfeld aussuchte und erkundete, alle Vorbereitungen kontrollierte, die Hinterhalte plante, daß ich als Politischer Kommissar und als Ratgeber Ches diente, und daß mein Pamphlet als Handbuch für Guerillas benutzt wurde, usw. Dann, wenn ich zugebe, daß solche Erfindungen die Wahrheit darstellen, dann werde ich ehrlich oder tapfer, konsequent und verantwortungsbewußt genannt werden. Sie vergessen einfach, daß wir die Tatsachen beachten und kennen müssen bevor wir sprechen; daß die Fakten nicht so dehnbar sind. Ich kann nicht Geschichten erfinden, nur um Ihr Verlangen zu befriedigen. Sie versuchen, mich in folgendem Dilemma zu fangen: entweder nutzen Sie meine politischen Bindungen aus, um mich krimineller Delikte zu beschuldigen, selbst unter Zuhilfenahme von Erfindungen, oder Sie nutzen meine Unschuld an kriminellen Delikten aus, um es dann so hinzustellen, als hätte ich keine starke politische Bindung oder könnte nicht an ihr festhalten. Meine Herren, so einfach ist das nicht! Hier in diesem Raum geht es nicht um Politik — so sagen Sie — sondern um die Anwendung des Strafgesetzbuches, um die Anwendung der Höchststrafe für Mord, Diebstahl und Rebellion auf einen Mann, der weder persönlich, als Anstifter, noch indirekt an den militärischen Aktionen teilnahm, über die Sie urteilen wollen, auch wenn er sie unumwunden gutheißen.

Was verstehe ich unter Mitverantwortung? Als Revolutionär (in dem Maße, in dem ich als solcher bezeichnet werden kann) fühle und erkläre ich mich mitverantwortlich an allen von den Revolutionären überall in der Welt begangenen „Verbrechen“, von dem Druck von Flugblättern bis zu Angriffen auf Banken, um Geldmittel in die Hand zu bekommen, von illegalen Zusammenkünften bis zur Exekution von Folterern. Denn solange ich verfügbar bin, und irgendwo ein Führer nach mir schickt und mir sagt: „Wir brauchen Sie. Wir brauchen Sie, weil Sie unserer Meinung nach der einzige sind, der eine solche Mission ausführen kann; Sie können es besser tun als andere und dadurch unserer gemeinsamen Sache voranhelpen“, dann bin ich bereit, meine Pflicht zu tun.

Ich finde es nicht befremdend, daß Sie mich für diese Haltung, für diese Bereitschaft verurteilen wollen. Der *raison d'être* politischer Prozesse ist es, solche Bestrebungen, eine solche Bereitschaft zu verurteilen.

Wenn Che Anfang April auf meine Bitte, mich seiner Gruppe beitreten zu lassen, bestimmt und sofort geantwortet hätte: „Sie sind körperlich geeignet; Sie haben die Befähigung; Sie sind den Gebirgskampf und das Leben im Lande gewöhnt; Ihre Aufgabe als Journalist kann später von jemand anderem erledigt werden; sie ist nicht dringend; bleiben Sie hier bei uns,“ dann wäre ich bereitwillig als Kombattant, als Guerilla geblieben, bereit, überall und so oft wie nötig zu kämpfen. Was kann ein Kämpfender mehr erträumen, als unter Ches Befehl zu stehen? Unglücklicherweise wurde ich damals als Folge von Unterernährung krank, wie ich bereits in meiner Erklärung erwähnte, und Che setzte nicht viel Vertrauen in meine körperliche Eignung. Ich sage „unglücklicherweise“, weil ich sonst niemals die Guerillas verlassen hätte und nicht hier sitzen und sprechen würde, ausgesetzt all dieser lächerlichen publicity, imperialistischer Propaganda, dem Haß der Yankees und der besonders aktiven und überschwenglichen Animosität ihrer Ehrengäste, der exilkubanischen Kolonie. Aber ich betrat und verließ das Lager der Guerillas eben als ein einfacher Besucher; ich nahm länger als ich erwartet hatte am täglichen Leben des Lagers teil, denn dort hielten wir uns auf. Warum also sage ich, daß ich für die Kriegshandlungen meiner Kameraden mitverantwortlich bin?

Weil ich, weit davon entfernt, sie zu verurteilen, sie als notwendig und legitim billige. Ebenfalls weil ich an der Vorbereitung dieser Aktionen teilgenommen hätte und die Aktionen auch durchgeführt hätte, hätte Ramón es befohlen oder wäre ich gesund gewesen. Kurz, genau die Tatsache, daß ich in den revolutionären Reihen verbleibe und daß ich weiterhin davon überzeugt bin, daß besonders in Bolivien der bewaffnete Kampf der Schlüssel zum Befreiungskampf ist, beweist, daß ich diese sogenannten Verbrechen nicht bereue und daß ich bereit bin, sie weiterhin zu begehen. Ich heiße sie gut, und indem ich den moralischen und politischen Konzeptionen, die sie inspiriert haben, anhänge, akzeptiere ich unausweichlich auch alle Konsequenzen, die sich aus meinen Handlungen ergeben mögen.

Heißt das, daß ich in jedem Augenblick aufhören könnte, ein „Besucher“ zu sein und ein „Guerillakämpfer“ werden könnte? Diese Sache, die die Anwälte und der Staatsanwalt so sehr diskutiert haben, verhält sich folgendermaßen. Zur Zeit unseres ersten Zusammentreffens mit Che hatten weder Kämpfe noch Hinterhalte stattgefunden, noch wurden sie so bald erwartet. Trotzdem stellte er sofort unmissverständlich fest, daß ich als Besucher dort war. Ja, wir diskutierten die Frage, ob ich den Guerillastreitkräften beitreten sollte. Aber Che wollte, daß ich mich zusätzlich zu meiner journalistischen Arbeit um einige außerhalb liegende Dinge kümmern sollte. Und da ich selbst einige mich beträchtlich beunruhigende persönliche Probleme erledigen wollte, kamen wir überein, daß ich das Lager sofort verlassen sollte. Doch wir kamen auch überein, daß ich danach nach Bolivien zurückkommen würde und daß ich dann als Guerillakämpfer kommen und bleiben würde.

Plötzlich wurde die Lage kompliziert. Es war bereits schwierig geworden, Verbindung mit der Außenwelt aufzunehmen. Von den vier anwesenden Besuchern sollten nach Ches Entscheidung Bustos und ich als erste das Lager durch die Stadt Gutiérrez verlassen. Für die Evakuierung von Chino und Tania wurde ein sorgfältiger Plan gemacht, da sie von größerer Wichtigkeit für die Revolution waren. Als ich nach dem erfolglosen Versuch, das Lager über Gutiérrez zu verlassen, nochmals mit Che über meinen Beitritt zu den Guerillakräften sprach, verwies dieser auf meine mangelnde Erfahrung des Lebens in der Wildnis und antwortete, daß ihm zehn Intellektuelle aus der Stadt als Guerillakämpfer weniger bedeuteten als ein ortsansässiger Bauer. Das überzeugte mich davon, daß ich außerhalb der Guerillakräfte weit nützlicher sein würde als innerhalb, besonders in jenen Momenten der Isolation, und ich bekräftigte erneut meine Entscheidung, die Guerillas so zu verlassen, wie ich gekommen war, als einfacher Besucher.

Doch er wollte uns nicht zwingen, das Risiko eines mehr oder weniger improvisierten Aufbruchs einzugehen. Und wenn Sie noch mehr Beweise dafür wollen, daß wir nicht der strengen Disziplin der eigentlichen Kombattanten unterworfen waren, lassen Sie mich darauf hinweisen, daß Che, obwohl er mir mehrmals als seine persönliche Meinung zu verstehen gegeben hatte, es wäre klug, die Gegend schnell zu verlassen, uns wählen, uns entscheiden ließ, ob wir noch etwas bei den Guerillas bleiben wollten oder ob wir das Lager auf dem einen oder dem anderen Wege verlassen, dem einen oder dem anderen Plan folgen wollten. Das waren keine Befehle. Er hatte uns einmal seine Meinung gesagt, und wir konnten seinen Rat annehmen oder nicht. Wir hatten uns genügend eingemischt, ohne Nutzen für die Bewegungen der Guerillas. Es gab zu viele Kranke unter ihnen. So bestand ich für meine Person darauf, das Risiko des Aufbruchs einzugehen, ein für allemal und so bald wie möglich. Besonders da wir selbst für den Fall unserer Verhaftung während der Reise niemals daran gedacht hatten, daß wir so behandelt werden würden und daß wir der Grund sein würden für

so viel Lärm und für einen solchen Prozeß. Damals dachten wir, daß wir um so früher zurückkehren könnten, je früher wir aufbrachen, aber dann nicht als Besucher. Aber warum darüber reden? Was hätte gewesen sein können und nicht war, und was leider (!) nun niemals sein wird, das fällt nicht unter die Jurisdiktion dieses Gerichts. Warum dann sollte ein Nichtkombattant sich für von revolutionären Kombattanten begangenen Taten mitverantwortlich erklären? Erlauben Sie mir einen Vergleich.

Am Vorabend der Sommersonnenwende wurde das Blut von Bergarbeitern vergossen. Mitten in der Nacht machte die Armee einen Überraschungsangriff gegen die Bergwerke. Nach offiziellen Angaben fand der Morgen den Boden des Bergwerkes mit 27 Toten und dreimal so vielen Verwundeten übersät. 27 Familien trauern, Herr Präsident, aber sie können ihre Toten nicht laut beweinen, können nicht nach Rache schreien. Auch können sie als Zivilisten nicht in irgend einem Prozeß erscheinen oder Plakate in den Straßen anschlagen. Siebenundzwanzig Familien in stummer Trauer. Alle diejenigen, die eine Militäruniform tragen, sind meiner Denkweise nach gleichermaßen für die in jener Nacht begangenen Verbrechen verantwortlich. Selbst wenn Sie, meine Herren vom Gericht, diese Repression nicht ersannen, planten, oder ausführten, so sind Sie meiner Auffassung nach doch sowohl vom moralischen wie auch vom politischen Standpunkt gleichermaßen verantwortlich dafür.

Erstens, weil Sie diese Taten nicht verdammen; Sie heißen sie gut, wie Sie sagen, als ein notwendiges Übel, um ein noch größeres Übel von der verfassungsmäßigen Ordnung fernzuhalten: den allgemeinen Umsturz. In Nancahuazú und Iripiti sehen wir, wie notwendige Übelstände dem Volk ein noch größeres Übel ersparen, das der allgemeinen Unterdrückung.

Und weil Sie Ihrer Teilnahme daran zugestimmt hätten, wenn es befohlen gewesen wäre, denn dann wäre es eine Sache der Disziplin gewesen.

Kurzum, weil Sie nach dem Vorabend der Sommersonnenwende Ihre Uniform nicht abgelegt haben. Außer Geisteskranken und Faschisten hat es niemand gern, wenn Menschen durch Töten Geschichte machen müssen. Aber wenn Sie über Verbrechen sprechen wollen, wo sind die Unschuldigen? Alle hier — Richter wie Angeklagte — sind Mitschuldige an Verbrechen. Es ist nicht so, daß Sie Frieden und Glück repräsentieren, während wir Gewalt und Schmerz bedeuten. Jeder muß sich entscheiden, auf welcher Seite er steht — auf der Seite militärischer Gewalt oder der Gewalt der Guerillas, auf der Seite der Gewalt, die unterdrückt oder auf der Seite der Gewalt, die befreit. Verbrechen gegen Verbrechen. An welchem wollen wir mitverantwortlich, mitschuldig oder beteiligt sein? Sie wählen die einen, ich wähle andere, Punkt.

Aber lassen Sie uns die Tatsachen betrachten. Lassen Sie uns sehen, ob meine Kameraden Morde beginnen oder nicht, ob meine Kameraden Verbrecher sind oder nicht. Bei seinem ersten Auftritt forderte der Staatsanwalt das Gericht auf, einen „exemplarischen Präzedenzfall“ zu schaffen. Angesichts der Tatsache,

daß die Todesstrafe nicht rechtzeitig wiedereingeführt werden konnte, obwohl General Barrientos sie vom Kongreß gefordert hatte, forderte der Staatsanwalt die momentan gültige Höchststrafe: 30 Jahre. Da diese Strafe nur für Mord, Vatermord und Hochverrat verhängt wird und da ich weder mein Vaterland verraten noch meine Eltern getötet habe, Herr Präsident, mußte eine zweifache Beschuldigung aus den Fingern gesogen werden.

Der erste Schritt bestand darin, die Hinterhalte vom 23. März und vom 10. April als „Mord“ zu bezeichnen. Damit wurde es nötig zu beweisen, daß die Armeetruppen nichts von der Existenz der Guerillas wußten und daß sie unerwartet überfallen wurden, als sie „mit ihren Hacken und Schaufeln“ in der Gegend Routineaufgaben ausführten. Das ist der Grund, warum der Staatsanwalt „die Angreifer“ nicht Guerillas, sondern „Banditen“ nennt. Zweitens mußte man beweisen, daß ich an diesen „Morden“ teilgenommen hatte, wenn nicht direkt, so doch wenigstens indirekt durch „Hinführung“, als wesentlicher Faktor im militärischen Aufbau der Guerillas.

Lassen Sie uns den ersten Punkt, die Hinterhalte, betrachten. Am 11. März um 7 Uhr morgens, als noch niemand an militärische Operationen gedacht hatte, nahmen im Standquartier der Guerillas zwei Leute aus Moisés Gueveras Gruppe ihre Karabiner und gingen hinunter zum Fluß. Sie hatten den Auftrag, Wild zu jagen. Aber anstatt daß sie rechtsab nach Osten gingen, wo die Jagdgründe lagen, wandten sie sich westwärts nach Camiri. Sie waren die ersten Deserteure und sind hier als Angeklagte anwesend. Die Farce ging so weit, sie als Angeklagte einzustufen, was sie, wie ich hörte, etwas geärgert hat.

Am 14. März wurden sie in der Gegend verhaftet, bevor sie La Paz erreichen konnten, wo sie sich — laut ihren schriftlichen Erklärungen „melden wollten“. Am selben Tag gaben sie hochdetaillierte Erklärungen ab, da sich bei einem von ihnen herausstellte, daß er alte Bindungen zur DIC und zur „Politischen Kontrolle“ hatte. In seiner Erklärung, die geschrieben wurde, nachdem er vor Gericht gestellt wurde, sagt er wörtlich, daß er „zu den Guerillas gegangen war, um einen Spionageauftrag auszuführen, denn er dachte, daß seine Denunziation ihm irgendwelchen Nutzen bringen würde“. Seine schriftlichen Erklärungen vom 14. und 15. März bilden einen Teil der Akte, sie beginnen auf Seite 30. Da sie nicht öffentlich verlesen werden konnten, bitte ich Sie, meine Herren vom Gericht, sie sorgfältig zu lesen. Dort werden Sie exakte Auskünfte über die Organisation der Guerillas erhalten: die Zahl der Kämpfer, die sich damals im Standquartier aufhielten (20 Mann), die Kämpfer, die zusammen mit Che Vallegrande erkundeten (30 Mann), die Nationalitäten der Guerillas, Namen, Pläne, die Lage des Lagers, ihre Wege, die Existenz von Funkgeräten, usw. Dort werden Sie nicht nur lesen, daß Che unter dem Kriegsnamen Ramón anwesend war, sondern Sie werden auch entdecken, wann und wie er nach Bolivien kam und unter welcher Kleidung, alles über seine Taten, seine Habeligkeiten, wie man in jedem Moment sein Eintreffen im Standquartier er-

wartete, usw. Antonio, der Kommandant des Lagers, hatte sie damals unverdienstmaßen als Kameraden behandelt. Er zeigte ihnen sogar die ganze — noch geheime — Sammlung von Photographien, die von Che gemacht worden waren und von denen, die ihn seit November ständig begleitet hatten. So brachen sie auf, ohne auf seine Rückkehr zum Lager zu warten. Sie gaben zu, daß sie der Armee sofort auf dem Lande und aus der Luft als Führer gedient hätten, und daß sie später, vor dem 23. März, zum Großen Hauptquartier in La Paz geschickt wurden, um ihren Bericht zu vervollständigen. Für den Fall daß hierüber irgendein Zweifel besteht, wurde Choque-Choque, der ebenfalls zur Gruppe Moisés Guevaras gehörte, am 17. gefangen genommen, ohne irgendwelchen Widerstand zu leisten. Er bekräftigte, was seine Kameraden gesagt hatten und ging sofort als Führer zu den Truppen über, zeigte ihnen den Weg zum Lager und machte sie auf Einzelheiten des Verteidigungssystems aufmerksam. An dieser Stelle schilderte Major Sanchez, wie Choque-Choque an der Spitze der Truppen gegangen war, die Anfang April das Hauptlager eroberten. Die dritte Informationsquelle, die der Armee von Nancahuazú ein vollständiges Bild der Lage der Guerillas gab, war ein Führer namens Vargas, ein Zivilist in Uniform, der in dem Hinterhalt am 23. den Tod finden sollte, als er die Armeekolonne zum Lager führte. Dieses in Vallegrande lebende Individuum war unvorsichtigerweise vom Anführer der Guerillavorhut Marcos und seinen Truppen besucht worden. Sie kamen unter dem Vorwand, ausländische Geologen zu sein, Anfang März zu ihm und versuchten, ihm Nahrungsmittel abzukaufen, da die Nahrungsmittelversorgung der Guerillas, die mit Che jene Gegend erkundeten, sehr schlecht war. Vargas wurde mißtrauisch und folgte ihnen dichtauf von Vallegrande nach Nancahuazú. Danach berichtete er seinen Verdacht im Hauptquartier der 4. Division in Camiri. Aufgrund der zusätzlichen Reihe von Berichten, die von Algaranaz geliefert wurden, zusammen mit dem plötzlichen Erscheinen von Marcos und der Vorhut, mobilisierte die Armee natürlich *vor* den Peons des Marcos, *und* sie ging in die Offensive. Am 16. März besetzte die Armee das Haus Coco Peredos („das Haus mit dem Blechdach“), und ein Soldat wurde in der Operation getötet. An den folgenden Tagen sandte die Armee, die das Lager bereits ausgemacht hatte, ihre Patrouillen weiter und weiter hinaus. Aufklärungsflugzeuge überflogen den ganzen Tag lang das Gebiet. Die Guerillas sahen sich nicht nur mit zur Neige gehendem Nachschub blockiert — sie waren von der Farm und der Straße nach Camiri abgeschnitten — sondern sie sahen sich auch zu einem Zeitpunkt überrascht, als sie verstreut und noch nicht genügend ausgebildet waren, denn Che und seine Leute, die ihre Ankunft im Lager Nancahuazú für den ersten März geplant hatten, verspäteten sich um zwanzig Tage. Boten wurden zu ihm gesandt, um ihn auf die unvorhergesehenen Umstände aufmerksam zu machen. Inzwischen entschied Marcos, der mit der Hilfe Antonios das Standquartier übernommen hatte, angesichts des Fehlens ausreichender Kräfte, um

gegen den steigenden Druck der Armee standzuhalten, abzuziehen und weiter zurückzugehen. Und als Che am 20. schließlich eintraf, fand er die Guerillas auf dem Rückzug vor einer Offensive der Armee. Er sah in diesem hastigen Rückzug Zeichen von Defaitismus, entfernte Marcos von seinem Posten, ließ alle zum Standquartier zurückkehren und beschloß, es gegen jeden Angriff der Armee zu verteidigen. Um das Vordringen aufzuhalten, schickte er daher eine Gruppe von sechs Männern los, die an einem drei Stunden vom Lager entfernten Punkt in der Schlucht von Nancahuazú Position beziehen sollten. Und der Hinterhalt fand am 23. statt. Was an diesen Tagen vor dem 23. geschah, hatte einen entscheidenden und verhängnisvollen Einfluß auf alle späteren Unternehmungen der Guerillas. Aber ich gab diese kurze Darstellung nur, um zu zeigen, wie die These des Anklagevertreters einer Untersuchung nicht standhält, selbst wenn sie auf falschen Zeugenaussagen aufbaut. Die Armee war nicht mit einem „Routineauftrag“ in Nancahuazú, und noch weniger „mit der Absicht, eine Straße zu erschließen“. Sie hatte gerade keine „Hacken, Schaufeln und Macheten“, wie Hauptfeldwebel Plata sagte. Sie war gekommen mit Maschinengewehren vom Kaliber .30, mit .60-mm-Mörsern, mit Funkgeräten und mit Unterstützung aus der Luft, und sie wußte, wohin sie ging; sie wollte in einem kombinierten Manöver mit einer anderen Militärkolonne, die von der anderen Seite, von Gutierrez, herankam, das Standquartier einnehmen. Es war eine klassische Einkreisung. Die Luftwaffe erhielt den Befehl, vom 23. 12 Uhr ab das Lager zu bombardieren. Auf jeden Fall hatten die Feindseligkeiten zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Seiten bereits begonnen, selbst wenn zu jenem Zeitpunkt die öffentliche Meinung noch nicht darauf aufmerksam geworden war (obwohl eigenartigerweise seit Anfang März die Presse sogar Gerüchte über die Guerillas veröffentlicht hat). Sie hatten für die Guerillas genau am 11. März begonnen, dem Datum der ersten Desertionen, die das Lager in den Alarmzustand versetzten; für die Armee hatten sie ein paar Tage später mit der Einnahme von Peredos Farm begonnen.

Außerdem war am 23. die Armee in der Offensive, und die Guerillas waren in der Defensive. Wenn vom taktischen Gesichtspunkt gesehen die Armee durch den Hinterhalt überrascht wurde, so waren vom strategischen Gesichtspunkt die Guerillas die Überraschten, den sie übernahmen nicht die Initiative in dem Kampf, sondern wichen ihm zunächst eher aus. Wegen all dieser Gründe war jener Hinterhalt nicht Mord, sondern vielmehr eine Kriegshandlung, planvoll und vorsätzlich von beiden Seiten erklärt.

War der Hinterhalt grausam? Zweifellos, wie jeder Hinterhalt. Es ist eine Kampfmethode, die existiert, solange die Schwachen gegen die Starken gekämpft haben. Er wird in allen Volkskriegen in jeder Geschichtsperiode angewandt und wird immer noch in der regulären Kriegsführung verwendet. Wurden unschuldige Offiziere und Mannschaften getötet? Sicherlich. Waren die bolivianischen Soldaten, die von den Kugeln der Bergarbeiter getroffen 1952 in Altos de

la Paz fielen, für Latifundien, für Roscas Erpressung, für Hungerlöhne persönlich verantwortlich? Waren die Alto-Peruaner, die bei der Verteidigung der Spanischen Krone unter den Kugeln der Lanzabrüder fielen, waren die Padilla-Gruppe und die Azurduy-Gruppe verantwortlich für den monarchischen Absolutismus, für den ‚ponguenjo‘, für das spanische Handelsmonopol? Offensichtlich nicht. Diese Opfer waren auch Opfer der obsiegenden Gewaltherrschaft, deren dessen blind-loyale Werkzeuge sie waren. In all diesen Geschichtsperioden waren die Männer in Uniform die ersten Opfer der Ausbeutung und Unterdrückung, die sie verteidigten, und in der Mehrzahl der Fälle erkannten sie nicht, was sie repräsentierten. Sie waren die Opfer ihrer gesetzlichen Pflicht, die nichtig, sinnlos und leer wurde. Diese Tatsache erlaubt uns, sie zu respektieren und mit ihren Familien zu sympathisieren, aber sie erlaubt uns nicht, dem gesellschaftlichen Herrschaftssystem, das sie zu seiner Machterhaltung benutzt, zu gestatten, mit ihnen demagogische Propaganda zu machen. Der revolutionäre Krieg ist keine Frage von Individuen, die Individuen gegenüberstehen — jeder hat eine Familie, Eltern, Söhne, Menschen die er liebt, eine Jugend. Sie sind lediglich Vertreter zweier miteinander unvereinbarer Ordnungen. Diese Kriegshandlungen sind die Früchte sozialer, wirtschaftlicher und moralischer Antagonismen, die vom Willen der Akteure unabhängig existieren und ihm vorausgehen. Niemand hat diese Antagonismen geschaffen und niemand kann sie fortnehmen, aber sie sollten in der Tat überwunden und beigelegt werden. Die Tragödie liegt natürlich darin, daß wir keine Gegenstände, Zahlen, abstrakte oder austauschbare Werkzeuge töten, sondern auf beiden Seiten eben unersetzbare und im Grunde unschuldige Individuen, einzigartig für die, die sie geliebt, aufgezogen und geschätzt haben. Das ist die Tragödie der Geschichte, jeder Geschichte, jeder Revolution. Nicht Individuen werden in diesen Schlachten einander gegenübergestellt, sondern die Interessen und Ideen von Klassen; aber diejenigen, die in den Schlachten fallen, diejenigen, die sterben, sind Personen, sind Menschen. Wir können diesen Widerspruch nicht vermeiden, diesem Schmerz nicht entfliehen.

Wenn der Hinterhalt als solcher als Mord zu bezeichnen ist, dann sind die Yankees in Fort Brigg in der Kanalzone unerreichte Meister dieser Kunst, denn das erste, was sie den lateinamerikanischen Militärs und den Boliviern in ihrem Dschungelkurs beibringen, ist das Errichten von Hinterhalten gegen die Guerillas und die Taktik und Theorie des Hinterhalts. Wenn der Hinterhalt als solcher Mord ist, weil der Kampf nicht für beide Seiten die gleiche Ausgangslage hat, weil die Risiken nicht dieselben sind, dann gibt es in der bolivianischen Armee viele Mörder, denn sie hat mehr als einen Hinterhalt errichtet. Nancahuazú und Iripiti waren keine Hinterhalte zur Ausrottung: der Beweis dafür ist die Zahl der Gefangenen, die man hätte liquidieren können. Sie sollten Waffen einbringen, mit denen man später die Bauern bewaffnen und den Zugang zum Standquartier versperren wollte. Was wirklich ein Hinterhalt mit dem Ziele

der Ausrottung des Gegners, ein skrupelloser Hinterhalt war, war zum Beispiel der, den die Armee gegen eine Nachhut der Guerillas in Vado del Yeso plante. Laut der Aussage Major Vargas', der die Operation leitete und plante, wartete man dort, bis die Guerillas beim Passieren des Flusses waren und eröffnete dann das Feuer auf sie von beiden Ufern des Flusses, von hinten, von vorn und aus der Flanke. Nur einer von elf Guerillakämpfern wurde gefangen genommen. Dort war das Ziel zu töten, nur zu töten und nichts mehr. Dort fielen Joaquin, Tania, Alejandro, El Negro, Moisés Guevara, Braulio, Pablo und andere, ohne daß sie sich mit mehr als ein oder zwei ungezielten Salven hätten verteidigen können. Sollte ich sagen, daß das Mord war? Nein. Es war ein Hinterhalt, sonderbar grausam zwar, aber es war kein Mord. Die Armee nutzte geschickt einen gewaltigen Fehler der Guerillas aus, oder sie nutzte das Glück oder die bessere Kenntnis des Terrains oder der Stellen, an denen der Rio Grande überschritten werden kann, genau wie die Guerillas ein paar Monate früher in Nancahuazú und Iripiti die Irrtümer der Armee ausgenutzt hatten. Das ist für den Guerillakampf genauso wahr wie für jede andere Art der Kriegsführung. Wenn Vado del Yeso kein Mord oder ein Akt der Feigheit war, wie kann dann Nancahuazú so bezeichnet werden? Oder gibt es vielleicht zwei Maßstäbe, zwei Arten die Dinge zu beurteilen: eine für die Armee und eine andere für die Guerillas? Vielleicht wird man argumentieren, daß die Guerillas damit anfingen und daß man es der Armee nicht vorwerfen soll, wenn sie dieselben Methoden anwenden mußte; daß die Guerillas für diese ganze Serie von Hinterhalten verantwortlich sind, da sie diejenigen sind, die solche Taktiken einführten. Dazu kann eine Menge gesagt werden. Wahr ist, daß die ehemaligen Bergarbeiter, die an dem Hinterhalt von Nancahuazú teilnahmen, das Gefühl, die Sicherheit hatten, daß sie einen Kampf fortsetzen, einen sehr alten Kampf gegen die Armee, einen sehr alten Feind. Und selbst wenn sie neue Methoden anwandten, war dieses ein Kampf, den sie auf keinen Fall begonnen hatten, denn er begann vor langer Zeit, dort in Catavi ungefähr 1946 — und noch früher. Wahr ist jedenfalls, daß die Verurteilung nicht offen und direkt gegen ein Anliegen, eine revolutionäre Idee gerichtet ist, sondern scheinheilig formell gegen eine Kampfmethode, gegen Kriegstaktiken, ohne in Betracht zu ziehen, daß diese Methode — die Anwendung von Hinterhalten — allgemein angewandt wird und gleichermaßen von Streitkräften der Armee gegen die Guerillas, genau denselben Streitkräften, die solche Methoden Mord nennen, wenn sie gegen sie selbst angewandt werden und heroischen Kampf, wenn Streitkräfte der Armee solche Methoden gegen revolutionäre Streitkräfte der Guerillas anwenden. Auch weiterhin, Euer Ehren, muß man ehrlich sein. Die Armee führte die Operation des 23. März schlecht und völlig verantwortungslos durch, und man kann dafür nicht die Guerillas verantwortlich machen. Was ungesagt blieb war die Tatsache, daß jene Soldaten und Offiziere hinausgeschickt wurden, um ihr Leben zu riskieren — und dieses sind

die Worte, die Hauptmann Silva in seiner Zeugenaussage selbst gebrauchte — ohne auch nur die elementarsten Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Nach dem, was Guerillakämpfer mir erzählten, sammelten sich die Truppen auf einem Strand gegenüber den Guerillas und nahmen Marschformation an, ohne sich auch nur auseinanderzuziehen. Jedermann weiß — es steht in jedem militärischen Handbuch — daß nach dem Betreten einer Gefahrenzone jeder Angehörige einer Marschkolonne fünfzig Meter Abstand zu seinem Vordermann halten muß. Jene Truppen waren dorthin gegangen, um ein Lager der Guerillas einzunehmen. Wie konnten sie so handeln, mit diesem Mangel an Voraussicht, da sie doch wußten, welche Art von Guerillas sie bekämpften, welcher Art von Guerillaorganisation sie gegenüberstanden, und da sie ebenfalls wußten, daß Che Guevara sich in der Gegend aufhielt? Doch das ist noch ein Problem, auf das ich nicht eingehen will.

Ich möchte etwas hervorheben, was für mich offensichtlich ist, nämlich daß die Guerillas in diesem natürlicherweise grausamen Kampf trotz aller sich ergebender Schwierigkeiten von einer prinzipiellen Position aus kämpften, denn sie verloren nicht für einen Augenblick den größten Respekt vor den Menschen, den ausgeprägtesten Sinn für Humanität. Alle Verwundeten wurden auf bestmögliche Weise versorgt; Gefangene wurden versorgt und ernährt. Decken wurden zur Verfügung gestellt, um sie gegen die nächtliche Kälte zu schützen. Es wurde behauptet, daß die Toten und die Gefangenen, oder einige von ihnen, ihrer persönlichen Habseligkeiten beraubt wurden. Ihrer Schuhe, ja, denn Schuhe sind im Urwald lebensnotwendig, und die Guerillas hatten keinen Schuhmacher bei sich. Ihrer Uniformen, ja, denn die Guerillas haben niemanden, der Uniformen machen kann und keinen Stoff, aus dem man sie machen kann, und die Armee hat solche Dinge. Doch wurde den Gefangenen Zivilkleidung gegeben. Nach dem, was mir die Guerillas sagten, wurde kein Toter unbekleidet zurückgelassen. Es stimmt, daß sie nicht sofort beerdigt wurden, und es wurde hier mehrmals beschrieben, wie die verwesenden, von Bussarden und Würmern angefressenen Körper aussahen und in welchem Zustand sie später gefunden wurden. Aber wer war schuld daran? Als Coco Peredo am Morgen des 23. zum Lager kam, um seinen ersten Bericht zu erstatten, war Chés erste Entscheidung, Ärzte hinauszuschicken, und er gab der Armee einen 48stündigen Waffenstillstand, damit sie kommen und die Toten einsammeln konnte, denn El Pincal, wo die Truppen konzentriert waren, lag sehr nahe bei der Kampfstätte. Das erklärt, warum die Guerillas die Toten nicht beerdigten. Es war der einzige Grund dafür. Und die Guerillas bemerkten erst viel später, daß niemand gekommen war, um die Leichen wegzubringen, aber da war es schon zu spät. Keiner der Gefangenen, Offiziere oder Soldaten, wurde körperlich oder seelisch mißhandelt. Major Sanchez hat hier ausgesagt, daß die Ärzte sich in Iripiti um eine Stunde verspäteten, bevor sie die Verwundeten versorgten, und er vermutete, daß medizinische Hilfe zunächst den Guerillas und erst später den

Armeetruppen zuteil wurde. Außer Rubio, der eine Kopfwunde erlitt und ein paar Minuten später starb, hatten die Guerillas allerdings keine Verwundeten in Iripiti. Selbst wenn sie welche gehabt hätten, lautete der ausdrückliche Befehl, sich zunächst um die am schwersten Verwundeten zu kümmern, ohne Rücksicht darauf, ob sie Guerillas oder Soldaten waren. Nein, es war so, daß das Lager, in dem die Ärzte sich aufhielten, eine halbe Stunde vom Schauplatz des Hinterhaltes entfernt lag. Und diese Tatsache — zusammen mit der Zeit, die benötigt wurde, sie zu benachrichtigen — erklärt, warum bis zu ihrem Eintreffen eine Stunde verstrich. Nichts sonst. Zu diesem Zeitpunkt gingen uns die Arzneimittel aus, besonders Glucose. Als ein Arzt bevor er hinausging Che fragte, ob es nicht besser wäre, einen Teil der flüssigen Glucose für den Gebrauch der Guerillas zu verwahren, da es keine Möglichkeit gab, den Vorrat wieder aufzufüllen, antwortete Che, daß daran nicht einmal gedacht werden könnte und daß, wenn nötig, die vorhandenen Vorräte gänzlich aufgebraucht werden sollten, um ihr Leben zu retten, daß die Verwundeten des Feindes um jeden Preis behandelt werden müßten, selbst wenn sie in einem hoffnungslosen Zustand wären. Was die Anschuldigungen wegen Diebstahl und Plünderung anbetrifft, so glaube ich, daß es nicht nötig ist, sich weiter damit zu beschäftigen: man weiß sehr gut, daß den Gefangenen außer den erbeuteten Waffen nichts gestohlen wurde. Nicht ein einziges Stück Fleisch, nicht eine Kartoffel, nicht ein einziges Maiskorn wurde jemals einem Bauern weggenommen oder bei ihm konfisziert ohne Bezahlung zu einem Preis, den der Bauer selbst festsetzte. Und wenn der Eigentümer eines Hofes abwesend war, wurde ein dem Wert der angeeigneten Produkte entsprechender Geldbetrag bei einem Peon zurückgelassen.

Worauf bezieht der Staatsanwalt sich, wenn er die Guerillas beschuldigt, Banditen und gemeine Verbrecher zu sein? Der Staatsanwalt hat vom allerersten Tage des Prozesses an festgestellt, daß solche Banditen nicht verglichen werden können mit den Guerillas der Unabhängigkeit von Alto Perú, mit den großen Gründern der Nation, den Camargos, den Warnes, den Padillas, den Lanzas. Der Staatsanwalt hat gesagt, sie seien keine Guerillas, weil sie wie Feiglinge kämpfen, sich im Dschungel verborgen halten und die Taktiken des Hinterhalts anwenden, im Gegensatz zu „unseren Bergarbeitern“, die wirklich tapfer sind, weil sie von Angesicht zu Angesicht in offenem Gelände kämpfen. Und ist es nicht wahr, daß die Guerillas des Unabhängigkeitskampfes in den Dschungeln, Bergen und Schlüchten von Inquisivi, Coroico und Vallegrande kämpften? Und was taten sie anderes als Taktiken des Hinterhaltes anzuwenden, des todbringenden blutigen Hinterhaltes gegen spanische Streitkräfte, wenn sie sie in den Bergpässen in die Enge trieben und sie unter von den Bergspitzen herabgerollten Steinen und Felsen begruben? Und kümmerten sie sich zufällig um die Verwundeten? Und ich frage mich, was der Staatsanwalt am meisten an den Bergarbeitern der Hochebenen bewundert, ob es ihre Tapferkeit, ihr Wille, nach vorheriger Ankündigung praktisch unbewaffnet auf offenem, flachem Terrain zu kämpfen,

ist, oder ob es nicht eher die Leichtigkeit ist, mit der die Armee sie gewöhnlich liquidiert?

Dieses sind keine Guerillas, behauptete der Staatsanwalt später, weil sie nicht unter irgendeiner Fahne kämpften. Sie haben keine Kriegserklärung abgegeben. Es ist durchaus möglich, daß die Guerillas, da sie ja von einem plötzlichen Angriff der Armee überrascht wurden, keine Zeit hatten, eine Erklärung an die Welt draußen zu schicken, zum Beispiel in der Form von Flugblättern oder Kommuniqués. Es ist möglich, daß das ein Fehler war. Wenigstens ist das meine persönliche Meinung. Aber das geht das Gericht nichts an. Wichtig ist, daß die Guerillas eine Flagge hatten, die höchste und nobelste in ganz Lateinamerika, und diese Flagge ist der Name Chas. Die Armee wußte das, bevor sie in Aktion trat, und alles Erdenkliche wurde getan, um diese Tatsache zu verbergen, um, zum Beispiel, Kommuniqués der Guerillas und Kriegsberichte der Nationalen Befreiungsarmee zurückzuhalten. Später aber scheint sie überrascht, weil die Flagge nicht erschienen ist. Vor allem aber, so behauptet der Staatsanwalt, können sie nicht mit den Guerillas des Unabhängigkeitskampfes verglichen werden, weil sie Ausländer sind.

Es ist wahr, daß sich Ausländer unter ihnen befanden, aber sie waren natürlich in der Minderheit. Die große Mehrheit waren Bolivianer, aber es waren auch Peruaner, Cubaner und ein Argentinier dabei. Ist das etwa etwas Neues in der bolivianischen Geschichte? Steht das etwa im Widerspruch zu der zutiefst nationalen und patriotischen Natur dieses Befreiungskampfes? Wir brauchen hier nicht die Beispiele Bolívar, Sucre, Santa Cruz, Belgrano und die vier Entlastungsarmeen von Argentinien anzuführen; die Venezolaner, Chilenen und Argentinier, die Bolivien und ganz Lateinamerika gründeten. Wir sprechen hier nur von den Guerillas, die für die Unabhängigkeit kämpften — und nicht von den Oberkommandierenden der regulären Armeen. Wir sprechen hier von den Padillas, den Warnes, den Lanzas. Vor mir liegt ein Buch, das von der San Francisco Xavier-Universität von Sucre veröffentlicht wurde, das ‚Tagebuch eines Soldaten des Unabhängigkeitskampfes von Alto Perú‘, geschrieben um 1820 von einem Guerilla, der in den Tälern von Sicasia und Ayopaya kämpfte zu der Zeit, als Bolivien als Nation geboren wurde. Er war in der Tat ein Angehöriger der „Splittergruppen“ — das heißt, er gehörte zu den von José Manuel Lanza kommandierten Guerillas. Und das Folgende ist der Einleitung entnommen: „Die meisten Mitglieder der Gruppe sind aus den Tälern — das heißt, sie sind Indianer oder Mestizen. Aber die Gruppe umschließt auch eine große Menge nicht im Lande aufgewachsener Männer von vielen Orten und von allen Sorten, ungewöhnliche Gruppen, die in den Hauptstamm eingepropft sind. Natürlich sind in der Alto Perú-Gruppe viele aus anderen Teilen des Landes: Orureños, Cochabambinos, Pacenos, und sogar Crucenos... Auch Soldaten aus anderen Teilen Amerikas sind in der Gruppe: einige Bonaerenser (Einwohner von Buenos Aires), Tucumanier und Paraguayaner, Überbleibsel von Rondeaus Argentiniens.“

tinienexpedition. Außerdem gibt es in der Gruppe Peruaner von Cuzco, und auch Neger sind dabei. Und sogar Engländer — nur Gott weiß wie oder wann sie in das Tal gelangten — umschließt die indianisch-mestizistische Gruppe, die im südlichsten Teil des Berglandes von Alto Perú gegen Spanien kämpft.“ (P. 38, Gunnar Mendoza L.)

Es ist nicht die Aufgabe eines Franzosen, einen bolivianischen Militärstaatsanwalt die Geschichte seines Landes zu lehren. Aber da man sich so oft auf diese Geschichte bezog, meine Herren, sind hier die geschichtlichen Tatsachen. Bolivien wurde also durch Männer von den Spaniern befreit, die aus allen Ecken Lateinamerikas kamen, um Bolivien und ganz Lateinamerika begründen zu helfen. Und ähnlich wird dieselbe brüderliche Vereinigung von Lateinamerikanern, geprüft im Kampf und im Leben des eigentlichen Feldzuges, Bolivien vom Yankee-Imperialismus befreien. Ein sozialistisches Bolivien wird gegründet werden, und der ganze Kontinent, dessen Mittelpunkt Bolivien ist, wird dasselbe tun. Für Che ist die wahre Verschiedenheit, die wahre Grenze nicht eine, die einen Bolivianer von einem Peruaner trennt, einen Peruaner von einem Argentinier, einen Argentinier von einem Cubaner. Es ist die, die die Lateinamerikaner von den Yankees trennt. Das ist der Grund, warum Bolivianer, Peruaner, Cubaner und Argentinier in diesem Kampf Brüder sind, warum die anderen Nationen kämpfen sollten, wo eine von ihnen kämpft, denn sie haben alles gemeinsam, dieselbe Geschichte, dieselbe Sprache, dieselben Patrioten, dasselbe Schicksal und sogar denselben Herren, denselben Ausbeuter, denselben Feind, der sie alle gleich behandelt: den Yankee-Imperialismus. „In Südamerika“, sagte Bolívar, „muß jeder Mann kämpfen, ganz gleich wo er sein mag.“ Als Bolívar 1821 dem Obersten Direktor der Rio de la Plata-Provinzen Bruderschaft und die direkte Hilfe von Venezuelanern anbot, sandte er die folgende Botschaft: „Alle gegen Spanien kämpfenden Republiken sind durch eine unausgesprochene und wirkliche Übereinstimmung verbunden, durch die Identität unserer Sache, Prinzipien und Interessen; so scheint es, daß unsere Aktion eine einzige, gemeinsame Aktion sein sollte.“ Und diese unausgesprochene Übereinstimmung wurde Wirklichkeit von Fleisch und Blut in der Armee, die aufbrach, um Bajo und Alto Perú zu befreien, um Bolivien zu schaffen, jene Armee, die der Befreier kurz vor Juni in Pasco inspierte, „wo Männer von Caracas, Panama, Quito, Lima, Chile und Buenos Aires zusammengekommen waren: Männer die in Maipú in Chile, in San Lorenzo an der Küste Panamas, in Carabobo in Venezuela und in Pichinchá am Fuße des Chimborasso gekämpft hatten.“ Che, der geschichtliche Erbe Bolívars, hatte keine Zeit, eine solche Armee in den Dschungeln von Südostbolivien zu sammeln, aber das war seine Idee. Sie scheint schwierig, sie scheint utopisch, aber sie ist unbesiegbar und wird siegen. In seinem Brief von 1815 von Jamaika trug Bolívar die Idee eines integrierten und von kriminellen Individualismen weit entfernten Lateinamerika vor, und die Idee integraler Amerikaner wurde ebenfalls geboren. Vor hundertfünfzig Jahren war das eine verfrühte Vision. Auch

heute erscheint sie einigen noch verfrüht, und deshalb starb Che; aber sein Tod war nicht vergeblich, Che wird nicht „auf Treibsand gebaut“ haben. Er knüpfte an die Tradition der Befreiung an, an die höchst patriotische, höchst bolivianische, höchst lateinamerikanische Tradition. Andere haben sich im Geiste individualistischen Hasses auf den Chauvinismus verlegt, der in keinem einzigen Teil der Geschichte der Unabhängigkeit seine Wurzeln hat. Wenn ein Tiger die Nachbarschaft plündert, und ein Lamm, nur eines aus der Herde, seinen Nachbarn fernhalten will indem es sagt: „Du bist nicht von hier. Dieser Teil der Weide gehört dir nicht, du mußt in deinem eigenen Land bleiben, das auf der anderen Seite des Flusses ist“, dann verrät dieses Lamm, anstatt alle anderen gegen ihren Hauptfeind zu vereinigen, die Angehörigen seiner eigenen Klasse, bringt ihr Leben ebenso in Gefahr wie sein eigenes. Es hat sicher ein Abkommen mit dem Tiger getroffen, in dem es sich mit ihm verbündet, aber es ist im Irrtum, wenn es annimmt, auf diese Weise den Klauen des Tigers entfliehen zu können. Kein Bündnisvertrag kann zwischen einer fleischfressenden Nation und einem Land geschlossen werden, das aufgefressen werden kann, einem solchen ausgesuchten Leckerbissen wie Bolivien. Chauvinismus, reaktionärer Nationalismus, ist nichts weiter als eine sentimentale Fassade für die kalten Ziegel eines Vertrages, der einen Ausverkauf darstellt. Ich weiß, wir müssen uns hier auf die Tatsachen beschränken, worauf Sie, Herr Präsident, mich wiederholt hingewiesen haben. Die ganze Welt sieht die Tatsache, daß von Che kommandierte Guerillas die Erben sind der Guerillas der ersten Unabhängigkeitskriege, der ersten Patrioten Boliviens. Wenn ich auf gegenwärtige Geschehnisse und auf gewisse Ereignisse der Vergangenheit hingewiesen habe, dann weil es selbst in diesem Raum, in diesem Prozeß, in der Gegenwart der Witwen der getöteten Soldaten nicht möglich ist, diese Wahrheit zu zerren, ohne die Geschichte selbst zu zerren. Und nun wollen wir uns der zweiten falschen Anschuldigung gegen mich zuwenden und die Art und Weise bemerken, in der der Staatsanwalt zeigen wollte, daß ich ein Guerillaführer von hohem Range sei. Ich werde mich kurz fassen, da mein Verteidiger bereits die notwendigen Ausführungen zu den vom Staatsanwalt vorgelegten Beweisen gemacht hat. Ich möchte nur ein paar Worte zu gewissen Punkten hinzufügen und die von der Anklage angewandten Methoden demaskieren.

Seit der Eröffnung der Anklagen und der Widerlegungen waren wir einer Serie von „Offenbarungen“ ausgesetzt, die sehr gut verteilt waren — eine sensationelle Offenbarung pro Tag — und dazu bestimmt, das Problem völlig zu verwirren. Ich sage „Offenbarungen“, weil die vorgezeigten Dokumente oder Beweise vom Staatsanwalt immer „im letzten Moment“ vorgelegt wurden, genommen von wer weiß woher, ohne daß der Verteidigung die Möglichkeit gegeben wurde, sie zu prüfen oder auch nur von ihrer Existenz zu erfahren. Und ich nenne sie „verwirrende Offenbarungen“, weil uns die Tatsache grübeln macht, daß mein Verteidiger jedes einzelne Mal, wenn er nach Beendigung der Debatte nahe genug an

die vorgezeigten Beweise herankommen konnte, erkannte, daß der sogenannte Beweis eine Fälschung war. Doch der Staatsanwalt nutzte die berufliche Bescheidenheit des Verteidigers und seine völlige Unkenntnis des Vorgelegten aus — wie auch das erzwungene Schweigen des Angeklagten — und hatte so freie Hand, gewisse Methoden anzuwenden, sensationell die Tatsachen frisierend, während die nationale und offizielle Presse als zynische Komplizen agierte. Erste Offenbarung: zwei Photographien, auf denen ich mit einer Pistole zu sehen bin. Auf einem Photo mit Che zusammen, auf dem anderen allein. Schlagzeilen der Zeitungen: „Debray mit Waffen photographiert!“ Ein wichtiges Detail fehlt dabei. Auf den Photographien sind keine Pistolen zu sehen; es sind zwei Bilder von ungefähr tausend, die in einem Lagerraum beschlagnahmt wurden. Aber was spielt das für eine Rolle? Der beabsichtigte Effekt ist erzielt worden. Natürlich erinnere ich mich sehr gut daran, wann sie aufgenommen wurden. Sie wurden im Standquartier aufgenommen, und ich hatte weder ein Pistolenhalfter noch eine Pistole. Ich trug nur dann ein Gewehr, wenn ich Wachdienst verrichtete oder auf die Jagd ging. Zweite Offenbarung: meine heimliche Einreise in dieses Land. Sie sei bewiesen, behaupteten Zeitungsschlagzeilen. Die schwache Stelle in dieser Geschichte war, daß der Staatsanwalt meinen Paß besaß und daß dieser Paß ordnungsgemäß abgestempelt worden war. Dann saugt er sich den schlauen Trick von der heimtückischen Heimlichkeit aus den Fingern. Mein „heimlicher Status“ in Bolivien war so unmoralisch und so raffiniert und feige, daß ich nicht einmal von der striktesten gesetzlich vorgeschriebenen Verhaltensweise abgewichen bin. Der Staatsanwalt behauptet, ich hätte Kontakt aufgenommen zu einem unbekannten Bolivianer, der die Parole kannte. Er erkannte allerdings nicht, daß das nur beweisen würde, daß ich einen Mittelsmann brauchte, um zu den Guerillas zu gelangen, denn wie alle Journalisten konnte ich nicht allein hingehen. Und er hat natürlich übersehen, daß ich in Hotels übernachtete, daß ich unter meinem eigenen Namen, mit meinem eigenen Paß reiste und das all das beurkundet ist. Eine andere Enthüllung: ich habe auf meinem Anmeldungsformular gelogen, da ich Bolivien 1964 von Peru aus illegal betreten hatte. Das wurde in der Presse als unumstößliche Tatsache veröffentlicht. Die Schwierigkeit aber ist, daß mein Paß das Gegenteil beweist. Aber was bedeutet das schon? Es wird dann gesagt werden, daß ich meine Ausweisung aus Peru im März 1964 dadurch verschleiern wollte, daß ich meinen Paß in Chile verlor und mir einen neuen besorgte. Die Schwierigkeit ist, daß ich meinen Paß bereits vorher, im Januar 1964 in Ecuador, verlor; und deshalb wurde ich aus Peru abgeschoben, einfach *weil* ich keinen Paß hatte, sondern nur einen Begleitbrief der französischen Botschaft in Quito. Aber was interessierte das den Staatsanwalt und die Presse? Was zählt, ist eine sensationelle Schlagzeile.

Noch ein Schlag: mein „Guerilla“-Notizbuch wurde „in Muyupampa konfisziert“. Zusätzlich zu den Stellen über meine Besessenheit von Blut und Todesstrafe können Sie gemäß den Ausführungen des Staatsanwaltes darin lesen, daß

„Ramón mir einen Auftrag gab, der in Mexiko ausgeführt werden sollte“; das sollten die Regierungspresse und der Zivilkläger sehr lautstark wiederholen. Es war schlimm genug, daß dieser Satz wie Sie alle wissen keine Erfindung ist. Aber noch schlimmer ist, daß dieses Notizbuch nach meiner Verhaftung in meiner Zelle geschrieben wurde: was dort geschrieben steht, sind die Umstände meiner Verhaftung und die Vorbereitung meiner Hinrichtung. Der Gipfel ist, daß dieses Notizbuch, das rein persönlicher Natur ist, mir in Camiri mit vorgehaltener Pistole von Major Echeverria fortgenommen wurde, der mir später sagte, es sei verlorengegangen. Aber es erschien plötzlich in den Händen des Staatsanwaltes. Solcherart sind die Methoden der Anklage: Beschlagnahme und Änderung *persönlicher Papiere*. Noch eine Sensation: Das Tagebuch eines Arztes, eines Arztes der Guerillas, der der Anklage unbekannt war. Zunächst wurde das Dokument vorgelesen unter Auslassung von Seiten, Sätzen und Wörtern, die der These, die die Anklage zu entwickeln versuchte, widersprachen. Schlagzeile in der offiziellen Presse: „Che holte Debray und Bustos als Kombattanten.“ Das Tagebuch sagt nichts dieser Art; das Tagebuch des Arztes gibt lediglich eine persönliche Meinung wieder, denn der Arzt nahm nicht an Führungstreffen teil, in denen unser eventueller Beitritt diskutiert wurde. Aber was spielt das für eine Rolle? Wenn man wirklich Klarheit über diesen Punkt erhalten wollte, genügte es, in der Personalkartei nachzusehen, die von Rolando auf den neuesten Stand gebracht wurde und nun in den Händen der Armee ist, aber das würde eine negative Wirkung in der Öffentlichkeit haben.

Eine neue Offenbarung war ein Exemplar von „Revolution in der Revolution?“, das dramatisch dem Gericht überreicht wurde, nachdem man es in dem Tornister von „Joaquin dem Cubaner“, der in Vado del Yeso fiel, gefunden hatte, ein Beweis dafür, daß dieses Buch den Guerillas als Brevier diente. Es ist gut möglich, daß Joaquin es besaß, denn er hatte es noch nicht gelesen, und wenn es ihm — diesem großartigen Revolutionär — irgendwie helfen, ihn belehren oder ablenken konnte, bin ich glücklich. Sie vergaßen, dem Tribunal zu erzählen, daß im allgemeinen jeder Guerilla drei oder vier Bücher in seinem Tornister hatte, denn ein Revolutionär kann auch nicht für einen einzigen Tag aufhören zu lernen. Aber warum wurde „Revolution in der Revolution?“ und nicht irgendwelche andere der Dutzende von gefallenen Guerillas konfiszierten Bücher gezeigt? Sie vergaßen ebenfalls, dem Tribunal zu erzählen, daß das andere Exemplar dieses kleinen Buches, das Che Guevara las und in das er seine Kommentare hineinschrieb, an einem Tag im April in dem Lagerraum in Nancahuazú einfach gefunden wurde, wo Che es mit hundert anderen Büchern gelassen hatte: Romane, Gedichte, Kurzgeschichten, Berichte und Bücher über Mathematik, die er in den Lagern las.

Aber die beste Sache, die erstaunlichste Sache, war die Offenbarung der Karten. Hier erreichen wir die große Kunst des *Theaters*. Sie ist folglich wie die Schlagzeile auf Seite eins einer großen, angeblich bolivianischen Zeitung: „Debrays

Lage ernsthaft gefährdet.“ Und in welchem Ausmaß! Zunächst wurde für Zwecke und unter Umständen, die in meiner Erklärung erscheinen, ein Kassenzettel für einige Karten, die ich vor ziemlich langer Zeit kaufte, vorgelegt. Dann legte der Staatsanwalt 50 in Nancahuazú gefundene Karten auf den Tisch des Tribunals und fühlte sich zufriedengestellt. Die Vorführung war vorüber; die offiziellen Zeitungen, die die öffentliche Meinung darstellen, wollten nicht mehr wissen. Ich kaufte Karten, und die Guerillas hatten Karten des Landes. Ergebnis: ich hatte die Guerillas mit ihren Karten versorgt. Die Sache ist nur die, daß sich bei näherer Prüfung herausstellt, daß es nicht dieselben Karten sind — weder der Menge nach, noch in der Art der Karten, noch in dem auf ihnen eingezeichneten Gebiet . . . Aber was spielt das für eine Rolle? Die Hauptsache ist, daß es sich beidemal um Karten handelt. Die Öffentlichkeit braucht nicht mehr.

Warum von einem lächerlichen Bericht sprechen, den die Polizei von Teoponte aufgrund von Gerüchten machte, von denen drei Viertel erfunden waren? Warum von falschen Zeugen reden, die sich sogar selbst widersprechen?

Und da keiner dieser „Beweise“ überzeugend ist, und da weit und breit bekannt ist, daß ich an keiner militärischen Aktion teilgenommen habe — nicht einmal an ihrer Vorbereitung — daß ich weder ein Politischer Kommissar noch etwas Ähnliches gewesen bin, daß ich niemals irgendwelchen von den Guerillas Stunden erteilt, so bleibt nur mein Werk „Revolution in der Revolution?“, das mich gemäß der Behauptung des Staatsanwaltes als „geistigen Urheber“ der sogenannten Morde vom 23. März und vom 10. April ausweist. Das ist — zusammen mit ihrer mörderischen Natur — das einzige Mittel, das sie noch haben, um ihre Forderung nach der Höchststrafe zu rechtfertigen.

Ich mache das Gericht darauf aufmerksam, daß ich mich vollkommen lächerlich machen würde, nähme ich auch nur für einen Moment ernsthaft seine schmeichelhafte Unterstellung an, ich hätte die Guerillabewegung gelenkt. Deshalb möchte ich diese Beschuldigung hier nicht persönlich beantworten. Mein Verteidiger hat in seiner Schlussansprache durch eine einfache Analyse dieses Buches und durch einfaches Aufzählen der Ereignisse und Daten ausgezeichnet dargelegt, wie albern diese Anklage ist. Ich werde mich auf den letzten Teil der Argumentation Dr. Novillos in seiner Untersuchung dieses „Beweises“ beschränken — d. h. auf „Revolution in der Revolution?“, an deren Vorlesung er teilweise durch den Rechtsofizier und durch die Öffentlichkeit gehindert wurde. Sie lautet folgendermaßen:

„c. Allgemeine Bedeutung.

1. In seinem Kapitel ‚Die Hauptlehre der Gegenwart‘ gipfelt die Darstellung des Buches in der Verwerfung des Systems der Politischen Kommissare, ein System, das nach Meinung des Autors ‚sich für die lateinamerikanische Wirklichkeit nicht zu eignen scheint‘. Er weiß jedoch nicht, daß das System der Politischen Kommissare wie im Fall Inti und Coco Peredo, die beide Politische Kommissare und Unterführer sind, das von den bolivianischen Guerillas angewandte System ist.

Wie soll das erklärt werden, wenn das Buch Debrays den Guerillas als Gesetzbuch diente?

2. In den Werken des einzigen und höchsten politischen und militärischen Führers der Guerillas — Werken, die in der ganzen Welt bekannt sind und die wahre Guerillahandbücher darstellen, komplett mit Überblicken, Zeichnungen, militärischen Details und technischen Instruktionen — wie ‚Guerillakriegsführung‘ und ‚Guerillakriegsführung: Eine Lehrmethode‘ von Che Guevara sind alle von den Guerillas befolgten Direktiven und Normen bereits vorgezeichnet. Das Werk des Neulings Debray würde also offensichtlich in ihrer Organisation geringen oder gar keinen Nutzen bringen.

3. Es ist unlogisch und sogar lächerlich zu denken, daß ein Mann wie Che Guevara und die erfahrenen Guerillas, die ihn begleiteten, das Werk eines 26jährigen Akademikers ohne jeden Einfluß und ohne militärische Kompetenz benötigen würden. Das Buch war für die Planung ihrer Operationen so unnötig, daß sie es zusammen mit hundert anderen Büchern in ihre Lagerräume verbannten, trotz der Tatsache, daß Che immer Bücher in seinem Tornister mit sich führte.“

Ich möchte mich bei dem Gericht dafür entschuldigen, daß ich auf diese Weise alles, was sich in diesem Prozeß ereignete, besprechen mußte; daß ich mich mit diesen Details befassen mußte, diesen nebensächlichen Gegenständen, diesen Überlegungen des common-sense, die Sie wahrscheinlich nicht sehr interessieren werden — noch interessieren sie mich. Sie und wir wissen, daß nichts davon der Sache auf den Grund geht. Aber da man sich, wie der Rechtsoffizier zur Bedingung gemacht hat, auf die Strafsachen beschränken sollte, ist der Prozeß hierauf reduziert, sind Anschuldigungen und Zurückweisungen hierauf reduziert, darf man nur hiervon sprechen. Ich habe es nur getan, meine Herren, um Ihnen zu zeigen, wie die Anklage vom Anfang bis zum Ende vorangetrieben wurde: sie schritt nicht vom Beweis zu Beschuldigungen, sondern von Beschuldigungen zum Beweis — d. h., von vorher feststehenden Beschuldigungen zu der Suche nach Beweisen, um sie zu stützen — und da sie die nötigen Beweise nicht finden konnten, haben sie sie erfunden, konstruiert oder geändert, damit sie ihre Bedürfnisse erfüllen: der Staatsanwalt hatte keinen anderen Ausweg. Und das ist der Grund, warum er seine Forderung am ersten Tag aufstellte, sogar noch bevor die Belege geprüft waren.

Eine solche Verfahrensweise ist nicht zufällig. Zu Beginn sprach ich von einer politischen — ebenso wie polizeilichen — Machenschaft, in der die CIA eine hervorragende Rolle spielte. Ob der CIA es wünscht oder nicht — und sicherlich entgegen seinen Wünschen — ist dieser Prozeß auf eben jene Organisation zurückzuführen. Der „Fall Debray“ wurde künstlich vom ersten Tag meiner Verhaftung an geschaffen. Erstens benutzte mich die Regierung aus rein politischen Gründen als bloßes politisches Instrument der Agitation und Propaganda. Ich bot der Regierung mehrere Vorteile: ich war ein Ausländer, eine Tatsache die es

der Regierung erlaubte, mich mit dem bolivianischen Nationalismus zu konfrontieren; ich war Marxist-Leninist; ich hatte über revolutionäre Themen geschrieben; ich war ein Freund Cubas und seiner Führer, was der Regierung erlaubte, von einer angeblichen Intervention der Cubanischen Revolution zu sprechen, obwohl nicht einmal ein einziger Punkt in meinen Ausführungen irgendeine Beziehung zu Cuba zeigt außer von dem Gesichtspunkt der politischen Freundschaft und der ideologischen Überzeugung. Dieses gab der Regierung auch die Möglichkeit, von anderen Personen nicht zu sprechen und so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ausschließlich auf mich zu lenken. Und nun kommt die zweite Säule der Machenschaft: der CIA. Da ich all seine Vorschläge und Abkommen ausgeschlagen hatte, gab der Repräsentant des CIA — nachdem er der bolivianischen Regierung vollen Bericht erstattet hatte — der Regierung freie Hand, all ihre Propaganda auf mich zu konzentrieren indem sie mir eine Wichtigkeit und eine Bedeutung beilegte, die ich, wie sie genau wußte, überhaupt nicht besaß. Sie mögen sich fragen, warum ich entgegen allen konstitutionellen und humanitären Regeln länger als zwei Monate in Einzelhaft gehalten wurde. Könnte der Grund der sein, daß ich mich vielen Verhören unterziehen mußte? Nein, es waren sehr wenige. Die ersten Verhöre fanden in Choretí statt — keine Erwähnung finden in der Akte die vielen unangenehmen Begegnungen mit vom CIA gemieteten Killern, aufgestachelten Offizieren, die weit mehr Erfahrung besitzen im Schlagen und Treten als im Befragen — und sie wurden geleitet von einem Agenten des CIA, einem Panamer oder Puerto Ricaner, der den Decknamen „Dr. González“ trug, einem erzogenen und scharfsinnigen Mann; einmal in der Gegenwart von Oberst Arana; und noch ein anderes Mal in der von Major Sánchez. Niemals gab dieser Dr. González vor zu glauben, daß ich ein Guerilla, viel weniger noch ein Guerillaführer war. Da er meine Vergangenheit, die Umstände meiner Verhaftung und die Handlungsweise der Guerillas sehr gut kannte, kam dieser Herr zu dem Schluß, daß ich direkt an einer geheimen auswärtigen politischen Mission beteiligt sei. Das ganze Verhör drehte sich nicht um die Guerillas, sondern vielmehr um Daten, Organisationen und Namen — aus Frankreich, Italien und Cuba — die sich angeblich auf etwas bezogen, was er „internationale kommunistische Spionage“ nannte. Auch über Che zeigten sie sich sehr neugierig. Damals erzählte ich ihnen, daß ich ebenfalls ihre Neugier teilte, daß ich — wie jeder andere Journalist — die Hoffnung gehegt hatte, ihn auszumachen, daß ich mich aber gerürt hätte; daß der oberste Anführer Inti wäre, usw.... Sie wußten, daß das nicht die Wahrheit war, aber sie hatten weder Augenzeugen noch detaillierte materielle Belege, um das zu beweisen. Das war alles, bis drei Wochen später dieselben Männer, diesmal in der Begleitung von Major Saucedo, dem Chef der Zweiten Sektion der 8. Division, und immer mit dem mysteriösen und mächtigen González an der Spitze, in „Manchego“ erschienen. Diesmal waren sie im Besitz genauer Augenzeugenberichte und detaillierter Aussagen, und ich mußte zugeben, daß es mir gelungen war, an einer Pressekonferenz Chés

teilzunehmen. Ich gab ihnen eine detaillierte Beschreibung dieses Interviews. Geführt von einem englisch geschriebenen Bericht stellte González mir eine endlose Reihe von Fragen über meinen Lebenslauf von meiner Kindheit bis zum heutigen Tage. Das Verhör dauerte den ganzen Tag, aber er konnte die angeblichen heimlichen Verbindungen und die angebliche geheime Mission nicht verifizieren, die seiner Meinung nach der Grund für meine Anwesenheit hier waren. Er bot mir im Namen der bolivianischen Regierung Schutz und Schweigen an — obwohl er gar kein Bolivianer war — wenn ich mich zur Zusammenarbeit mit ihnen entschließen sollte. Zum Schluß schlug er vor, ich sollte in einer öffentlichen Erklärung „meine Taten und meine Ideen“ widerrufen und Cuba, den Kommunismus, usw. verurteilen, als Gegenleistung für meine sofortige und diskrete Entlassung. Sie können hieran sehen, daß es für den CIA keine Begrenzung der Skrupellosigkeit gibt; keine Begrenzung für seine Menschenverachtung. Sie können ebenfalls sehen, daß das was er in meinem Fall von Anfang an verfolgte nicht Gerechtigkeit ist, sondern Propaganda.

Und hier möchte ich der Erinnerung an Vásquez huldigen. Am 12. Mai 1967 erzählte man mir, daß er bewacht werde „wie eine Relieque“, Gegenstand jeder Sicherheitsmaßnahme sei, da ein falscher Priester, ein als Priester verkleideter Mann — so sagten sie — gekommen sei, um ihn aus dem Hospital zu entführen. Das macht die Geschichte von seiner Flucht — für die es keinen ernsthaften Beweis gibt — sehr unglaublich. Natürlich gibt es keinen Beweis für seine Ermordung; ich jedenfalls weiß von keinem, und ich muß ehrlich sagen, daß für mich das Schicksal Vásquez' immer noch ein Geheimnis ist.

Sicherlich kein Geheimnis ist die hinterhältige, verschlagene, schändliche Art, in der Vásquez zu einem Geständnis gezwungen wurde indem man die körperliche Schwäche des in einem Krankenhausbett Liegenden ausnutzte. Ein Panamense machte sich an Vásquez heran, der behauptete, ein Journalist der Kommunistischen Partei und ein möglicher Kontaktmann zur Außenwelt zu sein. So getäuscht hatte Vásquez keine Bedenken über geheime Dinge zu sprechen, die der Mann dann berichtete. Später mußte Vásquez diese Dinge gegenüber der Polizei bestätigen und näher ausführen. Und ohne jeden Zweifel müssen die Leute, die ihn verhörten, dieselben Männer, die Bustos, mich und viele andere verhörten, in der Lage sein, Aufklärung darüber zu geben, was Vásquez wirklich passierte. Ich möchte dem Gericht nur klarmachen, daß die Aussagen von Vásquez — sehr wichtige Aussagen, da er genau von dem Zeitpunkt von Chés Ankunft an dabei gewesen war — wo er betont, daß mein Status der eines Besuchers war, nicht in der Akte erscheinen und daß das unsignierte lose Blatt, das als Ersatz für die Aussagen darin ist, niemanden irreführt.

Nach jenem 12. Mai kamen die bolivianischen und ausländischen Untersuchungsbeamten zurück, aber mit mir sprachen sie nie wieder. Bis zum Ende meiner Einzelhaft ein und einen halben Monat später in Camiri gab es, wenigstens für mich, keine Verhöre mehr. Warum wurde ich so lange in Einzelhaft gehalten? Warum

tauchte der US-Bischof Kennedy nicht früher auf? Einfach deshalb weil mehr Zeit benötigt wurde, um diese gewaltige publicity- und Propagandamaschinerie gegen mich in Bewegung zu setzen und mich gleichzeitig zu einer wichtigen Figur zu machen, zu einer prominenten Figur, zu einem erstklassigen „Verbrecher“, zu einem blutrünstigen Abenteurer, der ebenfalls ein Meister „sensationeller Offenbarungen“ ist. Die ganze Sache wäre wirklich komisch, wäre sie nicht so gut arrangiert worden und, darüber hinaus, hinter meinem Rücken arrangiert worden. Als ich im Juli davon hörte, glaubte ich zu träumen, und einige Tage lang begriff ich den vollen, in dieser ganzen „Show“ verborgenen Sinn nicht. Und sicherlich konnte man nur zutiefst beeindruckt sein von jenem Aufwand an Verleumdungen, Lügen und sowohl offiziellen als auch privaten Attacken, der sich auf meine Person konzentrierte. Was ich Ihnen jetzt erzählen will, mag Ihnen helfen, den Grund für all das zu erkennen. Anfang Juli, ein oder zwei Tage, nachdem ich zur gerichtlichen Untersuchung vor Richter Flores erschienen war, trafen einige cubanische CIA-Männer in Camiri ein, um die Gefangenen nochmals zu verhören. Sie stellten sich vor als von Dr. González geschickte Leute oder als Ersatzmänner für Dr. González. Der mir zugeteilte hat eine große Tugend: er ist offen, und er sprach, ohne um den heißen Brei herumzureden. Er stellte Fragen über mein Adressbuch — glücklicherweise ein harmloses Buch — das mir in Muyupampa fortgenommen worden war und über andere Dokumente wie z. B. ein Empfehlungsschreiben von Herrn Maspero, eine Karte von dem Herausgeber von ‚Sucedos‘ und einige offizielle französische Papiere. Das mag erklären, warum diese Dokumente hier nicht vorgelegt werden konnten. Dieser Mann verwahrte sie in seiner Aktentasche und mußte sie nach Washington oder sonst irgendwo hinbringen. Dieser Cubaner berichtete mir auch von Cuba, von gewissen von venezolanischen Gefangenen gemachten Aussagen, aber wichtig ist hier die offensichtliche Offenheit dieses Mannes. Gegen Schluß sagte er: „Alles hängt von unseren Berichten ab. Ihr Schicksal ist in Ihrer Hand. Wir wissen sehr wohl, daß Sie kein Guerillaführer sind, aber Sie müssen mit irgend-einer heimlichen Mission betraut worden sein, und darüber wollen wir etwas erfahren. Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten, wenn Sie meine Fragen wahrheitsgemäß und ohne Täuschungsversuch beantworten, versichere ich Ihnen, daß diese ganze gegen Sie in Bewegung gesetzte Maschinerie sehr bald zum Verschwinden gebracht werden wird. Wir können sie in ein paar Tagen zerstören, genau wie wir sie aufbauten. Die Aufmerksamkeit wird nicht länger auf Sie konzentriert sein, und die Leute werden von Ihnen reden wie von jedem anderen Menschen auch. Keine Ansprachen, keine Pressekampagnen, keine Plakate in den Straßen, keine Demonstrationen mehr.“ Herr Präsident, während dieser Mann mit mir sprach, riefen einige Dutzend Leute draußen unter meinem Fenster nach meinem Kopf.

Anscheinend war dieser Mann vom Ergebnis des Gesprächs nicht völlig zufriedengestellt als er fortging, und so lief die kleine Maschine auf höheren Touren

als je zuvor. Durch jedes nur mögliche Mittel wurde mein Name systematisch mit dem von Che in Verbindung gebracht, sehr schlau, indem man den *Anschein* gab, daß sein Aufenthalt hier dank meiner „Information“ verraten worden war, obwohl man doch sehr gut wußte, daß er seit Mitte März hier war. Mein Name wurde mit dem Fidel Castros in Verbindung gebracht — wie Sie alle auf den Plakaten gesehen haben, die die Wände dieses Gebäudes bedecken — als ob irgendein Vergleich möglich wäre zwischen zwei historischen Führern, zwei von Amerikas Führern und einem gewöhnlichen Journalisten, einem einfachen Beobachter meines Alters und meiner Nationalität. Von Miami, von Washington kamen Pamphlete in Fortsetzungsform, die hier von den großen örtlichen Zeitungen veröffentlicht wurden und die mich als einen Mann darstellten, der seit seiner Kindheit Blut getrunken hatte, oder der in Havanna frühstückte während einer Massenexekution stattfand und der später in den Wäldern gefangengenommen wurde, sich zitternd vor Furcht hinter einem Baum verbergend. Wenn die Infamie losbricht, gibt es kein Halten mehr, für ihre Erfindungsgabe gibt es keine Grenze. Die Grausamkeit nahm hier in Camiri sehr raffinierte Formen an: Perioden unerklärter „Einzelhaft“, völlige Isolation in meiner Zelle, während andere Gefangene zusammen waren. Sie ging so weit, daß man mich zwang, diese gestreifte Uniform eines gewöhnlichen Gefangenen zu tragen, Nummer 001, eine Uniform die niemals zuvor in Bolivien gebraucht worden war, nicht einmal für die gewöhnlichen Gefangenen. Eine Uniform, die keiner meiner Mitgefangenen hier, die keiner der Gefangenen der Armee tragen mußte. All dieses als ein natürliches Ergebnis der Animosität, des Verlangens nach Rache und der Frustration der Polizei.

Und Sie wissen wie sich, um die Ehre zu krönen, zunächst die gesamte publicity gegen mich orientierte, auf mich zielte, und wie man später sagte, ich selbst hätte nach dieser publicity Ausschau gehalten, als ob ich freiwillig zwei Monate lang in Einzelhaft gewesen wäre, als ob ich selbst dieses Theater inszeniert hätte, als ob ich mich nicht verteidigen müßte, nicht erklären, die Wahrheit offenlegen durch den Journalisten in meiner Reichweite. Sollte ich schweigend dieser Flut von Propaganda und Erfindung lauschen und ihr zustimmen? Warum sollten sie würdigen Protest, den einfachen Widerstandgeist „Hochmut“, „Arroganz“, „den Wunsch, sie zu provozieren“ nennen? Was wollen diese Herren? Kollaboration, Komplizenschaft, Schweigen über all diese Vorschläge, diese jämmerlichen Angebote, über dieses Komplott? In der Zukunft werde ich nur so arrogant sein wie sie beleidigend sind.

Ich möchte wahrhaftig nicht in der Haut derer stecken, die diese Szene aufgebaut haben und die in ihrer Hand alle nötigen Dokumente haben, um die Wahrheit zu offenbaren. Die Wahrheit wird herauskommen, selbst wenn sich erweist, daß sie für den Staatsanwalt, den Kläger, oder dieses Gericht enttäuschend ist. Aus irgendeinem Grunde verliere ich in den Reden von General Barrientos an Prestige. Diese „De-Eskalation“ ist unvermeidlich. Ich glaube, ich begann als Mit-

führer, wurde später ein Politischer Kommissar, später geistiger Urheber und Kombattant, und jetzt nennen mich die neuesten Nachrichten, die ich lesen konnte, einen einfachen „Kurier“. Das kommt der Wahrheit wirklich näher. Es ist eine viel bessere Reflexion meiner wirklichen Rolle. Ich nehme die Bezeichnung an, wenn es unbedingt notwendig ist, irgend einen Weg zu finden, mich in die Dienstliste der Guerillas aufzunehmen. Es ist wahr, meine Herren, daß ich zusätzlich zu meiner Arbeit, zu meinem journalistischen Auftrag, noch einige andere Aufträge in Frankreich auszuführen hatte. Nichts Ungewöhnliches. Als Bustos und ich das Lager verließen, wartete Che auf einige Leute von draußen — ich meine, von La Paz, wirkliche Kuriere. Leider kamen sie niemals an. Und da aufgrund eines strikten Befehls von Che keiner der Guerillas die Front verlassen konnte, um einen Auftrag in der Stadt auszuführen, finden Sie hier eines der Motive für den „Fehlschlag der Guerillas“ in dieser für Che so typischen politischen und militärischen Strenge, wonach kein einmal in den Bergen aufgenommener Kombattant in die Ebenen zurückkehren konnte. Und da sie auch von den Ebenen nicht in die Stadt gehen konnten, ergab sich wahrscheinlich dieses schreckliche Mißverständnis, indem jeder auf das Kommen des anderen wartete, um Probleme von größter Dringlichkeit zu lösen.

Lassen Sie uns auf den Prozeß zurückkommen. Dieser politische Prozeß, in dem die Verteidigung von nichts anderem sprechen konnte als vom Strafgesetzbuch, und in dem der Staatsanwalt von allem sprechen konnte außer vom Strafgesetzbuch, besonders aber von der Politik, ist offensichtlich symbolisch. In meiner Person steht hier die Guerillakriegsführung vor Gericht. Sie forderten 30 Jahre Gefängnis für die Guerillakriegsführung; ich bezweifle sehr, daß die Guerillakriegsführung es so lange ertragen wird, und es ist zu schade, daß der Staatsanwalt nicht eine noch drastischere Strafe in seinem Arsenal hat, die dieses Problem aus der Welt schaffen würde. Aber das im Moment zu lösende Problem ist ein anderes, und es ist sehr einfach, viel einfacher: wie soll man einen solchen Prozeß mit solchen Angeklagten durchführen? Wenn der Zivilkläger einen Sinn für Humor hätte, würde er hinsichtlich seiner Redekunst einige Vorsichtsmaßregeln treffen haben, bevor er im Namen der militärischen Opfer „Schadenersatz für Schäden und Verluste“ forderte von sechs Angeklagten, deren einzige Gemeinsamkeit die ist, daß sie den Namen Guerilla nicht verdienen und die aus verschiedenen Gründen nie gegen die bolivianische Armee gekämpft haben: drei Deserteure, die wirklich verdienten, für den unschätzbaren Dienst, den sie der Armee erwiesen haben, dekoriert zu werden; ein Großgrundbesitzer, Feind Nummer eins der Guerillas in ihrem ersten Operationsgebiet, einer der sie zweimal den Behörden verriet, ohne wirklich zu wissen, was los war; und zwei Verbindungsleute, wenn sie uns endgültig so nennen wollen: Bustos und ich. Das war kein vielversprechendes Material. Dann fanden sie die Lösung, sie mußten nur darauf kommen: anstatt daß man einen einem sogenannten Hauptangeklagten angemessenen Prozeß durchführte, erfand man einen Angeklagten, der in den geplanten Prozeß

paßte. Darum haben sie mich aus der prägnantesten Anonymität herausgehoben und mich zu dieser verdächtigen und unverdienten Allbekanntheit erhoben. Genau wie ein Spieler, der seine eigenen Regeln aufstellt, hat die Anklage sich ihre eigenen Beweise zurechtgemacht. Eine große Ehre für einen Mann!

Der Versuch, die bolivianische Guerillabewegung in der Person irgendeines Mannes abzuurteilen, ist rechtlich unannehmbar, moralisch aber ist er für diesen Sprecher unanfechtbar. Aber es gibt noch mehr. Wie der Staatsanwalt zu Beginn sagte, ist es Cuba, das er hier in meiner Person aburteilen will: er will Cuba vor Gericht stellen. Aber das werde ich niemals erlauben oder anerkennen. Der Staatsanwalt nannte das revolutionäre Cuba ein „Zentrum der kriminellen Insemination“. Das einzige „Zentrum der kriminellen Insemination“ das ich kenne, sind die Vereinigten Staaten, die ihre Verbrechen, ihre Bomben, Spione, Panzer und ihre Kriegsschiffe nach Panama, der Dominikanischen Republik, Guatemala und Cuba exportiert haben. Es gibt nur einen Angeklagten in diesem Raum, und das ist der Yankee-Imperialismus und seine Lakaien. Aber da man hier nicht von Revolution und Konterrevolution sprechen kann — ein Recht, das nur dem Staatsanwalt vorbehalten ist — lassen Sie mich wenigstens, Herr Präsident, zwei konkreten Beschuldigungen des Staatsanwaltes antworten. Erstens nannte er mich einen „Franco-Cubaner“, einen Söldner im Dienst Cubas. Für ihn ist das nur irgendein Eigenschaftswort. Für mich ist es sowohl eine Ehre als auch ein Grund, glücklich zu sein. Trotzdem gibt nichts in der Welt dem Staatsanwalt das Recht, mir meine Nationalität zu nehmen. Obwohl es stimmt, daß meine persönlichen Freunde mir bei meiner Arbeit halfen, hat Cuba nichts damit zu tun, daß ich hierherkam oder mit meinen Reisen durch Lateinamerika. Meine Gegenwart in Bolivien ist ausschließlich das Ergebnis meiner persönlichen Entscheidung, die mit dem Einverständnis meines Herausgebers in Frankreich und einer mexikanischen Zeitschrift getroffen wurde. Die Tatsache, daß ich wie viele Europäer in der Universität von Havanna arbeitete, die Tatsache, daß ich die revolutionäre Geschichte Cubas studiert habe und daß ich eine starke Bewunderung verspüre für sie und für diejenigen, die sie gemacht haben, heißt nicht, daß Cuba in irgendeiner Weise für meine Handlungen und für meine persönliche Initiative verantwortlich ist. Ich diene einer Sache, nicht einem Staat; ich achte jenen Staat, weil er jener Sache dient und nicht seinen egoistischen Staatsinteressen, einfach weil sie mit jener Sache verwechselt werden können. Ich übernehme volle Verantwortung für meine Handlungen. Wenn der Staatsanwalt Cuba vor Gericht stellen will — und meine Erklärung enthält nicht ein einziges Wort über Cuba — darf ich ihn dann daran erinnern, daß es eine Organisation gibt, die auf diese Art von Beschwerden spezialisiert ist: das Kolonialministerium der Yankees, auch bekannt unter dem Namen OAS.

Der Staatsanwalt sagte auch, daß ich den Guerillas „die Befehle meines Herren Fidel“ überbrachte. Ohne Zweifel meint er, daß die bolivianischen Guerillas Befehle von außerhalb empfingen. Er weiß, daß das nicht wahr ist. Sie nahmen

von niemandem Befehle entgegen außer von dem Führer, den sie selbst gewählt hatten, Ernesto Che Guevara. Ich frage ihn nun, worin diese Befehle bestanden. Selbst der CIA mußte nach Hause nach Washington zurückkehren, ohne einen einzigen dieser angeblichen Befehle bewiesen zu haben. Wie konnte der CIA etwas finden, das nicht existiert? Fidel gibt niemandem Befehle, noch kann er das, weil kein Mann wie groß er auch sei, wie intelligent er auch sei, wie edel er auch sei, den Gang der Geschichte bestimmen, das Unvermeidliche vermeiden, das Unmögliche tun kann. Kein Mann kann anderen Männern befehlen, sich für die Sache der Befreiung zu opfern, weil Männer ihre Bequemlichkeit, ihre Kinder oder das Licht der Sonne nicht aufgeben, weil Männer nicht sterben, nur um dem Befehl eines anderen Mannes Folge zu leisten, sondern vielmehr für ihre Überzeugungen, durch eine innere Entscheidung, eine notwendigerweise persönliche Entscheidung.

Aber in all diesem ist ein noch beleidigenderes Wort, so beleidigend für mich wie für Fidel selbst; und das ist das Wort „Herr“. Der Staatsanwalt verwechselt den Herren mit dem Freund. Der Herr, der einzige Herr ist der Mann, der durch die Arbeit der Armen, der armen Leute von Bolivien, reich wird, der sie exploriert und demütigt, sie plündert und unterdrückt, der seine Dollars auf bolivianischem Boden investiert hat: Mr. Johnson. Cuba kann niemandem Dollars oder Privilegien anbieten. Es hat nichts anzubieten als sein Beispiel. Das Beispiel des Opfers, der Tapferkeit und der Mäßigung. Es ist jedermanns Sache, zwischen dem Herren und dem beispielhaften Freund zu wählen: zwischen Johnson und Fidel. Ich komme zum Schluß. Ein Anwalt der Zivilklage gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Verteidigung durch eine Bitte um Milde den Siegern das Recht absprechen könnte, über die Verlierer zu richten. Aber wer bittet um Milde? Wer wagts es, von Siegern zu sprechen? Wer gibt eine Niederlage zu? Wurde Che besiegt, weil er starb? Viele Jahre lang setzte Che sein Leben aufs Spiel und entging wunderbarerweise dem Tod. Vor vielen Jahren beschloß er, in den vordersten Linien zu kämpfen, wo immer er gebraucht wurde, hier oder irgendwo sonst; und vor vielen Jahren akzeptierte er die Gefahr, in jedem Monat sterben zu müssen. Er sagte gewöhnlich, daß sein Opfer nicht von Bedeutung sein würde, daß es nur ein zufälliges Ereignis im Verlauf der Weltrevolution sein würde, und daß es danach an jedem von uns sein werde, aus seinem Blut eine Saat aufzugehen zu lassen. Es gibt einige Männer, die als Tote noch gefährlicher sind als in ihrem Leben, selbst wenn die, die sie fürchten, ihnen die Hände vom Körper schneiden, den Körper verbrennen und die Asche verbergen. Für uns beginnt Che jetzt zu leben, und die Revolution geht weiter.

Nein, ich werde niemals für die Verlierer um Pardon bitten. Ich werde Sie niemals als die Sieger anreden. Im Gegenteil, selbst wenn ich bedaure, aller gegen mich gerichteten Beschuldigungen unschuldig zu sein, sage ich, daß ich in Ihren Augen durch meinen Glauben an Chés endgültigen und bevorstehenden Sieg schuldig bin. Ich bin schuldig durch den Wunsch, die unwiderrufliche Verpflicht-

tung zu erfüllen, die von jedem Mann eingegangen wurde, der das Glück hatte, Che leben, denken und kämpfen zu sehen; die Verpflichtung, ihm treu zu bleiben und nach besten Kräften seinem Beispiel bis zum Ende zu folgen. Ich werde mein Bestes tun, eines Tages der unangemessenen Ehre würdig zu sein, die Sie mir erweisen indem Sie mich für etwas verurteilen, das ich nicht getan habe, was ich aber jetzt mehr als jemals zuvor tun möchte. Und ruhig, von ganzem Herzen, danke ich Ihnen im Voraus für das harte Urteil, das ich von Ihnen erwarte.

Ich habe geendet.

Äxte & Eichen  
Worte noch eines Vorsitzenden

... über sich selbst:

Ich kann doch hier nicht in eigener Sache abstimmen. (*Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz während einer Abstimmung über den Antrag, die SPD solle einen eigenen Bundespräsidentschafts-Kandidaten aufstellen.*)  
Was ich bin? Ich meine, ich bin Bürgermeister von Berlin, ja, das wollte ich mal sagen.

Der Regierende Bürgermeister sei unfähig — das ist eine Aussage, die ich für legitim halte. — Ich bin anderer Meinung, aber das ist eine Randerscheinung.

... über die Studenten:

Wenn der eine oder andere uns versucht einzureden, eins der Nebenprodukte der Vorgänge an den Universitäten sei, daß wir darauf gestoßen worden sind, modernere, liberalere Hochschulgesetze zu machen, ist das nicht richtig. Das Gegen teil ist der Fall.

Eine Dame aus Charlottenburg äußert sich in einem zwölf Seiten langen, eng beschriebenem Brief zu den Vorgängen an der Freien Universität. Sie meint, die Berliner hätten darum was gegen die Studenten, weil diese uns die Wahrheit sagen. Das mag ja sehr lieb gemeint sein, aber es ist falsch.

Mit ihnen ist nicht zu sprechen. Ihnen wird spürbar auf die Finger geklopft werden.

... über die Demonstranten:

Wir hatten, wie Sie alle wissen, in diesen vergangenen Monaten zwölf Demonstrationen und sogenannte Demonstrationen.

Hier versucht eine kleine Gruppe eiskalt, unsere Ordnung zu untergraben, da müssen wir leidenschaftlich und nüchtern unseren Weg sehen und ihn ebenso eiskalt gehen.

Da müßt ihr diese Typen sehen, da müßt ihr ihnen ins Gesicht sehen, und dann wißt ihr: Da geht es weder um links, um rechts, um Vietnam, um Anerkennung, um Springer, da geht es um keinen dieser Begriffe... denen geht es darum, unsere freiheitliche Grundordnung lahmzulegen.

... über die Sozialdemokratie:

Eine große Sozialistin, Rosa Luxemburg, hat einmal für uns ein Wort geprägt, das viele von uns sicherlich als Leitschnur ihres Denkens nehmen würden, nämlich: Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Aber das war eine Frau, die bewußt diese Entscheidung und diesen Ausspruch getan hat, als sie die Sozialdemokratische Partei verlassen hatte.

Die SPD ist von Rot nicht auf Blau umgeschwenkt, sondern hat der Farbe an sich wieder jene Rolle zugewiesen, die ihr in der Gebrauchsgrafik zukommt.

Das heißt noch nicht, daß ein Sozialdemokrat freimütig unter allen und mit allen zusammen demonstrieren kann. Ich tue es auch nicht.

... über die Amerikaner und Vietnam:

In Vietnam sind die Amerikaner immer noch, gerufen von der dortigen Regierung, um dieser Regierung zu helfen, Ordnung in diesen Teil des Landes zu bringen.

In Berlin gibt es eine Notstandsregelung unserer Schutzmächte. Darauf kann sich jeder verlassen.

Ich bin hier gefragt worden, und dazu kann ich ja nur etwas sagen, was die Bundesregierung zum Vietnam-Konflikt gesagt hat. Und da habe ich gesagt, daß sie nichts gesagt hat.

... noch einmal über sich selbst:

Der Regierende Bürgermeister redet und schreibt so, wie er es für richtig hält. Und dabei bleibt es.

Ich weiß ganz genau, daß ich auf derselben Wellenlänge denke wie Willy Brandt und Herbert Wehner und — wenn Sie so wollen — wie Kurt Georg Kiesinger und die ganze Bundesregierung.

Ich sage es deshalb noch einmal. Und ich werde nicht müde werden, es jedem zu sagen: Ich bin zu vielem bereit.

(entnommen dem Bändchen „Worte des Regierenden Klaus“, herausgegeben und mit einem Vorwort von Hannes Schwenger, Extra Dienst GmbH, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27)

Hartmut Lück

Wo uns der Marxpelz juckt

Das „antiautoritäre Lager“ der außerparlamentarischen Opposition bläst zur „direkten Aktion“, zum Sturm auf verknöcherte Institutionen, rechtsdrallige Pressemonopole und hierarchische Universitäten; das „traditionalistische“ Häuflein der aufrechten Marxisten-Leninisten pfeift auf dem zweiten Loch die ach so schwere Melodie der täglichen „revolutionären Kleinarbeit“. Zum Schluß haben aber, wie eh und je in der Historie, die wahren Marxisten die Revolution gerettet, nachdem vorher die bösen Anarchisten noch durch überstürzte und sinnlose putschistische Aktionen unermeßliches Leid über die Arbeiterklasse gebracht hatten. So müßte die Prognose lauten, nachdem man das kürzlich erschienene zweite Sonderheft der „FAZIT-Reihe“ (herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund Köln) gelesen hat, worin Erich Eisner (SDS München) „Gegen die Bürger im Marxpelz“ zu Felde zieht. Es ist ein historischer Abriß jener politischen Richtung, deren Vertreter im Untertitel des Heftes als „Die antiautoritären ‚Linken‘ in der Arbeiterbewegung“ apostrophiert werden: Revue passieren so markante Politiker wie Max Stirner und Michail Bakunin, die schwärmerischen Idealisten der Münchner Räterepublik und der sächsische Putschist Max Hoelz, last not least der bärige Kommunenprophet Dieter Kunzelmann und der Protagonist des „anderen“ Sozialismus Rudi Dutschke, alle durch ihr Vokabular merkwürdig geeint, was vom Verfasser denn auch genüßlich aufgespißt wird.

Wenn dieses Büchlein sich auch nach außen hin als Historiografie des „linken“ Radikalismus gibt, dessen Wortführer reichlich dokumentarisch festgehalten und kritisch kommentiert werden — schon diese Zusammenstellung reicht aus, dem grimmigen Rezensenten das Prädikat „nützlich“ zu entlocken —, so wird doch bald klar, daß dem marxistischen Historiker Eisner ständig der im politischen Tageskampf engagierte sozialistische deutsche Student über die Schulter blinzelt und im Manuscript herumfuhrwerkt, und der kundige Leser entdeckt denn auch bald zwischen den Zeilen die vierjährige Auseinandersetzung um Organisation und Politik des SDS, speziell der Münchner Gruppe, deren Entwicklung Eisner maßgeblich, wenn auch mit wechselndem Erfolg, mitbestimmt hat.

Bevor wir weitere aktuelle Bezüge eruieren, wollen wir die historisch belegten Muster kurz darstellen, auf deren Hintergrund die gegenwärtige Auseinandersetzung innerhalb der Linken von Eisner gesehen werden will, wobei sich ziemlich durchgehend eine „marxistische“ und eine „kleinbürgerlich-anarchistische“, „antiautoritäre“ Position gegenüberstehen — etwa so:

marxistisch:

rationale Klassenanalyse

Ausnutzung legaler (wo irgend möglich) und illegaler (wo nötig) Kampfmethoden

organisierte und disziplinierte Parteiarbeit

Bündnis- und Volksfrontpolitik

Revolutionäre Arbeit und Bewußtseinsbildung bes. im Proletariat unter Ausnutzung bestehender bürgerlicher Institutionen (Parlamente, Gewerkschaften usw.)

Vorsichtige Abwägung der objektiven Bedingungen für revolutionäre Aktionen

Individuelle Freiheit ist erst möglich, wenn die gesellschaftlichen (ökonomischen) Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind

Forderung der Diktatur des Proletariats, Bejahung „autoritärer“ Maßnahmen zur Erhaltung der proletarischen Macht

(So kritisieren die „linken“ Radikalen gern die „stalinistischen“ Maßnahmen in Ungarn 1956, ohne zu begreifen, daß durch unüberlegtes Vorprellen sozialde-

anarchistisch:

Theoriefeindlichkeit

Ablehnung des „Legalismus“

Mißtrauen oder Ablehnung gegenüber jeglicher Organisation und „autoritärer“ Disziplin

Ablehnung von „Kompromissen“

Ablehnung „reformistischer“ Praxis und/oder Diffamierung der Arbeiterklasse als „integriert“

Maßstab ist das ad hoc gesetzte „revolutionäre Subjekt“

Individuelle Freiheit ist das Entscheidende, sie kann als „Insel“ im Kapitalismus verwirklicht werden und sich dann ausbreiten, bis alle Menschen „frei“ sind und die Repression „von selbst“ verschwindet“

Ablehnung „jeglicher Diktatur“ und Gewaltausübung, ungeachtet der Klassenlage

mokratischer und anarcho-idealisticcher Politiker eine faschistische Konterrevolution ermöglicht wurde, die sich der halbsozialistischen Freiheitsapostel bald entledigt hätte, wäre sie nicht rechtzeitig von der Roten Armee zerschlagen worden.)

Für dieses beliebig zu erweiternde Schema lassen sich genügend historische Belege finden; reiht man sie aneinander, stimmt alles so märchenhaft, daß es eigentlich nicht stimmen kann. Unter diesem vergröbernden Schematismus leidet der an sich historisch richtige (marxistische) Standpunkt; weder ist marxistische Politik so schematisch und auf einen Nenner zu bringen — man vergleiche nur die Positionen etwa Kosygins, Dubčeks oder Mao Tse-tungs —, noch ist der „Anarchismus“ eine ideologisch homogene Erscheinung, müßte man unter diesem Etikett doch so verschiedenartige Geister wie den „humanistischen Sozialisten“ Leszek Kolakowski, den antiautoritären „Rätesozialisten“ Rudi Dutschke oder den Kommune-Clown Dieter Kunzelmann subsumieren. Schließlich laufen auch Marxismus und Anarchismus nicht so unverbunden nebeneinander her; Eisner zitiert Lenin, der die Auseinandersetzungen mit dem „linken“ Radikalismus den „Motor der Entwicklung“ nannte, hält sich selbst jedoch wenig bei entsprechender Problematik auf. So sind die anarchistischen Terroraktionen der „narodnaja volja“ im Rußland der 1870er und 80er Jahre gewiß kein marxistischer Klassenkampf, doch zeigten sie, daß das zaristische System verwundbar ist; so war Fidel Castros Sturm auf die Festung Moncada im Jahre 1953 von vornherein zum Scheitern verurteilt, da eine kleine Gruppe mit einer putschistischen Aktion das Batista-Regime nicht stürzen konnte, und doch wurde dies zum Fanal für die sechs Jahre später siegreiche cubanische Revolution.

Und inwieweit anarchistische Grüppchen zum „Motor der Entwicklung“ auch des SDS und der studentischen Opposition wurden, ist seit vielen Jahren zu beobachten. Der SDS brauchte seinen Kunzelmann, um von der DDR-Fixierung und der drogen Seminar-Marxologie zu neuen Formen des antikapitalistischen Kampfes zu kommen; man sammelte Erfahrungen — positiv und negativ —, wertete sie aus, die „dithryambische“ Lebensweise der „direkten“ Aktionisten wurde theoretisch und praktisch überwunden (wenn auch nicht für alle Zeiten!), der wackere Kunzelmann, von den verschiedensten politischen Positionen unter Beschuß genommen und isoliert, kniff den Schwanz ein und emigrierte nach West-Berlin, wo er alsbald „das Blaue vom Himmel herunter“ revolutionierte. Die Auseinandersetzung um Hochschulpolitik und Gesellschaftskritik, die sogenannte „Studentenrevolte“ ist, vor allem in ihren öffentlichen Aktionen, nur zum Teil im herkömmlichen Sinne marxistisch, ja man muß fragen, ob der (neuerdings nicht mehr nur) studentische Protest nicht gerade wegen seines „antiautoritären“, „direkten“ Charakters so erfolgreich war. Daß es deswegen auch immer wieder falsche Aktionen und Niederlagen gab, ist nur zum Teil (und etwas allzu bequem) der „kleinbürgerlichen Herkunft“ der „Randgruppen“ anzulasten, zum anderen dem mangelnden Vermögen der Marxisten, sich an die

Spitze der neuen „Massen“ zu stellen, sie zu lenken und zu beeinflussen. Die theoretische Verdammung des Anarchismus ist eine Vorbedingung marxistischer Politik, nicht diese selbst. Am Mangel an Konzeptionen für die praktische marxistische Politik krankt das „traditionalistische“ Lager der westdeutschen Linken wie auch das Sonderheft Erich Eisners, dessen berechtigt anti-anarchistischer Standpunkt da kontemplativ wird, wo dem temporär erfolgreichen, aber langfristig konzeptionslosen und irreal-idealstischen Kampf der „Antiautoritären“ keine auf eine Klassenanalyse sich gründende marxistische Strategie entgegengesetzt wird, die fähig wäre, die einmal mobilisierten Massen unter Benutzung der als effektiv erwiesenen neuen Kampfmethoden der „Antiautoritären“ für einen konsequenten und langfristig erfolgreichen antikapitalistischen Kampf zu gewinnen.

Die Auseinandersetzung mit dem Anarchismus wird dort ungerecht, wo der eigene marxistische Standpunkt als unfehlbar erscheint. Jener entsteht nicht zuletzt aufgrund der Schwächen und Fehler des letzteren, orientiert sich an (wenn auch teilweise historisch unvermeidlichen) Fehlentwicklungen und Versteinerungen des nachrevolutionären Sozialismus. (Ich vermeide bewußt den Ausdruck „Stalinismus“, eine Standardvokabel bürgerlichen Feuilletonistengeschwätzes, die bezeichnenderweise bei den Antiautoritären groß im Schwange ist.) Adäquate, der historischen Situation der Bundesrepublik 1968 mit allen ihren, genau zu untersuchenden klassenmäßigen, sozioökonomischen und psychologischen Implikationen entsprechende Organisations- und Kampfmethoden der marxistischen Linken sind zu finden — wie man es nicht machen soll, ist in Eisners Überblick antiautoritärer, „freiheitlicher“ und anarchistischer Aktionsformen hinreichend und gründlich dokumentiert. Die Marxisten hätten aufgrund der objektiven politischen Tendenzen genügend Argumente auf ihrer Seite; gelingt es nicht, diese plausibel zu machen und auf breitesten Basis in die Praxis umzusetzen, wird eine sorglos und ad hoc organisierte „Assoziation freier Individuen“ im Falle einer legalen Notstands-, „Übung“ ebenso rasch zerschlagen werden wie am 21. April 1967 die Lambrakis-Jugend in Griechenland.

(Erich Eisner: *Gegen die Bürger im Marxpelz. Die antiautoritären „Linken“ in der Arbeiterbewegung*.

FAZIT-Reihe 2, Köln 1968. Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund Köln, 5 Köln-Lindenthal, Palanter Straße 56.)

## Anmerkungen

„Die Lage in Griechenland“ stellt den vollständigen Text des Berichtes der Amnesty International vom Februar dieses Jahres dar.

Ulf Miehe — geboren 1940 in Wusterhausen/Dosse, Mark Brandenburg; ausgebildet als Buchhändler, dann Lektor in einem Verlag — lebt heute als freier Schriftsteller in West-Berlin.

Der 1935 in Bilbao geborene Fritz Rudolf Fries lebt seit 1942 in Deutschland. Nach dem Abitur studierte er Anglistik, Germanistik und Hispanistik in Leipzig, wo er dann zwei Jahre als freier Übersetzer tätig war. Nach dem Umzug nach Ostberlin war er vier Jahre Assistent an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, heute freier Schriftsteller.

Aus Dachau stammt der 1947 geborene Fritz Martin Sandmann, der nach dem Abitur nach West-Berlin übersiedelte und dort Philosophie und Germanistik studiert sowie Gedichte und lange Briefe verfaßt.

Hannes Stütz und Volker Braun waren Teilnehmer der Ostermarsch-tournee 1968 — während der 1939 geborene DDR-Lyriker Braun (Abitur, Druckerei- und Bauarbeiter, dann Studium der Germanistik) über seine Erfahrungen bei der Tournee berichtet, siehtet unser Mitherausgeber Stütz uns zugegangene Arbeiten unter dem Gesichtspunkt der bei diesem Unternehmen gewonnenen Einsichten.

Der Beitrag von Erich Fried ist die erste Antwort auf eine Umfrage, die kürbis-kern zum Programmentwurf der KPD veranstaltet hat.

Der Beitrag über Programm und Praktiken der NPD stammt von der Frankfurter Redakteurin Ingrid Schuster, die bei der Wochenzeitung „Die Tat“ arbeitet.

Im höheren Schuldienst in West-Berlin ist Harald Hartung tätig, der 1932 in Herne/Westfalen geboren wurde und in München und Münster Germanistik und Geschichte studierte.

## Anmerkungen

Eric J. Hobsbawms Bericht über den Kulturkongress erschien erstmals am 25. Januar 1968 im „Times Literary Supplement“, mit freundlicher Genehmigung des Autors drucken wir ihn hier in der Übersetzung von Walter Fritzsche nach.

Die Verteidigungsrede des zu 30 Jahren Haft verurteilten Régis Debray wurde von Gert Solmecke übertragen. Ein Beitrag über die sozio-ökonomische Situation Lateinamerikas sowie einer britischen Würdigung Debrays und verwandter Positionen wird folgen.

Zu Heft 2/68 sind zwei Berichtigungen nachzutragen:

1. der Name des Autors der auf den Seiten 208/216 veröffentlichten Gedichte lautet Ernst S. Steffen (und nicht, wie irrtümlich angegeben, Ernst F. Steffen).
2. ist in dem Gedicht „Vietnamesisch für Anfänger“ von Renate von Gazycki (Seite 237) die erste Zeile der zweiten Strophe entstellt wiedergegeben, sie heißt richtig: „Toi hoc ti'èng Anh o Viêt-Nam“ (lässt sich jedenfalls mit europäischen Druckmitteln nicht genauer wiedergeben).

Die Redaktion bittet Leser und Autoren um Verzeihung.

## Beilagenhinweis

Diesem Heft liegen vier Beilagen der Verlage Carlo Schellemann, München, Luchterhand-Verlags-GmbH, Neuwied/Rh., Klaus Wagenbach, Berlin und Progress-Verlag, Gündershausen, bei.

## Preis der Gruppe 47

# Jürgen Becker Ränder

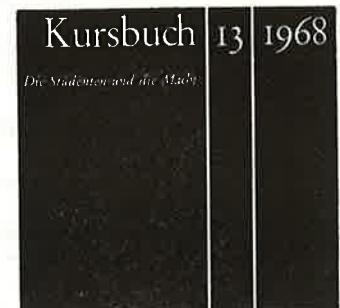
112 Seiten. Engl. Broschur. DM 8.—

Die *Ränder* von Jürgen Becker entsprechen nicht vertrauten literarischen Kategorien. Anders aber als in den *Feldern*, in denen sich das Schreiben experimentierend von den Gattungsgriffen freizumachen versucht, setzt Becker die sprachlichen Mittel in seinem neuen Buch instrumental ein: zum Ausdruck eines Bewußtseins, das sich an den Grenzen (den „Rändern“) möglicher und denkbarer, erinnerter und erfahrbarer Wirklichkeit bewegt. Beckers Intention eines offenen, unbestimmten und freien Schreibens erscheint hier in einer gleichwohl strengen kompositorischen Gestalt. Die ersten fünf Passagen des Buches unterscheiden sich sowohl thematisch als auch formal. Ihnen entsprechen in Ausdehnung und Methode spiegelbildlich fünf weitere. Für die Lesung der ersten Passage dieses Buches erhielt Jürgen Becker im Herbst 1967 den Preis der Gruppe 47. „Bekkers unaustilgbare Lauterkeit“, schrieb Joachim Kaiser nach der Gruppentagung in der „Süddeutschen Zeitung“, „die Beckettsche Reinheit seiner Prosa und seiner Logik machten ihn zum preiswürdigen Preisträger.“

Jürgen Becker wurde 1932 in Köln geboren. 1960 veröffentlichte er zusammen mit Wolf Vostell den Band *Phasen, Texte und Typogramme*. 1964 erschienen die *Felder* (edition suhrkamp, Band 61). Becker lebt, nach einem längeren Aufenthalt in Rom, in Köln.

Suhrkamp

Zum Sonderpreis von DM 5,-  
in allen Buchhandlungen,  
an vielen Kiosken



Bahman Nirumand:  
Die Avantgarde der Studenten  
im internationalen  
Klassenkampf

Bernhard Schütz:  
Widerstand an Spaniens  
Universitäten

Carlo Donolo:  
Theorie und Praxis der  
Studentenbewegungen in Italien

Dossier 1:  
Studenten in Prag

Dossier 2:  
Studenten in Warschau

Heinz Rudolf Sonntag:  
Versuch über die latein-  
amerikanische Universität

X.X.:  
Brief aus Brasilien

Peter Portland:  
Studentenverbände in  
Äthiopien und Tansania

Dossier 3:  
Politische Kriegsdienst-  
verweigerung am Beispiel  
Norwegens und der USA.  
Zusammengestellt von  
Hans Magnus Enzensberger

Oskar Negt:  
Studentischer Protest –  
Liberalismus –  
„Linksfaschismus“

Hans Magnus Enzensberger:  
Berliner Gemeinplätze  
(Supplement)

Suhrkamp

# Politische Texte

Ludwig Feuerbach

**Anthropologischer Materialismus**

Ausgewählte Schriften I/II

Herausgegeben und eingeleitet von Alfred Schmidt

256/267 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag je Band 12.— DM Leinen je 18.— DM

Karl Korsch

Karl Marx

Erste Ausgabe des deutschen Originaltextes

Herausgegeben im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte von Götz Langkau

XVI, 280 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag 15,— DM Leinen 22,— DM

Gustav Landauer

**Aufruf zum Sozialismus**

Herausgegeben und eingeleitet von Heinz-Joachim Heydorn

195 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag 12,— DM Leinen 18,— DM

Franz Neumann

**Demokratischer und autoritärer Staat**

Beiträge zur Soziologie der Politik Herausgegeben und mit einem Vorwort von Herbert Marcuse.

Eingeleitet von Helge Pross.

317 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag 18,— DM Leinen 26,— DM

Im April 1968 erscheinen folgende Ausgaben:

**Auguste Blanqui**

**Instruktionen für den Aufstand**

Aufsätze, Reden, Aufrufe

Aus dem Französischen.

Herausgegeben eingeleitet von Frank Deppe.

ca. 196 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag ca. 12,— DM Leinen ca. 18,— DM

**Karl Korsch**

**Arbeitsrecht für Betriebsräte**

Herausgegeben und mit einem Vorwort von Erich Gerlach

Eingeleitet von Dieter Schneider

ca. 160 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag ca. 12,— DM Leinen ca. 18,— DM

**Rosa Luxemburg**

**Politische Schriften**

Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim.

ca. 144 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag ca. 9,— DM Leinen ca. 14,— DM

**John Stuart Mill**

**Über Freiheit**

Aus dem Englischen von Achim v. Borries

Herausgegeben und eingeleitet von Achim v. Borries

ca. 160 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag ca. 12,— DM Leinen ca. 18,— DM

# Kritisches für Demokraten

Zur Politik und Ideologie der Gegenwart

## Ideologie

Ideologiekritik und Wissensoziologie.

Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Lenk. Soziologische Texte, Band 4. 3. durchgesehene und erweiterte Auflage 1967. 466 Seiten, Leinen DM 28,—, Studienausgabe DM 18,—.

## Student und Politik

Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. Herausgegeben von Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Weltz. Soziologische Texte, Band 18. 2. Auflage 1967. 359 Seiten, Studienausgabe DM 19,80.

## Lucien Goldman

### Dialektische Untersuchungen

Soziologische Texte, Band 29. 1966. 336 Seiten, Leinen DM 30,—, Studienausgabe DM 22,—.

## Gesellschaft, Recht und Politik

Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag. Herausgegeben von Heinz Maus u. a. Soziologische Texte, Band 35. 1967. Etwa 400 Seiten, Leinen DM 32,—, Studienausgabe DM 26,—.

## Leo Kofler Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

Eine verstehende Betrachtung der Neuzeit. Soziologische Texte, Band 38. 1966. 690 Seiten, Leinen DM 40,—, Studienausgabe DM 28,—.

## Theorie und Soziologie der politischen Parteien

Herausgegeben von Kurt Lenk und Franz Neumann. Politica, Band 26. 1968. 432 Seiten, Leinen DM 37,—, Studienausgabe DM 25,—.

## Herbert Marcuse

### Der eindimensionale Mensch

Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Soziologische Texte, Band 40. 3. Auflage 1968. 382 Seiten, Leinen DM 26,—, Studienausgabe DM 18,—.

## Paul A. Baran Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums

Soziologische Texte, Band 42. 1966. 470 Seiten, Leinen DM 36,—, Studienausgabe DM 26,—.

## Georg Lukács

### Schriften zur Ideologie und Politik

Ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz. Soziologische Texte, Band 51. 1967. 852 Seiten, Leinen DM 68,—, Studienausgabe DM 39,—.

## Georg Lukács

### Schriften zur Literaturosoziologie

Ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz. Soziologische Texte, Band 9. 3. Auflage 1968. 568 Seiten, Leinen DM 28,—.

## Wolfgang Abendroth Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie

Aufsätze zur politischen Soziologie. Soziologische Texte, Band 47. 1967. 578 Seiten, Leinen DM 42,—, Studienausgabe DM 32,—.

## Rudi Ver Requiem auf einen Rechtsstaat

Reihe Demokratie und Rechtsstaat. 1967. 83 Seiten, kartoniert DM 6,80.

## Helmut Ridder

Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots

Reihe Demokratie und Rechtsstaat. 1966. 62 Seiten, kartoniert DM 6,—.

## Sieghart Ott

### Das Recht auf freie Demonstration

Reihe Demokratie und Rechtsstaat. 1967. 105 Seiten, kartoniert DM 10,80.

## E. J. Hobsbawm Sozial-Rebellen

Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Soziologische Texte, Band 14. 1962. 269 Seiten, Leinen DM 24,—, laminierter Pappband DM 19,80.

Ausführliche Gesamtverzeichnisse der Reihen Soziologische Texte, Soziologische Essays, Politica, Demokratie und Rechtsstaat über den Buchhandel oder direkt vom Hermann Luchterhand Verlag, 545 Neuwied, Postfach 1780.

**Luchterhand**

Europäische Verlagsanstalt

# Revolutionäre Literatur aus der Dritten Welt

Der Kampf unseres Volkes war eine einzige lange und gewaltige  
Schlacht von

DIEN BIEN PHU

*Giap, 1961*

VO NGUYEN GIAP  
VOLSKRIEG, VOLKSARMEE

*Paperback 180 S., DM 7.80*

Regis Debray, Fidel Castro, G. Mandel, K. S. Karol

DER LANGE MARSCH

Vorwort von Rudi Dutschke u. a.

*Paperback 270 S., DM 8.80*

HOCHI MINH

GEGEN DIE AMERIKANISCHE AGGRESSION

*trikont aktuell 3, 80 S., ca. DM 4.—*

## TRIKONT VERLAG

8 München 13

Georgenstraße 73

Ulf Miehe  
Die Zeit in W und anderswo  
Erzählungen  
144 Seiten,  
broschiert, DM 12,—

Der erste Prosaband von Ulf Miehe,  
Jahrgang 1940; handfeste Geschichten,  
alltägliche Begebenheiten

Stuart Jackman  
Die Affäre Davidson  
Roman

218 Seiten,  
Leinen, DM 18,—

Ein Roman über eine aufsehenerregende Hinrichtung und ihre Folgen

## PETER HAMMER VERLAG WUPPERTAL-BARMEN

Strömungen unter dem Eis  
Politische Geschichten  
zeitgenössischer deutscher  
Autoren

Herausgegeben von  
Arnim Juhre  
(Hammers Anthologien 1)  
192 Seiten, Leinen, DM 18,—  
broschiert, DM 14,—

In siebzehn Erzählungen wird Geschichte lebendig, nicht nur Vergangenheit, sondern auch eben noch gegenwärtige Gegenwart.

Der Fünfte zum Bridge  
Polnische Hörspiele  
Herausgegeben von  
Heinrich Kunstmüller  
(Hammers Anthologien 3)  
200 Seiten, Leinen, DM 18,—  
broschiert, DM 14,—

Heinrich Kunstmüller, Kenner der polnischen Literatur, veröffentlicht beispielhafte Texte neuer polnischer Hörspielkunst

## 500 Seiten G'schichten für fünf Mark

Das können Sie an jedem Kiosk haben. Kaufen Sie sich ein Nachrichtenmagazin. Oder eine Illustrierte. Oder eine Zeitschrift. Langweilen Sie sich.

## 100 Seiten Information für fünf Mark

Das können Sie nicht an jedem Kiosk kaufen. Das müssen Sie sich bestellen und ins Haus kommen lassen. EXTRA-Dienst erscheint zweimal wöchentlich, jeden Mittwoch und Sonnabend, und bringt auf zehn bis zwölf Seiten Informationen, Dokumentationen und Meinungen garantierter springerfrei.

Westberliner Zeitungsdienst  
1 Berlin 15, Wielandstraße 27



Neu zum Thema Demokratie und Pressekonzentration:

ARNO KLÖNNE und BERND JANSEN

## **Imperium Springer Macht und Manipulation**

mit Beiträgen von Günter Anders - Friedhelm Baukloh - Karl D. Bredt - hauer - Richard Burckhardt - Klaus Ehrler - Werner Hofmann - Jürgen Holtkamp - Jörg Hufschmidt - Bernd Jansen Heinz Kulas - Arno Klönne - Reimar Lenz - Ulrich Sander - Peter Sörgel - Eckart Spoo - Conrad Taler.

Herausgegeben von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, ca. 200 Seiten, broschiert, mit zweifarbigem Schutzmusschlag, Vorabbestellungs-Sonder(Subskriptions-)preis bis zum 20. Mai 1968 DM 7.60, späterer Buchhandelspreis DM 9.60. Auslieferung Ende Mai.

Bestellungen sind zu richten an:

### **Kampagne für Demokratie und Abrüstung**

605 Offenbach 4, Postfach 648.

Rolf Seeliger

## **Die außerparlamentarische Opposition**

220 Seiten

DM 7.80

Es geht um die Frage nach der Funktion und politischen Wirksamkeit außerparlamentarischer oppositioneller Gruppen abseits der Parteien: Aus welchen Persönlichkeiten setzen sie sich zusammen, welche Ziele verfolgen sie und mit welchen Argumenten begründen sie ihre Aufgabe? Während der erste Teil des Buches die außerparlamentarische Opposition — ob es sich um ungebundene, parteiorientierte oder im Formierungsprozeß zu einer neuen Partei begriffene Gruppen handelt — in politischer Zusammenschau darstellt, zählt der zweite Teil in einzelnen „Porträts“ die wichtigsten Gruppierungen auf. Unter anderem:

HUMANISTISCHE UNION — DEMOKRATISCHE Aktion — FRÄNKISCHER KREIS — AKTIONSGEMEINSCHAFT „DEUTSCHER OMBUDSMANN“ — REPUBLIKANISCHER CLUB — KURATORIUM „NOTSTAND DER DEMOKRATIE“ — KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG — INTERNATIONALE DER KRIEGSDIENSTGEGNER — VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER — DEUTSCHE FRIEDENS-GESELLSCHAFT — BÜRO FÜR VIETNAM — VEREINIGUNG UNABHÄNGIGER SOZIALISTEN — SOZIALISTISCHER BUND — ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALISTISCHE OPPOSITION — SOZIALISTISCHES BÜRO — SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND — SOZIALEMONOKRATISCHER HOCHSCHULBUND — LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLANDS — HUMANISTISCHE STUDENTEN-UNION — VEREINIGUNG DER VERFOLGTE DES NAZI-REGIMES — VEREINIGUNG DEUTSCHE NATIONALVERSAMMLUNG —

Für das Kapitel ECHO AUS DEN PARTEIEN schrieben Diskussionsbeiträge Helmut Schmidt, Wilhelm Hoegner, Thomas Dehler, Wolfgang Schollwer, Hans Wolfgang Rubin, Oswald A. Kohut, Karl Theodor Freiherr von Guttenberg, Ernst Benda.

Bezug über den Buchhandel oder direkt:

**VERLAG ROLF SEELIGER, 8 MÜNCHEN 27, HOLBEINSTR. 22**

## INHALT

Günter Kunert: Yannis Ritsos nicht zu vergessen	363
<hr/>	
Amnesty International: Die Lage in Griechenland	365
<hr/>	
Ulf Miehe: Ostern 68	372
Kurt Bartsch: Gedichte	377
Fritz Rudolf Fries: Zwei Geschichten	383
Fritz Martin Sandmann: Gedichte	397
<hr/>	
KRITIK	
Hannes Stütz: Anhand von 209 Gedichten	401
Volker Braun: Künftige Bezirke des Sozialismus	409
Bernt Richter: Noch jemand nicht enteignet?	412
Hans Heinz Holz: Kritik der kritischen Kritik	430
Erich Fried: Zum KPD-Programm-Entwurf	440
<hr/>	
KLASSENKAMPF	
Jakob Mader: Aktion und politische Strategie	445
Ingrid Schuster: Augen rechts! in den Betrieben	462
Harald Hartung: Unter der Treppe gesprochen	472
E. J. Hobsbawm: Der Kultukongress von Havanna	474
Protokoll: Régis Debray vor Gericht	481
<hr/>	
AXTE & EICHEN	
Worte noch eines Vorsitzenden	513
<hr/>	
REZENSION	
Hartmut Lück: Wo uns der Marxpelz juckt	515
<hr/>	
Anmerkungen	519